

Philipps-Universität Marburg  
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie

# **Emanzipation durch Partizipation?**

## **Möglichkeiten und Grenzen im Demokratiemodell der BRD**

Magisterarbeit  
im Fach Politikwissenschaft

vorgelegt von  
Marc Kappler  
im August 2006

Erstgutachterin: Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Benno Hafeneeger

Diese Arbeit ist selbstständig verfasst, sie wurde bisher weder ganz noch in Teilen als Prüfungsleistung vorgelegt und es wurden keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt.

Marburg, den 23.08.2006.

Marc Kappler

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. EINLEITUNG.....</b>	<b>5</b>
<b>2. KONZEPTE VON EMANZIPATION .....</b>	<b>10</b>
2.1.    CHRONOLOGISCH-HISTORISCHER ÜBERBLICK DER BEGRIFFSGESCHICHTE .....	10
2.2.    PRÄGENDE THEORIESTRÄNGE.....	12
2.2.1. <i>Aufklärung</i> .....	12
2.2.2. <i>Marxismus</i> .....	16
2.2.3. <i>Kritische Theorie</i> .....	19
2.2.4. <i>Exkurs: Kritische Erziehungswissenschaft</i> .....	23
2.2.5. <i>Neuere kritische Gesellschaftstheorien</i> .....	25
2.3.    DIE DIALEKTIK DER SUCHE NACH EMANZIPATION .....	33
2.4.    ZWISCHENFAZIT – KRITERIEN EMANZIPATORISCHER ANSÄTZE.....	39
<b>3. PARTIZIPATIONSKONZEPTE IM DEMOKRATIEMODELL DER BRD .....</b>	<b>43</b>
3.1.    POLITISCHE PARTIZIPATION - EINE BEGRIFFSBESTIMMUNG .....	43
3.2.    STELLENWERT UND FUNKTION IN DEMOKRATIETHEORIEN.....	46
3.2.1. <i>Stellenwert von Partizipation in Demokratietheorien – Der Versuch eines Überblicks</i> .....	46
3.2.2. <i>„Komplexe Demokratietheorie“ von Fritz Scharpf</i> .....	49
3.2.3. <i>Partizipatorische Demokratietheorien</i> .....	51
3.2.3.1.    Ein Überblick.....	51
3.2.3.2.    Kritik an partizipativen Demokratieansätzen.....	53
3.2.3.3.    Deliberative Demokratie – Jürgen Habermas .....	55
3.2.3.4.    Kooperative Demokratie – Bogumil / Holtkamp / Kißler .....	57
3.2.3.5.    Gesamtgesellschaftliche Demokratie – Fritz Vilmar .....	58
3.2.3.6.    Starke Demokratie – Benjamin Barber .....	59
3.2.3.7.    Agonistische und radikale Demokratie – Chantal Mouffe .....	61
3.2.3.8.    Feministische Demokratie – Holland-Cunz / Phillips / Sauer.....	63
3.2.4. <i>Funktionen von Partizipation</i> .....	65
3.2.4.1.    Ein Überblick.....	65
3.2.4.2.    Systemerhaltungs- und Legitimationsfunktion .....	67
3.2.4.3.    Erziehungsfunktion.....	72
3.2.4.4.    Emanzipationsfunktion .....	78
3.3.    PARTIZIPATIONSFELDER UND –FORMEN .....	80
3.4.    ZU DEN BEDINGUNGEN POLITISCHER PARTIZIPATION – DREI BETRACHTUNGSEBENEN .....	83
3.4.1. <i>Hinweise zur Unterteilung der Ebenen</i> .....	83
3.4.2. <i>Partizipation und individuelle Faktoren (Mikroebene)</i> .....	84
3.4.3. <i>Partizipation und sozialstrukturelle Rahmenbedingungen (Makroebene)</i> .....	85
3.4.4. <i>Partizipation und die Rolle der Parteien, Verbände und Vereine (Mesoebene)</i> .....	89

3.5.	EMPIRISCH-QUANTITATIVE BETRACHTUNGSWEISEN POLITISCHER PARTIZIPATION .....	92
3.6.	QUALITATIVE BETRACHTUNG POLITISCHER PARTIZIPATION .....	99
3.6.1.	<i>Partizipationsquote und Partizipationsgrad</i> .....	99
3.6.2.	<i>Anerkennung und das Recht auf Partizipation</i> .....	101
3.6.3.	<i>Wirksamkeit politischer Partizipation</i> .....	104
3.6.4.	<i>Visionen und Forderungen für politische Partizipation</i> .....	105
3.7.	ZWISCHENFAZIT – EMANZIPATION DURCH PARTIZIPATION ZU BEFÖRDERN IST PRINZIPIELL MÖGLICH.....	106
<b>4.</b>	<b>EINE EMANZIPATORISCHE PERSPEKTIVE AUF PARTIZIPATION.....</b>	<b>108</b>
4.1.	SYSTEMATISIERUNG DER AUSWERTUNG.....	108
4.2.	DEMOKRATIETHEORIEN UND DIE SYSTEMSTABILITÄTSFUNKTION AUS EINER EMANZIPATORISCHEN PERSPEKTIVE .....	109
4.3.	DIE FRAGE NACH INDIVIDUELLER ODER AUCH STRUKTURELLER EMANZIPATION .....	113
4.4.	DER ASPEKT DER MACHTVERTEILUNG NACH EMANZIPATORISCHEN GESICHTSPUNKTEN .....	118
4.5.	DIE FRAGE NACH FUNKTIONALISIERUNG ODER TATSÄCHLICHER VERÄNDERUNG .....	119
4.6.	DIE FRAGE NACH RECHT UND SUBJEKT NACH EMANZIPATORISCHEN GESICHTSPUNKTEN .....	120
4.7.	WEITERE QUALITATIVE ASPEKTE AUS EMANZIPATORISCHER PERSPEKTIVE .....	121
<b>5.</b>	<b>RESÜMEE .....</b>	<b>124</b>
	<b>ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>131</b>
	<b>LITERATUR.....</b>	<b>132</b>

# 1. Einleitung

Das Schlagwort Partizipation ist nach seinem verstärkten Aufkommen in den 1970er Jahren neuerdings wieder modern. Sei es als pädagogisches Konzept oder als politisches Programm, Partizipation gewinnt disziplinübergreifend an Gewicht. Vor allem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und die Europäische Kommission riefen nach der Jahrtausendwende einige Aktionsprogramme ins Leben, deren erklärtes Ziel eine Intensivierung politischer Partizipation war.<sup>1</sup> Darüber hinaus werden unter dem Stichwort ‚bürgerhaftliches Engagement‘ ebenfalls die vielfältigsten Aktivitäten in der Nähe von Partizipation platziert und gleichfalls durch die Regierungspolitik unterstützt.<sup>2</sup>

Mit einer solchen Neugewichtung der Förderpolitik im politisch-administrativen System steigt gleichfalls die wissenschaftliche Neugier auf an Partizipation orientierten Konzepten. Während in der Politikwissenschaft der aktuelle Diskurs um Partizipation eine relativ geringe Rolle spielt und die partizipatorische Demokratietheorie dadurch (noch) keine verstärkte Aufmerksamkeit genießt, stehen der Stellenwert und die Funktion von Partizipationsmaßnahmen in der Erziehungswissenschaft und insbesondere im Bereich der politischen Bildung vermehrt zur Diskussion.<sup>3</sup>

Die Partizipationsthematik – mit Fokus auf die Kinder- und Jugendpartizipation – wurde zudem im Sozialgesetzbuch zur Kinder- und Jugendhilfe verankert. So kann diesem entnommen werden, dass die Jugendlichen „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe“<sup>4</sup> beteiligt werden sollen. Kinder- und Jugendpartizipation scheint so etwas wie ein Vorreiterfeld in Sachen weitestgehender Partizipation zu sein, weshalb sich ein nicht unerheblicher Teil der in dieser Arbeit verwendeten Literatur auf das Feld der Kinder- und Jugendpartizipation bezieht.

---

<sup>1</sup> Anstoß auf europäischer Ebene lieferte das „Weißbuch der Europäischen Kommission – Neuer Schwung für die Jugend Europas“, KOM (2001) 681 endg., 21.11.2001.

Auf nationaler Ebene wird mit dem Partizipationsprojekt „Projekt-P“ vom BMFSFJ und der bpb versucht, Jugendliche mitreden zu lassen und sie für Politik zu begeistern. Das aktuelle Nachfolgeprojekt trägt den Namen „NAP – Nationaler Aktionsplan für eine kindergerechte Welt“.

<sup>2</sup> In Hessen explizit durch die Ehrenamtskampagne „Gemeinsam aktiv – Bürgerengagement in Hessen“ und die „Initiative Stiftung“.

<sup>3</sup> Siehe hierzu beispielsweise: Biedermann, Horst: Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung? Münster: Waxmann Verlag. 2006; Deutsche Jugend, 53.Jg. 2005, H.6. – Sonderheft zu Kinder- und Jugendpartizipation; Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hg.): Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation. Schriftenreihe Bd.8. Eigenverlag. 2004; Hafenecker, Benno u.a. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005; Hufer, Hans-Peter / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (Hg.): Positionen der politischen Bildung. Teil 2. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004; oder auch die diversen Jugend- und Freiwilligenstudien (siehe Abschnitt 3.5).

<sup>4</sup> Sozialgesetzbuch zur Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) i.d.F. vom 29.05.1998. § 8, Abs.1.

Das Thema meiner Arbeit ist der Zusammenhang von Partizipation und Emanzipation, d.h. die Frage, ob Partizipation die Emanzipation fördert. Diese Fragestellung ist untersuchenwert, weil der Emanzipationsdiskurs der 1970er Jahren mit der Forderung nach Partizipation verknüpft war. In der aktuellen Diskussion um Partizipation scheint allerdings von Emanzipation kaum mehr die Rede zu sein. Deshalb ist es interessant zu erfahren, *ob* und *wie* durch Partizipation auch heute Emanzipation befördert werden kann. *Ob* dies prinzipiell möglich ist, soll deshalb durch die Bearbeitung der These ‚*Emanzipation kann durch Partizipation befördert werden*‘ geklärt werden. Für die Beantwortung der Frage, *wie* Emanzipation durch Partizipation befördert werden kann, müssen emanzipatorische Kriterien im Hinblick auf Partizipationskonzepte erarbeitet werden.

Um die gesamte Fragestellung erschöpfend bearbeiten zu können, bedarf es einiger Vorarbeit. Für eine Prüfung der Partizipationsansätze auf emanzipatorische Aspekte ist es nicht damit getan, auf die Quantität der Verwendung des Wortes ‚Emanzipation‘ bzw. auf begriffliche Überschneidungen zu achten. Vielmehr ist es notwendig, zentrale Kriterien von Emanzipation ausfindig zu machen. Somit werden zu Beginn in Kapitel 2 – neben der Begriffsgeschichte – die prägenden Theoriestränge herausgearbeitet, um hieraus prinzipielle Kriterien und offene Fragen bei der Suche nach einer begrifflichen und theoretischen Bestimmung von Emanzipation herauszuarbeiten. Auf dieser Basis werden darauf folgend in Kapitel 3 verschiedene Partizipationsansätze – mit Bezug auf in der BRD diskutierte demokratiethoretische Ansätze – dargestellt. Es liegt ein breites Spektrum an Partizipationskonzepten vor, sodass eine verallgemeinernde Aussage sowie bereits die Auswahl der Konzepte sich als schwierig erweist. Angesichts der These, ‚Emanzipation kann durch Partizipation befördert werden‘, lege ich den Fokus vermehrt auf Konzepte, die nicht bereits offensichtlich einem emanzipatorischen Anspruch widersprechen, sondern – nach ihrem ersten Erscheinungsbild urteilend – emanzipatorische Ziele im weitesten Sinne verfolgen. Durch diese Schwerpunktsetzung soll der Bereich der Partizipationsansätze, die der Emanzipation am ehesten verbunden scheinen, ausdifferenziert werden, um letztendlich präzisere Aussagen über ihre emanzipatorische Ausrichtung treffen zu können. Für eine generalisierende Aussage über Partizipationskonzepte bedeutet dies: Falls die These, ‚Emanzipation kann durch Partizipation befördert werden‘, für die behandelten Konzepte falsifiziert werden sollte, kann davon ausgegangen werden, dass dies auch auf Partizipationskonzepte zutrifft, die deutlicher eine Scheinbeteiligung zur Folge haben. Der Umkehrschluss ist allerdings nicht zulässig, da bei einer Verifikation der These oder einer Verifikation der These unter Formulierung bestimmter Kriterien keine allgemeingültigen Aussagen für die Gesamtheit der Partizipationskonzepte getroffen werden können. Bei einer grundsätzlichen Verifikation der

These bedeutet das ausschließlich eine *prinzipielle Möglichkeit* durch Partizipation Emanzipation zu befördern.

Insofern ist die zentrale Frage die nach dem *wie* der Förderung, woraus als Ergebnis emanzipatorische Kriterien für Partizipationskonzepte erarbeitet werden. Sie stellen allerdings kein Patentrezept für ein festes Konzept emanzipatorischer Partizipation dar, stattdessen sind sie vielmehr ein Orientierungsmaßstab für die konkreten Partizipationsprojekte.

Im Folgenden stelle ich die Gliederung der Arbeit vor. Aufgrund der aufgeführten Vorgehensweise wird die Arbeit in drei Hauptkapitel aufgeteilt. Die Darstellung von Emanzipations- und von Partizipationskonzepten bilden zusammen die ersten zwei Blöcke (Kapitel 2 u. 3). Im letzten Kapitel (Kapitel 4) werden die Partizipationsansätze durch die emanzipatorische Perspektive beleuchtet und damit einer Auswertung unterzogen.

In Kapitel 2 ‚Konzepte von Emanzipation‘ soll zunächst ein chronologisch-historischer Überblick der Begriffsgeschichte gegeben werden. Für die theoretische Fundierung sollen ferner prägende Emanzipationstheorien dargestellt werden. Zunächst wird auf die Kantsche Aufklärung eingegangen. Auf diese folgen die Ansätze von Friedrich Engels und Karl Marx sowie die der Hauptvertreter der Kritischen Theorie, Theodor W. Adorno und Max Horkheimer. Die aktuellsten Ansätze werden unter dem Oberbegriff der ‚neueren kritischen Gesellschaftstheorien‘ vorgestellt. Da die diversen Emanzipationstheorien nicht ohne Widersprüche auskommen, wird im darauf folgenden Abschnitt der ‚Dialektik der Suche nach Emanzipation‘ die Aufmerksamkeit geschenkt. Darin werden Kontroversen, Widersprüche und offene Fragen der Theorien entwickelt. In einem kurzen Zwischenfazit am Ende dieses Kapitels sollen die herausgearbeiteten emanzipatorischen Aspekte und Kriterien zusammengefasst werden, mit deren Hilfe die Partizipationskonzeptionen im Auswertungskapitel überprüft werden.

Während ich mich in Kapitel 2 auf das Thema der Emanzipation konzentriere, werden im dritten Kapitel ausgewählte Partizipationskonzepte dargestellt. Eine grundlegende Betrachtung unterschiedlicher Demokratietheorien ist hierbei notwendig, um den Stellenwert und die Funktion von Partizipation benennen und einordnen zu können. Hierbei wird – dem Ziel dieser Arbeit folgend – der Fokus auf partizipatorische Demokratietheorien gelegt, um mich nicht in einer schlichten Abgrenzung zu anderen Demokratietheorien zu verlieren, sondern einen differenzierteren Blick auf die unterschiedlichen partizipatorischen Demokratieansätze zu ermöglichen. Doch zunächst werde ich im dritten Kapitel eine Eingrenzung dahingehend vornehmen, welche Dimension des Begriffs Partizipation für die Thematik betrachtet werden soll. Ohne eine solche Eingrenzung wäre der Begriff Partizipation ein diffuses Konglomerat aus politischen, sozialen und alltagsorientierten Interpretationen. Nach der Betrachtung des Stellenwertes und der Funktion

von Partizipation in diversen Demokratietheorien sollen die verwendeten Partizipationsansätze anhand mehrerer, als relevant erachteter Punkte dargestellt werden. So ist zunächst eine Übersicht verschiedener Partizipationsfelder und –formen vorgesehen, um die thematische und operationale Breite politischer Partizipation abzubilden. Der Verweis auf die unterschiedlichen Partizipationsfelder ist für die weitere Arbeit insofern essenziell, da es wenige allgemeine, Partizipationsfelder übergreifende Konzepte und Theorien gibt. Sie beziehen sich meistens auf ein Feld wie die Kinder- und Jugendpartizipation. Das birgt bei einer Betrachtung die Gefahr, Aspekte verschiedener Partizipationsfelder in einen Topf zu werfen, die jedoch signifikante und nicht zu vernachlässigende Unterschiede aufweisen. Da diese Problematik nicht aufgelöst werden kann, werde ich sie in die gesamte Betrachtung miteinbeziehen. Das bedeutet für diese Arbeit, dass eine explizite Nennung des jeweils angesprochenen Partizipationsfeldes notwendig wird, falls der betonte Aspekt nicht ohne Weiteres auf andere Felder übertragbar ist. Auf der Grundlage dieser Bestimmung sollen zunächst die bedeutsamen Aspekte der empirisch-quantitativen Partizipationsforschung dargestellt werden. Daraufhin wird der Blick auf die Bedingungen politischer Partizipation – unterteilt in die drei Ebenen, der Mikro-, Makro- und Mesoebene – gerichtet. Hierauf folgen explizit die Formulierungen zu qualitativen Aspekten politischer Partizipation, um den Blick für die tiefer liegenden Konzeptionen der jeweiligen Ansätze zu öffnen. Neben den unterschiedlichen Betrachtungen zum Grad der Partizipation soll eine Darlegung des zentralen Standpunktes, politische Partizipation als Recht zu begreifen, darin enthalten sein. Die Betrachtung der Wirksamkeit politischer Partizipation ist als ein weiterer qualitativer Aspekt für eine spätere Beleuchtung aus emanzipatorischer Perspektive von großer Relevanz, da sich jede Theorie an ihren praktischen Konsequenzen messen lassen muss. Doch hieraus resultiert für diese Arbeit wiederum ein Problem, das – aufgrund fehlenden Raumes für eigene empirische Untersuchungen – nicht einfach aufgelöst werden kann. Aus diesem Grund ziehe ich ausschließlich Positionen und Stellungnahmen zur Wirksamkeit politischer Partizipation aus der verwendeten Literatur heran. Als weitere substantielle Beurteilungsgrundlage für die Fragestellung der Arbeit sollen die Visionen, die mit politischer Partizipation verbunden sind, und die Forderungen, die für sie erhoben werden, aufgezeigt werden. Als Zwischenfazit dieses Kapitels soll – mit Rekurs auf die Ausgangsthese ‚Emanzipation kann durch Partizipation befördert werden‘ – die Frage geklärt werden, *ob* diese falsifiziert werden muss, oder sich emanzipatorische Aspekte in den dargestellten Partizipationskonzeptionen prinzipiell finden lassen. Nur aufgrund einer Nicht-Falsifizierung der These lohnt sich ein tiefer gehender Blick, der versucht konkrete emanzipatorische Kriterien aus den Partizipationsansätzen heraus zu formulieren.



Die Struktur der Arbeit bedingt an dieser Stelle die Vorwegnahme, dass sich der emanzipationstheoretische Blick auf die in Kapitel 3 beleuchteten Punkte lohnt. Somit soll im vierten Kapitel der Fragestellung – *wie* Emanzipation durch Partizipation befördert werden kann – nachgegangen werden. Das gestaltet sich in der Form einer Auswertung charakteristischer Merkmale der Partizipationsansätze anhand der in Kapitel 2 erarbeiteten Kriterien. Hiermit wird keine Auswertung aller in Kapitel 3 angesprochener Aspekte der Partizipationskonzeptionen angestrebt, sondern die intensivere Überprüfung von sich als zentral erweisenden Merkmalen. Dadurch kann zwar kein Konzept ‚emanzipatorischer Partizipation‘ entworfen werden, aber es können sehr wohl jene – auf Partizipation spezifizierte – emanzipatorische Kriterien formuliert werden, die in *konkreten* Partizipationsprojekten eine Antwort auf die Frage geben können, *wie* Emanzipation durch Partizipation befördert werden kann.

## 2. Konzepte von Emanzipation

### 2.1. Chronologisch-historischer Überblick der Begriffsgeschichte

Das Wort ‚Emanzipation‘ entstammte dem Römischen Recht. Als ein *terminus technicus* bezeichnete es den Rechtsakt der Freilassung eines Kindes aus der väterlichen Gewalt in die zivilrechtliche Selbstständigkeit. Im deutschen Sprachgebrauch kam das Wort ‚Emanzipation‘ lange Zeit nicht vor, zumal es den Rechtsakt als solchen nicht in dieser Form gab. Über einen im außerrechtlichen Bereich reflexiven Gebrauch des lateinischen Wortes ‚*emancipare*‘ im 17. Jahrhundert erfuhr es erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts eine Ausweitung zu einem politischen und geschichtsphilosophischen Begriff.<sup>5</sup>

Zur Zeit der Aufklärung begann die Politisierung des Wortes Emanzipation. Die Veränderung des Begriffsbedeutung in der Epoche der deutschen Aufklärung hatte gleichfalls „teil am Bedeutungswandel bzw. Aufkommen der Begriffe ‚Aufklärung‘, ‚Fortschritt‘, und ‚Geschichte‘“<sup>6</sup>. Kant hatte die geschichtsphilosophische Dimension einer Befreiung zur Selbstständigkeit als erster umrissen, ohne jedoch das Wort Emanzipation zu benutzen. Er definierte Aufklärung, „als den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“<sup>7</sup>. Die Aufklärung als zeitlich gedehnter Akt der Mündigwerdung überstieg den einmaligen Akt der Emanzipation.<sup>8</sup> „Man mochte juristisch emanzipiert sein, ohne deshalb politisch ‚mündig‘ geworden zu sein.“<sup>9</sup>

Im deutschen Sprachraum war Wieland der erste, „der 1787 den Ausdruck (Emanzipation, Anm. v. M.K.) ins Politische kehrte, und zwar mit negativem Vorzeichen“<sup>10</sup>, denn nach Wieland dürften die Menschen nicht beherrscht werden, da sie schließlich keine Sklaven seien, aber regiert werden müssten sie. Eine politische Emanzipation würde den „Rückfall in die alte Wildheit“<sup>11</sup> bedeuten. Trotz der negativen Auslegung wurde der Begriff dadurch von einer Einzelperson hin zu Gruppen, Ständen, dem ganzen Volk

---

<sup>5</sup> Vgl. Grass, Karl Martin / Koselleck, Reinhardt: Emanzipation. In: Brunner, Otto u.a. (Hg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart: Ernst Klett Verlag. 1975. S.153-162.

<sup>6</sup> Ebd. S.162.

<sup>7</sup> Kant, Immanuel: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* In: Brandt Horst D. (Hg.): *Immanuel Kant. Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften*. Hamburg: Felix Meiner Verlag. 1999. (1784) S.20.

<sup>8</sup> Die Bedeutung von Emanzipation hatte 1784 ihre zeitliche – vom Rechtsakt herrührende – Begrenzung noch nicht abgelegt. ‚Aufklärung‘ und ‚Mündigkeit‘ schienen passendere Begriffe zu sein. Siehe hierzu: Grass / Koselleck 1975, S.164; oder auch: Greiffenhagen, Martin (Hg.): *Emanzipation*. Darmstadt: Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.51.

<sup>9</sup> Grass / Koselleck 1975, S.164.; ausführlicher in Abschnitt 2.2.1 - „Aufklärung“

<sup>10</sup> Ebd. S.162

<sup>11</sup> Wieland zit. n.: Grass / Koselleck 1975, S.163.

erweitert. Georg Forster verwendete den Begriff 1792 zum ersten Mal<sup>12</sup> in einem positiven Sinne, womit erstmals Herrschaftsfreiheit als Ziel der Emanzipation anvisiert wurde. Zugleich prägte er das Bild eines Emanzipationsprozesses, der am Anfang schwierig sei und lange dauere. Mit dieser zeitlich ausgedehnten revolutionären Komponente trat der einmalige Akt der Mündigwerdung in den Hintergrund.<sup>13</sup>

Durch die positive und negative Anwendung auf Gruppen wurde der Begriff politisiert. Zudem erweiterte sich der zeitliche Rahmen von einem punktuellen Akt zu einem prozessualen Bewegungsbegriff.<sup>14</sup> „Emanzipation lieferte einen justiziablen Nenner, der für alle Forderungen, die auf die Beseitigung rechtlicher, sozialer, politischer oder ökonomischer Ungleichheit zielte.“<sup>15</sup> Als antiständischer Begriff wurde er liberal, demokratisch und sozialistisch lesbar, wodurch er 1830 zum Schlagwort einer ganzen Epoche wurde.<sup>16</sup> Heinrich Heine beschrieb die Stimmungslage bereits 1828 treffend. „Was ist ... diese große Aufgabe unserer Zeit? Es ist die Emanzipation.“<sup>17</sup>

In Folge dessen setzte ein nötiger Differenzierungsprozess ein. So wurde Emanzipation als Bewegungs- und Zielbegriff definiert, der zum einen die Ablösung und Befreiung vom Alten betont und zum anderen die Freiheit als Ziel ins Auge fasst. Max Stirner unterschied 1844 einen aktiven von einem passiven Prozess, da Emanzipation entweder gewährt oder erkämpft werde. Er konnotierte den aktiven Part mit der positiven Selbstbefreiung und den passiven mit der negativen „Emancipation (Freisprechung, Freilassung) im römisch-rechtlichen Sinne“<sup>18</sup>. Zur gleichen Zeit nahm Karl Marx die Bedingung zwischen der Selbst- und Fremdbefreiung in den Blick und schrieb: „Wir müssen uns selbst emancipieren, ehe wir andere emancipieren können“<sup>19</sup>. In den frühen Schriften vollzog Marx eine Trennung zwischen politischer und allgemein-menschlicher Emanzipation und kritisierte damit die bürgerliche Revolution als begrenzte Emanzipation ihrer Klasse. In seinen späten Schriften wies er dem Proletariat die Rolle des revolutionären Subjekts zu, das durch entsprechende Klassenemanzipation die allgemein-menschliche Emanzipation herbei führen sollte.<sup>20</sup> Zur Zeit der 1848er Revolution deckte sich der Begriff mehr und mehr mit ‚Revolution‘, wodurch er im kommenden Sprachgebrauch nahezu substituiert wurde.<sup>21</sup>

---

<sup>12</sup> Damit wurde der Begriff zum ersten Mal im deutschen Sprachraum in dieser Weise verwendet, während in England die positive Bedeutung schon im 17. Jahrhundert Einzug gehalten hatte.

<sup>13</sup> Vgl. Grass / Koselleck 1975, S.164.

<sup>14</sup> Vgl. Ebd. S.166.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Vgl. Ebd. S.167.

<sup>17</sup> Heine zit. n.: Grass / Koselleck 1975, S.167.

<sup>18</sup> Grass / Koselleck 1975, S.169.

<sup>19</sup> Marx zit. n.: Grass / Koselleck 1975, S.169.

<sup>20</sup> ausführlicher in Abschnitt 2.2.2 - „Marxismus“

<sup>21</sup> Vgl. Grass / Koselleck 1975, S.168-176.

Eine Renaissance erfuhr der Ausdruck und vor allem der inhaltliche Gehalt im Zuge der Kritischen Theorie.<sup>22</sup> In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kam es mit der Inanspruchnahme durch die 1968er Bewegung zu jenem erneuten Höhepunkt der Verwendung des Wortes auch über das wissenschaftliche Feld hinaus. Im wissenschaftlichen Bereich setzte sich der Begriff im darauf folgenden Jahrzehnt in den Erziehungswissenschaften als omnipräsente Zielmarke durch, die sich bis zur heutigen Zeit zunehmend zu verflüchtigen scheint.

Trotz politisch bedingter Schwankungen des Stellenwerts von Emanzipation wurde der geschichtsphilosophische Rahmen des 19. Jahrhunderts kaum verlassen.<sup>23</sup> Dementsprechend sollte eine genauere Betrachtung begriffsprägender Theoriestränge seit der Aufklärung die hinreichende Bedingung zur Gewinnung aktuell gültiger Kriterien für den Bedeutungshorizont von Emanzipation darstellen.

## **2.2. Prägende Theoriestränge**

### **2.2.1. Aufklärung**

Die deutsche Aufklärung kam im europäischen Vergleich äußerst spät und nie wirklich ganz zustande.<sup>24</sup> Dennoch vollzog sich während der Französischen Revolution eine philosophische Revolution in Deutschland. Friedrich Engels beschrieb diese in nuce: „Kant begann sie, indem er das alte System der Metaphysik von Leibniz stürzte ... Fichte und Schelling begannen mit dem Neuaufbau, und Hegel vollendete das System.“<sup>25</sup> Was später die deutsche Aufklärung genannt wurde erreichte in „den 1780er Jahren, die durch Kants (1724-1804) Kritik der reinen Vernunft eingeleitet wurden ... ihre höchste Entfaltung.“<sup>26</sup> Die Berlinische Monatszeitschrift (1783-1796), in der Kants Aufsatz ‚Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?‘ 1784 erschien, wurde zum bedeutendsten Forum der Selbstverständigungsdebatte über den Begriff ‚Aufklärung‘.<sup>27</sup>

Was Aufklärung charakterisiert, definiert Kant im ersten Absatz seiner Schrift:

---

<sup>22</sup> Ausführlicher in Abschnitt 2.2.3 - „Kritische Theorie“

<sup>23</sup> Vgl. Grass / Koselleck 1975, S.197.

<sup>24</sup> Vgl. Adorno, Theodor W.: Kants ‚Kritik der reinen Vernunft‘. Frankfurt am Main : Suhrkamp. 1995. (1959). S.92 f.; Für die englische und französische Aufklärung vgl.: Schröder, Winfried: Aufklärung. In: Sandkühler, Hans-Jörg (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg: Meiner Verlag. 1990. S.276 f.

<sup>25</sup> Engels zit. n.: Schröder 1990, S.277.

<sup>26</sup> Schröder 1990, S.277.

<sup>27</sup> Vgl. Ebd.

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“<sup>28</sup>

Die Ursachen der selbstverschuldeten Unmündigkeit findet er beim Individuum. Es seien „Faulheit und Feigheit“<sup>29</sup> des Großteils der Menschen die Gründe für den Nichtgebrauch des eigenen Verstandes. Es sei nicht nur „bequem, unmündig zu sein“<sup>30</sup>, sondern der Mensch habe die „beinahe zur Natur gewordene Unmündigkeit (...) sogar lieb gewonnen“<sup>31</sup>. Dennoch wagt Kant den Blick über das Individuum hinaus, indem er die zur Natur gewordene Unmündigkeit als Struktur, sowie den Subjektivierungsprozess von Strukturen, inklusive der Schwierigkeit ihrer Veränderung, erkennt. So seien

„(...) Satzungen und Formeln (...) die Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit. Wer sie auch abwürfe, würde dennoch auch über den schmalesten Graben einen nur unsicheren Sprung tun, weil er zu dergleichen freier Bewegung nicht gewöhnt ist. Daher gibt es nur wenige, denen es gelungen ist, durch eigene Bearbeitung ihres Geistes sich aus der Unmündigkeit herauszuwickeln und dennoch einen sicheren Gang zu tun.“<sup>32</sup>

Um die Aufklärung trotz alledem in Gang zu bringen, erfordere es nichts weiter als die „Freiheit (...) von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen.“<sup>33</sup> Hier lässt sich bereits ein Grundprinzip der Aufklärung ablesen. Die Vernunft als ein Wesensmerkmal des Menschen wird zur höchsten Instanz.<sup>34</sup> Die zugrunde gelegte „emanzipative Gleichheitsforderung“<sup>35</sup>, dass es den Menschen an Verstand nicht mangle, ist jedoch nicht neu. Bereits Descartes formulierte: „Nichts in der Welt ist gleichmäßiger unter den Menschen verteilt als der gesunde Menschenverstand!“<sup>36</sup>

Für die Frage, was Aufklärung sei, führt Kant allerdings einige Begrenzungen der Aufklärung ein. So besteht er in seiner Argumentation darauf, dass für die Erlangung von Mündigkeit respektive Emanzipation das größte Hindernis das Individuum sei. Hierbei handelt es sich um die von Adorno gesichtete Beschränkung, „dass Aufklärung bei Kant

---

<sup>28</sup> Kant 1999, S.20.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd. S.20 f.

<sup>32</sup> Ebd. S.21

<sup>33</sup> Ebd. S.21 f.

<sup>34</sup> Vgl. Adorno 1995, S.98.; Galic, Barbara: Emanzipation in Erziehung und Bildung Hörgeschädigter. Dissertation. Pädagogische Hochschule Heidelberg, 2003. S.36.

<sup>35</sup> Greiffenhagen 1973, S.12.

<sup>36</sup> Descartes zit. n.: Greiffenhagen 1973, S.12.

immer und ausschließlich aufs Denken bezogen ist.“<sup>37</sup> Adorno beschreibt treffend weiter:

„Man kann also sagen, dass der Begriff der Aufklärung bei Kant vorweg in einer bestimmten Weise subjektiv eingeschränkt ist: eben auf die Art, wie der Einzelne rein für sich in seinen Gedanken sich verhält; dass aber die Frage der Objektivierung des Geistes, und damit der Institution und Einrichtungen der Welt, von diesem Begriff der Aufklärung eigentlich nicht erfasst wird.“<sup>38</sup>

Das bedeutet gleichfalls, dass zwischen der Aufklärung und der Praxis, dem Handeln, keinerlei Verbindung besteht. Die Einschränkung und Ambivalenz des Begriffs der Aufklärung in der Kantischen Philosophie wird in seinem Aufsatz ‚Was ist Aufklärung?‘ besonders deutlich. So gehöre zur Aufklärung nichts als die Freiheit, „von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“<sup>39</sup>, jedoch nicht als Beamter, Pfarrer oder Soldat, – verallgemeinert nicht in der Rolle des die Gesellschaft stützenden Arbeiters<sup>40</sup>, nicht in einem ihm „anvertrauten bürgerlichen Posten oder Amte“<sup>41</sup> – sondern ausschließlich als Schriftsteller oder Gelehrter.

Bereits bei Hegel ließ sich die Tendenz erkennen, die Vernunft als das Allerhöchste zu verklären und sie gleichzeitig auf bloßes Rasonieren einzuschränken. Adorno attestiert diese Ambivalenz der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die sich in der ambivalenten Stellung der Philosophie wiederspiegle.<sup>42</sup>

Zudem führt Kant ein gesellschaftliches Paradox ein, das seine These, Aufklärung müsse langsam ablaufen, die Denkungsart verändern und dürfe niemals Revolution sein, untermauert: „Ein größerer Grad bürgerlicher Freiheit scheint der Freiheit des Geistes des Volkes vorteilhaft und setzt ihr doch unübersteigliche Schranken; ein Grad weniger von jener verschafft hingegen diesem Raum, sich nach allem seinem Vermögen auszubreiten.“<sup>43</sup> Revolution ist nach Kant keine Aufklärung, vielmehr besteht die einzige Chance der Aufklärung darin, dass alle – auch die Regierung – erkennen, dass sie ein einvernehmlicher Prozess zum Wohle Aller sei, und die öffentliche Ruhe und Einigkeit bewahre.<sup>44</sup>

Philosophisch wegweisend war ferner die ‚Kritik der reinen Vernunft‘, in der bereits die zwei Seiten der Aufklärung, „die ganze Frage der Dialektik“<sup>45</sup>, angelegt ist. Nach Ador-

---

<sup>37</sup> Adorno 1995, S.98.

<sup>38</sup> Ebd. S.98 f.

<sup>39</sup> Kant 1999, S.21 f.

<sup>40</sup> Hier wird die männliche Form verwendet, da Kant nur in den seltensten Fällen, und dann explizit, das weibliche Geschlecht mit einbezogen hat.

<sup>41</sup> Kant 1999, S.22

<sup>42</sup> Vgl. Adorno 1995, S.100 f.

<sup>43</sup> Kant 1999, S.27.

<sup>44</sup> Vgl. Ebd. S.26.

<sup>45</sup> Adorno 1995, S.106.

no nehme Kant das Vernunftprinzip als Erster ernst und verweist auf die Notwendigkeit der Freiheit zur Kritik der Vernunft. Nur durch eine solche Kritik „des reinen Vernunftvermögens“<sup>46</sup> erhalte man einen „sicheren Probestein“<sup>47</sup> und damit eine Reflexionsstufe.

Welch geringe praktische Konsequenz das Schlagwort Aufklärung in der gleichnamigen Epoche hatte, kann an den ungebrochenen Privilegien des männlichen gegenüber des weiblichen Geschlechts in dieser Zeit beobachtet werden. Gegen die Privilegien des Adels wurde Sturm gelaufen und die Aufhebung der Standesgrenzen gefordert:

„Freiheit, Gleichheit, Leistung und Konkurrenz sollten die Beziehungen der Menschen regieren. (...) Daß Frauen in diese universale Fortschritts- und Freiheitsperspektive nicht mit einbezogen waren, fiel sehr wenigen Zeitgenossen als Widerspruch im bürgerlichen Denken auf.“<sup>48</sup>

1791 legte die Französin Olympe Marie de Gouges der Pariser Nationalversammlung eine ‚Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin‘ vor. Sie kritisierte die Deklaration der Menschenrechte von 1789

„(...) als unvollkommen, waren doch Frauen diese Rechte faktisch nicht zugänglich. Die ‚Gesetze der Natur und Vernunft‘ dagegen verlangten, Frauen als Bürgerinnen einer Nation gleichberechtigt am wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilnehmen zu lassen.“<sup>49</sup>

Als Reaktion hierauf wurde Olympe Marie de Gouges 1793 „hingerichtet, die Frauenclubs wurden aufgelöst und das Versammlungsrecht für Frauen suspendiert“<sup>50</sup>. Besonders das neue Bürgertum hielt sich, sobald es um die Rolle und die Rechte von Frauen ging, an das Althergebrachte. Somit erfolgte trotz der Schlagworte ‚Aufklärung‘ und ‚Emanzipation‘ keine emanzipatorische Umgestaltung der Verhältnisse im Sinne aller gesellschaftlichen Mitglieder.

---

<sup>46</sup> Kant, Immanuel: Kritik der reinen Vernunft. Kritik der praktischen Vernunft. Kritik der Urteilskraft. Wiesbaden: Fourier Verlag. 2003. S.55.

<sup>47</sup> Ebd.

<sup>48</sup> Frevert, Ute: Frauen-Geschichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1986. S.16.

<sup>49</sup> Ebd. S.15 f.

<sup>50</sup> Ebd.

## 2.2.2. Marxismus

Der Aufklärung folgte die Epoche der Klassik, die beispielsweise von Ernst Bloch und Georg Lukács als Vorbereitung des Marxismus bewertet wurde. Während Hegel in dieser Phase das Zeitalter des Rationalismus und des aufgeklärten Verstandes propagierte, brachen Marx und Engels in einer theoretischen Revolution nicht nur mit Hegels Aufklärungsrezeption, sondern auch mit den Bestrebungen der Linkshegelianer, die Aufgabe der Aufklärung des 18. Jahrhunderts vollständig umzusetzen.<sup>51</sup> Marx zufolge würden, selbst durch faktische Einlösung der Ideale der Französischen Revolution, Freiheit und Gleichheit immer in ihr Gegenteil umschlagen. Man müsste die Ansätze der Aufklärung vielmehr weiterdenken.<sup>52</sup> Was sind nun die theoretischen, emanzipationsrelevanten Grundannahmen dieser These?

Der Marxismus wird in Lexika unter anderem als „eine allgemeine Theorie der menschlichen Emanzipation“<sup>53</sup> bezeichnet. Marx sah in der *politischen* Emanzipation der Aufklärung eine unüberbrückbare Beschränkung, da sie ausschließlich die Emanzipation der Bourgeoisie war. Menschliche Emanzipation müsse weitergehen und die Spaltung zwischen allen Menschen aufheben. So erscheine „die Grenze der politischen Emanzipation (...) sogleich darin, dass der Staat sich von einer Schranke befreien kann, ohne dass der Mensch *wirklich* von ihr frei wäre, dass der Staat ein Freistaat sein kann, ohne dass der Mensch ein freier Mensch wäre.“<sup>54</sup> Gleichfalls erhielt der Mensch die Religionsfreiheit, aber keine Freiheit von der Religion, sowie Eigentums- und Gewerbefreiheit, aber keine Freiheit vom Eigentum.<sup>55</sup> Mit Hermann Schweppenhäuser kann ergänzt werden, dass durch die Emanzipation einzelner die Unfreiheit aller nie abgeschafft wurde.<sup>56</sup>

Wann kann Marx zufolge nun von menschlicher Emanzipation gesprochen werden? Hierzu schreibt er:

„Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das *egoistische unabhängige* Individuum, andererseits auf den *Staatsbürger*, auf die moralische Person. (...) erst wenn der Mensch seine 'forces propres' als *gesellschaftliche Kräfte* erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“<sup>57</sup>

---

<sup>51</sup> Vgl. Schröder 1990, S.282.

<sup>52</sup> Vgl. Demirovic, Alex (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2001.

<sup>53</sup> Huguët, Montserrat Galceran: Emanzipation, in: Sandkühler, Hans-Jörg (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg: Meiner Verlag. 1990. S.659 f.

<sup>54</sup> Marx, Karl: Zur Judenfrage. MEW 1. 15.Aufl. Berlin: Dietz Verlag. 1988a. S.353.

<sup>55</sup> Vgl. Ebd.

<sup>56</sup> Vgl. Schweppenhäuser, Hermann: Zur Dialektik der Emanzipation. In: Greiffenhagen 1973, S.393.

<sup>57</sup> Marx 1988a, S.370.



Betrachtet man diese Passage mit dem Ziel, Kriterien für eine Emanzipation im Marx-schen Sinne zu bestimmen, so kann – etwas kompakt und vielleicht verkürzend – folgendermaßen formuliert werden: Der Unterschied zwischen der Bewusstwerdung der eigenen Kräfte als politische und der Bewusstwerdung jener als gesellschaftliche Kräfte, ist die Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten beim ersteren auf vorgegebene politische Verfahrensweisen, wogegen bei der zweiten Variante die Überwindung der konventionellen und institutionalisierten politischen Strukturen hinzukommt.<sup>58</sup> Ähnlich gelagert – nur um den Prozesscharakter erweitert – ist die Trennung von Martin Greiffenhagen in ein konservatives und ein progressives Verständnis von Emanzipation. Ein konservatives Verständnis liegt vor, wenn im statischen Sinne die „Freilassung einzelner oder Gruppen innerhalb eines unerwünschten Herrschaftsgefüges“<sup>59</sup> gemeint ist. Ein progressives dagegen wäre „ein prozeßhaftes Verständnis, welches das Politische Gefüge selbst in Frage stellt und in die Emanzipationsbewegung einbeziehen will.“<sup>60</sup>

Das passt jedoch nicht so recht zu der Feststellung von Grass und Koselleck, die Emanzipation in der Dimension des Zielbegriffs, als einen „geschichtsphilosophisch deduzierten Erlösungsbegriff, der die endgültige Aufhebung von Entfremdung überhaupt verheißt“<sup>61</sup>, beschreiben. Hier, in der widerspruchsfreien Gesellschaft, scheint der Emanzipationsprozess bei Marx an sein Ende gelangt zu sein. Des Weiteren scheint er die Vorstellung zu haben, dass damit die menschliche Entfremdung und jegliche Unterdrückung weg falle. Zwar wäre mit der menschlichen Emanzipation das Ziel erreicht, das besagt: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“<sup>62</sup> Jedoch beschränkt Marx seinen Blick auf strukturelle, insbesondere ökonomische Herrschaftsverhältnisse, wodurch sämtliche informelle, diskursive und zwischenmenschliche Herrschaftsverhältnisse verschwiegen werden.

Als zweite Dimension benennen Grass und Koselleck die gesellschaftskritische Kategorie, die mehr prozessualen Charakter aufweise und von Marx beschrieben wurde, „(...) mit dem *kategorischen Imperativ*, alle *Verhältnisse* umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist (...)“<sup>63</sup>.

Marx und Engels veränderten im Übrigen ihr Emanzipationskonzept im Laufe ihres Lebens. Bezüglich der Veränderung schreibt Wolfgang Fritz Haug: „Die Fokussierung der

---

<sup>58</sup> Gewiss kann nicht nur dieser Aspekt abgelesen werden. Ein weiterer wäre die implizite Verknüpfung von gesellschaftlichen und schaffenden, (materiell) produktiven Kräften bei Marx. So kommt er zu dem Schluss, dass sich die Menschen als Gesellschaft produzierende Wesen (wieder)erkennen müssen, was er bei der politischen Emanzipation nicht feststellen konnte.

<sup>59</sup> Greiffenhagen 1973, S.10

<sup>60</sup> Ebd.

<sup>61</sup> Grass / Koselleck 1975, S.174.

<sup>62</sup> Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms. MEW 19. Berlin: Dietz Verlag. 1962. S.21.

<sup>63</sup> Marx, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW 1. 15.Aufl. Berlin: Dietz Verlag. 1988b. S.385.

Emanzipationsbewegungen auf den Befreiungskampf der Arbeiterklasse (...) führt zu einer Einengung des Emanzipationsbegriffes des marxischen Frühwerks.<sup>64</sup> Die Emanzipation des Proletariats trat mehr und mehr ins Zentrum ihres Theoriegebäudes. Die praktisch-politische Folge aus der Konfliktlinie zwischen proletarischer und allgemeingesellschaftlicher Emanzipation war 1872 der Ausschluss des anarchistisch orientierten Bakunin. „Die Anarchisten halten den Weg zur allgemeingesellschaftlichen Emanzipation über die zu erobernde Staatsmacht, die Diktatur des Proletariats, und anderer zentralistischer proletarischer Organisationen für unmöglich.“<sup>65</sup> Die neuere Zurückhaltung – angesichts der Klassenkampfrealitäten – gegenüber einer allgemeinmenschlichen Emanzipation formulierte Engels 1892 folgendermaßen: „(...) deren Endziel (der kommunistischen Theorie, Anm. v. M.K.) ist die Befreiung der gesamten Gesellschaft, mit Einschluß der Kapitalisten, aus den gegenwärtigen Verhältnissen. Dies ist in abstraktem Sinn richtig, aber in der Praxis meist schlimmer als nutzlos.“<sup>66</sup>

Das Proletariat wurde somit als Klasse zum Subjekt und Objekt der Emanzipation respektive Revolution erklärt, das alleine die menschliche Emanzipation vollbringen könne, da es als einziger Sektor das Gesellschaftsgebäude in seiner Ganzheit stütze.<sup>67</sup> So sprach der späte Marx fast ausschließlich von ‚Klassenkampf und Revolution‘, was den Wortgebrauch Emanzipation stetig verdrängte<sup>68</sup>. Die Wendung im Theoriegebäude von Marx und Engels war verknüpft mit der ‚Kritik der Politischen Ökonomie‘ und der Überlegung dass eine Gesellschaft, deren Bedürfnisbefriedigung und ebenso die menschliche Emanzipation materiell bedingt sei.

Mit dem Ziel der Klassenemanzipation im Blick, bestand für Marx bereits innerhalb der bürgerlichen Epoche ein emanzipatorischer Fortschritt in einem partiellen gewerkschaftlichen und politischen Klassensieg.<sup>69</sup> Zudem bedeutend im Hinblick auf Emanzipationskriterien ist die Marxsche Überzeugung, „dass die richtige Theorie alleine kein Weg zur Verwirklichung der menschlichen Emanzipation sei; man müsse die Praxis mit der Theorie verbinden.“<sup>70</sup>

---

<sup>64</sup> Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd.3. Hamburg: Argument-Verlag. 1997. S.277.

<sup>65</sup> Ebd.

<sup>66</sup> Engels, Friedrich / Marx, Karl: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. MEW 2. Berlin: Dietz Verlag. 1958. S.641.

<sup>67</sup> Vgl. Huguet 1990, S.659.

<sup>68</sup> Vgl. Grass / Koselleck 1975, S.176.

<sup>69</sup> Vgl. Haug 1997, S.277.

<sup>70</sup> Lim, Kyungseok: Marx' emanzipatorische Kritik im Sinne einer Komplementarität von Theorie und Praxis. Dissertation. Eberhard-Karls-Universität Tübingen. 2003. S.16.

### 2.2.3. Kritische Theorie

Die ersten Arbeiten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, des Epizentrums der Kritischen Theorie, lehnten sich eng an die marxistische Theorie an. Max Horkheimer setzte zu Beginn der 1930er Jahre neue Akzente, deren Aufgabe es sein sollte eine „Theorie der gegenwärtigen Gesellschaft als ganzer“<sup>71</sup> zu entwerfen. Gesellschaft sollte dabei nicht nur als Reflex der ökonomischen Verhältnisse verstanden werden, sondern um die Dimensionen der psychischen Entwicklung der Individuen und der Veränderung der weitläufig definierten Kulturgebiete ergänzt werden.<sup>72</sup> Nach Hermann Schweppenhäuser führte die Erfahrung des Faschismus als Konsequenz aus dem Kapitalismus zu einer Ergänzung der Kritik der politischen Ökonomie durch Herrschaftskritik. Jene Herrschaft manifestiere sich nach Theodor W. Adorno und Max Horkheimer allerdings immer noch in den Produktionsverhältnissen, der antagonistischen Struktur der Gesellschaft.<sup>73</sup> Nach Wilfried Röhrich blieb zumindest für Horkheimer die Ökonomie die erste Ursache des Elends.<sup>74</sup> In diesem Sinne prägte Horkheimer den Satz: „Wer (...) vom *Kapitalismus* nicht reden will, sollte auch vom *Faschismus* schweigen“<sup>75</sup>. Adorno hatte zudem die Auswirkungen der ökonomischen Verhältnisse auf die Kultur und die Bildung im Blick, weshalb er betonte, dass die Entmenschlichung durch den kapitalistischen Produktionsprozess den Arbeitenden alle Voraussetzungen für Bildung verweigerte.<sup>76</sup> Die dennoch erlangte, jedoch von der Kulturindustrie in Beschlag genommene Bildung nennt er die „Halbbildung“<sup>77</sup>. Sie ist für ihn „Anti-Aufklärung“<sup>78</sup> und die „restlose Instrumentalisierung des Geistes, deren Logik nicht mehr die autonome, kritische Reflexion ist, sondern ‚Informiertheit‘ und konformistische Inbesitznahme der ‚Kulturgüter‘, die stets in Barbarei umschlagen droht.“<sup>79</sup> Die Kritische Theorie ist gekennzeichnet von der Frage der Wiederkehr oder Nichtwiederkehr der Barbarei, des Faschismus. Auschwitz war der Rückfall in die Barbarei und sie „besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen Rückfall zeitigten, wesentlich fort dauern.“<sup>80</sup>

---

<sup>71</sup> Horkheimer zit. n.: Paffrath, Hartmut F.: Perspektiven kritischer Sozialforschung. In: Hug (Hg.): Wie kommt Wissenschaft zu Wissen. Baltmannsweiler: Schneider Verlag. 2001. S.264.

<sup>72</sup> Vgl. Paffrath 2001, S.264.

<sup>73</sup> Vgl. Schweppenhäuser, Gerhard: Emanzipationstheorie und Ideologiekritik. Zur praktischen Philosophie und Kritischen Theorie. Cuxhaven: Junghans-Verlag. 1990. S.51.

<sup>74</sup> Vgl. Röhrich, Wilfried: Herrschaft und Emanzipation. Prolegomena einer kritischen Politikwissenschaft. Berlin: Duncker & Humblot. 2001. S.167.

<sup>75</sup> Horkheimer, Max: Die Juden und Europa, in: Gesammelte Schriften 4. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1988a, S. 308f.

<sup>76</sup> Vgl. Schweppenhäuser 1990. S.58.

<sup>77</sup> Ebd. S.93

<sup>78</sup> Adorno, Theodor W.: Resümé über Kulturindustrie, in: Schriften 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1977. S.345.

<sup>79</sup> Schweppenhäuser 1990. S.58.

<sup>80</sup> Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. In: Ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Suhrkamp. 1970. S.92.

Auf der psychologischen Ebene entwirft Adorno in der Studie ‚Authoritarian Personality‘, erstellt in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges, den ‚manipulativen Charakter‘. Dieser sei Menschen zu eigen, „die blind in Kollektive sich einordnen.“<sup>81</sup> Dadurch machen sie „sich selber schon zu etwas wie Material, löschen sich als selbstbestimmte Wesen aus. Dazu passt die Bereitschaft andere als amorphe Masse zu behandeln.“<sup>82</sup> Trotz der Inaugenscheinnahme der psychologischen Faktoren – wie in der angeführten Studie – ist die Frage der möglichen (Nicht-)Wiederkehr der Barbarei, nach Adorno, im entscheidenden eine gesellschaftliche.<sup>83</sup> Individualisierungslogiken entgegen weist er beständig auf die Gefahr einer Verschiebung und Verlagerung gesellschaftlicher Probleme auf den individuellen Bereich hin.<sup>84</sup> Zu trennen sind die Ebenen jedoch nie ganz und entfalten gerade in ihrem Zusammenspiel ihre reale Wirkungsmächtigkeit. Neben dem ‚manipulativen Charakter‘ weist Adorno in dem Aufsatz ‚Erziehung nach Auschwitz‘ mit der ‚Staatsraison‘ auf ein weiteres strukturelles Problem hin: „(...) indem man das Recht des Staates über das seiner Angehörigen stellt, ist das Grauen potentiell schon gesetzt.“<sup>85</sup> Eine wegweisende Auseinandersetzung führte die Kritische Theorie mit der Aufklärung und folglich mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem bürgerlichen Denken. Mit der bürgerlichen Emanzipationsbewegung und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verschmelze die technische Rationalität mit der Rationalität der Herrschaft. Die ‚technologische Rationalität‘ ist für Herbert Marcuse ein eindimensionales gesellschaftliches Organisationsprinzip, das kapitalistisches Profitinteresse und politische Herrschaft verbindet.<sup>86</sup> Nach Horkheimer und Adorno involviert die Naturbeherrschung gleichfalls Menschenbeherrschung.<sup>87</sup> Vernunft und Rationalität, aufklärerische Mittel, eingesetzt zum Zwecke der Emanzipation des Menschen, seien Mittel zur Beherrschung nicht nur der Natur, sondern auch des Menschen. In der bürgerlich-aufklärerischen Geschichte würde Mittel und Zweck vertauscht, was Horkheimer mit ‚instrumenteller Vernunft‘ beschreibt. Ihrer Hauptthese nach ist Aufklärung dialektisch, da sie sich in blinde Herrschaft verstrickt habe.<sup>88</sup> „Aufklärung schlägt in Mythologie zurück.“<sup>89</sup> Somit bliebe die Gesellschaft in dem mythischen Zwang verfangen, von dem sie sich eigentlich lösen

---

<sup>81</sup> Ebd. S.101.

<sup>82</sup> Ebd.

<sup>83</sup> Vgl. Ebd. S.96.

<sup>84</sup> Vgl. Paffrath 2001, S.267.

<sup>85</sup> Adorno 1970, S.109.

<sup>86</sup> Vgl. Gangl, Manfred: Dialektische Vernunft und eindimensionale Gesellschaft, in: Flego, Gvozden / Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hg.): Herbert Marcuse – Eros und Emanzipation. Giessen: Germinal Verlag. 1989. S.183.; Marcuse, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, in: Schriften. Band 7. Springer: Zu Klampen Verlag. 2004.

<sup>87</sup> Vgl. Röhrich 2001, S.25.

<sup>88</sup> Vgl. Ebd. S.171.

<sup>89</sup> Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1988. S.6.

wollte.<sup>90</sup> „Anstelle der Werke um der Seligkeit willen, trat das Werk um des Werkes, der Profit um des Profits, die Herrschaft um der Herrschaft willen (...)“<sup>91</sup>.

Ähnlich der Marxschen Analyse des inneren Antagonismus der bürgerlichen Gesellschaft wird in der Kritischen Theorie das partikulare Interesse der Bürgerklasse offengelegt: „Die dialektische Kehrseite der Freiheit und Selbstbestimmung in der bürgerlichen Gesellschaft ist die Unfreiheit und Fremdbestimmung des überwiegenden Teils ihrer Mitglieder (...)“<sup>92</sup>. So war die Emanzipation des Bürgertums gleichbedeutend mit der Streichung eines allgemeinmenschlichen Emanzipationsanspruches: „Die allbeklagte Unmündigkeit der Massen ist nur der Reflex darauf, dass sie so wenig wie je autonome Meister ihres Lebens sind; wie im Mythos widerfährt es ihnen als Schicksal.“<sup>93</sup> Für Adorno ergibt sich daraus, dass die Aufklärung auf eine „besinnungslose Aufklärung“<sup>94</sup> reduziert wurde. Sie hat das Denken, „das Element der Reflexion auf sich verloren“<sup>95</sup>.

Dem entgegen setzt Adorno eine Idee der Vernunftkritik, womit das Konzept der Reflexion bzw. Selbstreflexion verbunden ist. Sie stellt eine immanente Kritik der Vernunft dar, in Form konsequenter Selbstreflexion.<sup>96</sup> Schweppenhäuser beschreibt die immanente Reflexion der Vernunft wie folgt: „Ein Denken, das seine eigene Bewegung der Bewegung seiner Gegenstände anmessen könnte, ohne in solcher quasi-mimetischen Annäherung seine Autonomie aufzugeben, ist die Zielvorstellung, deren Konturen als Resultat von Adornos Selbstkritik der Rationalität hervortreten.“<sup>97</sup> In dieser immanenten Kritik stecke nach Schweppenhäuser gleichfalls ein transzendentes Moment, insofern ihr Ziel eine Veränderung und Überwindung des Kritisierten ist. Sie trage die Kritik zwar nicht von außen an die Sache heran, „aber Kritik, die nicht über den Tellerrand hinausblickt, ist keine.“<sup>98</sup> Das Konzept der Selbstreflexion ist nach Adorno Bestandteil der Kritischen Theorie, als kritische Reflexion der Gesellschaft.<sup>99</sup> Auch der ‚jüngere‘ Vertreter der Kritischen Theorie, Jürgen Habermas, konstatiert einen Zusammenhang zwischen (Selbst-)Reflexion und Emanzipation. „Das emanzipatorische Erkenntnisinteresse zielt auf den Vollzug der Reflexion als solchen“<sup>100</sup>. Adorno beschreibt das zugrundeliegende Denkkonzept in dem Aufsatz ‚Negative Dialektik‘<sup>101</sup> als „unversöhnliches Denken“<sup>102</sup>.

---

<sup>90</sup> Vgl. Ebd. S.41 f.

<sup>91</sup> Horkheimer, Max: Vernunft und Selbsterhaltung, in: Schriften 5. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1987. S.346.

<sup>92</sup> Schweppenhäuser 1990, S.52.

<sup>93</sup> Adorno, Theodor W.: Spätkapitalismus und Industriegesellschaft, in: Schriften 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1972a. S.360.

<sup>94</sup> Adorno zit. n.: Röhrich 2001, S.568.

<sup>95</sup> Adorno / Horkheimer 1988, S.44.

<sup>96</sup> Vgl. Schweppenhäuser 1990, S.40.

<sup>97</sup> Ebd. S.46.

<sup>98</sup> Ebd. S.47.

<sup>99</sup> Vgl. Röhrich 2001, S.161.

<sup>100</sup> Habermas: Technik und Wissenschaft. 6.Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1973. S.164

<sup>101</sup> Nach Adorno ist eben auch die Negativität dialektisch.

Bei allen Theoretikern des Frankfurter Instituts für Sozialforschung stand die traditionelle Wissenschaft vehement in der Kritik. Die Kritische Theorie beanstandete die systemstabilisierende Funktion der Wissenschaft und formierte dagegen ein neues Verständnis einer gesellschafts- und ideologiekritischen Wissenschaft.<sup>103</sup> Durch die Kritik und die Fähigkeit dazu sollen Alternativen überhaupt denkbar werden: „Nur dem, der Gesellschaft als eine andere denken kann denn die existierende, wird sie (...) zum Problem“<sup>104</sup>. An diese Stoßrichtung angelehnt entwickelten sich in einigen gesellschaftswissenschaftlichen Teildisziplinen kritische, mit einem Emanzipationsinteresse ausgestattete Wissenschaften, wie die *kritische* Politik- und die *kritische* Erziehungswissenschaft. Eberhard Wesche zählte in einem Aufsatz 1968 in der Zeitschrift für Politologie zu den ersten Aufgaben einer kritischen und emanzipatorischen Wissenschaft

„(...) die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Individuen und der bestehenden Ordnung aufzudecken (...) (und) (...) Mechanismen der Verschleierung zu identifizieren, also die Faktoren zu bestimmen, die eine Aufklärung der Individuen über ihre Bedürfnisse verhindern (...)“<sup>105</sup>.

Eine solche Politikwissenschaft betreibt demnach Ideologiekritik und hinterfragt etablierte Ordnungen. Darüber hinaus fragt sie, welche Gruppen eine, von der Entwicklung der Produktivkräfte her mögliche, Emanzipation der Menschen verhindern.<sup>106</sup> Hinsichtlich der Inhalte kritischer Erziehungswissenschaft lohnt sich ein erweiterter Exkurs am Ende dieses Teilkapitels.

Herauszustellen ist hierbei, dass Kritische Theorie immer Partei ergreift. Denn jegliche Wissenschaft mit emanzipatorischem Anspruch, Kritik an der etablierten Ordnung und damit Kritik an der politischen Ökonomie ist gesellschaftlich positioniert. Damit legt sie allerdings zugleich ihr erkenntnisleitendes Interesse offen und verfällt nicht einem uneinlösbaren Glauben an eine objektive Wissenschaft, die außerhalb der Gesellschaft stehe. Gerade umgekehrt, nur durch das Eingeständnis und die Reflexion ihrer gesellschaftlichen Positioniertheit und deren Offenlegung, besteht überhaupt die Möglichkeit sich einer objektiveren Sichtweise zu nähern.

So steht in der ‚Dialektik der Aufklärung‘ über die Kritische Theorie: „Ihr Element ist die Freiheit, ihr Thema die Unterdrückung.“<sup>107</sup> Wenn man nun einzelne Theoretiker der Kritischen Theorie auf ihren jeweiligen Emanzipationsbegriff beleuchtet, kann man für

---

<sup>102</sup> Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1966. S.29.

<sup>103</sup> Vgl. Paffrath 2001. S.262.

<sup>104</sup> Adorno: Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Schriften 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1972b. S.564.

<sup>105</sup> Wesche zit. n.: Röhrich 2001, S.27 f.

<sup>106</sup> Röhrich 2001, S.27 f.

<sup>107</sup> Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften 3. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 1981. S.247.

Adorno festhalten, dass für ihn gesellschaftliche Emanzipation ein Sich-Befreien „von gesellschaftlicher Konvention und Kontrolle“ beinhaltet. Horkheimer nutzt mindestens zwei Emanzipationsbegriffe. Zum einen die Emanzipation zur bürgerlichen Freiheit und zum anderen die Emanzipation des Individuums, die nur wirklich ist, im Zusammenhang des Ganzen.<sup>108</sup> „Die *Assoziation freier Menschen*, bei der jeder die gleiche Möglichkeit zur Entfaltung hat“<sup>109</sup> ist für Horkheimer die anzustrebende gesellschaftliche Organisationsform. Marcuse erhebt die Forderung nach dem neuen Menschen, der neuen Gesellschaft. Damit abstrahiert er die Ideale der liberalen Gesellschaft zum utopischen Ideal. Wenn das Ganze das Unwahre ist, dann liegt das Wahre im Utopia.<sup>110</sup> Und Hartmut F. Paffrath sieht es unter Zuhilfenahme von Habermas als „Aufgabe, das Potential politischer Beteiligung so wirksam werden zu lassen, dass die (...) Verwirklichung einer freien Gesellschaft gefördert wird.“<sup>111</sup>

#### 2.2.4. Exkurs: Kritische Erziehungswissenschaft

In den Anfängen der kritischen Erziehungswissenschaft hat Klaus Mollenhauer in den 60er Jahren mit einigen Aufsätzen dazu beigetragen die Erziehungswissenschaft auf den Prüfstein zu stellen und damit den erziehungswissenschaftlichen Diskurs dahingehend geprägt, „dass das erkenntnisleitende Interesse der Erziehungswissenschaft das Interesse an Emanzipation ist.“<sup>112</sup> Mit dem Emanzipationsanspruch einer solchen Erziehungswissenschaft geht das Prinzip einher, „das besagt, dass Erziehung und Bildung ihren Zweck in der Mündigkeit des Subjekts haben“<sup>113</sup>. Bildung ist für Mollenhauer zudem explizit „Aufklärung über die Bedingungen der eigenen Existenz“<sup>114</sup>. Er knüpft unmittelbar an die Kritische Theorie an, denn kritische Analyse, Reflexion und Vernunft bzw. der „Wille(n) zur Rationalität“<sup>115</sup> sind Grundpfeiler seiner Theorie. Rationalität sei zunächst erst mal negativ, da „eine rationale Analyse die Momente der Wirklichkeit, die Vernünftigkeit verhindern, in ihrer ganzen Komplexität kritisiert und als das bezeichnet, was sie

---

<sup>108</sup> Vgl. Horkheimer, Max: *Gesammelte Schriften* 7. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1985. S.62.

<sup>109</sup> Horkheimer, Max: *Traditionelle und kritische Theorie*, in: *Gesammelte Schriften* 4. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1988b. S.193.

<sup>110</sup> Vgl. Gangl 1989, S.187.

<sup>111</sup> Paffrath 2001, S.268.

<sup>112</sup> Mollenhauer, Klaus: *Erziehung und Emanzipation*. München: Juventa Verlag. 2.Aufl. 1969. (1968). S.10.

<sup>113</sup> Ebd.

<sup>114</sup> Ebd. S.65.

<sup>115</sup> Ebd. S.67.

sind: Unterdrückung, Verfälschung, Vorurteil, Ideologie.“<sup>116</sup> Als Interesse der Vernunft nennt er „Mündigkeit, Autonomie des Handelns und Befreiung von Dogmatismus.“<sup>117</sup> Auch Dietrich Benner benennt in seinem Aufsatz ‚Reflexive versus affirmative Emanzipation‘ anlässlich der Emeritierung Klaus Mollenhauers Emanzipation als einen kritischen Begriff, „der auf die Notwendigkeit der Freilassung und Selbstdistanzierung der Heranwachsenden vom Einfluß ihrer natürlichen oder berufsmäßigen Erzieher und Lehrer hinweist.“<sup>118</sup> Benner benennt sowohl die aktive als auch die passive Variante der Emanzipation. Er nimmt aber auch den Emanzipationsbegriff kritisch unter die Lupe und attestiert der Emanzipation eine affirmative Wirkung, wenn man „emanzipative Akte zum Selbstzweck von Bildung hypostasiert.“<sup>119</sup> Dementsprechend vertritt Benner die These, dass eine kritische Bildungstheorie nicht ohne die normative Unterscheidung ‚kritisch versus affirmativ‘ auskomme. Im Anschluss an die Kritische Theorie soll dieses Differenzierungsparadigma nicht fremdbezüglich, „wie die sozialistische Kritik bürgerlicher Gesellschaften - im Sinne einer ex cathedra zu übenden Kritik als Kritik eines fremden falschen Bewusstseins, sondern selbstbezüglich ausgelegt und Kritik als Ideologiekritik des eigenen Bewußtseins verstanden“<sup>120</sup> werden.

Einzelne Hypothesen Mollenhauers, die auf „eine rationale Erziehungspraxis“<sup>121</sup> abzielen, seien im Folgenden erwähnt. Als einen Aspekt fordert er Vorgänge mit Ernstcharakter einzubauen und spricht das Beispiel der sogenannten Schülermitverwaltung an, die keine wirkliche Interessenvertretung der Schüler wahrnehmen könne, da ihr untaugliche Mittel zur Verfügung stünden. Die institutionalisierte Kritik der Schüler scheint hier vielmehr pädagogische Taktik zu sein, wie es die Rolle der Kritik insbesondere in der politischen Bildung sei. Soll nun die Pädagogik keine Rechtfertigungslehre sein, dann fällt ihr „als Praxis wie als Theorie die Aufgabe zu, in der heranwachsenden Generation das Potential gesellschaftlicher Veränderung hervorzubringen.“<sup>122</sup> Zur Spezifizierung der Möglichkeiten der Veränderung hebt Mollenhauer hervor, dass sie als eine Veränderung durch die Subjekte nur möglich ist, „solange noch ein Widerspruch gegen die Faktizität der gegebenen Lage erfolgt, solange ein Vernünftigeres als sie nicht nur denkbar

---

<sup>116</sup> Ebd. S.69.

<sup>117</sup> Ebd. S.67.

<sup>118</sup> Benner, Dietrich: Reflexive versus affirmative Emanzipation. In: Dietrich, Cornelia / Müller, Hans-Rüdiger (Hg.): Bildung und Emanzipation. Klaus Mollenhauer weiterdenken. München: Juventa. 1999b. S.36.

<sup>119</sup> Ebd. S.37. – Auf Emanzipation als einen leerer Wert, der unreflektiert – vor allem in der Erziehungswissenschaft - als Schlagwort benutzt wird, jedoch jegliches kritisches Moment verloren hat, geht Wolf-Dieter Narr in dem Sammelband ‚Emanzipation‘, herausgegeben von Martin Greiffenhagen (1973) ein. Siehe hierzu: Abschnitt 2.3 – Die Dialektik der Suche nach Emanzipation

<sup>120</sup> Benner, Dietrich: Erziehung, Bildung, Normativität. In: Dietrich, Cornelia; Müller, Hans-Rüdiger (Hg.): Bildung und Emanzipation. Klaus Mollenhauer weiterdenken. München: Juventa. 1999a. S.112.

<sup>121</sup> Ebd. S.70.

<sup>122</sup> Ebd. S.66 f.



ist, sondern auch ausgesprochen wird und als eine neue Praxis in ihren Zusammenhang eintritt.“<sup>123</sup> Neben der Konfrontation des Faktischen mit dem Möglichen ist eine weitere beachtenswerte Hypothese Mollenhauers die Forderung nach der Einführung von Konfliktsituationen, ihrer Regelung und der Formulierung, Aufklärung und Reflexion latenter Konflikte.<sup>124</sup> Schließlich sind im Zuge kritischer Erziehungswissenschaft die in Betrachtnahme der sozio-ökonomischen Bedingungen zu nennen<sup>125</sup> und – um mit Adorno zu schließen – die Erkenntnis, dass eine Erziehung zur Mündigkeit keine Erziehung durch Disziplin und Härte beinhalten darf, sondern die einzige Kraft gegen das Prinzip Auschwitz nur Autonomie sein kann, was die „Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“<sup>126</sup> beinhalte.

### 2.2.5. Neuere kritische Gesellschaftstheorien

Mit *neuerer* kritischer Gesellschaftstheorie wird nun ein – in zeitlicher und ideengeschichtlicher Richtung – weites Feld betreten. In Betracht kommen Ansätze zeitlich nach der Kritischen Theorie, die zugleich keiner einheitlichen Denkschule angehören. Da Geschichtsproduktion und die damit verbundene Frage von wissenschaftlicher Popularität der Theorien, AutorInnen und ganzer Denkströmungen eine fortwährende politisch-gesellschaftliche und durchaus auch ökonomisch bestimmte Auseinandersetzung ist, kann es für aktuelle Theorien zuletzt keine normierte Kategorisierung geben. Das ist insofern vorteilhaft, als dass nicht so sehr die großen DenkerInnen der entsprechenden Epoche im Vordergrund stehen, sondern verstärkt auf einzelne Theorien und inhaltliche Schwerpunkte eingegangen werden kann, unabhängig von ihrer mutmaßlichen historischen Relevanz. Für dieses Kapitel muss nun eine Zusammenstellung von TheoretikerInnen vorgenommen werden, die am besten geeignet ist, um Kriterien, Grundprinzipien und widersprüchliche Fragen der Emanzipation herauszuarbeiten. Hierunter fallen nach meiner Einschätzung fünf Theorien: An Chantal Mouffes *poststrukturalistischen Demokratieentwürfen* und Ernesto Laclaus aus der Erkenntnis von Widersprüchlichkeit und Unmöglichkeit der Emanzipation resultierenden *Konzept der Emanzipationen* anschließend, werde ich zu Michael Hardt und Antonio Negris Multitude-Entwurf hinüber leiten.

---

<sup>123</sup> Ebd. S.74.

<sup>124</sup> Ebd. S.71. – Mit dieser Forderung war Mollenhauer seiner Zeit voraus, denn die Konflikt- und Kritikfähigkeit als Ziel emanzipatorischer (politischer) Bildung erlebte erst in den 1970er Jahren eine Konjunktur. (Vgl. hierzu: Hufer, Hans-Peter: Für eine emanzipatorische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2001. S.15.)

<sup>125</sup> Ebd. S.34.

<sup>126</sup> Adorno 1970, S.97.

Dieses findet sich in Auszügen sowohl bei Christoph Spehr mit seinem Konzept der Freien Kooperation als auch bei Jörg Bergstedt mit der Perspektive von Autonomie und Kooperation wieder.

Sowohl Mouffe als auch Laclau versuchen in ihrem gemeinsam veröffentlichten Buch ‚Hegemonie und radikale Demokratie‘ über eine Hegemonie-Konstruktion unter post-strukturalistischen Vorzeichen eine radikale und agonistische Demokratietheorie zu entwerfen. Dieses Demokratiemodell sieht Mouffe als einzig wirksame Strategie der Postmarxisten an. Für sie bilden Freiheit und Gleichheit den Rahmen des demokratischen Raumes, innerhalb dessen der konkrete Gehalt dieser Prinzipien einem ständigen Konflikt unterliegt. Durch einen solchen gemeinsamen Rahmen werde eine gemeinsame politische Identität erzeugt. Nach Mouffe sei das emanzipatorische Ziel, das niemals vollständig erreicht werden kann, eine Hegemonie radikaldemokratischer Werte und Praktiken.<sup>127</sup>

Dieser Ansatz liefert ungemein wenig Substantielles im Hinblick auf emanzipatorische Anknüpfungspunkte. Dennoch ist der Hegemonieansatz ein gängiges Analyseinstrument, das unweigerlich den Blick auf die strategische Frage der Bedingungen der Möglichkeit zur Emanzipation richtet. Insofern wird die problematische Fragestellung nach der Notwendigkeit einer *emanzipatorischen Hegemonie*, falls es so etwas überhaupt geben kann, diese Arbeit weiter begleiten.

Gemäß weiteren Schriften Ernesto Laclaus liegt die emanzipatorische Aufgabe ebenfalls nicht in der Überschreitung des Horizonts von Freiheit, Gleichheit und Solidarität der Französischen Revolution, sondern in der Radikalisierung dessen in Form eines Projektes der radikalen Demokratie. Darüber hinaus demontiert er, allerdings ohne den Anspruch der Emanzipation aufzugeben, die historischen Emanzipationsauffassungen von der Aufklärung bis zum Marxismus. Dazu teilt er die klassischen Emanzipationsdiskurse in sechs Dimensionen ein. In der *dichotomischen Dimension* gibt es zwischen dem emanzipatorischen Moment und der sozialen Ordnung, die ihm vorausging, „eine absolute Spaltung, eine radikale Diskontinuität.“<sup>128</sup> In der *holistischen Dimension* affiziert Emanzipation „alle Bereiche des sozialen Lebens, und es gibt ein Verhältnis essentiellen Ineinandergreifens ihrer verschiedenartigen Inhalte“<sup>129</sup>. In der *Transparenzdimension* existiert, sobald Entfremdung in all ihren Aspekten aufgehoben ist, „nur noch die absolute Koinzidenz der menschlichen Essenz mit sich selbst und keinen Raum mehr für irgendein Verhältnis von Macht und Repräsentation.“<sup>130</sup> In der *Dimension der Präe-*

---

<sup>127</sup> Vgl. Jörke, Dirk: Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Flügel u. a. (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2004. S.174 ff.

<sup>128</sup> Laclau, Ernesto: Emanzipation und Differenz. Wien: Turia und Kant. dt.Ausg. 2002. S.23.

<sup>129</sup> Ebd.

<sup>130</sup> Ebd.

xistenz gibt es „keine Emanzipation ohne Unterdrückung, und es gibt keine Unterdrückung ohne die Präsenz von etwas, das in seiner freien Entfaltung von oppressiven Kräften behindert wird. Emanzipation ist in diesem Sinne kein Akt der Erschaffung, sondern vielmehr einer der Befreiung von etwas“<sup>131</sup>. In der *Dimension des Grundes* muss der emanzipatorische Akt „auf der Ebene des ‚Grundes‘ des Sozialen stattfinden.“<sup>132</sup> Ein solcher Grund stellt die rationale Verbindung zwischen voremanzipatorischer und emanzipierter Ordnung dar.<sup>133</sup> Die *rationalistische Dimension* „ist der Punkt an dem sich der Weg zwischen den emanzipatorischen Diskursen säkularisierter und religiöser Eschatologien trennt.“<sup>134</sup> In dieser Dimension ist die vollkommene Emanzipation erreicht, wenn das Reale seine Undurchsichtigkeit verliert und damit die Distanz zwischen dem Realen und dem Rationalen zusammenbricht.

Die von ihm postulierte Widersprüchlichkeit der Emanzipation beruht auf der Grundthese der Inkompatibilität der dichotomischen Dimension und der Dimension des Grundes: „Entweder Emanzipation ist radikal, dann muß sie ihr eigener Grund sein und das, was sie ausschließt, auf eine radikale Andersheit beschränken“<sup>135</sup>, oder es gibt einen gemeinsamen Grund zwischen der alten und der neuen Ordnung, allerdings verschwindet dann der radikale Charakter der dichotomischen Dimension. Die jeweiligen Dimensionen ließen sich jedoch nicht einfach über Bord werfen, sodass in der Folge dessen ein logischer Emanzipationsbegriff formuliert werden könnte, sondern die „Angelegenheit ist komplizierter, da die beiden Gedankenlinien gleichermaßen notwendig für die Produktion eines emanzipatorischen Diskurses sind.“<sup>136</sup> Somit ist Laclaus Fazit, dass beide Dimensionen zwar logisch inkompatibel sind, sich allerdings gegenseitig bedingen. Einen Ausweg aus diesem Widerspruch sucht er über die Praxis zu finden indem er darauf hinweist, dass ein Begriff zwar auf dem „logischen Terrain“<sup>137</sup> zerfallen könne, jedoch hierdurch nicht zugleich sozial in-operativ werde, da letztendlich die Welt nicht durchgängig logisch strukturiert sei. Da weder wahre Emanzipation im Sinne eines radikalen Bruchs, noch die schlichte interne Differenzierung des oppressiven Systems eine universale emanzipatorische Möglichkeit darstelle und die sozialen Kämpfe verstärkt von Partikularismen geprägt seien, gibt es nach Laclau nur noch eine *Pluralität der Emanzipationen*.<sup>138</sup>

---

<sup>131</sup> Ebd.

<sup>132</sup> Ebd. S.24.

<sup>133</sup> Vgl. Ebd. S.27.

<sup>134</sup> Ebd. S.24.

<sup>135</sup> Laclau 2002, S.27.

<sup>136</sup> Ebd. S.29.

<sup>137</sup> Ebd.

<sup>138</sup> Vgl. Ebd. S.26-44; als auch Buden 2003, S.2.

„Emancipation(s) impliziert, dass die vielen *Emanzipationen* nicht auf ein gemeinsames Ziel reduziert werden können, dass sie sich allenfalls in einem regulativen Horizont der Universalität begegnen, einer Universalität freilich, deren Idee mit keinen inhaltlichen Bestimmungen gefüllt zu werden vermag.“<sup>139</sup>

Darin besteht genau der Anknüpfungspunkt zum Multitude-Konzept von Antonio Negri und Michael Hardt. Wie Laclau sehen Hardt/Negri in den Neuen Sozialen Bewegungen die Perspektive einer partikularen und sich dennoch unter einem universalen Anspruch verbindende Praxis sozialer Kämpfe. Ein Subjekt, das solchen Ansprüchen gerecht zu werden vermag, ist nach Hardt/Negri die *Multitude*. Sie ist wörtlich eine Menge und soll ein nicht-identisches Subjekt bilden, das im Gegensatz zur Konstruktion der Arbeiterklasse ein offenes Konzept darstellt und damit inkludierend wirken soll.<sup>140</sup>

Die Entstehung der Multitude resultiere aus zwei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Zum einen verändere sich die gesellschaftliche Produktion hin zu immaterieller Arbeit, die immaterielle Produkte produziert wie Wissen, Kommunikation, Beziehungen und Gefühlsregungen und damit die gegenwärtige hegemoniale Form der Arbeit darstelle. Dieser neue Arbeitsbegriff schließt somit jede soziale Tätigkeit ein. Hieraus entwickeln sie ihre These, dass alle Formen der Arbeit gesellschaftlich produktiv sind und gemeinsam produzieren. Somit liege in jeder Tätigkeit „das Potenzial, der Herrschaft des Kapitals zu widerstehen“<sup>141</sup>. Zum anderen kämen im Empire<sup>142</sup> „Kapital und Souveränität tendenziell vollständig zur Deckung“<sup>143</sup>, womit Hardt/Negri – an die konstatierte Eindimensionalität von Marcuse anknüpfend – das Empire zu einem Modus der Konvergenz verschiedener Machtformen erklären.<sup>144</sup> In der Verschränkung dieser beiden Prozesse hänge „die imperiale Souveränität nicht nur von der *Zustimmung*, sondern auch von der *sozialen Produktivität* der Beherrschten ab.“<sup>145</sup> In diesen beiden Momenten – Zustimmung und soziale Produktivität der Beherrschten – liegt gleichfalls die widerständige Kraft, die Kraft der Multitude.

Hardt und Negri vollziehen darüber hinaus mit ihrem Multitude-Konzept einen entscheidenden Bruch mit der modernen Tradition der Souveränität. Nach der Tradition der politischen Philosophie kann nur einer souverän sein, „so will uns die Tradition glauben machen (...) ohne Souveränität gibt es keine Politik. (...) Irgendjemand muss herrschen,

---

<sup>139</sup> Hetzel, Andreas: Demokratie ohne Grund, in: Flügel u. a. (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2004. S.197.

<sup>140</sup> Vgl. Hardt, Michael / Negri, Antonio: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt am Main: Campus. 2004. S.11

<sup>141</sup> Ebd. S.125.

<sup>142</sup> Das Empire ist nach Hardt / Negri eine globale, imperiale Form der Souveränität, die weder ein Außen noch ein Zentrum kennt. (Vgl. Schoppengerd, Stefan: Vampire, Fleisch und Liebe. Rezension von Hardt/Negri – Multitude. Unveröffentlichtes Manuskript. 2005.)

<sup>143</sup> Ebd. S.368.

<sup>144</sup> Vgl. Ebd.

<sup>145</sup> Ebd.

irgendjemand muss entscheiden.“<sup>146</sup> Die moderne Souveränität verlangt hierbei nicht mehr einen Kaiser oder Fürsten, allerdings „ein einheitliches politisches Subjekt – wie eine Partei, ein Volk oder eine Nation“<sup>147</sup>. Die Multitude, als irreduzible Vielfalt, kann dagegen niemals Souverän sein. Gegen die imperiale Souveränität wird somit nicht die Souveränität der Multitude gesetzt und gefordert, sondern die Bedrohung der imperialen Souveränität durch *Verweigerungsakte* seitens der Beherrschten. Denn „ohne die aktive Beteiligung der Untergebenen zerfällt die Souveränität.“<sup>148</sup>

In einem solchen Modell herrscht niemand, es interagieren alle Elemente auf der gleichen Ebene. Es gibt keine Autorität. Gesellschaftlich-ökonomische Innovationen und politische Entscheidungen werden unter anderen Bedingungen zustande kommen. Im ökonomischen Bereich werden hierfür gemeinsame Ressourcen, offene Zugänge und freie Interaktion benötigt. Dagegen behindern Patente und Privateigentum den gesellschaftlichen Fortschritt. Ein Beispiel für gemeinschaftliche Produktion ist das Computerbetriebssystem Linux, das einen offenen Quellcode<sup>149</sup> hat und somit von allen weiterentwickelt werden kann. Hardt/Negri betrachten diesen Ansatz keineswegs als beschränkt auf die ökonomische Produktion, sondern halten ihn ungemein fruchtbar für eine andere politische Entscheidungsfindung. Eine solche praktikable Utopie nennen sie die *Demokratie der Multitude*<sup>150</sup>. Sie lässt sich „als eine Art ‚Open Source‘-Gesellschaft verstehen, als eine Gesellschaft, deren Quellcode sichtbar ist, sodass alle gemeinsam daran arbeiten können, seine ‚bugs‘ zu beseitigen und neue, bessere soziale ‚Programme‘ zu entwickeln.“<sup>151</sup> Sie beschreiben die Verfassung der Multitude als ein Recht auf Ungehorsam und somit als Notwendigkeit zum Widerspruch und zur Reflexion. Des Weiteren gelten die Verpflichtungen im Prozess der Entscheidungsfindung nur, so lange ein aktiver politischer Wille vorhanden ist.<sup>152</sup>

Was bei Hardt/Negri an dieser Stelle sehr kryptisch bleibt, wird von Christoph Spehr im Konzept der *Freien Kooperation* substantiell fundiert. Nach Spehr besteht eine Freie Kooperation

---

<sup>146</sup> Ebd. S.362.

<sup>147</sup> Ebd. S.364.

<sup>148</sup> Ebd. S.367.

<sup>149</sup> Geläufigere Bezeichnung ist „Open Source“ oder generell freie Software. Das Prinzip „Open Source“ hat sich bereits auf andere Gebiete ausgeweitet, wie Wissens-, Text- und Musikproduktion, in denen das geistige Eigentum unter eine „General Public License“ gestellt wird und somit allen Menschen zur Verfügung steht bzw. stehen muss, da es nie wieder privatisiert werden darf. Link: <http://www.gnu.de/gpl-ger.html>

<sup>150</sup> Hier kommt ein Paradoxon zum Vorschein, da „Demokratie“ epistemologisch wohl nicht von „Volks-herrschaft“ zu trennen ist, Hardt/Negri allerdings mit diesem Begriff genau die Unnötigkeit eines Volkes als Souverän ausdrücken wollen. Vermutlich ist es der hegemoniale Diskurs der sich mit ‚Demokratie‘ verbindet, der kein jenseits dieses Begriffes zulässt und sich somit auch für Hardt/Negri als ein nicht überschreitbarer leerer Signifikant – im Sinne Laclaus (siehe: Abschnitt 2.3 – Dialektik der Suche nach Emanzipation) – erweist.

<sup>151</sup> Hardt / Negri 2004, S.374.

<sup>152</sup> Vgl. Ebd. S.370-374.

„(...) darin, dass alle Beteiligten dieser Kooperation sie aufgeben, ihre Kooperationsleistung einschränken oder unter Bedingungen stellen können, um auf die Regeln der Kooperation in ihrem Sinne einzuwirken, und zwar zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis. Wichtig ist, dass sie dies individuell und kollektiv auch wirklich tun.“<sup>153</sup>

Kooperationen sind unerlässlicher Bestandteil der menschlichen Existenz, die Art und Weise ihres Zustandekommens ist jedoch das Entscheidende. So gibt es auf der einen Seite die freie Kooperation, in der „(...) kann über *alles* verhandelt werden; es dürfen *alle* verhandeln; und es *können* auch alle verhandeln, weil sie es sich in ähnlicher Weise *leisten* können, ihren Einsatz in Frage zu stellen.“<sup>154</sup> Im Gegensatz hierzu steht die erzwungene Kooperation, wenn keine Alternativen bestehen oder der Preis zu hoch ist, diese zu kündigen oder zu ändern. Freien Kooperationen stehen gesellschaftliche Bedingungen im Wege. Hier sind strukturelle Asymmetrien zu nennen, wodurch nicht alle Beteiligten die gleiche Verhandlungsmacht besitzen. Stattdessen beruhen die allermeisten Kooperationen auf sozialen und ökonomischen Abhängigkeiten, die einen ungleichen Einfluss auf die Regeln der Kooperation nach sich ziehen. Die fremdproduzierten Regeln nicht in Frage zu stellen stabilisiert den Zustand von Herrschaft in gleicher Weise. Insofern muss, ähnlich wie bei Hardt/Negri, jegliche Verteilung der Verfügungsgewalt von Ressourcen und Eigentum zur Disposition stehen. In gleicher Weise müssen alle vorgefertigten Normen, Regeln und Werte hinterfragt werden und eine neue stabile Basis der freien Kooperation nicht in der Moral, sondern im Vorteil für alle Beteiligten gesucht werden. Dabei wird eine auch demokratietheoretisch höchst interessante Wendung vollzogen. Stabilität gründet sich nämlich hier auf einem produktiven Egoismus der Individuen – und das noch viel Entscheidendere: Projekte und Vorhaben müssen im Kontrast zu Paketentscheidungen und Großkooperationen mit *allen betroffenen* Menschen verhandelt werden, was die Abkehr vom Entscheidungszwang aller über alle beinhaltet.<sup>155</sup>

Durch das Prinzip der Hegemonie werden partikulare Werte, Setzungen und letztendlich Interessen zum allgemeingültigen Konsens. Die eingeschränkten Möglichkeiten auf diese Definitionsmacht Einfluss zu nehmen, charakterisieren für Spehr die Herrschaftsverhältnisse unserer Zeit.<sup>156</sup> Der leere Signifikant Demokratie muss demnach ebenso zur Disposition stehen: „Es gilt, sich nicht weiter vom Mythos Demokratie blenden zu las-

---

<sup>153</sup> Fuhrmann, Max / Zennig, Karin: Christoph Spehr: ‚Gleicher als Andere‘. In: Kappler, Marc / Lessing, Thorsten (Hg.): Theoriereader zum Hauptseminar ‚Moderne Herrschaftsanalysen und herrschaftskritische Praxis‘. Philipps-Universität Marburg. 2005. S.64.

<sup>154</sup> Spehr, Christoph: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation. Berlin: Karl-Dietz Verlag, 2003. S.44.

<sup>155</sup> Vgl. Fuhrmann / Zennig 2005, S.64-68.

<sup>156</sup> Vgl. Ebd. S.60 f.

sen, sondern Demokratie als Regelwerk zu begreifen, das die Disziplinierung von Interessenskonflikten in der patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft betreibt.“<sup>157</sup> Herrschaft verschwinde nicht einfach durch den Wegfall von Königen, Führern und klaren Fronten, sondern wird unsichtbarer und subtiler. Demokratische Mitbestimmung, Parlamentarismus und Wahlen führen gleichfalls das Moment der Verschleierung von Herrschaft mit sich. In der Freien Kooperation sieht Spehr die Möglichkeit allen Herrschaftsverhältnisse entgegenzutreten. Wichtig hierbei ist ihm die Frage nach dem politischen, revolutionären Subjekt dahingehend zu beantworten, dass man für eine herrschaftskritische Praxis keine Voraussetzungen braucht und damit niemand besser oder schlechter in der Lage ist Freie Kooperationen anzustreben. Damit setzt er an der Lebensrealität der Menschen an und betrachtet die Alltagssituationen zum Ausgangspunkt herrschaftskritischer Praxis, die notwendigerweise über eine theoretische Analyse von Herrschaft hinaus geht.<sup>158</sup>

Emanzipation beginnt bei Spehr dementsprechend damit,

„(...) sich aus erzwungenen Kooperationen zu befreien und freie Kooperationen aufzubauen. Beides ist notwendig. Der Wegfall des Alten verbürgt nicht automatisch das Neue. Emanzipationskämpfe finden in der Situation statt, wo der Preis nicht vergleichbar ist. Sie verlaufen darüber, dass man es hart auf hart kommen lässt: Kooperationen verlässt oder Kooperationsleistungen einschränkt, obwohl der Preis dafür unter Umständen höher ist als für die Gegenseite – weil man entschlossen ist, genau diese Situation zu verändern.“<sup>159</sup>

Die Bündnisse für den Kampf für Freie Kooperationen sieht er ebenso wenig wie Laclau oder Hardt/Negri auf inhaltlicher, sondern auf struktureller Ebene.<sup>160</sup> Wie eine Gesellschaft der Freien Kooperation aussehen wird vermag Spehr nicht zu beschreiben, dies zu tun, würde den emanzipatorischen Charakter zudem ad absurdum führen, da Emanzipation ein Prozess und kein Endzustand ist, den es zu erreichen gilt. Vielmehr muss Kritik an der Gesellschaft und die permanente Reflexion zum Zwecke ihrer Verbesserung ein fester Bestandteil des emanzipatorischen Prozesses werden. Davon sollen keine Kooperationen ausgenommen werden, auch nicht jene, die sich als *freie* ausgeben.<sup>161</sup>

Aus den Postulaten der Freiheit und Gleichheit des emanzipatorischen Horizonts der Französischen Revolution, ergab sich die Ausgangsfrage für die Arbeit Christoph Spehrs, unter welchen Bedingungen politische Freiheit und soziale Gleichheit miteinander vereinbar seien. Jörg Bergstedt widmet sich in ähnlicher Weise dieser Fragestellung

---

<sup>157</sup> Bernhardt zit. n.: Spehr 2003, S.97.

<sup>158</sup> Vgl. Spehr 2003, S.67 f.

<sup>159</sup> Ebd. S.48.

<sup>160</sup> Vgl. Ebd. S.73-81.

<sup>161</sup> Vgl. Fuhrmann / Zennig 2005, S.65.

und entwirft das Konzept *Autonomie und Kooperation*<sup>162</sup>. Beide versuchen mit ihren Theorien den vermeintlichen Gegensatz von Freiheit und Gleichheit aufzulösen.

Sie setzen die Idee *gleicher Handlungs- und Einflussmöglichkeiten*, verbunden mit einem vergleichbaren Risiko aller Beteiligten, konträr zu herrschenden Gleichheits- und Gleichberechtigungsentwürfen. „Gleichheit als Begriff hat mit Emanzipation wenig zu tun“<sup>163</sup>, da hierdurch alle Menschen einem Maßstab unterworfen werden sollten und die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihren Bedürfnissen nicht berücksichtigt werde. Das Postulat der Gleichheit reduziere zudem gesellschaftliche Herrschaft auf materielle Asymmetrien. Gleichberechtigung oder Chancengleichheit wird wiederum den tatsächlichen unterschiedlichen sozialen Situationen, in denen sich die Individuen befinden, nicht gerecht, da es schlicht formalisierte Rahmensetzungen sind, wie Gesetze zur Gleichstellung von Frau und Mann, ohne eine wirkliche Gleichberechtigung im Sinne vergleichbarer Möglichkeiten, Potentiale und Risiken im Verhandeln zu erzielen.<sup>164</sup>

Dem liberalen Freiheitsbegriff setzt Spehr seine Definition wirklicher Freiheit entgegen, jegliche Norm, Regel, Verteilung etc. zur Disposition stellen zu können, sowie befähigt zu sein, dies auch wirklich zu tun.<sup>165</sup> Bergstedt konkretisiert sein Freiheitsverständnis in dem Konzept der Autonomie. Die Grundvoraussetzung des Horizonts einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist die Autonomie, die er wie folgt definiert: „Jeder Mensch soll ohne künstlich auferlegte Schranken alle Möglichkeiten und Handlungsalternativen nutzen können, die innerhalb der Gesellschaft bestehen.“<sup>166</sup> Als künstliche Beschränkungen benennt er das Eigentumsrecht, Patente, Kapitalbesitz, die Abschottung von Wissen und den Geldzwang bei der materiellen Reproduktion. Die Vorstellung, dass die Freiheit bzw. Autonomie des Einzelnen an der Freiheit des Anderen endet, verkennt die Notwendigkeit und Produktivität von Konflikten. Nach Bergstedt wird spätestens an dieser Stelle offensichtlich, dass ein gemeinsamer Prozess möglich und nötig ist, „der die Handlungsoptionen erweitert und Lösungen entwickelt, die Grenzen überwinden, ohne Dominanzen zu schaffen.“<sup>167</sup> Konflikt ist demnach „ein zentraler Antrieb der immer weiter fortschreitenden Selbstentfaltung, die auf der Autonomie der Einzelnen, aber eben auch auf deren Kontakt, Kommunikation und Konflikt basiert.“<sup>168</sup> Autonomie und Kooperation bedingen sich gegenseitig. So ist Autonomie ohne Kooperation nicht zu erreichen, da ein Mensch alleine nicht genug Kraft, Wissen und Zeit hat komplexe Tätigkeiten durch-

---

<sup>162</sup> Siehe: Bergstedt, Jörg: Grundlagen von Herrschaft. In: Gruppe Gegenbilder (Hg.): Autonomie und Kooperation. Saasen: Projektwerkstatt. 2005. S.23-68.

<sup>163</sup> Bergstedt 2005, S.33.

<sup>164</sup> Vgl. Bergstedt 2005, S.33; Fuhrmann / Zennig 2005, S.63; Spehr 2003, S.39-48.

<sup>165</sup> Vgl. Fuhrmann / Zennig 2005, S.56; Spehr 2003, S.44.

<sup>166</sup> Bergstedt 2005, S.28.

<sup>167</sup> Ebd.

<sup>168</sup> Ebd. S.28 f.



zuführen, um damit Natur bedingte Beschränkungen zu überwinden. Kooperation kann jedoch ohne Autonomie – wie es Christoph Spehr bereits in der Gegenüberstellung von freier und erzwungener Kooperation dargelegt hat – genauso wenig emanzipatorisch sein, da der Mensch dann keine Alternative zu dieser Kooperation hat.<sup>169</sup>

Sowohl Bergstedt als auch Spehr nehmen bei ihren Überlegungen zur Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit eine neue Perspektive ein, die den Menschen und dessen Handlungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt stellt, anstatt sie als Objekt einer zu schaffenden Verteilungsgerechtigkeit oder Konsumentenfreiheit anzusehen. Emanzipation bedeutet für beide eine herrschaftskritische Praxis, dessen Ergebnis „meist nicht klare Bilder, sondern Möglichkeiten und offene Fragen“<sup>170</sup> sind. Emanzipation ist somit ein Prozess, der niemals zu Ende geht, da durch ihn nicht nur neue Handlungsmöglichkeiten entstehen, sondern auch neue Grenzen und Zwänge zum Vorschein kommen, die es von neuem zu lösen gilt.<sup>171</sup>

### **2.3. Die Dialektik der Suche nach Emanzipation**

In der Zusammenstellung der Emanzipationskonzepte lassen sich mehrere widersprüchliche Tendenzen und Auffassungen finden, deren intensive Bearbeitung aller Voraussicht nach eine Bereicherung für zukünftige Emanzipationstheorien darstellen würde. Ernesto Laclau hat bereits sechs Dimensionen herausgearbeitet und ihre Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt seiner erweiterten Theorie der Emanzipationen gemacht. Bisweilen können an dieser Stelle noch weitere widersprüchliche Emanzipationsdiskurse festgestellt werden, allerdings setzt der reglementierte Umfang dieser Arbeit einer intensiveren Auseinandersetzung Grenzen. Die widersprüchlichen Aspekte sollen jedoch zumindest benannt und einzelne etwas genauer ausgebreitet werden.

Wolf-Dieter Narr hat 1973 eine provozierende Überschrift gewählt, mit der die ‚kostenlose Inflation eines Wertes‘, nämlich Emanzipation, kritisiert werden sollte. Ihm bereitet Unbehagen, dass alle Welt ihre Arbeiten, Theorien und Studien, seien sie noch so gegenläufig, unter das werbewirksame Label ‚Emanzipation‘ stelle und damit ein gemeinsames kritisches Ziel propagiert wird, das allerdings indiskutiert bleibt. Dadurch werde der

---

<sup>169</sup> Vgl. Bergstedt 2005, S.28-31.

<sup>170</sup> Ebd. S.27.

<sup>171</sup> Vgl. Ebd.; sowie: Spehr 2003, S.65; oder auch: Schlemm, Annette: Vom Mars zur Erde. Ein Plädoyer für die Aktualisierung des Utopischen. In: Berliner Debatte Initial, Jg.16, Heft 1, 2005. S.22-24.

Begriff entkernt und als analytische Kategorie unbrauchbar.<sup>172</sup> Dem entgegen könnte Laclau gesetzt werden, der einen leeren Signifikanten als Voraussetzung für eine universalistische Emanzipationsbewegungen beschreibt. Oliver Marchart, der Laclaus Buch ‚Emancipation(s)‘ ins Deutsche übersetzt hat, sieht in der Leere eines Begriffes gleichfalls die notwendige Bedingung, dass sich viele Personen einer Bewegung zugehörig fühlen. „Die Leere eines Signifikanten ist Index seines hegemonialen Erfolgs.“<sup>173</sup>

Die Frage nach der zwingenden Notwendigkeit eines Erfolgs unter hegemonialen Spielregeln bildet eine weitere Widersprüchlichkeit bei der Such nach Emanzipation. Der strategischen Variante des Aufbaus einer Gegen-Hegemonie könnten das Multitude-Konzept mit ihrem ausdrücklichen Fehlen von Souveränität oder das Horizontalitätskonzept von Jörg Bergstedt<sup>174</sup> sowie das Selbstentfaltungskonzept von Anette Schlemm<sup>175</sup> entgegengesetzt werden. Die Kritik zielt immer auf eine Enthierarchisierung und Pluralisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, was dem Hegemonieansatz gänzlich zu fehlen scheint.

Laclau hat bereits den Widerspruch zwischen Kontinuität und Diskontinuität eines möglichen emanzipatorischen Fortschritts oder Umbruchs benannt. Weder der radikale Bruch, die Diskontinuität, noch der reine Transformismus, die Kontinuität, seien emanzipatorische Projekte. Das sehen wohl andere AutorInnen<sup>176</sup> ebenso, doch lösen sie diese Frage nicht in einer philosophischen Bedingung der Unmöglichkeit auf, sondern in der Notwendigkeit positiver Utopien, im Sinne des Aufzeigens „der noch nicht realisierten Möglichkeiten im Wirklichen.“<sup>177</sup> Spehr bezeichnet sich wie Laclau als radikalen Reformisten, auf Grund der Annahme, Gesellschaft aus sich selbst heraus ändern zu können.<sup>178</sup> Gleichzeitig ist dieser Annahme tatsächlich der Versuch eines radikalen Bruchs inhärent und zwar der Bruch mit möglichst allen Unterdrückungsverhältnissen. Spehr bringt das auf die Formel: „Emanzipation bedeutet sich aus erzwungenen Kooperationen zu befreien und freie Kooperationen aufzubauen.“<sup>179</sup> Bergstedt bezeichnet die Frage nach Revolution oder Reform gänzlich als eine Sackgasse, da es im Großen wie im Kleinen auf eine emanzipatorische und damit Herrschaft abbauende Perspektive ankommt. Und zwar muss sie „im Konkreten überzeugen und nicht ‚das Gute‘ selbst

---

<sup>172</sup> Vgl. Narr, Wolf-Dieter: Ist Emanzipation strukturell möglich? Bemerkungen zur kostenlosen Inflation eines Wertes. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.193-215.

<sup>173</sup> Marchart, Oliver: Die Jakobiner, der Mai und die Demokratie. Anmerkungen zum Phantasma und imaginären Horizont von Emanzipation. 2003. (gekürzte Fassung)  
[http://www.copyriot.com/diskus/2\\_03/text04.html](http://www.copyriot.com/diskus/2_03/text04.html) Stand: 6.2.2006 S.3.

<sup>174</sup> Siehe hierzu: Bergstedt 2005, S.97-115.

<sup>175</sup> Siehe hierzu: Schlemm 2005, S.20-28.

<sup>176</sup> Siehe hierzu: Bergstedt 2005; Schlemm 2005; Spehr 2003.

<sup>177</sup> Schlemm 2005, S.23.

<sup>178</sup> Vgl. Fuhrmann / Zennig 2005, S.56.

<sup>179</sup> Spehr 2003, S.50.

sein<sup>180</sup>. Praxis wird somit nicht – wie bei Laclau – zum unlogisch operierenden Emanzipationsversuch, sondern zu einem immer neuen Probierstein.

Dem Prozesscharakter der Emanzipation kann als Gegensatz die Vorstellung von Emanzipation als perfektem, widerspruchsfreiem Endzustand gegenübergestellt werden. Das von Marx formulierte Ergebnis der menschlichen Emanzipation, der Kommunismus in seiner statischen Dimension, steht bei so gut wie von allen hier angeführten AutorInnen unter Kritik. So betont Marchart den apolitischen Charakter eines solchen Endzustandes und kontrastiert ihn mit dem an Mouffe angelehnten dynamisch-agonistischen Konzept des Politischen:

„Solange wir unter Kommunismus die Idee einer endgültig befriedeten Gesellschaft verstehen, in welcher der Staat überwunden, Entfremdung aufgehoben und die Identität des Menschen mit seinem Wesen hergestellt ist, handelt es sich um einen Topos des Apolitischen, (womit eine, M.K.) Leugnung der (...) antagonistischen Gesellschaft“<sup>181</sup> einhergeht.

Des Weiteren wird es nie eine vollständig emanzipierte Gesellschaft geben können, da sich mit jeder gesellschaftlichen Veränderung neue Zwänge, Grenzen und damit Herausforderung ergeben diesen zu begegnen. Hierbei wird die entscheidende Aufgabe sein, den Prozess und die Kraft der Emanzipation, „der Wille zum besseren Leben als Befreiung aus den bestehenden Schranken“<sup>182</sup>, wach zu halten. Hinzu fällt, wie Adorno und Horkheimer gezeigt haben, eine Gesellschaft, die ihr emanzipatorisches Mittel der Vernunft nicht gleichzeitig erneut hinterfragt, zurück in den Zustand der Mythologie.

Narr begreift Konflikt nicht nur als Bedingung des Politischen, sondern als Ansatzpunkt für emanzipatorische Strategien. Emanzipation ist Kampf und kann demnach gewöhnlich nicht geräuschlos ablaufen.

„Emanzipatorische Strategie darf sich vor allem nicht wie herrschende Sozialarbeit, von ihrer Ausbildung, von ihrer Ausstattung und ihrer Legalordnung her gezwungenermaßen, auf individuelle Korrektive, auf Resozialisation im Hinblick auf die herrschende Normalität zurechtstutzen oder missbrauchen lassen. Der Umkehrschluß, man dürfe Einzelhilfe nicht leisten, ist gewiß nicht richtig, aber mildernde Gaben und Kampf um die Abschaffung der Tatsache und Notwendigkeit nur mildernder Sozialpolitik sind zwei verschiedene Dinge.“<sup>183</sup>

Hierin stecken mehrere offene Fragen der Suche nach Emanzipation. So könnte eine weitere Vertiefung entlang der Beziehung von aktiver und passiver Emanzipation versucht werden, was sogleich erfolgen soll. Als mindestens genauso interessant in Hinblick auf Aspekte von Partizipation und Partizipationstheorien könnte sich die Frage

---

<sup>180</sup> Bergstedt 2005, S.25.

<sup>181</sup> Marchart 2003, S.2.

<sup>182</sup> Bergstedt 2005, S.27.

<sup>183</sup> Narr 1973, S.214.

nach Stabilität und Kampf um Veränderung erweisen. In der demokratietheoretischen Diskussion spielt die Norm der Stabilität sowohl bei Befürwortern als auch bei Gegnern partizipativer Elemente eine große Rolle, weshalb sich eine weitergehende Auseinandersetzung im Rahmen der vorliegenden Arbeit anbietet. Der dynamische Charakter des Emanzipationsprozesses beinhaltet nach Narr gleichfalls eine Dynamisierung der gesellschaftlichen Strukturen, womit bei manchen die Sorge einhergehe, dass damit das Gesellschaftssystem um die notwendige Stabilität gebracht würde, welche allein dessen Bestand sichere. Dennoch verweist Narr auf die missglückte Emanzipation durch eine Politik des sozialen Angleichens:

„Es kommt nur darauf an, dass der am Rande oder am Boden befindliche Einzelne bzw. Gruppen sich zur herrschenden gesellschaftlichen Decke strecken: Die Frauen sollen z. B. gleiche Entlohnung erfahren und die gleiche Karrierechance besitzen; die Arbeiterkinder gleichermaßen wie die Kinder anderer Gruppen in den Sparten der höheren Bildung repräsentiert sein, die sozial Schwachen die gleiche Behandlung im Gesundheitswesen erfahren. Kein Zweifel – nur blinde Totalitätspolitiker verkennen dies -: all solche Angleichungen in einer Gesellschaft selbst stellen Fortschritte dar, aber eben Fortschritte im herrschenden Muster, die in keiner Weise über geglückte bzw. missglückte Emanzipation Auskunft zu geben vermögen und in den angegebenen Beispielen bestenfalls auf Tendenzen zum Ausgleich der Wattierung der Entfremdung, der Verbiegung und Ausbeutung zwischen den Gruppen hinweisen (...)“<sup>184</sup>.

Ordnungsdenkern wie Luhmann geht es um den Erhalt des Systems und seiner Ordnung<sup>185</sup>, wogegen es den hier angeführten TheoretikerInnen<sup>186</sup> um die Kritik und Infragestellung der herrschenden Ordnung geht. Wenn nun in gesellschaftstheoretischen Diskursen Stabilität Trumpf ist, wie es Wolf-Dieter Narr betitelt, ist die Frage zu stellen: „Welche Stabilität für wen eigentlich?“<sup>187</sup> Eine Kritik, die wirkliche Kritik sein will, muss somit über den Tellerrand der gesellschaftlichen Norm hinaus blicken<sup>188</sup> und Interessen nachspüren. Gebi Mair fügt der Kritik-Affirmations-Linie Wolf-Dieter Narrs eine Emanzipation-Integrations-Linie bzw. eine Emanzipation-Lifestyle-Linie hinzu. Damit benennt er eine Unterscheidung verschiedener Politikkonzepte politischer Bewegungen. Anhand der Lesben- und Schwulenbewegung zeigt er auf, dass eine Integration in die bürgerliche Gesellschaft zum einen über Diskurse des Rechts und zum anderen über Konsum stattfindet.<sup>189</sup> Bürgerrechtsbewegungen gehe es nicht um Emanzipation, sondern um Anerkennung nach dem Motto: ‚Staatlich geprüft und für normal befunden‘.

---

<sup>184</sup> Narr 1973, S.198.

<sup>185</sup> Vgl. Demirovic, Alex (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2001. S.16.

<sup>186</sup> Einschließlich Kant, trotz seiner Beschränkung auf die Gelehrten.

<sup>187</sup> Narr 1973, S.204.

<sup>188</sup> Vgl. Schweppenhäuser 1990, S.47.

<sup>189</sup> Vgl. Mair, Gebi: Emanzipation, Integration, Lifestyle? Politiken der österreichischen Lesben- und Schwulenbewegung. 2005. <http://tirol.guene.at> Stand: 10.2.2006. S.18 f.

Die gängige Praxis einer solchen Politik ist die Orientierung am Mainstream, was nicht emanzipatorisch sei.<sup>190</sup> „Emanzipatorische Politik hingegen zielt auf die Veränderung eben dieses Mainstreams“<sup>191</sup>. Narr zufolge laufe ein harmonistisches Verständnis der bundesrepublikanischen Wirklichkeit einer Kritik der Norm entgegen und bedeute Affirmation. Durch eine solche Harmonie bleibe Emanzipation trotz zeitweiligen Richtwertcharakters folgenlos.

„Emanzipation heißt das Ideal des mittleren Bürgers, der engagiert ist, aber nicht zu engagiert und dem dieses Engagement in der Schule als Attitüde anezogen wird (als Habitus eingeblendet wird). Zweitens fällt auf, dass Emanzipation kriterien-, d. h. zahllos bleibt. Emanzipation wird sozusagen zur schulischen Morgenandacht, begrenzt auch noch auf das Segment des politischen Unterrichts“<sup>192</sup>.

Eine weitere widersprüchliche Dimension der Suche nach Emanzipation besteht in der Frage, ob Emanzipation durch den Erwerb individuell kognitiver Fähigkeiten erlangt werden kann oder doch die Beseitigung struktureller Barrieren notwendige Bedingung für Emanzipation ist.

Kant sprach überwiegend von der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Nach ihm müsste wohl auf der individuellen Ebene angesetzt werden, um Faulheit, Feigheit und die der Gewöhnung geschuldete Unsicherheit abzubauen.<sup>193</sup> Narr geht 1973 auf den heute nicht minder stattfindenden Individualisierungsprozess ein, durch den soziale und politische Phänomene der Gesellschaft nur noch im Lichte individueller Entscheidungen und Fähigkeiten betrachtet werden. Die Frage der Emanzipation werde im Zuge einer solchen Individualisierung zur individuellen Aufgabe bzw. zum individuellen Problem.<sup>194</sup> Hieraus resultiert sein Standpunkt: „Segmentale oder individuelle Emanzipation ist im Prinzip nicht möglich.“<sup>195</sup> Giesecke wird zitiert mit einem Plädoyer für die Verbindung von individueller und struktureller Emanzipation, was er als Aufgabe der Kombination aus Pädagogik und Politik betrachtet. „Lernen (...) ist die subjektive Seite von Emanzipation, die objektive ist der politische Kampf gegen alle überflüssigen Formen von Herrschaft. (...) Emanzipation ist zugleich politisches und pädagogisches Ziel, das mit je verschiedenen Mitteln angestrebt werden muß.“<sup>196</sup>

Spätestens bei der Formulierung der Emanzipation als pädagogisches Ziel stellt sich die Frage nach dem politischen, vielleicht auch revolutionären, Subjekt. Während Kant die

---

<sup>190</sup> Vgl. Mair 2005, S.10.

<sup>191</sup> Ebd.

<sup>192</sup> Narr 1973, S.194 f.

<sup>193</sup> Vgl. Kant 1999, S.20.

<sup>194</sup> Greiffenhagen 1973, S.199.

<sup>195</sup> Ebd. S.197.

<sup>196</sup> Giesecke zit. n.: Hesse, Hans Albrecht: Über den Gebrauch der Begriffs ‚Emanzipation‘ in der erziehungswissenschaftlichen Literatur der Gegenwart. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.253.

Gelehrten im Blick hatte, fokussierte Marx später die Arbeiterklasse. Die Kritische Theorie brach schließlich mit der ontologischen Annahme eines revolutionären Potentials der Arbeiterbewegung, von der am Ende der Weimarer Republik keine emanzipatorischen Impulse ausgingen und deren Niedergang daher verzeichnet werden musste.<sup>197</sup> Eine neuere Antwort auf diese Frage ist die Multitude. Hardt/Negri verbinden damit die These, dass, da jede soziale Tätigkeit produktiv sei, auch in all diesen Tätigkeiten ein widerständiges Potential liege. Spehr stellt für seinen Ansatz unmissverständlich klar, dass jede und jeder zu jedem Zeitpunkt und in jeder Situation dazu fähig sei Gesellschaft zu verändern und Herrschaft abzubauen, es somit keine bestimmte Klasse oder andere prädestinierte gesellschaftliche Gruppe gebe.<sup>198</sup>

Im Komplex individueller und struktureller Faktoren der Förderung oder Verhinderung von Emanzipation muss zudem die von etlichen TheoretikerInnen<sup>199</sup> vollzogene Analyse der Inkorporierung gesellschaftlicher Herrschaft berücksichtigt werden. Demnach spielt das Individuum eine entscheidende Rolle in der Stabilisierung von Herrschaft, wodurch trotz einzelner Verminderungen äußerer Herrschaftsstrukturen die herrschende Ordnung nicht zwingend in Gefahr geraten muss. Das sollte allerdings in der Betrachtung des Verhältnisses von Struktur und Handlung weder dazu führen individuelle Handlungen als strukturdeterminiert und Vollzug bloßer Automatismen anzusehen, noch dazu in der Einwirkung auf das Individuum die Strukturen gesellschaftlicher Diskriminierungen nach Geschlecht, Herkunft, Behinderungen, Alter, sozialem Status etc. unberücksichtigt zu lassen. Vielmehr sollte Emanzipation als ein Zusammenspiel von Reflexion, individueller Widerständigkeit und dem Abbau von Repressionen auf gesellschaftlicher Ebene verstanden werden.

Die Linie zwischen aktiver und passiver Emanzipation ist eine weitere Dimension widersprüchlicher Emanzipationskonzepte. Die passive Auffassung wird bei Formulierungen wie der ‚Einwirkung auf das Individuum‘ deutlich oder auf struktureller Ebene bei der *Gewährung* von Freiheiten für spezifische Gruppen. Dem entgegen wurde bereits 1844 von Max Stirner die *er kämpfte* Selbstbefreiung als positive Emanzipation gesetzt.<sup>200</sup> Die Trennlinie aktiv/passiv vermag das Ineinandergreifen von wohlgesonnenen Eliten, Objekten der Befreiung und Subjekten eines emanzipatorischen Fortschritts nicht zu erfassen. Nützlicher könnte der durch TheoretikerInnen wie Bergstedt, Spehr und Schlemm formulierte Perspektivenwechsel von Objekten emanzipatorischer Strategien hin zu der Auffassung sein, Menschen in den Mittelpunkt der Gesellschaft zustellen und

---

<sup>197</sup> Vgl. Röhrich 2001, S.168.

<sup>198</sup> Vgl. Fuhrmann / Zennig 2005, S.55 f.

<sup>199</sup> Prominente Beispiele sind Pierre Bourdieu oder Michel Foucault.

<sup>200</sup> Vgl. Grass / Koselleck 1975, S.169.

an ihren konkreten Bedürfnissen und Lebensumständen jegliche Emanzipationsprozesse anzusetzen.

Die von Adorno bei Kant herausgearbeitete Begrenzung auf das Denken kann verallgemeinert zu einer weiteren Dimension des Widerspruchs, angelegt in der Trennung herrschaftskritischen Denkens von herrschaftskritischer Praxis, führen. Nach Adorno ist diese Trennung der bürgerlichen Emanzipationsvorstellung inhärent, die bloßes Rasonieren als Mittel zur Emanzipation begreife.<sup>201</sup> Dem entgegen sehen sowohl Marx als auch neuere kritische Gesellschaftstheoretiker wie Spehr die Theorie und das kritische Denken in der Öffentlichkeit in untrennbarer Verbindung zur Praxis und damit zur Lebensrealität und den Kämpfen der Menschen. Laclau kommt zwar ebenfalls zu dem Schluss, dass eine Antwort auf die Frage nach möglichen Emanzipationsprozessen und deren Umsetzbarkeit nur in der Praxis liegt, allerdings scheint eine politische Praxis bei ihm weitestgehend kontingent verfasst, womit er keine Anknüpfungspunkte für eine herrschaftskritische Praxis liefert.

#### **2.4. Zwischenfazit – Kriterien emanzipatorischer Ansätze**

Trotz der Darlegung von acht in wechselseitiger Beziehung stehenden Dimensionen von Widersprüchen bei der Suche nach Emanzipation, konnte nicht allen strittigen und interessanten Fragen nachgegangen werden. So konnten beispielsweise gesellschaftliche Strukturen sozialer Ungleichheit nicht im geringsten differenziert werden, um unterschiedliche Unterdrückungsverhältnisse und Emanzipationspotentiale etwa bei Klasse, Ethnie oder Geschlecht ausfindig zu machen. Dennoch ist für die Fragestellung dieser Arbeit, Möglichkeiten und Grenzen emanzipatorischer Effekte von Partizipation aufzuzeigen, ein Repertoire emanzipatorischer Kriterien erörtert worden, die trotz ihrer letztlich nicht widerspruchsfreien Definierbarkeit einen Rahmen setzen, in dem sich Partizipationskonzepte, die Emanzipation befördern sollen, verorten müssen.

In diesem Zwischenfazit soll nun jene generelle Perspektive von Emanzipation wiedergegeben werden, die direkte Anstöße für die Überprüfung von Partizipationskonzepten gibt. Darin enthalten sein soll der Versuch, eine schematisierte Darstellung der widersprüchlichen Dimensionen von Emanzipation vorzunehmen, um somit Prüfungskriterien für Partizipationskonzepte zu gewinnen.

---

<sup>201</sup> Als prominenten zeitgenössischen Vertreter könnte man Jürgen Habermas mit seinem Konzept des kommunikativen Handelns und dem Ziel der herrschaftsfreien Kommunikation anführen.

Emanzipation bedeutet nicht einfach Befreiung, es muss ferner gefragt werden: „Von welcher Art der Emanzipation handelt es sich?“<sup>202</sup> Somit sollte den Bedingungen eines Befreiungsprozesses exakter und differenzierter nachgespürt werden. Ähnlich wie bei der Kritischen Theorie kann man hinsichtlich emanzipationstheoretischer Ansätze und emanzipatorischer Praxis festhalten: „Ihr Element ist die *Freiheit*, ihr Thema die *Unterdrückung*.“<sup>203</sup> Herrschaftskritik ist somit Mittel und Ziel von Emanzipation, deren Antrieb die Suche nach einem besseren Leben ist. Eine herrschaftskritische oder emanzipatorische Praxis muss im Konkreten überzeugen und bietet kein universal gültiges Patentrezept. Wäre es eine solche Universallösung, würde sich der politische Gehalt verflüchtigen.

Die Rekapitulation der angeführten prägenden Theoriestränge präsentiert die Erkenntnis, dass der Schritt zur Emanzipation auch bedeutet zu lernen und es zu wagen, den eigenen Verstand zu gebrauchen und öffentlich Position zu beziehen.<sup>204</sup> Eine emanzipatorische Politik darf zudem die ökonomischen Abhängigkeiten, in denen sich die Individuen befinden, nicht unberücksichtigt lassen.<sup>205</sup> Darüber hinaus darf der Status quo trotz aller erreichter Verbesserungen nicht unkritisiert gelassen werden. Wenn eine Gesellschaft die Fähigkeit der Selbstkritik verliert, wird sie zurückfallen in jenen Naturzustand der – aktuell noch so fortgeschrittenen und sich emanzipiert glaubenden – Gesellschaft. Wenn man den Begriff der Emanzipation nicht verwerfen will, muss Emanzipation den ständigen Prozess der Selbstreflexion – gleich auf welcher Emanzipationsstufe – mit beinhalten.<sup>206</sup> Letztendlich geht es nicht um große revolutionäre Konzepte und Strategien, sondern um die emanzipatorische, Herrschaft minimierende Perspektive in der konkreten alltäglichen Situation und ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.<sup>207</sup>

Um die Widersprüchlichkeit der verwendeten Emanzipationskonzepte systematischer hervorzuheben, bietet sich eine tabellarische Darstellung (s. Tabelle 1) an. Die tiefergehenden Begründungszusammenhänge weichen in dieser Form natürlich der Übersichtlichkeit. Die angeführten Dimensionen der Widersprüche sind alle den behandelten Emanzipationstheorien entnommen. Durch die Zuordnung zu einer affirmativen oder kritisch-transformativen Tendenz wird der Versuch unternommen, sich einen Ausweg aus den erkannten Widersprüchen zu bahnen und Kriterien für emanzipatorische Ansätze zu finden.

---

<sup>202</sup> Marx zit. n.: Narr 1973, S.193.

<sup>203</sup> Adorno, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften 3. Frankfurt am Main. Suhrkamp. 1981. (1944). S.247.

<sup>204</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.2.1 – Aufklärung

<sup>205</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.2.2 – Marxismus

<sup>206</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.2.3 – Kritische Theorie

<sup>207</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.2.5 – Neuere kritische Gesellschaftstheorien



Tabelle 1: Widersprüche der Suche nach Emanzipation; in unterschiedliche Dimensionen differenziert und einer affirmativen oder kritischen Tendenz zugeordnet. (Eigene Darstellung)

<i>Dimensionen der Widersprüche</i>	<b>Tendenz zu einem affirmativen Emanzipationsbegriff</b>		<b>Tendenz zu einem kritischen Emanzipationsbegriff</b>
1	Objekt revolutionärer Strategien (passive Emanzipation)	< >	Menschen stehen im Mittelpunkt (aktive Emanzipation)
2	Emanzipation als Endzustand und feste Utopie	< >	Emanzipation als Prozess und unvollendete Utopie / Reflexion
3	Bürgerliche Emanzipation / Nicht-Radikalität / Affirmation und Integration durch Recht und Konsum	< >	Menschliche Emanzipation / Radikalität / Entwurf von positiven Utopien / Bruch mit bürgerlicher Herrschaft
4	Individuelle Emanzipation	< >	Individuelle und strukturelle Emanzipation / Abbau sozialer Ungleichheiten, wie Klasse, Ethnie und Geschlecht
5	Inflationierung des Begriffs / Entpolitisierung	< >	Politisierung / scharfe Analyse / Kritik
6	Stabilität / Harmonisierung	< >	Konflikt
7	Strategie der Gegenhegemonie	< >	Keine Souveränität / Horizontalität / Strategie der Enthierarchisierung und Pluralisierung
8	Mittel der Emanzipation: Das Denken und Rasonieren	< >	Mittel der Emanzipation: Die politische Praxis

Diese acht Dimensionen bilden die Grundlage der Bewertung partizipativer Konzepte. Eine separate Betrachtung der einzelnen Dimensionen ist nur mit großer Vorsicht möglich. Durch die ausschließliche Berücksichtigung einer Komponente kann zwar dasjenige Kriterium erfüllt sein und dennoch im Gesamten keine emanzipatorische Ausrichtung geltend machen. So könnten Projekte rechtsextremer Gruppen durchaus Konflikt und Praxis orientiert sein sowie einen Bruch mit bürgerlichen Herrschaftsformen anstreben, doch die zugrunde gelegte Ideologie würde einer Enthierarchisierung, Subjektorientierung und dem Abbau jeglicher sozialer Ungleichheit diametral widersprechen. Insofern muss die gegenseitige Bedingtheit der acht Dimensionen bedacht und darf die Zielperspektive, Herrschaft und Unterdrückung abzubauen, nicht vernachlässigt werden. So beinhaltet der entwickelte Emanzipationsmaßstab neben den acht Dimensionen gleichfalls eine spezifisch normative Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, die am besten mit Wolfgang Lempert beschrieben werden kann: „Immer wenn von ‚Emanzipation‘ geredet wird, geht es um Aufhebung menschlicher Fremdbestimmung. Bestehende ein-

seitige soziale Abhängigkeitsverhältnisse, Benachteiligungen, Ungerechtigkeiten sollen abgebaut, nach Möglichkeit ganz beseitigt werden.“<sup>208</sup>

---

<sup>208</sup> Lempert, Wolfgang: Zum Begriff der Emanzipation. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.217.

### 3. Partizipationskonzepte im Demokratiemodell der BRD

#### 3.1. *Politische Partizipation - eine Begriffsbestimmung*

Um Partizipationskonzepte auf etwaige emanzipatorische Effekte hin zu überprüfen, erscheint es sinnvoll nur Konzepte zu beleuchten, die aussichtsreich anmuten und bei denen man nicht auf den ersten Blick erkennen kann, dass sie nichts mit Emanzipation gemein haben. Als Maßstab dieser Fokussierung sollen hier bereits die Ergebnisse des vorangegangenen Kapitels dienen. Insofern wird es an dieser Stelle nicht darum gehen den Begriff Partizipation in der Vielseitigkeit seiner Bedeutungen darzustellen, sondern explizit *politischen* Partizipationskonzepten nachzuspüren, die neben individuellen gleichfalls strukturelle Faktoren miteinbeziehen und die Menschen bzw. die jeweilige Zielgruppe nicht nur als passives Objekt partizipativer Methoden verstehen. Allein unter Zuhilfenahme dieser Kriterien kann eine Eingrenzung des Begriffs Partizipation vorgenommen werden, wodurch dieser im Folgenden fast ausschließlich in der Bedeutung ‚*politischer* Partizipation‘ in den Vordergrund tritt. Durch eine solche Eingrenzung soll Präzision und Klarheit darüber herrschen, mit welchem Verständnis politischer Partizipation und welcher Selektionsbrille die Bandbreite der Partizipationsinterpretationen eingegrenzt wurde.

Doch trotz der Einschränkung auf Konzepte der *politischen* Partizipation ist die Schwierigkeit, Aussagen über den präzisen Gehalt und den Rahmen dieser politischen Dimension zu treffen, nicht beseitigt. So differenziert beispielsweise Metin Incesu im Hinblick auf die Partizipation von MigrantInnen eine politische und eine soziale Komponente. Dabei nimmt er eine Unterscheidung vor, die auf einen sehr eng begrenzten Politikbegriff schließen lässt, der die Kategorie Macht und unterschiedlich große Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten nicht mit einbezieht. So versteht er unter politischer Partizipation schlicht die formale Zugehörigkeit zur BRD durch die Staatsbürgerschaft. Soziale Partizipation betrachtet er demgegenüber als ein weitreichenderes Konzept, das strukturelle Aspekte, wie die Situation auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt und diskriminierende Vorurteile, beleuchtet.<sup>209</sup>

In einem anderen Beispiel erweitert die Bundesregierung im Jahre 2001 den Begriff der politischen Partizipation – und somit ihr Verständnis des Politischen – um das Ehrenamt und sogenanntes freiwilliges Engagement, woraus die Forschungsgruppe Wahlen drei Grundsäulen politischer Partizipation ableitet: Konventionelle Partizipation (Wahlen),

---

<sup>209</sup> Vgl. Incesu, Metin: Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen. Bonn: NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. 2003. S.6.

unkonventionelle Partizipation (Demonstrationen und Unterschriften sammeln) und bürgerschaftliches Engagement (Ehrenamt und Selbsthilfe).<sup>210</sup>

Damit nicht jegliches ehrenamtliche Engagement zum Inbegriff des politischen Handelns wird und damit – wozu durchaus die Gefahr besteht – eine Inflationierung einhergeht und der Begriff seiner politischen Schärfe beraubt wird, soll politische Partizipation in dieser Arbeit nicht in dieser Weitläufigkeit verstanden werden, was dennoch heißt, dass Konzepte des sogenannten ‚bürgerschaftlichen Engagements‘ zur näheren Betrachtung politischer und vielleicht sogar emanzipatorischer Effekte herangezogen werden können, allerdings nicht auf Grundlage einer schlichten Gleichsetzung mit Ehrenamt und Selbsthilfe (Mitgestalterrolle des Gemeinwesens), sondern im Sinne der Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung (politische Auftraggeberrolle).<sup>211</sup>

Die angeführten Beispiele zeigen, dass es wesentlich auf den zugrunde gelegten Politikbegriff ankommt, insbesondere wie weit oder eng dieser gefasst ist, um letztendlich ein präziseres Verständnis davon zu erlangen, was als explizit politische Partizipation in Betracht kommt. Für die Untersuchung diverser Politikbegriffe unter dem Fokus der Partizipation kann in aller Kürze Horst Biedermann herangezogen werden, da er es vermag, unter Erfassung verschiedenster Ansätze, eine grobe begriffliche Festlegung zu treffen. Zunächst führt er anhand dreier, durch Ulrich von Alemann aufgestellte, Gegensatzpaare<sup>212</sup> und anhand der *policy*, *politics*, *polity* Unterscheidung einen Definitionsversuch durch. Zugunsten von fünf Begriffen, die sich in einer Umfrage unter 256 PolitikwissenschaftlerInnen als relevante Begriffe herauskristallisierten, verwirft er die ersten Definitionsversuche mit dem Hinweis, dass die normative Dimension vor allem in der *policy-politics-polity* Definition zu kurz gekommen sei. Die fünf Begriffe lassen sich in vier Aspekte gliedern: Konflikt und Konsens (1)<sup>213</sup>, Interesse (2), Macht (3) und Öffentlichkeit (4).<sup>214</sup> Hieraus formuliert Biedermann in Anlehnung an von Alemann folgende Definition: ‚Politik ist öffentliches Ringen um Geltungsanspruch ‚von Interessen unter den Bedingungen von Machtgebrauch und‘ Kompromissbedarf.‘<sup>215</sup>

In der sozialwissenschaftlichen Forschung besaß man bereits 1975<sup>216</sup> eine durchaus differenziertere Typologie politischer Beteiligungsformen, als es die Forschungsgruppe Wahlen, wie aufgezeigt, im Jahre 2004 von der Bundesregierung übernommen haben.

---

<sup>210</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.) 2004, S.43 f.

<sup>211</sup> Vgl. Bogumil / Holtkamp / Kißler: *Kooperative Demokratie*. Frankfurt am Main: Campus. 2006. S.12.

<sup>212</sup> Die Gegensatzpaare sind: *gouvernementaler* versus *emanzipatorischer* (1), *normativer* versus *deskriptiver* (2) und *konfliktorientierter* versus *konsensbezogener* (3) Politikbegriff. Vgl. Biedermann 2006, S.37 f.

<sup>213</sup> Die Ziffern sollen der Übersichtlichkeit dienen. Dieses Mittel der übersichtlichen Gestaltung von Aufzählungen im Fließtext kommt in dieser Arbeit des Öfteren zur Anwendung.

<sup>214</sup> Diese vier Aspekte können im Folgenden insofern hilfreich sein, um sich der politischen Dimension betrachteter Partizipationsansätze zu vergewissern.

<sup>215</sup> Biedermann 2006, S.42.

<sup>216</sup> Siehe hierzu: Alemann, Ulrich von (Hg.): *Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung*. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1975. S.84.

Rainer-Olaf Schultze modifizierte das Schema Ulrich von Alemanns in Dieter Nohlens Lexikon der Politik zu folgender kompakten Tabelle:

Tabelle 2: Formen politischer Partizipation<sup>217</sup>

Partizipationsform	Beispiele
Verfasst / repräsentativ /konventionell	Wahl, Parteiaktivität
Verfasst / direkt / konventionell	Referendum, Streik
Nicht-verfasst / repräsentativ / konventionell	Bürger- / Sachverständigenbeirat
Nicht-verfasst / direkt / konventionell	Bürgerinitiative
Nicht-verfasst / direkt / unkonventionell	Wilder Streik / Hausbesetzung

Von Alemann differenzierte zudem die gesellschaftlichen Bereiche aus, in denen Partizipation oder synonym verwendete Begriffe, wie „Teilhabe, Beteiligung, Demokratisierung, reale, direkte, inhaltliche (Basis-)Demokratie, Mitbestimmung, Mitwirkung, Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung, Autonomie etc.“, verwendet werden. Als vier Felder klassifizierte er den gesamtgesellschaftlichen (1), den politisch-administrativen (2), sowie den wirtschaftlichen Sektor (3) und den Bereich von Bildung und Wissenschaft (4).<sup>218</sup> Nach von Alemann ist der Partizipationsbegriff somit nicht nur auf den politisch-administrativen Sektor begrenzt. Ergänzend hierzu kann formuliert werden, dass der Alltag der Menschen nicht nur von Entscheidungen des politisch-administrativen Systems bestimmt wird. Zu weiteren Einflüssen kann die Wirtschaft, die Kultur – insbesondere die Medien, das Ökosystem, die Wohnsituation und die Familie gezählt werden, aber genauso gut Normen und Kategorisierungen anhand derer Menschen nicht nur differenziert, sondern auch hierarchisiert und letztendlich diskriminiert werden, wie Geschlecht, Herkunft, Alter, sozialer Status oder Behinderungen. Mit Rekurs auf den von Biedermann definierten Politikbegriff können politische Partizipationskonzepte all diese gesellschaftlichen Bereiche tangieren, solange sie verstanden werden als der Versuch, auf die jeweiligen Lebensumstände im Geflecht gesellschaftlicher Teilsysteme und Strukturen Einfluss zu nehmen. Eine solche Definition entspricht ganz der Festlegung Michael J. Buses, der die Unterscheidung in allgemein soziale und politische Aktivität erst dann als sinnvoll erachtet, „wenn die letztere mit der Absicht und dem

<sup>217</sup> Schultze, Rainer-Olaf: Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Politische Theorien. Bd.1. München: C.H.Beck-Verlag. 1995. S.398.

<sup>218</sup> Alemann 1975, S.16 f.

Bewusstsein verbunden ist, auf den politischen Willensbildungsprozess einzuwirken<sup>219</sup>, womit politische Aktivität als „zweckgerichtetes Handeln“<sup>220</sup> angesehen wird. Eine solche Festlegung beleuchtet wiederum nach Birgit Sauer weniger die Strukturen, als den Akteursaspekt und stellt die Frage nach den nicht-intendierten politischen Konsequenzen: „Handlungen, die lediglich in ihren Konsequenzen, nicht aber in ihren Intentionen politisch, d.h. auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess bezogen sind, werden in aller Regel nicht unter politische Partizipation gefasst.“<sup>221</sup>

Die Schwierigkeiten, politische Partizipation anhand *eines* Modells von Beteiligungsformen oder *eines* Politikmodells einordnen zu können, resultiert aus der ebenso ausdifferenzierten Welt der zugrunde gelegten Demokratietheorien, die bei den unterschiedlichen Auffassungen von Partizipation eine zentrale Rolle spielen. Somit soll im Folgenden zum einen grundsätzlich geklärt werden, welchen Stellenwert Partizipation durch die jeweiligen Demokratiemodelle zugewiesen bekommt und zum anderen, welche Funktionen der Partizipation damit zugeschrieben werden.<sup>222</sup>

## **3.2. Stellenwert und Funktion in Demokratietheorien**

### **3.2.1. Stellenwert von Partizipation in Demokratietheorien – Der Versuch eines Überblicks**

Den Zusammenhang zwischen zugrunde gelegten Demokratiebegriffen und der inhaltlichen Konzeption der Partizipationsbegriffe macht von Alemann mit seiner Unterscheidung in sieben, jeweils nach Stellenwert und Funktion der Partizipation unterschiedene, Argumentationen bzw. Demokratiebegriffe deutlich. Er sortiert sie wie folgt in ein Rechts-Links-Spektrum ein: Konservativer, altliberaler, pluralistisch-integrativer, linksliberaler, radikaldemokratisch-sozialistischer, orthodox-marxistischer und anti-revisionistischer Demokratiebegriff.<sup>223</sup> Die wenigsten TheoretikerInnen stützen sich auf

---

<sup>219</sup> Buse, Michael J.: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (Hg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1975. S.41 f.

<sup>220</sup> Ebd. S.42.

<sup>221</sup> Sauer, Birgit: Die Asche des Souveräns. Frankfurt am Main: Campus. 2001. S.204.

<sup>222</sup> Hierbei ist nach Schwiderowski richtigerweise anzumerken, dass Stellenwert und Funktion von Partizipation in Demokratietheorien nicht als zwei unabhängige Merkmale betrachtet werden dürfen, da sie sich gegenseitig beeinflussen. (Vgl. Schwiderowski, Peter: Entscheidungsprozesse und Öffentlichkeit auf der kommunalen Ebene. München: Minerva-Publikation. 1989. S.14.)

<sup>223</sup> Alemann 1975, S.24 f. – Nach Massing lässt sich dieses Spektrum in der heutigen Diskussion nicht mehr aufrecht erhalten, da die Positionen des rechten und linken Randes keine Rolle mehr spielen und sich die Positionen in der Mitte ausdifferenziert haben. (Vgl. Massing, Peter: Demokratiemodelle in der politischen Bildung. In: Massing / Roy (Hg.): Politik, Politische Bildung, Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.295.) Dennoch können auch zeitgenössische TheoretikerInnen einzelner, für

eine solch ausdifferenzierte Beschreibung. Vielmehr werden zwei Hauptrichtungen demokratiethoretischen Denkens konstatiert: Die „Markt-Theorie der Demokratie“<sup>224</sup>, auch realistische<sup>225</sup>, konstitutionelle<sup>226</sup>, elitistische<sup>227</sup>, output-orientierte<sup>228</sup> Demokratietheorie oder Demokratische Methode<sup>229</sup> genannt und die partizipatorische Theorie – teilweise synonym verwendet mit klassischer – Demokratietheorie.<sup>230</sup>

„Während output-orientierte Theorieansätze kein sonderliches Bürgerengagement verlangen, da man in der repräsentativen Demokratie ja über gewählte Volksvertreter verfüge, die man auch wieder abwählen und damit die politische Klasse über kurz oder lang ständig auswechseln könne, sind die input-orientierten Exponenten an einer möglichst universellen Teilnahme am Meinungs-, Willensbildungs-, Entscheidungs-, Durch- und Umsetzungsprozess orientiert.“<sup>231</sup>

Bei der output-orientierten<sup>232</sup>, realistischen Demokratietheorie scheint der Stellenwert und die Funktion von Partizipation relativ marginal zu sein, weswegen sie hier nicht en détail vorgestellt, sondern nur kurz umrissen werden soll.

Joseph Schumpeter und Anthony Downs entwerfen ein, auf den ersten Blick, realgetreues Abbild der demokratischen Wirklichkeit mit einem neutral-deskriptiven Gestus, sodass es vielen einleuchtend erscheinen mag, wenn das ökonomische Konkurrenzprinzip auf das politische System übertragen wird. Demzufolge bestehe das demokratische Prinzip in der Konkurrenz elitärer Gruppen um die Regierungsämter mittels des Wahlaktes. Die Austauschbarkeit der Herrschenden durch ‚den Willen des Volkes‘ spiegele die demokratische Verfasstheit wieder. Hierbei muss darauf hingewiesen werden, dass ein solches Verständnis von Demokratie als Herrschaftstechnik keineswegs politisch neutral ist: „So wertneutral sich Schumpeters und Downs’ demokratische Methode auch geben mag, sie beinhaltet eine werthafte Vorentscheidung für den Status quo (und) dient der Rationalisierung der herrschenden sozial-ökonomischen und politischen Interessen.“<sup>233</sup>

---

ausgestorben erklärter, demokratiethoretischer Positionen, wie Margaret Wirth für die anti-revisionistische Richtung, ausfindig gemacht werden.

<sup>224</sup> Röhrich 2001, S.350.

<sup>225</sup> Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.) 2004, S.23.

<sup>226</sup> Vgl. Eisenstadt, Shmuel N.: Paradoxien der Demokratie. Frankfurt am Main: Humanities Online. 2005.

<sup>227</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G: Demokratietheorien. 2.Aufl. Opladen: Leske+Budrich. 1997. S.174.

<sup>228</sup> Vgl. Scharpf, Fritz: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Universitätsverlag Konstanz. 1970.

<sup>229</sup> Vgl. Waschkuhn, Arno: Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München: R. Oldenbourg Verlag. 1998. S.41.

<sup>230</sup> Vgl. Schmidt 1997, S.173 f.; Waschkuhn 1998, S.42 f. – Zwar führt Waschkuhn aus ideengeschichtlicher Perspektive zusätzlich das Pluralismus- und das Elitenmodell an, und auch Schmidt bringt diese Varianten inklusive der Idee der „sozialen Demokratie“ ein, doch einen Hauptgegensatz machen beide ebenfalls in der Gegenüberstellung von partizipativer und realistischer Demokratietheorie aus. Biedermeier wählt als terminologische Gegenüberstellung die empirische versus die normative Demokratietheorie aus. (Vgl. hierzu: Biedermeier 2006, S.56-64.)

<sup>231</sup> Waschkuhn 1998, S.25.

<sup>232</sup> siehe hierzu Scharpfs Demokratietheorie im folgenden Abschnitt 3.2.2.

<sup>233</sup> Röhrich 2001, S.356.

Downs führt gemäß seinem „Eigennutz-Axiom“<sup>234</sup> aus, dass der Antrieb in diesem Konkurrenzkampf nicht die jeweiligen politischen Konzepte und Inhalte seien, sondern schlicht der Wille zum Sieg bei den Wahlen und damit zur Macht: „Parteien treten mit politischen Konzepten hervor, um Wahlen zu gewinnen; sie gewinnen nicht die Wahlen, um mit politischen Konzepten hervortreten zu können.“<sup>235</sup>

Politische Partizipation wird in diesem Modell auf den Wahlakt und damit auf die Aus- und Abwahl politischer Eliten beschränkt. Nach Schumpeter liegt eine Arbeitsteilung zwischen PolitikerInnen (Elite) und WählerInnen (Masse) vor: „(...) die Wähler (müssen) die Arbeitsteilung zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern akzeptieren“<sup>236</sup>. Legitimität erfährt dieses Modell durch die postulierte Gewährleistung der Stabilität des politischen Systems und einer effizienten Regierungstätigkeit. Die Argumentation der Stabilität und der Begrenzung von Partizipation greift hier – wie es Röhrich bei der gesamten empirischen Sozialforschung sieht – ineinander: „Die empirische Sozialforschung betont ganz in dem Sinne, dass die Fortdauer der Demokratie von der Fähigkeit der politischen Klasse abhängt, das repräsentative System vor den Massen zu schützen.“<sup>237</sup> Zudem richte sich eine politisch-funktionale Betrachtungsweise, wenn sie sich am Prinzip der Effizienz orientiert, gegen das Postulat der Partizipation. Nach der realistischen Demokratietheorie seien Apathie und Indifferenz sogar wesentliche Bedingungen für eine funktionsfähige Demokratie.<sup>238</sup> Als eine zeitgenössische Formulierung – entsprechend eines solchen Demokratieverständnisses – kann Andrzej Rapaczynski Plädoyer für eine effiziente Demokratie herangezogen werden:

„Den Ansatz den wir hier formulieren, ist weniger radikal als ein Plädoyer zugunsten des Autoritarismus, aber er verdient nicht weniger Aufmerksamkeit. Denn das Konfliktpotential zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Prosperität ist durchaus real, und wir müssen uns der Grenzen demokratischer Politik bewusst werden. Mehr Demokratie ist nicht immer die geeignete Antwort auf unsere sozialen, wirtschaftlichen oder auch politischen Schwierigkeiten. Und hat Demokratie auch viele Vorteile, so können diese langfristig doch beträchtliche Kosten verursachen. Viele gute Dinge im Leben haben nachteilige Folgen, und viele gute Dinge stehen miteinander im Widerspruch. Auch kontinuierliches Wachstum und Demokratie könnten zwei gute Dinge sein, die einander teilweise zuwiderlaufen – das sollten wir uns klar machen.“<sup>239</sup>

Neben diesem rudimentären Abriss des Stellenwerts von Partizipation im realistischen Demokratieansatz soll mit Fritz Scharpfs Versuch die zwei demokratietheoretischen

---

<sup>234</sup> Röhrich 2001, S.354.

<sup>235</sup> Downs, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr. 1968, S.27 f.

<sup>236</sup> Schumpeter zit. n.: Bertelsmann Stiftung, 2004. S.23.

<sup>237</sup> Röhrich 2001, S.357; Vgl. hierzu auch Schwiderowski 1989, S.15 f.

<sup>238</sup> Vgl. Röhrich 2001, S.350-357; Vgl. Schwiderowski 1989, S.15 f.

<sup>239</sup> Rapaczynski, Andrzej: Wie effizient ist die Demokratie? In: Transit. Heft 14. 1997. S.33.



Hauptströmungen zu verbinden, umfassender auf diverse partizipatorische Ansätze eingegangen werden. Wird der in Erfahrung gebrachte Partizipationsgrad einer Gesellschaft, durch ein solches realistisches oder auch output-orientiertes Demokratieverständnis versucht zu erklären, „kann ein Mangel an politischem Engagement auch dem Erfolg traditioneller Politik angerechnet werden, der politisches Interesse und politische Beteiligung quasi ‚überflüssig‘ erscheinen lässt.“<sup>240</sup>

### 3.2.2. ‚Komplexe Demokratietheorie‘ von Fritz Scharpf

Für Fritz Scharpf ist die Landschaft der Demokratietheorien durch eine „eigentümliche Dichotomie der Perspektiven“<sup>241</sup> geprägt. Ein solches dichotomes Denken schlägt sich auch in der Gegenüberstellung von „universeller Partizipation und Elitenkonkurrenz“<sup>242</sup> nieder. Um mit dieser Arbeit nicht in etwaigen Dichotomien gefangen zu bleiben, soll an dieser Stelle Scharpfs Lösungsvorschlag einleitend sein, um letztendlich darauf aufbauend sich mit partizipatorischen Ansätzen befassen zu können.

Scharpf entwickelt mit Hilfe der Systemtheorie ein Modell, welches das politische System nach einer input- und einer output-Orientierung differenziert. Dabei sind inputs aus der gesellschaftlichen Umwelt heraus artikulierte Interessen und outputs die resultierenden verbindlichen Entscheidungen. Etwas umfassender ist der Ausgangspunkt input-orientierter Demokratietheorien, „die Frage, wie das politische System eingerichtet sein müsse, wenn Entscheidungen möglichst unverfälscht aus der gleichen Partizipation aller hervorgehen sollen.“<sup>243</sup> Output-orientierte Demokratietheorien „normieren zunächst eine wünschbare Qualität politischer Leistungen und bestimmen dann von diesem Punkt her die weiteren Anforderungen an die Strukturen des politischen Systems.“<sup>244</sup> Die input-zentrierte Perspektive gewinnt Legitimität durch *Partizipation*, die output-zentrierte Perspektive durch *Effizienz*.

Scharpf sieht in input und output allerdings gerade keine sich dichotom gegenüberstehenden Ansätze, sondern zwei komplementäre Perspektiven.<sup>245</sup> Er möchte sich mit einem Plädoyer für mehr Partizipation und mehr Effizienz zwischen der partizipatorischen und der realistischen Demokratietheorie positionieren, was er als ‚zwischen Utopie und

---

<sup>240</sup> Deth, Jan W. van / Neller, Katja: Politisches Engagement in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 30-31/2006. S.31.

<sup>241</sup> Scharpf 1970, S.21.

<sup>242</sup> Ebd.

<sup>243</sup> Ebd. S.25.

<sup>244</sup> Ebd. S.21.

<sup>245</sup> Vgl. Massing, Peter: Fritz Scharpf. In: Ders. (Hg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 5.Aufl. 2004b. S.269.

Anpassung' bezeichnet, und damit nicht nur einen Zielwert erfassen, sondern ein mehrdimensionales, komplexes Demokratiemodell entwerfen.

Die politische Beteiligung aller wird von ihm als utopisch<sup>246</sup> kritisiert, obwohl er als Zielmarke den „quantitativen und qualitativen Abbau unnötiger Schranken menschlicher Selbstentfaltung und (...) die systematische Ausweitung des Raumes individueller und kollektiver Selbstbestimmung“<sup>247</sup> setzt. Für Scharpf stößt das Partizipationspostulat an Grenzen, da jegliches System, Subsystem oder auch jede Organisation bestimmte Leistungen für die Umwelt zu erbringen hat. So würde der Eigenwert der menschlichen Selbstentfaltung und Selbstbestimmung gerade durch „die Maximierung der politischen Beteiligung auf Kosten aller anderen Bedürfnisse, Interessen und Ziele“<sup>248</sup> verletzt. Dennoch sind die innerorganisatorischen Strukturen und Verfahrensweisen innerhalb dieser Grenzen „variabel, und es kommt deshalb darauf an, diesen Spielraum der Organisation so weit wie möglich in Freiheitsräume der Organisationsmitglieder zu verwandeln.“<sup>249</sup> Damit postuliert Scharpf eine empirisch informierte, normative Demokratietheorie, welche er unter dem Begriff ‚*komplexer Demokratie*‘ zusammenfasst.<sup>250</sup>

Somit verbindet Scharpfs Demokratietheorie Elemente der partizipatorischen Demokratieansätze – wie die Erweiterung der politischen Beteiligung, oder den Politisierungsschub über den politisch-administrativen Sektor hinaus – mit der äußeren Grenze der Effizienz. Damit ist der input nicht mehr Wert an sich, sondern durch die output-Legitimation bestimmt und kann – beziehungsweise muss sogar, wie man an der fehlenden input-Legitimation der Europäischen Union sieht – durch eine erhöhte Effizienz kompensiert werden.<sup>251</sup> Hieraus resultiert jedoch nichts anderes als ein Elitemodell, das aus dem Defizit einer funktionsfähigen Partizipation seine Legitimität gewinnt.<sup>252</sup>

Damit das Postulat Scharpfs, den Selbstwert und die Effizienz der Partizipation nicht gegeneinander auszuspielen, für die folgende Arbeit berücksichtigt werden kann, bedarf es offensichtlich einer Modifizierung von Scharpfs Darlegung der input-output-Beziehung. Zunächst ist in Übereinstimmung mit Scharpf zu formulieren, dass die Qualität der Partizipation (input) sich gerade durch deren Umsetzung und realen Auswirkungen (output) auszeichnet. Somit besteht ein wichtiger Zusammenhang zwischen der input- und der output-Funktion, der für eine gelungene Partizipationspraxis die Dimension der Umsetzung mit einbezieht. In der Beziehung zwischen der input- und der output-

---

<sup>246</sup> ‚Utopisch‘ kann durchaus eine positive Konnotation tragen, wie es Anette Schlemm oder Christoph Spehr gezeigt haben, allerdings ist der Terminus bei Fritz Scharpf negativ belegt.

<sup>247</sup> Scharpf 1970, S.68.

<sup>248</sup> Ebd. S.66 f.

<sup>249</sup> Ebd. S.69.

<sup>250</sup> Vgl. Ebd. S.93.

<sup>251</sup> Vgl. Scharpf, Fritz: Regieren in Europa. Frankfurt am Main: Campus. 1999. S.16-28.

<sup>252</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.21-23.

Funktion lässt sich allerdings noch eine weitere Bedingung für Partizipation in emanzipatorischer Hinsicht darstellen. Das input-output-Verhältnis kann nicht einfach als ein gegenseitiger Austausch bezeichnet werden, denn mit Emanzipation hat eine Praxis, die politische Programme und Ergebnisse durch eine nachgeschobene Partizipation legitimiert, nichts zu tun. So muss klar formuliert werden, dass der input die Basis und damit die Grundbedingung für jeglichen output ist. Eine solche Überlegung richtet den demokratietheoretischen Fokus zwar eindeutig auf partizipatorische Modelle, allerdings – resultierend aus Scharpfs Überlegungen – bei gleichzeitiger Integration der Effizienz-kategorie in die Perspektive auf partizipatorische Konzepte. Hierdurch wird die Notwendigkeit einer effizienten und somit gelingenden Partizipation sogar hervorgehoben und der Stellenwert von Partizipation gerade aus Effizienzgründen gestärkt.

### **3.2.3. Partizipatorische Demokratietheorien**

#### **3.2.3.1. Ein Überblick**

In den 1970er Jahren konnte eine „partizipatorische Revolution“<sup>253</sup> beobachtet werden. Sie setzte vor allem auf der lokalen Ebene ein und hatte überwiegend die Kommune als Adressaten.<sup>254</sup> Wenn realistische und partizipatorische Demokratietheorie gegeneinander gestellt werden, wird häufig die als radikal partizipatorisch geltende klassische Demokratietheorie von Jean Jacques Rousseau gegen die ökonomische Variante Schumpeters gesetzt. Dabei wird Rousseaus Demokratietheorie, wenn nicht gar als einzige Alternative<sup>255</sup>, so doch als die radikale direkt-demokratische Variante, gegen die realistische Demokratietheorie positioniert.<sup>256</sup> Hierbei wird der partizipatorische Ansatz auf einen Grundgedanken reduziert, der nicht unumstrittenen ist. Benjamin Barber hat entgegen einer solchen Herangehensweise explizit seine partizipatorische Demokratie gegen jene „Einheitsdemokratie“<sup>257</sup> Rousseaus entwickelt. Ohne an dieser Stelle näher auf Rousseau eingehen zu können, kann zumindest für seinen Ansatz festgehalten werden, dass durch

---

<sup>253</sup> Kaase zit. n.: Kersting 2004, S.52.

<sup>254</sup> Vgl. Kersting, Nobert: Die Zukunft der lokalen Demokratie. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 2004. S.53.

<sup>255</sup> Siehe hierzu: Lenk, Kurt: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Stuttgart u. a.: W. Kohlhammer Verlag. 1972.

<sup>256</sup> Siehe hierzu: Behr, Hartmut: Moderne Theorien der Demokratie und Konzeptionen politischer Partizipation. In: Lauth, Hans-Ulrich / Liebert, Ulrike (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1999; oder auch: Biedermann 2006.

<sup>257</sup> Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Hamburg: Rotbuch Verlag. 1994. S.143.

seine Konzeption des homogenisierenden ‚volonté générale‘ streng genommen keine sozialen Bewegungen und politischen Gruppierungen denkbar bzw. erwünscht sind.<sup>258</sup>

Allerdings existieren nicht nur Unterschiede zwischen klassischen und modernen partizipatorischen Theorien, sondern auch innerhalb der neueren Ansätze, insbesondere in ihrer Tragweite partizipatorischer Forderungen. So wird bei Fritz Vilmar oder Birgit Sauer das Politische nicht strikt vom Privaten abgegrenzt, womit eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung aller Lebensbereiche angestrebt wird.<sup>259</sup> Dem entgegen weist Norbert Kersting den Theoretikern Benjamin Barber und Paul Hirst einen engen Politikbegriff zu, da bei ihnen die Maximierung der Demokratiechancen „nicht auf einer Ausweitung auf alle gesellschaftliche Bereiche (workplace democracy) (beruhe, M.K.), sondern auf der Maximierung von Beteiligungschancen im politischen Bereich“<sup>260</sup>. Diese Einschätzung muss allerdings dahingehend relativiert werden, dass zumindest bei Barber eine workplace democracy explizit in seinem Zwölf-Punkte-Plan auftaucht. Darüber hinaus lässt Barbers Insistieren auf einer gemeinsamen und gleichzeitigen Umsetzung aller von ihm beschriebenen Partizipationskomponenten Arno Waschkuhn zu dem Schluss kommen, dass seine Konzeption – ähnlich der von Vilmar – eine gesamtgesellschaftliche und umfassende Demokratisierungsstrategie sei.<sup>261</sup> Folglich scheint eine Systematisierung der in diesem Kapitel zu behandelnden partizipatorischen Demokratieansätze aufgrund ihrer gegenseitigen Durchdringung, Überlappung und Beeinflussung – sowie aufgrund der ungeklärten Politikbegriffe – nicht ohne weiteres möglich zu sein.

Nicht aus konzeptionell überzeugenden, aber aus funktionalistischen Gründen soll für die weitere Strukturierung dieses Kapitels Bettina Löschs Einteilung in entscheidungszentrierte, kontextbezogene und prozedurale Demokratietheorien zur Hilfe genommen werden. Hiernach können unter entscheidungszentrierten die ökonomischen, realistischen Demokratieansätze gefasst werden, wodurch diese erste Kategorie für die folgenden Kapitel irrelevant wird. Unter prozeduralen Theorien wird die deliberative Demokratie – und durch die konzeptionelle Nähe auch die kooperative Demokratie – verstanden. Zu den kontextbezogenen Ansätzen gehören die gesamtgesellschaftliche, die starke, die radikale und die feministische Demokratietheorie.<sup>262</sup> Durch die Voranstellung eines Kritik Kapitels kann die unterschiedliche Ausgestaltung der einzelnen Ansätze auch in Bezug auf die seitens der realistischen Demokratietheorie formulierten Grundprobleme

---

<sup>258</sup> Vgl. Behr 1999, S.45.

<sup>259</sup> Vgl. Sauer, Birgit: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main: Campus. 1994. S. 102; Wobei Sauer die fehlende Betrachtung des Geschlechterspektes auch bei Vilmar kritisiert.

<sup>260</sup> Kersting 2004, S.227.

<sup>261</sup> Vgl. Barber 1994, S.290; sowie Waschkuhn 1998, S.106.

<sup>262</sup> Vgl. Lösch, Bettina: Deliberative Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2005. S.171-173.

der partizipatorischen Theorien betrachtet werden. Ferner wird im Zuge jeder einzelnen Theorie – in begrenztem Maße – auf die an ihr geübte Kritik eingegangen.

### 3.2.3.2. Kritik an partizipativen Demokratieansätzen

Kritik an der partizipatorischen Demokratietheorie kann aus zwei Richtungen geübt werden: Zum einen aus der Position realistischer Demokratietheorien und zum anderen aus einer Emanzipationsperspektive, wie es in der Gesamtkonzeption dieser Arbeit angelegt ist. Mit dem vorliegenden Kapitel zur Kritik soll jedoch ausschließlich die erste Position beleuchtet werden, da die emanzipatorische Kritik im Zwischenfazit dieses Kapitels und im gesamten vierten Kapitel zur Sprache kommen soll.

Wenn man die in der realistischen Demokratietheorie angeführten Argumente gegen mehr Partizipation zusammenfassen möchte, bietet sich die Auflistung von Schultze an, in der fünf sogenannte Grundprobleme definiert sind. Dazu zählen das Größenproblem des Territoriums und der Bevölkerung (1), das Aufwandsproblem der Ressourcen Zeit, Energie und Kosten (2), das Komplexitätsproblem und die Begrenztheit der Informationsaufnahme (3), das Homogenitäts- / Heterogenitätsproblem (4) und das Gleichheitsproblem mit der Frage nach gesellschaftlicher Ungleichheit und politischer Gleichheit (5).<sup>263</sup> Einen Teil dieser Kritikpunkte wird von den partizipatorischen Theorien mit eigenen – je nach Theorie variierenden – Lösungsvorschlägen zurückgewiesen, ein anderer Teil, wie das Aufwandsproblem wird gleichfalls als noch zu lösende Herausforderung betrachtet.

Das Stabilitätsargument ist ein zentraler Kritikpunkt,<sup>264</sup> wonach Apathie und Indifferenz der WählerInnen notwendige Bedingung für eine funktionsfähige repräsentative Demokratie seien.<sup>265</sup> Die durch diese Stabilität und Sicherheit gewährleistete Freiheit könne durch mehr Partizipation gefährdet werden.<sup>266</sup> Indessen sind – Waschkuhn zitierend – für Vilmar

„(...) diese Einwände nicht ernstzunehmen. Wer insbesondere Freiheit durch mehr Demokratie bedroht sehe, dem könne es nur um die Erhaltung jener Freiheit gehen, die die Wenigen in nicht-demokratisierten Sozialstrukturen auf Kosten der Mehrheit bisher überwiegend genossen haben. Wäre es anders, so hätten sie die Demokratisierung nicht zu befürchten.“<sup>267</sup>

---

<sup>263</sup> Vgl. Schultze 1995, S.400; oder auch: Waschkuhn 1998, S.41 f.

<sup>264</sup> Vgl. Biedermann 2006, S.60.

<sup>265</sup> Vgl. Eisenstadt 2005, S.14 f.; Kersting 2004, S.54; Röhrich 2001, S.357.

<sup>266</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.102.

<sup>267</sup> Waschkuhn 1998, S.102.

Um dem individuellen Umgang der folgenden einzelnen Theorien mit der grundsätzlichen Kritik ein wenig vorweg zu greifen, kann für einige festgehalten werden, dass sie dem Größenproblem prinzipiell mit einer Konzeption der Dezentralisierung<sup>268</sup> begegnen und zur Reduktion des Komplexitätsproblems einen Betroffenen orientierten Zugang favorisieren, der auch einem Informationsdefizit und mangelndem Interesse entgegenwirken soll.<sup>269</sup>

Die Herausforderung wird sein, die Ressourcen Zeit, Energie und Können in partizipatorischen Theorien zu berücksichtigen. Hier setzt wie bemerkt nicht nur eine *funktionalistische* Kritik an, sondern beispielsweise auch eine feministische, die für eine Beachtung struktureller Bedingungen plädiert. Werden diese nicht berücksichtigt, bleibt beispielsweise die unterschiedliche Verteilung und Verfügung über die Ressource Zeit ausgeblendet.<sup>270</sup>

### 3.2.3.3. Deliberative Demokratie – Jürgen Habermas

In den westlichen Demokratien wird die Umsetzung partizipatorischer Demokratieverständnisse „häufig in Annäherung an die deliberative Demokratie gesucht, welches auch als konzeptionelles Grundgerüst der Forderung nach einem Demokratie-Lernen durch Partizipationserfahrungen zu Grunde liegt.“<sup>271</sup> Jürgen Habermas forderte in den 1960er Jahren die Verwirklichung der Demokratie in einer Gesellschaft mündiger Bürger, was er auch unter dem Konzept der kommunikativen Rationalität zu fassen versuchte.<sup>272</sup> Sein Ansatz ist geprägt durch die Gegenüberstellung von System und Lebenswelt. Für ihn ist die Lebenswelt das umfassendere Ordnungskonzept.<sup>273</sup>

Mit Deliberation benennt Habermas die Weiterentwicklung seiner Theorie des kommunikativen Handelns von Diskurs und Konsens zu Verhandlung und Kompromiss. Deliberation ist damit stärker an Institutionenbildung orientiert.<sup>274</sup> Öffentlichkeit ist hierbei ein zentrales Organisationsprinzip der aktuellen politischen Ordnung. „Als historische Folie

---

<sup>268</sup> Vgl. Kersting 2004, S.236.

<sup>269</sup> Vgl. Trinkle, Hermann: Veränderung politischer Partizipation. Europäische Hochschulschriften. Bern: Peter Lang Verlag. 1997. S.47-50; und siehe auch Abschnitt 3.6.4 zu Visionen und Forderungen für politische Partizipation.

<sup>270</sup> Die Kategorien Zeit, Energie und Können verweisen auf eine ganze Reihe weiterer offener Fragen, die alle systematisch in dieser Arbeit bearbeitet werden sollen, wie die Frage nach den individuellen Fähigkeiten, der individuellen Motivation oder der jeweiligen Kosten-Nutzen-Rechnung und der damit verbundenen Frage nach einer effektiven und gelungenen Partizipation.

<sup>271</sup> Biedermann 2006, S.65.

<sup>272</sup> Vgl. Röhrich 2001, S.359 f.

<sup>273</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.67.

<sup>274</sup> Vgl. Ebd. S.69.

für seinen Idealtypus politischer Öffentlichkeit gilt ihm jedoch nicht die griechische Polis, sondern die sich im 18. Jahrhundert (...) formierende bürgerliche Öffentlichkeit.<sup>275</sup> Eingebunden wird die deliberative Demokratie zwischen zwei von Claus Leggewie ausgemachten – Polen: Der Reduktion auf Elitenauswahl einerseits und der Überforderung der BürgerInnen andererseits.<sup>276</sup> Der Prozess der Willensbildung wird nach diesem Ansatz als Kommunikationsprozess angesehen.

„Das Herzstück deliberativer Politik besteht aus einem Netzwerk von Diskursen und Verhandlungen, und sie ist an die politische Öffentlichkeit gekoppelt, die sich über kommunikatives Handeln reproduziert und hierdurch einen sozialen Raum konstituiert. Öffentlichkeit ist einerseits lebensweltlich basiert, andererseits strukturell vermachtet.“<sup>277</sup>

Der zentrale Stellenwert von Öffentlichkeit wird sehr empathisch durch Seyla Benhabib hervorgehoben: „Die Öffentlichkeit ist wie die Pupille im Auge der politischen Gemeinschaft: Wenn ihre Sicht getrübt ist, dann ist der Orientierungssinn des Gemeinwesens ebenfalls beeinträchtigt.“<sup>278</sup> In ähnlicher Weise thematisieren Hannah Arendt, Jürgen Habermas und Richard Sennett die *Bedrohung* von Öffentlichkeit.<sup>279</sup> Dabei entsteht Öffentlichkeit heutzutage in zunehmendem Maße als vermittelte Öffentlichkeit durch die Medien, die sich zur zweiten, eigentlichen Realität stipulieren.<sup>280</sup> In diesem Zusammenhang steht auch die Bedrohung der klassischen Öffentlichkeit, die in Kommerzialisierung, Machtkonzentration und Entpolitisierung zu suchen sind. Gegen solche Gefahren wird das Postulat einer kritischen Öffentlichkeit erneuert, deren Aufgabe es ist, „die verborgene Logik der Macht, der Hierarchie und der Dominanzverhältnisse aufzudecken“<sup>281</sup>.

Kritik wird an der Unterscheidung Habermas' in zwei Kommunikationsformen, die der Interaktion (kommunikatives Handeln) und des Diskurses, geübt. Bemängelt wird hierbei die fehlende Verkettung des Rasonierens mit dem Handeln.<sup>282</sup> Weiter steht die Konzeption der ‚Herrschaftsfreien Kommunikation‘ in der Kritik, da sie die ‚ideale Sprechsituation‘ voraussetzt, die in der Realität nirgends zu finden ist.<sup>283</sup>

Lösch betrachtet zwei weitere Kritiklinien an der deliberativen Demokratietheorie: Erstens, die radikale, agonistische Demokratie Chantal Mouffes, zweitens, der Kommunita-

---

<sup>275</sup> Lang, Sabine: Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öffentlicher Teilhabe. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1994. S.210.

<sup>276</sup> Vgl. Leggewie, Claus: Netizens. In: Transit. Heft 13. 1997. S.7.

<sup>277</sup> Waschkuhn 1998, S.70.

<sup>278</sup> Benhabib, Seyla: Die gefährdete Öffentlichkeit. In: Transit. Heft 13. 1997. S.40.

<sup>279</sup> Vgl. Lang 1994, S.209.

<sup>280</sup> Vgl. Leggewie 1997, S.9.

<sup>281</sup> Benhabib 1997, S.38.

<sup>282</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.71.

<sup>283</sup> Vgl. Biedermann 2006, S.70-81.

rismusansatz Michael Walzers. Beide werden den kontextbezogenen Demokratietheorien zugerechnet. Nach Mouffe ist die deliberative Demokratie an Ausgleich und Konsens orientiert und vernachlässigt dabei die Konfrontation und den Konflikt des Politischen. Partizipation werde darüber hinaus nur indirekt über eine öffentliche Kommunikation mittels Medien gewährt. Eine solche konzeptionelle Beschränkung auf indirekte Partizipation führe zur Legitimation und Stabilisierung des Status quo und seiner Herrschaftsverhältnisse. Walzer wirft der deliberativen Demokratie vor, soziale Ungleichheit zu leugnen. Der Kampf um Beseitigung sozialer Ungleichheit kann nach ihm nicht durch einen deliberativen Prozess ersetzt werden. Walzer verdeutlicht somit nach Lösch, „dass gemeinsames vernünftiges Argumentieren nur eine politische Tätigkeit unter vielfältigen anderen darstelle und dementsprechend nicht derart privilegiert werden könne, wie TheoretikerInnen der Deliberation dies intendieren.“<sup>284</sup> Mouffe und Walzer sehen den sozialen Kampf als konstitutiv für das Politische an, was sie in der deliberativen Demokratie nicht erkennen können.

Kritisiert wird, über die Positionen von Mouffe oder Walzer hinaus, dass nicht nur der überwiegende Teil der demokratischen Analysen öffentlicher Teilhabe immer noch gender-blind ist<sup>285</sup>, sondern auch Öffentlichkeit als rein immanente Diskursordnungen regierungs- und institutionenkritisch blind ist. Die vermachteten Kanäle zwischen politischer Öffentlichkeit und staatlichen Institutionen bleiben unangetastet.<sup>286</sup> Um dem zu begegnen, muss eine Analyse der Mediendiskurse gleichfalls eine Herrschaftsanalyse beinhalten, da ansonsten deliberative Partizipation „bloße Beteiligung an den gegebenen Formen politischer Öffentlichkeit“<sup>287</sup> bedeute.

#### **3.2.3.4. Kooperative Demokratie – Bogumil / Holtkamp / Kißler**

In Anlehnung und Erweiterung der deliberativen Demokratietheorie werden unter „kooperativer Demokratie (..) freiwillige, dialogisch orientierte auf kooperative Problemlösungen angelegte Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung auf kommunaler Ebene verstanden.“<sup>288</sup> Als Moment der Abgrenzung zu deliberativen Ansätzen wird der Realitätsbezug gesehen. „Das Konzept der kooperativen Demokratie geht im Gegensatz zur partizipatorischen oder

---

<sup>284</sup> Lösch. 2005, S.177.

<sup>285</sup> Vgl. Lang 1994, S.202.

<sup>286</sup> Vgl. Ebd. S.213 f.

<sup>287</sup> Sauer 2001, S.202.

<sup>288</sup> Bogumil / Holtkamp / Kißler: Kooperative Demokratie. Frankfurt am Main: Campus. 2006. S.13.



deliberativen Demokratietheorie von weitgehend realistischen Annahmen in Bezug auf die Beteiligungsbereitschaft und -ressourcen der Bürger aus.“<sup>289</sup> Konkret ist sie dadurch stark an den kommunalen Entscheidungsstrukturen und der Vorstrukturierung durch die kommunalen Entscheidungsträger orientiert.<sup>290</sup>

Generell folgt die kooperative Demokratie Scharpfs Differenzierung in input und output, allerdings mit den Begrifflichkeiten der Legitimitäts- (input) und der Steuerungsperspektive (output).

„Die kooperative Demokratie entspricht damit zumindest von ihrem Anspruch weitestgehend dem Postulat von Scharpf, eine Demokratieform zu entwickeln, ‚die beiden Anforderungen zugleich gerecht wird‘ – also sowohl eine Erhöhung der Input- als auch der Output-Legitimität anstrebt.“<sup>291</sup>

Des Weiteren ist ihr Anspruch, kollektive Akteure und unorganisierte Bürger gleichermaßen an der Politikformulierung und -implementation zu beteiligen, was durch eine aktive Förderung durch den Staat erreicht werden soll, allerdings ohne einen Teilnahmezwang auszuüben.<sup>292</sup>

In einer selbstkritischen Betrachtung kommen die Autoren zu dem Schluss, dass durch die Abhängigkeit der engagierten BürgerInnen von den kommunalen Entscheidungsträgern grundlegende Konflikte vermieden werden müssen, da ansonsten die Beteiligungsergebnisse schlicht nicht umgesetzt würden.<sup>293</sup>

### **3.2.3.5. Gesamtgesellschaftliche Demokratie – Fritz Vilmar**

Als Strategie der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung wird vor allem Vilmars Ansatz begriffen, der die Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zum Ziel hat.<sup>294</sup>

Die diesem Ansatz innewohnende Perspektive ist auf eine Gesellschaft ohne Herrschaft und Knechtschaft gerichtet, die „durch Formen der Herrschaftskontrolle von ‚unten‘, der gesellschaftlichen Mitbestimmung, Kooperation und vermöge freier Selbstbestimmung“<sup>295</sup> ersetzt werden sollen. Solche Veränderungen seien durch radikale Reformen und mit den progressiven Kräften des Systems zu verwirklichen. „Es geht um eine (pro-

---

<sup>289</sup> Ebd. S.13.

<sup>290</sup> Vgl. Ebd. S.104 f.

<sup>291</sup> Ebd. S.81.

<sup>292</sup> Vgl. Ebd. S.103.

<sup>293</sup> Vgl. Ebd. S.256 f.

<sup>294</sup> Vgl. Schmidt 1997, S.172; Demokratie wird somit auch als Lebensform verstanden. (Vgl. Waschkuhn 1998, S.96.)

<sup>295</sup> Waschkuhn 1998, S.93.

zesshafte, M.K.) konfliktorientierte strukturelle Machtveränderung und um eine neue Denk- und Lebensweise“<sup>296</sup>. Die Transformation der Gesellschaft soll von unten her organisiert werden. Dabei sind die Grundbestimmungen jeder Demokratisierung: Dezentralisierung der Entscheidungen (1), optimale Selbstbestimmung (2), Abbau, Kontrolle, Wechsel und Rotation von Ämtern (3) und Vertrauen in eine Aktivbürgerschaft (4). Die konkrete Demokratisierung im jeweiligen Subsystem solle von den jeweils Betroffenen umgesetzt werden. Hierbei wird nicht davon ausgegangen, dass sofort alle Menschen ihre neuen partizipativen Möglichkeiten wahrnehmen werden. So sei das „Demokratisierungskonzept (..) zunächst auf aktivierbare Minderheiten abzustimmen, gleichzeitig aber so zu gestalten, dass (...) politische Partizipation künftig von wesentlich mehr Menschen als lohnender Zeitaufwand erlebt werden sollte.“<sup>297</sup> Vilmar betont zudem die Notwendigkeit einer reflektierten Demokratisierungsstrategie, da ein naiver Glaube an gute Konzepte einem solchen Ziel entgegenlaufen würde. Stattdessen sei Skepsis und Kritik gegenüber allen Demokratisierungskonzepten angebracht.<sup>298</sup>

### 3.2.3.6. Starke Demokratie – Benjamin Barber

Barber systematisiert die Demokratietheorien in einem Modell, bestehend aus drei repräsentativen und zwei direkt-demokratischen Modellen. Sowohl die drei repräsentativen Formen (*autoritative*, *juridische* und *pluralistische* Demokratie), als auch die direkt-demokratische Variante der *Einheitsdemokratie* werden mit seinem direkt-demokratischen Vorschlag der *starken Demokratie* kritisiert.

In besonderem Maße übt er Kritik an Wahlen und dem Prinzip der Repräsentation. Wahlen bedeuten demnach Entmündigung, da die BürgerInnen Gesetzen unterworfen werden, an deren Zustandekommen sie nicht wirklich beteiligt waren. Demokratietheoretisch folgt daraus: „Repräsentation ist mit Freiheit unvereinbar, da der politische Wille zum Schaden echter Selbstregierung und Selbstbestimmung delegiert, mithin veräußert wird.“<sup>299</sup> So läuft die Wahrnehmung des Wahlrechts fatalerweise auf dessen Preisgabe hinaus und die Individuen werden der Verantwortung für ihre Überzeugungen und Handlungen beraubt.<sup>300</sup>

---

<sup>296</sup> Ebd. S.101.

<sup>297</sup> Ebd. S.97.

<sup>298</sup> Vgl. Ebd. S.95-101.

<sup>299</sup> Barber 1994, S.139.

<sup>300</sup> Vgl. Ebd. S.138-141.

Barber setzt dagegen auf einen partizipatorischen Prozess, jedoch in Form eines erweiterten deliberativen Ansatzes. Öffentliche Streitfragen und Interessenkonflikte werden in einem dreidimensionalen endlosen Prozess der Beratung (deliberative Komponente), der gemeinsamen Entscheidung (dezisionistischer Aspekt) und des gemeinsamen Handelns (Akteurs- bzw. Interaktionsebene) unterworfen.<sup>301</sup> Das sind die Gütezeichen einer starken Demokratie, wodurch Lösungen im Akt der öffentlichen Partizipation geformt werden. Hierbei spielt eine besondere Rolle, „dass sich der Gehalt und die Richtung von Interessen ändert, sobald sie partizipatorischen Prozessen dieser Art ausgesetzt sind.“<sup>302</sup> Dieser Ansatz ähnelt sehr dem Prozess der Kooperation, der im Kapitel zu Emanzipation und emanzipationstheoretischen Konzepten vorgestellt wurde. In der Terminologie Barbers spielt allerdings ‚Kooperation‘ keine Rolle, sondern vielmehr der Begriff ‚Gemeinschaft‘, der mit Partizipation und bürgerlicher Tätigkeit zusammen gedacht werden müsse. Hierbei bleibt unklar, was er unter ‚Gemeinschaft‘ versteht, sodass die unhinterfragte Archivierung konservativer Relikte – wie Volk und Gemeinschaft – kritisiert werden kann. Ihm kann zumindest zugute gehalten werden, dass er Gemeinschaft von einem Kollektiv abgrenzt, wie es die Einheitsdemokratie voraussetzt.<sup>303</sup> Weiter aufschlussreich für sein Verständnis von Gemeinschaft kann ein Blick auf seine Unterscheidung von Massen und Bürgern sein: „Massen machen Lärm, Bürger beratschlagen, Massen verhalten sich, Bürger handeln, Massen stoßen zusammen und überschneiden sich, Bürger engagieren sich, teilen etwas miteinander und leisten einen Beitrag.“<sup>304</sup> Diese Art und Weise der Bürgerbeteiligung setzt voraus, „dass man andere wahrnimmt und gemeinsam mit ihnen handelt.“<sup>305</sup> In der Formulierung ‚gemeinsam mit ihnen handeln‘ könnte der – womöglich unglücklich gewählte – Begriff ‚Gemeinschaft‘ bei Barber auch im Sinne von Kooperation<sup>306</sup> verstanden werden.

---

<sup>301</sup> Vgl. Barber 1994, S.147; Waschkuhn 1998, S.104.

<sup>302</sup> Barber 1994, S.148.

<sup>303</sup> Vgl. Ebd. S.150 f.

<sup>304</sup> Ebd. S.152.

<sup>305</sup> Ebd.

<sup>306</sup> Kooperation, in Teilen durchaus im Sinne Bergstedts oder Spehrs, auch wenn Barber nicht explizit auf die Bedingungen einer ‚freien Kooperation‘ eingeht. Die Terminologie übertragend könnte man formulieren, dass Gemeinschaft bei Barber eine bewusste Kooperation darstellt und zumindest keine naturwüchsige Gemeinschaft: „Gemeinschaft wird nicht a priori postuliert, sondern durch die politische Tätigkeit der Bürgerbeteiligung geschaffen.“ (Vgl. Barber 1994, S.122.) In dem Konzept der Bürgerschaft von Barber gibt es allerdings gleichzeitig einen konzeptionellen Unterschied zu den Konzepten der freien Kooperation sowie der Autonomie und Kooperation, sodass nicht ohne weiteres Partizipation durch Autonomie und Gemeinschaft durch Kooperation substituiert werden kann. Zwar schreibt Barber, dass Gemeinschaft ohne Partizipation den Verlust von Autonomie bedeute, doch Partizipation ohne Gemeinschaft „unbeherrschte, rivalisierende Lobbys“ hervorriefe und nicht Kooperationslosigkeit, sprich Autarkie, wie es Bergstedt formuliert. „Erstere (Partizipation, Anm. M.K.) bildet die Welt der Autonomie, des Individualismus und der Tätigkeit, letztere (Gemeinschaft, Anm. M.K.) die Welt der Geselligkeit, Gemeinschaft und der - Interaktion.“ (Barber 1994, S.153) Barber sieht darin ein dialektisches Verhältnis. Bergstedt und auch Spehr würden wohl viel stärker betonen, dass nicht in der Beziehung von Autonomie und Kooperation die Dialektik besteht, sondern sie vielmehr zwei untrennbare und nicht gegeneinander arbeitende Prinzipien seien, die eher von strukturellen Bedingungen eingeschränkt würden, die in einem durchaus komplexen

Waschkuhn bescheinigt Barber Angst vor der Radikalität seiner eigenen Demokratietheorie, weshalb Barber bei den Kriterien der zu schaffenden Institutionen deutliche Einschränkungen vornehme.<sup>307</sup> Die fünf Kriterien sind:

1. Verbindung von Praktikabilität und Realismus (nicht utopisch, da das kein Test der Theorie wäre)
2. Vereinbarkeit mit repräsentativen Institutionen und somit eine Ergänzung.
3. Sicherheiten für Individuen, für Minderheiten etc. müssen geboten werden, Ängste müssen thematisiert werden.
4. Überwindung der Hindernisse, wie Größe, Technologie und Komplexität.
5. Möglichmachung einer Regierung von Bürgern gegenüber den Berufspolitikern.<sup>308</sup>

Dennoch weist Barber auf die Gefahren einer Verwässerung seiner partizipatorischen Vorschläge hin, denn „eine Partizipation, die fragmentarisch, zeitlich beschränkt, halbherzig oder hitzig ist – wäre lediglich *Schein*. Ihr Fehlschlagen beweist gar nichts.“<sup>309</sup> So werden dem Volk Referenden vorgelegt, „ohne dafür zu sorgen, dass es hinreichend informiert ist, eine ausführliche Debatte stattfindet bzw. der Einfluss des Geldes und Manipulation durch Medien klug ausgeschaltet werden, und (...) (dann wird ihm vorgeworfen, M.K.) keine Urteilskraft zu besitzen.“<sup>310</sup> Die Stärke der Vorschläge einer starken Demokratie lägen gerade in der gemeinsamen Umsetzung aller Forderungen: „Stück für Stück oder teilweise angenommen, werden solche Neuerungen bestenfalls in das gegnerschaftliche Repräsentativsystem integriert und dienen dazu, die Bürger weiter zu vereinzeln, zu entfremden und ihrer Bürgerrechte zu berauben“<sup>311</sup>.

---

und teilweise dialektischen Verhältnis tendenziell Herrschaft absichern oder tendenziell Emanzipation befördern würden. Barber reaktiviert dagegen den vermeintlichen Widerspruch zwischen egoistischen und altruistischen Interessen, der sowohl von Bergstedt als auch von Schlemm als ein Irrtum bezeichnet wird, da durch die gegenseitige Abhängigkeit der Menschen Verbesserungen der Lebenssituation anderer Menschen gleichfalls positive Auswirkungen auf die Erfüllung der eigenen Interessen haben und umgekehrt. Dem entgegen ist Barber bemüht die Notwendigkeit von Institutionen herauszustellen, „welche die Suche nach gemeinsamen Zwecken erleichtern, ohne die Individualität der Suchenden zu zerstören“ (Ebd.).

<sup>307</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.105.

<sup>308</sup> Vgl. Barber 1994, S.180.

<sup>309</sup> Ebd. S.150.

<sup>310</sup> Ebd. S.151.

<sup>311</sup> Ebd. S.237.

### 3.2.3.7. Agonistische und radikale Demokratie – Chantal Mouffe

Mit der agonistischen und radikalen Demokratie entwirft Mouffe ein postmarxistisches Demokratiemodell. Es sei nicht „in der Matrix der traditionellen Demokratiekonzeptionen zu verorten, da sie den Demokratiebegriff politisiert“<sup>312</sup>. Grundlegende Bausteine der Theorie sind die Aspekte des Politischen, des Konflikts und des Prozesses. Diese Aspekte spielen in ihrer Kritik an der deliberativen Demokratie eine zentrale Rolle. So verkenne jene den Aspekt des permanenten Konfliktes, des ständigen Kampfes um die Vormachtstellung im Feld der Diskursivität. Habermas und Rawls, die sie als Vertreter der deliberativen Demokratie anführt, negierten das Politische, indem sie glaubten, es gebe politische Institutionen, die niemanden systematisch benachteiligen, und legten damit einen Schein der Neutralität über politische Institutionen. Die Behauptung der Unparteilichkeit immunisiert allerdings die politischen Institutionen vor Kritik, wodurch gesellschaftliche Ungerechtigkeiten – bewirkt durch politische Institutionen – der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzogen und damit verfestigt werden.<sup>313</sup>

Einem agonalen Ansatz folgend, bedeutet das, „dass nur die Offenlegung notwendiger politischer Grenzziehungen deren Veränderbarkeit und Durchlässigkeit garantieren“<sup>314</sup>, und sie zur Verhandlung und zum Kampf freigegeben werden. Das Politische beinhaltet hiernach in seiner Grundkonzeption den Konflikt und den Kampf nach Macht und Hegemonie. Ein solches Verständnis sei nach Mouffe die Grundvoraussetzung für Demokratisierung: „Nur im Zuge einer solchen Repolitisierung sozialer Beziehungen, einem ständigen Kampf um neue Grenzziehungen und Identifikationen, können alte Herrschaftsstrukturen und neue zerstörerische Konflikte so konfrontiert werden, dass sich der Prozess einer Demokratisierung vollziehen kann.“<sup>315</sup>

Ein solcher Kampf mündet nach ihrem Entwurf nicht in einer Revolution, zumindest nicht mit einem Verständnis der Konzentration von Macht an einem Punkte, von dem aus die Gesellschaft reorganisiert werden könnte. Stattdessen wird der Prozesscharakter betont, der jeder radikalen Transformation innewohnt. Diesem radikalen Transformationsprozess entspricht beispielsweise die Vervielfachung politischer Räume.<sup>316</sup>

Eine entscheidende Voraussetzung für eine agonale Politik sei die Umwandlung von Differenz in Äquivalenz. Nur dadurch seien demokratische Kämpfe möglich, die durch eine Ausdehnung von Äquivalenzketten verstärkt werden können: „Die äquivalentielle

---

<sup>312</sup> Rüdiger, Anja: Dekonstruktion und Demokratisierung. Emanzipatorische Politiktheorie im Kontext der Postmoderne. Opladen: Leske+Budrich. 1996. S.324.

<sup>313</sup> Vgl. Jörke 2004, S.170 f.

<sup>314</sup> Rüdiger 1996, S.328.

<sup>315</sup> Ebd. S.330.

<sup>316</sup> Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Wien: Passagen Verlag. 1991. S.242.

Artikulation zwischen Antirassismus, Antisexismus und Antikapitalismus beispielsweise erfordert eine hegemoniale Konstruktion, die unter gewissen Umständen die Bedingung für die Konsolidierung jedes einzelnen dieser Kämpfe sein kann.“<sup>317</sup> Ohne an dieser Stelle auf die Hegemoniekonstruktion<sup>318</sup> von Mouffe eingehen zu können, soll wenigstens kurz der Begriff der Äquivalenzkette, bei ihr gleichbedeutend mit Solidarität<sup>319</sup>, beleuchtet werden. Solidarität wird nicht als eine naturwüchsige Verbindung ähnlicher Subjektkonstitutionen begriffen. Sie ist in diesem Sinne „keine Reaktion auf eine gemeinschaftliche Ähnlichkeit von Subjekten oder einer Übereinstimmung von Interessen, sondern eine Artikulationspraxis negierter Identität.“<sup>320</sup> Die Äquivalenzkette wird damit zu einem Mittel der Praxis, das ausschließlich als Negation von Herrschaft und Unterdrückung funktioniere. Hierin verdeutlicht sich das Verwerfen des Marxschen Konzeptes der revolutionären Arbeiterklasse.<sup>321</sup>

### **3.2.3.8. Feministische Demokratie – Holland-Cunz / Phillips / Sauer**

Barbara Holland-Cunz, Anne Phillips und Birgit Sauer zufolge kann nahezu die gesamte Bandbreite der Demokratietheorien sogenannten ‚malestream-Theorien‘ zugeordnet werden. Denn „Männlichkeit ist Modus moderner Demokratien, auch wenn die Republik ihre Geschlechtlichkeit mit Neutralität camoufliert.“<sup>322</sup> Selbst die Strategie der gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung von Vilmar ist geschlechtsblind.<sup>323</sup> Das setzt sich in der Partizipationsforschung von Verba, Nie, Kim und Almond fort, weshalb – laut Sauer – Claudia von Werlhof das Partizipationskonzept komplett in Frage stellt: „Partizipation reproduziere die geschlechtstypische Abhängigkeitsmaschinerie und sei Mittäterschaft an einer Politik, die Frauen eigentlich ablehnen müssten.“<sup>324</sup>

Entgegen diesem ‚malestream‘ habe die feministische Theorie eine entschlossene Hierarchiekritik und eine unbeugsame anti-autoritäre Haltung entwickelt, was zu einer Neukonzeptualisierung der Demokratie führen soll. So fordert Phillips: „Politik muss ohne

---

<sup>317</sup> Ebd. S.247 f.

<sup>318</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.2.5 – Neuere kritische Gesellschaftstheorien

<sup>319</sup> Barber würde wohl den Begriff ‚Gemeinschaft‘ benutzen.

<sup>320</sup> Rüdiger 1996, S.236.

<sup>321</sup> Siehe auch: Abschnitt 2.2.5 – Neuere kritische Gesellschaftstheorien

<sup>322</sup> Sauer, Birgit: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1994. S.123.

<sup>323</sup> Vgl. Sauer 1994, S.99 u. Sauer, Birgit: Die Asche des Souveräns. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 2001. S.202.

<sup>324</sup> Sauer 1994, S.110.

den blinden Fleck des Geschlechts neu konzeptualisiert, Demokratie unter Einbeziehung beider Geschlechter neu gedacht werden.“<sup>325</sup> Angestrebt wird eine Vervielfachung der Orte an denen Demokratie eine Rolle spielt, womit eine Ausweitung des Politischen einhergeht, was der Slogan ‚das Private ist politisch‘ verdeutlicht. In der feministischen Kritik steht der enge Politikbegriff der Partizipationsforschung, der sich – trotz der Erweiterung um nicht-institutionelle Partizipationsformen – vor den begrenzten Horizont politischer Institutionen und Funktionsträger verortet.<sup>326</sup>

Die Repolitisierung des Partizipationskonzeptes scheint Sauer zum einen durch die Einbeziehung nicht-zweckrationalen politischen Handelns und zum anderen durch eine Schwerpunktverlagerung der Analyse auf strukturelle Exklusionsverfahren des politisch-parlamentarischen Systems möglich.<sup>327</sup> Gleichzeitig bedeute eine Repolitisierung des Verhältnisses von Frauen und Politik, „sich von der Vorstellung einer weiblichen (...) Identität zu verabschieden und den identitätsbildenden Prozessen politischer Mobilisierung und Partizipation (wieder) mehr Gewicht zu geben.“<sup>328</sup>

In Sauers Ansatz der Geschlechterdemokratie ist es wichtig „die gesellschaftlichen Verhinderungsstrukturen von Partizipation wieder in den Blick zu nehmen“<sup>329</sup> und „Normierungs-, Schließungs-, Segregations- und Hierarchisierungsprozesse“<sup>330</sup> zu untersuchen. Hierbei sind die Bedingungen der ökonomischen Struktur, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und institutionalisierte kulturelle Geschlechtsstereotype zentral. Letztere sind als Scharniere zwischen der Makro-, Meso- und Mikroebene zu denken, als patriarchale Strukturen, die in den Akteuren, Männern wie Frauen, wirken und zu internalisierten Dispositionen geworden sind.<sup>331</sup> Aufgrund dieser Analyse wird Werlhof wohl zu der Formulierung gekommen sein: „(...) eine nichtpatriarchale Gesellschaft ist die, in der auch Männer gegen Herrschaft sind.“<sup>332</sup>

Partizipation wird – wie in der Kritik an der deliberativen Demokratie bereits erwähnt – als bloße Beteiligung an den gegebenen Formen der Öffentlichkeit abgelehnt. Insofern darf eine partizipatorische öffentliche Artikulation nicht auf die öffentliche Betätigung beschränkt bleiben, sondern muss gleichfalls den Einfluss auf staatlich-politische Institutionen und die reale Chance zur Interessendurchsetzung zum Ziel haben.<sup>333</sup> Faktoren, die über den Zugang zur Öffentlichkeit entscheiden, sind: individuell verfügbare Zeit, der jeweilige Wissensstand, die jeweiligen Formen von Öffentlichkeit und die Kommunika-

---

<sup>325</sup> Phillips, Anne: *Geschlecht und Demokratie*. Hamburg: Rotbuch Verlag. 1995. S.10.

<sup>326</sup> Vgl. Sauer 1994, S.102.

<sup>327</sup> Vgl. Ebd. S.100 u. S.103.

<sup>328</sup> Ebd. S.118.

<sup>329</sup> Ebd. S.111.

<sup>330</sup> Knapp zit. n.: Sauer 1994, S.111.

<sup>331</sup> Vgl. Sauer 1994, S.111 f.

<sup>332</sup> Werlhof zit. n.: Waschkuhn 1998, S.519.

<sup>333</sup> Vgl. Lang 1994, S.224.

tionsstrukturen. „Herrschaftskritik politischer Öffentlichkeit bedarf einer feministischen Analyse der öffentlichen Institutionen, der spezifischen Verbindungen zwischen Medien-, Fach und Alternativöffentlichkeiten sowie ihrer Kommunikation mit politischen und ökonomischen Einflussträgern einer Gesellschaft.“<sup>334</sup>

Sauer fasst die Verzerrungen, sprich die kritischen Punkte, der Partizipationskonzepte wie folgt zusammen:

„Erstens wird das den Begriffen Politik und Öffentlichkeit zugrundeliegende Ideal des männlichen Aktivbürgers nicht expliziert. Zweitens bezieht sich politische Partizipation auf einen öffentlichen Raum, der von der Privatheit bereinigt ist und drittens schließlich findet Geschlecht lediglich als unabhängige Variable, nicht aber als strukturelle Gesellschaftskategorie Berücksichtigung.“<sup>335</sup>

In Abgrenzung zu liberalen Argumentationsfiguren kann der feministischen Kritik zufolge soziale Ungleichheit bezüglich politischer Gleichheit sehr wohl relevant sein.<sup>336</sup>

Sauer und Holland-Cunz erheben Forderungen und Thesen für einen radikalen Wandel im Sinne einer feministischen Demokratietheorie. Sauer stellt die Forderungen nach mehr lokaler Demokratie (1), dezentralen Partizipationsformen (2), mehr direkt-demokratischen Einschüben (3) und der Reduktion des repräsentativen Überbaus (4).<sup>337</sup>

Holland-Cunz offeriert folgende sieben Thesen: Feministische Demokratietheorie ist herrschaftskritisch (1), partizipatorisch (2), direktdemokratisch (3), diskursiv (4), bindungsorientiert (5), radikal (6) und normativ (7).<sup>338</sup>

### **3.2.4. Funktionen von Partizipation**

#### **3.2.4.1. Ein Überblick**

Das Angebot der Ansichten dazu, welche Funktion Partizipation in politischer und pädagogischer Hinsicht einnehmen soll, ist groß. So soll sie beispielsweise wichtig für die politische Legitimation und die Stabilität des politischen Systems sein, oder sie beinhalte eine Erziehungsfunktion, über die Eigenverantwortung und Demokratie erlernt werden sollen, oder aber sie wird – in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement – als Modell für Kosteneinsparungen gesehen. In manchen Fällen wird Partizipation vielleicht sogar

---

<sup>334</sup> Ebd. S.222.

<sup>335</sup> Sauer 1994, S.102.

<sup>336</sup> Vgl. Lang 1994, S.223.

<sup>337</sup> Vgl. Sauer 1994, S.124 f.

<sup>338</sup> Vgl. Holland-Cunz: Feministische Demokratietheorien. Thesen zu einem Projekt. In: Kurz-Scherf, Ingrid u.a. (Hg.): Reader Feministische Politik & Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart. Königstein im Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 2006. S.239-241.



mit einer Emanzipationsfunktion versehen. Schwiderowski kategorisiert die Vielzahl der Funktionen in drei Wirkungsebenen: Die individuelle Bürgerin / der Bürger (1), der Kommunikationsprozess (2) und das politisch-administrative System (3). Dementsprechend kann man die Funktionen den jeweiligen Wirkungsebenen zuordnen, sodass die Emanzipations-, die Interessendurchsetzungs- und die Erziehungsfunktion auf die erste Ebene abzielen, die Informationsausweitung-, die Kontroll-, die Integrationsfunktion und die Verbesserung der Entscheidungsqualität sich auf die zweite Ebene beziehen und die Legimitations- und Systemstabilisationsfunktion der dritten Ebene zugeordnet sind.<sup>339</sup> Diese Einteilung erscheint nicht sinnig, wenn sie dazu benutzt wird die Funktionen auf *ihre* Ebene aufzuteilen und sie in Folge dessen parallel zu betrachten. Die Funktionen beispielsweise, die in diesem Schema ausschließlich der BürgerInnen-Ebene zugeordnet sind, wie die Interessendurchsetzungs- oder die Emanzipationsfunktion, haben gleichfalls Auswirkungen auf den Kommunikationsprozess, ebenso auf das politisch-administrative System. Die Ausdifferenzierung der drei Ebenen erscheint vielmehr hilfreich, um die Beschränktheit einzelner Funktionen zu verdeutlichen, also, inwiefern sie nur einzelne oder doch alle drei Ebenen berücksichtigen.

Eine vielversprechendere Typisierung der Funktionen und Ziele von Partizipation – zumindest im Hinblick auf mögliche Rollenkonflikte der beteiligten Akteure – scheint die Separierung in drei grundlegende Ziele zu sein. Björn Kraus stützt sich dabei auf die Strukturierung von Stefan Danner, der die *Gelegenheit zur Partizipation* (1), die *Befähigung zur Partizipation* (2) und die *Nutzung der Partizipation* (3) als die drei Ziele von Partizipation anführt, die den Akteuren unterschiedliche Rollen zuweisen. Bezugspunkt seiner Überlegungen sind allerdings Kinderbeteiligungsprojekte, weshalb dieses Kapitel zu Funktionen von Partizipation nicht anhand dieser drei Typen strukturiert werden soll. Dennoch ist die Frage nach unterschiedlichen Rollen der Akteure und ihrer Vereinbarkeit für den Gesamtkontext politischer Partizipation gewinnbringend, weshalb die drei Ziele an dieser Stelle kurz ausgeführt werden sollen. So ist das Verhältnis zwischen den InitiatorInnen von Beteiligungsprojekten und den beteiligten Kindern, bei dem Ziel der *Gelegenheit zur Partizipation*, ein *politisches*, was so viel heißt, dass die beteiligten Profis keine Lehrenden sind, sondern gleichberechtigte Partner der Kinder. Bei dem Ziel der *Befähigung zur Partizipation* ist das Verhältnis ein *pädagogisches* und die Profis sind in der Rolle der Lehrenden. „Schließlich geht es hier nicht um die möglichst unverfälschte

---

<sup>339</sup> Vgl. Schwiderowski 1989, S.23 f. – Unter DemokratietheoretikerInnen oder politischen BildnerInnen versteht man sich selbstverständlich über zusätzliche Funktionen, die Partizipation zugeschrieben werden können. Auch alternative Vorschläge liegen vor, wie die Einteilung von Pohl/Scheurich in regulative Ideen (Mündigkeit, Emanzipation, Autonomie, ...), Schlüsselkompetenzen und politische Kompetenzen. Zwar gilt diese Einteilung für die Funktion von politischer Bildung allgemein, was allerdings für Partizipation in ähnlicher Weise – manchmal subsumierend unter der Erziehungsfunktion – verwendet werden könnte.

Erhebung der Kindersicht, sondern um die Vermittlung partizipationsrelevanter Kompetenzen.<sup>340</sup> Wenn der *Nutzen der Partizipation* als Ziel dient, schlüpfen Kinder in die Rolle der Experten, von deren Kompetenzen die Erwachsenen profitieren möchten. In der unreflektierten Vermischung dieser drei Ziele sieht Kraus ein großes Problem:

„Die Möglichkeit, mit ein und demselben Projekt alle drei Zielsetzungen gleichzeitig zu verfolgen, erscheint aber recht zweifelhaft, führt doch schon allein die diffuse Verfolgung aller Ziele gleichzeitig zu relativ unklaren Rollen der an den Beteiligungsprojekten beteiligten Profis.“<sup>341</sup>

Damit plädiert er für eine Reflexion und Transparenz bei der Festlegung und der Kommunikation der Ziele.<sup>342</sup>

Ein genereller Aspekt bei der Einzelbetrachtung der Funktionen wird die Frage nach dem politischen Interesse und der politischen Motivation sein, das von den BefürworterInnen mit den jeweiligen Funktionen verbunden wird. Als drei Faktoren einer generellen Motivation der Politik beispielsweise, mehr auf *Selbsthilfe* und *eigenverantwortliches Handeln* zu setzen, erkennt Anja Wendland: Geringes politisches Interesse / potentielle NichtwählerInnen (1), Legitimationsverlust sämtlicher Parteien (2) und Zunahme rechtsextremer Neigungen (3). Eine solche Betrachtung der politischen Motivation von Partizipationsargumentationen unterstellt ein „*politisches Kalkül*, sich hiermit die politische Legitimation der Bevölkerung“<sup>343</sup> wieder zurückzugewinnen.

Im Folgenden sollen nun vorwiegend Funktionen von Partizipation beleuchtet werden, die Gegenstand demokratiethoretischer Kontroversen sind und teilweise in der politischen Bildung ähnlich diskutiert werden, weshalb auf einige Debatten aus der politischen Bildung rekurriert wird. Zunächst wird die Systemerhaltungs- und Legitimationsfunktion näher betrachtet, gefolgt von der Erziehungsfunktion, und abschließend wird die Emanzipationsfunktion unter die Lupe genommen.

#### **3.2.4.2. Systemerhaltungs- und Legitimationsfunktion**

Die Funktion des Systemerhalts taucht nicht nur im Zuge einer realistisch-repräsentativen Argumentation auf, sondern wird auch durch BefürworterInnen von mehr Partizipation hoch gehalten. So formulieren beispielsweise Deth / Nelles, dass

---

<sup>340</sup> Kraus, Björn: Partizipation und soziale Ungerechtigkeit. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 53.Jg., H.6. 2005. S.264.

<sup>341</sup> Ebd. S.264.

<sup>342</sup> Vgl. Ebd. S.263-265.

<sup>343</sup> Wendland, Anja: Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in sozialer Stadtteilentwicklung. Bielefeld: Kleine Verlag. 2002. S.112 f.

politisches Engagement als „ein entscheidender Faktor für die Stabilität und Lebensfähigkeit dieser politischen Systeme“<sup>344</sup> betrachtet werden müsse. Die System stabilisierende Wirkung wird sich somit sowohl von einem statischen Verständnis der Demokratie unter der Bedingung geringer Partizipation, als auch von einem dynamischen Verständnis mit einer erweiterten Partizipation erhofft. Das ist ein Paradoxon, das einer näheren Betrachtung bedarf. Allerdings setzt dies eine Klärung der jeweiligen Verwendung des Begriffs ‚System‘ voraus. Die Bandbreite der Interpretationen reicht dabei von einem Verständnis des Systems als repressiver Herrschaftsstruktur, die jeglicher emanzipatorischen Perspektive entgegensteht, bis zur Idee einer demokratischen Regierungsform, die Garant der Verhinderung von Faschismus ist.

Was nach wie vor in jedem Fall konstatiert werden kann, ist die Feststellung von Narr aus dem Jahre 1973, dass Systemerhalt und Stabilität Trumpf zu sein scheint. Insofern kann seiner damaligen Frage – „(...) welche Stabilität für wen eigentlich?“<sup>345</sup> – im Sinne einer genaueren Analyse der Systemerhaltungsfunktion nur Nachdruck verliehen werden. Hierdurch ist im Konkreten eine Differenzierung zu erhoffen, welchem Zwecke die jeweiligen Systemerhaltungs- und Legitimationsfunktionen dienen sollen.

Weil das Stabilitätspostulat der VertreterInnen einer geringen gehaltenen Partizipation der BürgerInnen in Grundzügen bereits beleuchtet wurde und darüber hinaus für diese Arbeit weniger interessant ist, richtet sich das Augenmerk darauf, wie sich unter PartizipationsbefürworterInnen der Systemstabilitätsfrage genähert wird. Hierzu hilfreich können sowohl Pierre Bourdieu als auch Johannes Agnoli mit ihren Legitimitätskonzeptionen sein, die sich umfangreich mit der Frage von Stabilität, sozialem Frieden und Systemreproduktion beschäftigten. Legitimations- und Anerkennungsakte sind nach Bourdieu integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Spiels im sozialen Raum. Sie vollziehen sich in Legitimationskreisläufen, die als entscheidende Stütze von Herrschaft angesehen werden können. Indem sich die Akteure auf das Spiel einlassen, wird das gesamte Feld, der soziale Raum, anerkannt und reproduziert. Über diese Legitimation des gesamten Feldes reproduzieren sich auch die spezifischen Feldregeln und damit die Distinktionen und die hierarchische Anordnung der Akteure im sozialen Raum. Bourdieu hat für die gefassten Ziele der Anerkennungsakte zwei Strategien benannt. Zum einen den Erhalt der bestehenden Ordnung und zum anderen die Veränderung des bestehenden Herrschaftsverhältnisses. Durch die Legitimationskreisläufe, die hierarchischen Feldregeln und den Habitus – ein Wahrnehmungs- und Erzeugungsprinzip – sind die Akteure zwar in ihrem Handeln strukturellen Hindernissen gegenübergestellt, die dennoch jene Option

---

<sup>344</sup> Deth, Jan W. van / Neller, Katja: Politisches Engagement in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 30-31/2006. S.30.

<sup>345</sup> Narr 1973, S.204. – Verallgemeinernd kann darauf hingewiesen werden, dass ‚cui bono?‘ in einer politikwissenschaftlichen Analyse immer eine entscheidende Frage darstellt.

der bewussten Entscheidung zur Veränderung der herrschenden Ordnung zulassen. Zu einem solchen Bewusstwerdungsprozess gehört jedoch auch, sich klar zu machen, dass mit jeglicher *Anerkennung* gleichzeitig ein Akt der *Verkennung* einhergeht, der die Herrschaftsverhältnisse der sozialen Realität verschleiert und legitimiert. Während beispielsweise die Differenzierung der Macht im Zuge einer verkannten Abhängigkeit der scheinbar autonomen Teilbereiche die Wirksamkeit der Legitimationsarbeit erhöhen kann, besteht durch jene Differenzierung gleichfalls die Chance zur Einschränkung der Legitimationskreisläufe, da sie im Zuge einer erhöhten Krisenanfälligkeit mehr Anstöße für die Bewusstwerdung verschiedenster Abhängigkeiten bietet.<sup>346</sup> Durch Bourdieu wird die Relevanz der Frage nach der spezifischen Zielwirkung einer Legitimations- oder Stabilitätsfunktion von Partizipation untermauert sowie zugleich verdeutlicht, dass eine alleinige Betrachtung der politisch-administrativen Ebene – wie es in der Stabilitätsfrage angelegt ist – keinesfalls hinreichend zur Bestimmung jener Zielwirkung sein kann.

Ein Aspekt, den Bourdieu nur in Ansätzen konkretisiert, kann mit Agnoli noch klarer konturiert werden. Jener weist darauf hin, dass es nicht nur um die allgemeine Unterscheidung der Strategien einer Stabilisierung oder aber der Veränderung von Herrschaftsverhältnissen gehen kann. Veränderung dürfe vielmehr kein Scheingefecht darstellen, durch welches ausschließlich die Zusammensetzung der jeweiligen Herrschaftselite ausgewechselt wird sowie die Strukturen und Mechanismen, durch die Herrschaft abgesichert und reproduziert wird, jedoch unangetastet bleiben. Daraus leitet sich nach Agnoli eine Parlamentarismuskritik – insbesondere eine Kritik an Repräsentation und Parteien – ab. Ohne an dieser Stelle genauer darauf eingehen zu können, sollen zumindest ein paar wesentliche Kritikpunkte erwähnt werden. Agnoli sieht in teilweise gewährten Mitbestimmungsrechten, wie beispielsweise der Etablierung eines Ausspracherechtes ohne Entscheidungsbefugnisse, lediglich eine innerbetriebliche<sup>347</sup> Befriedungstechnik, die einen reibungslosen Ablauf gewährleisten soll. Der reibungslose Ablauf ist dabei kein Fernziel einer besseren Gesellschaft, sondern soll für das existierende System inklusive bestehender Herrschaftsverhältnisse garantiert werden. Hierfür ist es unumgänglich, die „ausgeübte Unterdrückung akzeptabel zu machen“<sup>348</sup>, was durch gewährte soziale Leistungen und begrenzte Einflussmöglichkeiten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung minimal notwendiger Repression erzielt werden kann. Darin besteht nach Agnoli das Programm und die Technik des ‚sozialen Friedens‘.<sup>349</sup> Befreiung ist dem entgegen

---

<sup>346</sup> Vgl. Kappler, Marc: Legitimitätskonzeption bei Pierre Bourdieu. Studienbegleitende Hausarbeit. Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg. 2004. S.8-20.

<sup>347</sup> Der Bezugspunkt ist sowohl der Betrieb als Arbeitsstätte, als auch der gesamtgesellschaftliche Betrieb / das politische System.

<sup>348</sup> Agnoli, Johannes: Transformation der Demokratie. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt. 1968. S.19.

<sup>349</sup> Vgl. Ebd. S.19-21.

nur durch sozialen Konflikt möglich, wofür – wie bei Bourdieu – dessen Bewusstwerdung zentral ist: „Politisiert ist die Masse, wenn sie das Bewusstsein des gesellschaftlichen Konflikts hat, in den sie eingespannt ist, und die Politik in der Perspektive dieses Bewusstseins sieht.“<sup>350</sup> Hierbei darf eine Politik der Befreiung nicht bei der Protestartikulation stehen bleiben, sondern muss die tatsächliche Veränderung beinhalten. Konkreter Handlungsschwerpunkt würde, nach Agnoli, in der Organisation der Bedingungen der Freiheit liegen.<sup>351</sup>

Während bei Agnoli das System und die Systemstabilität im Sinne des ‚sozialen Frieden‘, der in erster Linie die Herrschaftsverhältnisse stabilisiert, abgelehnt wird, können im herrschenden Demokratiediskurs vermehrt gegenläufige Argumentationen beobachtet werden. Ihnen zugrunde liegt die Auffassung, dass Stabilität in der Demokratie nicht selbstverständlich ist, und deshalb fortwährend zu ihrem Zwecke staatliche Institutionen und gesellschaftliche Organisationen, die für den Menschen da sind, zu festigen sind, und voraussetzt, dass „eine ausreichende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, bereit und fähig sind, die Bürgerrolle in der Demokratie wahrzunehmen“<sup>352</sup>. Betrachtet man die Positionen und Kontroversen in der politischen Bildung, lässt sich mit Peter Massing oder auch Kerstin Pohl feststellen, dass sie – und auch die politische Partizipationsforschung, wenn man sie als ein Teil davon betrachten möchte – durch die Vernachlässigung von Demokratietheorien ihre systemkritische Funktion aufgibt.<sup>353</sup> Ob die fehlende Systemkritik tatsächlich zwingend auf die Entfernung der politischen Bildung von Demokratietheorien zurückgeführt werden muss, soll an dieser Stelle offen bleiben. Massing jedenfalls versucht damit zum einen den Zustand der aktuellen politischen Bildung zu beschreiben, in welcher von einem breiten Spektrum der Demokratietheorien – wie es Alemann ausdifferenziert hat – nur noch grob drei Argumentationen übrig geblieben sind: Die pluralistisch-integrative mit Anleihen an die altliberale (1), die linksliberale (2) und in Grenzen die radikaldemokratisch-sozialistische (3). Zum anderen nimmt er Position ein in der Kontroverse zwischen Demokratie-Lernen und Politik-Lernen und betont, dass über diese Auseinandersetzung die Beziehung zwischen Demokratietheorie und politischer Bildung wieder enger geknüpft werden kann.<sup>354</sup> Sein Fazit ist, dass der Bezug auf die Demokratietheorie im wesentlichen nur genutzt wird, um die Notwendigkeit der Stabilitätssicherung des demokratischen Systems zu begründen.<sup>355</sup> Wolfgang Hilligen

---

<sup>350</sup> Ebd. S.74.

<sup>351</sup> Vgl. Ebd. S.74.

<sup>352</sup> Breit, Gotthard: Interesse, Skepsis, Anteilnahme – Zur Entwicklung einer demokratischen Verhaltensdisposition. In: Breit / Schiele (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. 2004. S.196.

<sup>353</sup> Vgl. Massing, Peter: Demokratiemodelle in der politischen Bildung. In: Massing / Roy (Hg.): Politik, Politische Bildung, Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005., S.289.

<sup>354</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.4.3 – Erziehungs- und Integrationsfunktion

<sup>355</sup> Vgl. Massing 2005, S.288-292.

oder Hermann Giesecke, die Massing zur linksliberalen Argumentationsrichtung zuordnet, betonen – etwas abweichend von einem simplen Systemstabilitätspostulat – eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, die „ein Stück Systemkritik – auch an einem System, dem grundsätzlich zugestimmt wird“<sup>356</sup> – beinhaltet.

Eine weitere Dimension der Systemerhaltungsfunktion wird um den Faktor Wohlstand entwickelt, der zwar als struktureller Faktor gesondert betrachtet werden kann, jedoch ebenso eine für die Systemstabilitätsfunktion nicht zu vernachlässigende Relevanz besitzt. So ist beispielsweise für Gotthard Breit oder Benno Hafenegger das Thema Wohlstand – allerdings mit unterschiedlicher Argumentationsführung – ein Ausgangspunkt für die Überlegungen zu Partizipation und politischer Stabilität. Hafenegger betont die bedeutende Rolle von Wohlstand und sozialer Sicherheit als Voraussetzung für politische Partizipation und damit als einen entscheidenden Faktor für den Übergang von einer Untertanen- zu einer Bürgerkultur, die – so Hafenegger – zentral für die politische Stabilität ist.<sup>357</sup> Breit hingegen sieht Partizipation als eine Art Kompensation fehlender Prosperität und betont die Notwendigkeit der Entwicklung einer demokratischen Verhaltensdisposition:

„Soll angesichts des für alle spürbaren wirtschaftlichen Rückgangs die Gesellschaft zivilisiert und Demokratie als Herrschaftsform stabil bleiben, dann kommt der Verinnerlichung von sozialen und personalen Verhaltensnormen und damit einer demokratischen Verhaltensdisposition große Bedeutung zu.“<sup>358</sup>

Die grundlegende Differenz der Argumentationen – welche alle mehr Partizipation befürworten – kann im Hinblick auf die Funktion der Systemstabilität darin gesehen werden, dass auf der einen Seite Agnoli oder Bourdieu den Bruch mit den Spielregeln propagieren und auf der anderen Seite Breit oder auch Hilligen – zwar in unterschiedlicher Weise, aber dennoch – zum Einhalten der (demokratischen) Spielregeln ermahnen. Diese Differenz basiert zum einen auf einer unterschiedlichen Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und einem unterschiedlichen Systembegriff, welcher die einen von demokratischen Spielregeln und die anderen von Spielregeln der Unterdrückung sprechen lässt, und müssen daher an dieser Stelle erst einmal als unvereinbare Konzepte stehen gelassen werden<sup>359</sup>. Zum anderen resultiert diese Differenz jedoch aus einer un-

---

<sup>356</sup> Hilligen zit. n.: Massing 2005, S.293.

<sup>357</sup> Hafenegger, Benno: Corporate Citizenship – Motive, Interessen, Nutzen. In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 3/2004. S.59 f.

<sup>358</sup> Breit 2004, S.210.

<sup>359</sup> Wobei man schon – wie Albert Scherr – beim Sprechen von ‚demokratischen Spielregeln‘ auf eine unbedingt notwendige Diskussion verweisen sollte, über die Diskrepanz nämlich zwischen einem normativen Verständnis und den realen Verhältnissen der Gegenwartsgesellschaft. (Vgl. Scherr, Albert: Politische Bildung als subjektorientierte, dem Prinzip des Dialogs verpflichtete Praxis. In: Hufer / Pohl / Scheurich (Hg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.243.)

terschiedlichen Prioritätensetzung, welche durchaus Gegenstand der Beurteilung einer emanzipatorischen Perspektive werden kann. So ist wohl anzunehmen, dass aus Agnolis und Bordieus Perspektive die Priorität für die Systemstabilisierungsfunktion von Partizipation – wenn überhaupt – äußerst gering ausfallen würde. Wohingegen sie aus der Perspektive von Breit und Hilligen eine sehr hohe Priorität genießen dürfte.

### 3.2.4.3. Erziehungsfunktion

Als eine weitere ist die Erziehungsfunktion kontrovers besetzt. Und dieses keinesfalls nur als Funktion verschiedener Partizipationstheorien, sondern gleichfalls als Grundlage für allgemeinere Ansätze aus der politischen Bildung. Daher ist es sowohl für die Erziehungsfunktion als auch für weitere Funktionen von Partizipation generell aufschlussreich, verschiedene Begründungen von Zielen politischer Bildung im allgemein mit einzubeziehen.

Imke Scheurich und Kerstin Pohl identifizieren in ihrer Übersicht von Positionen der politischen Bildung zwei grundsätzliche Stoßrichtungen. Die einen begründen ihre Ziele im Hinblick auf den individuellen Menschen (Autonomie, Mündigkeit, etc.), die anderen im Hinblick auf die Gesellschaft (Verteidigung, Bewahrung, Veränderung der Verhältnisse bzw. des demokratischen Systems, Demokratisierung, etc).<sup>360</sup> Zur Begründung der Erziehungsfunktion werden beide Argumentationen herangezogen, woraus zum Teil die vielschichtige Bedeutung des Begriffs resultiert. So warnt Erhard Meueler

„(...) unter anderen (TheoretikerInnen, Anm. v. M.K.) davor, den Subjektstatus der Adressat(inn)en aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit zu verlieren und dann politische Erziehung mit ‚Konditionierungs-Absicht‘ anstelle politischer Bildung als ‚politische Subjektentwicklung‘ zu betreiben (ähnlich Behrens, Nuissl, Scherr, und Weinberg).“<sup>361</sup>

Einige AutorInnen, wie Heidi Behrens, Benno Hafener und Albert Scherr, erweitern den Beitrag politischer Bildung zur Demokratie, ausgehend von der politischen Subjektentwicklung und der Förderung individueller Kompetenzen, auf die Bereitstellung von Anerkennungs-, Begegnungs- und Übungsräumen.<sup>362</sup>

---

<sup>360</sup> Vgl. Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke: Die zentralen Fachkontroversen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung (Teil II). In: Hufer / Pohl / Scheurich (Hg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2004. S.353.

<sup>361</sup> Ebd. S.354.

<sup>362</sup> Vgl. Ebd.

Einen zentralen Stellenwert nimmt zunehmend die Diskussion um sogenannte Schlüsselkompetenzen ein, teilweise in Abgrenzung, aber auch in Erweiterung der Debatte um Qualifikationen. Sie seien relevant für die Persönlichkeitsentwicklung, die gesellschaftliche Partizipation und die Integration. Als Systematisierung folgen beispielsweise Helga Huber u. a. einem interdisziplinären Forschungsprojekt der OECD und gliedern die Schlüsselkompetenzen in Selbstkompetenz (1), Sozialkompetenz (2) sowie Sach- und Methodenkompetenz (3).<sup>363</sup>

Mit Hilfe dieser drei Kompetenzgruppen soll auch die Erziehungsfunktion politischer Partizipation in ihrer Betrachtung als politische Subjekt- und individuelle Kompetenzentwicklung systematisiert werden. Der Vollständigkeit halber kann ergänzt werden, dass Huber u. a. in der Medienkompetenz die Vereinigung aller drei Schlüsselqualifikationen sehen. Medien seien besonders attraktiv, „weil sie für ein Partizipieren an gesellschaftlichen Kommunikations- und Austauschprozessen stehen“<sup>364</sup>. Durch Medien können die Potentiale des non-formalen Lernens, wie Spaß und Freiwilligkeit genutzt werden, was zu einem guten Lernklima für Veränderung beiträgt.<sup>365</sup>

Konkret ist die Selbstkompetenz jene

„(...) Kompetenz zu selbstständigem Handeln als Fähigkeit des Subjekts, eigene Zielperspektiven und Pläne zur Erreichung dieser Ziele zu entwickeln, dabei selbstbewusst Rechte und Ressourcen in Anspruch zu nehmen, um die eigenen Bedürfnisse und Interessen zu verfolgen und um an verschiedenen persönlichen und sozialen Lebensfeldern teilzuhaben.“<sup>366</sup>

Eine solche Kompetenz kann – gleich allen anderen – nur ein Resultat positiver Erfahrungen sein. Diese werden genauer als Selbstwirksamkeitserfahrungen bezeichnet, da als Resultat schwierige Aufgaben und Lebensprobleme durch eigenes Handeln und eigene Fähigkeiten lösbar erscheinen. Hinzu kommt die Dimension der Anerkennung, sei es die intersubjektive, als auch die strukturelle, mit geöffneten Zugängen zu Ressourcen, Rechten und Räumen.<sup>367</sup>

---

<sup>363</sup> Vgl. Huber / Kaschuba / Stauber: Jugend und verantwortungsvolle Mediennutzung – Medien und Persönlichkeitsentwicklung. Untersuchungsbericht des Tübinger Instituts für frauenpolitische Sozialforschung TIFS e.V. Stuttgart: Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg 10. 2005. S.19. – Für eine umfassendere Perspektive sind hierbei allerdings noch die epochaltypischen Schlüsselkompetenzen von Wolfgang Klafki oder die sechs Schlüsselqualifikationen von Oskar Negt zu nennen. Die Fokussierung auf Selbst-, Sozial-, Sach- und Methodenkompetenz erscheint an dieser Stelle dennoch sinnvoll, da diese Systematisierung und die angeführten AutorInnen näher an die Partizipationsdiskussion anknüpfen, obgleich es ihnen nicht im Speziellen um politische Partizipation geht, sondern um gesellschaftliche Partizipation, Integration und Persönlichkeitsentwicklung, worüber Partizipation an und Selbstgestaltung von Medien und somit Medienkompetenz anvisiert wird.

<sup>364</sup> Ebd. S.21.

<sup>365</sup> Vgl. Ebd.

<sup>366</sup> Ebd. S.19.

<sup>367</sup> Vgl. Ebd.



Die zweite Kompetenz, die Sozialkompetenz, „umfasst das Interagieren und Kommunizieren in Gruppen, das Umgehen mit verschiedenen Positionen und Meinungen, wie auch die Fähigkeit zusammen zu arbeiten sowie arbeitsteilig vorzugehen.“<sup>368</sup> Des Weiteren zielt Sozialkompetenz „darauf, die unterschiedlichen soziokulturellen Voraussetzungen, die die InteraktionspartnerInnen mitbringen, produktiv zu nutzen, und hierfür als einzelne die adäquate Handlungsstrategien zu finden.“<sup>369</sup>

Unter Methoden- und Sachkompetenz fällt die klassische Aneignung von Wissen, Kenntnissen und der Fähigkeit mit bestimmten Techniken, wie diversen Medientechniken, umzugehen.<sup>370</sup>

Ein singuläres Verständnis der Erziehungsfunktion als Kompetenzerwerb für das Individuum birgt die Gefahr der fehlenden Thematisierung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und der Blick konzentriert sich in Folge dessen sehr stark auf die individuell angeeigneten Fähigkeiten. Ein solcher Fokus kulminiert meist in der Frage nach der individuellen Partizipationsfähigkeit. Jener Fokus hilft jedoch nicht viel weiter, sagen manche AutorInnen, da sich aus der Erziehungsfunktion, gedacht als Kompetenzerwerb weder ableiten lässt, ob die Bürgerinnen und Bürger bereits bereit und fähig sind für mehr Partizipation, noch dass sie es nicht sind. Vielmehr kann über die Partizipationsfähigkeit der BürgerInnen nicht entschieden werden, solange sie nicht an Partizipationsprozessen teilgenommen haben.<sup>371</sup> In dieser Position ist zugleich der Vorschlag enthalten, den Zirkel aus Kompetenzförderung durch Partizipation und Erlangung von Partizipationsfähigkeit durch Kompetenzförderung zu öffnen. Gelingen soll das über eine Teilnahme an Partizipationsprozessen, ohne schwerpunktmäßige Überprüfung der Einstiegskompetenzen und der Kompetenzwirkungen. Zudem wird durch die Thematisierung der Partizipationsfähigkeit die Wichtigkeit der Frage nach dem ‚wofür‘ deutlich, damit Partizipation und deren Erziehungsfunktion – auch im Sinne von Kompetenzerwerb – nicht reiner Selbstzweck wird.

Neben der eben dargestellten Gefahr der System- oder Strukturblindheit, weist von Alemann der Erziehungsfunktion darüber hinaus auch eine sozialpsychologische Bedeutung mit dem Ziel der Verstärkung systemstabilisierender Einstellungen zu.<sup>372</sup> Angesichts einer faktischen Verschränkung von individueller und gesellschaftlicher Ebene scheint hinsichtlich der Erziehungsfunktion der Übergang zwischen persönlichem Kompetenzerwerb und gesellschaftlich relevantem Prozess fließend.

---

<sup>368</sup> Ebd. S.20.

<sup>369</sup> Ebd.

<sup>370</sup> Vgl. Ebd. S. 34-36.

<sup>371</sup> Vgl. Schwiderowski 1989, S.18.

<sup>372</sup> Vgl. Alemann 1975, S.42.

Das Zusammenspiel von gesellschaftlichen Strukturen, gesellschaftlichen Normen und der individuellen Persönlichkeitsprägung kann am besten mit dem Begriff *Sozialisation* greifbar gemacht werden. Biedermann spezifiziert nach Hurrelmann zwei Formen der Sozialisation: „Die Anpassung des Individuums an die gesellschaftlichen Rollen- und Verhaltensanforderungen wird dabei als *affirmative Funktion*, und die Entwicklung des Menschen zur autonomen, gefestigten Persönlichkeit als *emanzipatorische Funktion* bezeichnet.“<sup>373</sup> Interessant erscheint hierbei, dass beide Formen sowohl bei individuellen als auch bei strukturellen Gesichtspunkten der politischen Bildung zu finden sind. Somit kann die politische Subjektentwicklung sowohl affirmativen Charakters sein und lediglich jene Kompetenzen vermitteln, um gegebenen Verhaltensnormen zu genügen, als auch in emanzipatorischer Hinsicht politisches Bewusstsein fördern, um Normen in Frage zu stellen. Ebenso können auf der Systemebene die vorherrschenden demokratischen Formen kritiklos akzeptiert und übernommen werden, als auch durch Normbrüche eine Weiterentwicklung der Gesellschaft angestrebt werden. Erziehung als Funktion der Partizipation enthält folglich die Möglichkeit sowohl individueller, als auch struktureller Schwerpunktsetzung, sowie affirmativer als auch emanzipatorischer Effekte. Vor dem Hintergrund dieser Ambivalenzen soll nun verstärkt nach Kontroversen und Positionierungen in der politischen Bildung gesucht werden.

John Dewey prägte die Konzeption des partizipativen Erfahrungslernens als ein Erziehungskonzept. Nach Biedermann wird mit dem Ansatz des Demokratie-Lernens an diese Tradition von Dewey angeknüpft. Eine grundlegende Unterscheidung sieht Dewey zwischen der Demokratie als sozialer Idee und der politischen Demokratie als Regierungssystem. Damit nimmt er eine Verlagerung des Demokratischen auf die Lebenswelt vor und spricht jeder Bürgerin und jedem Bürger genügend intellektuelle Fähigkeit zu, rational politisch zu urteilen. Die Mitbestimmung und Mitgestaltung aller BürgerInnen in allen Bereichen des sozialen und politischen Lebens wird als wünschens- und anstrebenswert erachtet.<sup>374</sup> Weiter brauche – nach Biedermann – Demokratie die Erziehung, da – wie es bereits Theodor Eschenburg betonte – mündige BürgerInnen nicht vom Himmel fallen. Dabei sei „Erziehung in erster Linie ‚eine Sache des Handelns und Erleidens, nicht des Erkennens‘.“<sup>375</sup> Der Fokus bei Deweys Ansatz liegt auf der demokratischen Erfahrung, wodurch Erziehung nicht Funktion oder Instrument der Politik sei, sondern die Verwirklichung von Demokratie.<sup>376</sup> Daran ausgerichtet macht er einen Pa-

---

<sup>373</sup> Biedermann 2006, S.149.

<sup>374</sup> Vgl. Ebd. S.88.

<sup>375</sup> Ebd. S.90.

<sup>376</sup> Vgl. Ebd.

radigmenwechsel vom Politik-Lernen zum Demokratie-Lernen aus, dem als Kern das partizipative Erfahrungslernen zu Grunde liegt.<sup>377</sup>

Massing sieht in diesem Paradigmenwechsel eine Infragestellung des Politischen als Kern der politischen Bildung. Seine Kritik richtet sich vor allem gegen die Denunziation des Politikbegriffs durch Peter Fauser, der den Politikbegriff als zeit- und gesellschaftsgebunden und als Einfallstor für parteilich geleitete Einflussnahme auf Schule und Unterricht versteht. Darin sieht Massing eine Tendenz der Entpolitisierung und der Reduzierung von Demokratie auf eine Lebensform, die im Wesentlichen nur Persönlichkeitsmerkmale im Blick hat. Der Gegenüberstellung von Politik als etwas Negativem und Demokratie als etwas Positivem zu folgen, würde bedeuten, dass die politische Bildung in Gefahr gerate, pure politische Ideologie zu lehren und auch Partizipationsillusionen zu schüren.<sup>378</sup> Deweys Ansatz wird ebenso von Reichenbach, als ein zu eindeutiges Lob der Demokratie ohne die Schattenseiten zu benennen, kritisiert.<sup>379</sup> Ebenfalls am Politischen hält Wolfgang Sander fest und betont: „Demokratie ist eine Gestalt des Politischen und keine Alternative zur Politik; Demokratie ist eine Möglichkeit, Politik dagegen ist in menschlichen Gesellschaften unausweichlich.“<sup>380</sup> Sander erkennt wie Massing eine Tendenz der Entpolitisierung vor allem im Bund-Länder-Kommissionsprogramm, das Wolfgang Edelstein und Peter Fauser mitgestaltet haben.<sup>381</sup>

Lösgelöst von dieser Kontroverse liegt der Auffassung des Demokratie-Lernens und des Politik-Lernens ein Erziehungsprojekt und eine Erziehungsabsicht zu Grunde. Der Unterschied liegt darin, dass die einen *Demokratie* als Erziehungsprojekt sehen und diese Verbindung einfordern<sup>382</sup> und die anderen nach der ‚klassischen‘ politischen Bildung den Kern im *Politischen* sehen und breitere politische Kompetenzen vermitteln möchten.<sup>383</sup> Eine Schnittmenge beider Demokratieverständnisse und Positionen könnte zumindest in einer Position konstatiert werden, in der Demokratie weder ausschließlich als eine Regierungsform, noch als eine Lebensform begriffen wird, sondern beides umfasst. Ob nun Politik oder Demokratie der Kern der politischen Bildung und der entsprechenden Partizipationskonzepte ist, Erfahrung spielt in beiden Fällen eine zentrale Rolle. Gefordert wird demnach die Etablierung einer Partizipationskultur<sup>384</sup> oder die Schaffung

---

<sup>377</sup> Vgl. Ebd. S.81 f.

<sup>378</sup> Vgl. Massing, Peter: Der Kern der politischen Bildung. In: Breit / Schiele (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. 2004a. S.82-84.

<sup>379</sup> Vgl. Biedermann 2006, S.90.

<sup>380</sup> Sander, Wolfgang: Demokratie in der politischen Bildung. In: Massing / Roy (Hg.): Politik, Politische Bildung, Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.343.

<sup>381</sup> Vgl. Ebd. S.345.

<sup>382</sup> Vgl. Biedermann 2006, S.91.

<sup>383</sup> Vgl. Massing 2004a, S.85 f.

<sup>384</sup> Bayer, Christoph: Modell-Insel oder Alltagsgeschäft? Beobachtungen und Forderungen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen als politische Gestaltungsaufgabe. In: Eith, Ulrich / Rosenzweig, Beate

von Übungs- und Anerkennungsräumen.<sup>385</sup> Das meint zum einen, Politische Bildung „als eine ‚Fahrschule für Politik‘, wie sie Theodor Eschenburg aus der Politikwissenschaft heraus begründete“<sup>386</sup>, zu verstehen und zum anderen – hier angelehnt an Wilhelm Heitmeyer – durch Anerkennungserfahrungen einer Desintegration und bloßen Duldung der BürgerInnen entgegenzuwirken und eine Interaktion zwischen BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen zu ermöglichen.<sup>387</sup> Hierdurch erhält im Allgemeinen als auch im konkreten Partizipationskontext die politische Bildung selbst in der Erziehungsfunktion eine durchaus umfassendere Zielperspektive, als es dem Begriff nach zu vermuten wäre, da es nicht nur die Erziehung der BürgerInnen zu beispielsweise politischer Kompetenz, sondern auch die Erziehung der EntscheidungsträgerInnen und der Verwaltung hin zur Einsicht in die Notwendigkeit der vollwertigen Anerkennung der BürgerInnen und ihrer Interessen umfassen kann.<sup>388</sup>

Nichtsdestotrotz hat Erziehen immer etwas mit Macht zu tun, weshalb die Machtasymmetrien zwischen BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen sowie Individuen und Institutionen zwingend fester Bestandteil der Analyse sein müssen. Hierzu muss zumindest gefragt werden, ob und welche Abhängigkeiten bestehen oder wer eventuell über die Gewährung und den Entzug von Ressourcen bestimmen und damit über Sanktionsmittel verfügen kann. Unter diesen Gesichtspunkten können jegliche Partizipationsprojekte, in denen die BürgerInnen auf die Gutmütigkeit der EntscheidungsträgerInnen und des Verwaltungsapparates angewiesen sind, als Erziehungsprojekte kategorisiert werden, da die Partizipationsmöglichkeiten potentiell entzogen werden können und dadurch das Verhalten der BürgerInnen sanktioniert werden kann. Sowohl eine positive Sanktion, die Gewährung von Partizipation, als auch die negative Sanktion, das Vorenthalten von Partizipation, sind und bleiben Sanktionen im Rahmen eines Erziehungsprojektes und sind Resultat einer Machtasymmetrie und somit ungleicher Handlungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund, und weil Partizipationsprojekte mit geringer Gestaltungsfreiheit – zumindest bei Jugendlichen – auch geringe Akzeptanz und geringe TeilnehmerInnenzahlen zur

---

(Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.94.

<sup>385</sup> Vgl. Hufer, Hans-Peter u.a.: Außerschulische politische Bildung heute. Gemeinsamkeiten und Differenzen. Ein Überblick. In: Hufer, Hans-Peter / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (Hg.): Positionen der politischen Bildung. Teil 2. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.354.

<sup>386</sup> Rudolf, Karsten / Wicker, Alexander: Methoden- und Themenkiste. Institut Junge Bürgergesellschaft im Büdinger Kreis e.V. (IJBG). CD-ROM Version 1.0: 2003.

<sup>387</sup> Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamo. 2002. S.275.

<sup>388</sup> Inwiefern in der Praxis ein solcher beiderseitiger Erziehungsansatz und -anspruch vorliegt, gilt es – wie jegliche Theorieansätze – in der Praxis zu überprüfen. Dennoch ist die Betonung der Notwendigkeit der Anerkennung, sei es in der Integrations- / Desintegrationsforschung oder der politischen Bildung, eine wesentliche Perspektivenerweiterung zu einer schlichten Betonung der Erziehungsnotwendigkeit der BürgerInnen. Siehe hierzu auch: Abschnitt 3.6.2 – „Anerkennung und das Recht auf Partizipation“.

Folge haben<sup>389</sup>, verfolgen einige Partizipationsansätze das Ziel, Partizipation als ein Recht zu begreifen. Damit geht die Hoffnung und die Forderung einher, dass Jugendliche, aber auch Erwachsene, nicht mehr auf die Gnade der PädagogInnen, PolitikerInnen und Verwaltungsbeamten angewiesen sind, sondern sie anerkannt, ihre Interessen ernst genommen werden und ihnen als Akteure auf gleicher Augenhöhe begegnet wird. In solchen Ansätzen wird sehr viel Wert darauf gelegt, die Zielgruppe von Partizipationskonzepten nicht als Objekt, sondern als Subjekt zu begreifen.<sup>390</sup>

Die prinzipielle Frage der normativen Ausstattung und Formulierung der Ziele politischer Bildung scheint zumindest in dem von Scheurich / Pohl dargestellten Rahmen der Positionen der politischen Bildung so offen, dass über verschiedene Punkte – wie die Kompetenzdiskussion, die De-Institutionalisierungsdiskussion, die Ökonomisierung der politischen Bildung, die Lernkulturdebatte und allgemeiner die Ziele und die Normativität politischer Bildung – tatsächlich, zumindest fachintern, kontrovers diskutiert wird. Die Frage nach der Emanzipationsfunktion politischer Bildung und politischer Partizipation ist hierbei ein Paradebeispiel für die Diskussion um verschiedene normative Vorstellungen.

#### **3.2.4.4. Emanzipationsfunktion**

Klaus-Peter Hufer ist einer der Theoretiker, die explizit einen zeitgenössischen emanzipatorischen Ansatz in der politischen Bildung aufzeigen möchten. Emanzipatorische Positionen hatten vor allem in den 1970er Jahren in der politischen Erwachsenenbildung Konjunktur.<sup>391</sup> Sie waren eng verknüpft mit der Demokratisierungsdiskussion dieser Zeit, welche „auf die Realisierung politischer Partizipation als elementarem Bestandteil der Selbstverwirklichung des Menschen“<sup>392</sup> zielte. Hufer benennt Ideologiekritik, Konflikt- und Kritikfähigkeit als Ziele emanzipatorischer politischer Bildung von damals und heute. Die konkreten charakteristischen Ansätze sind: Teilnehmerorientierung –

---

<sup>389</sup> Vgl. Rudolf, Karsten: Die Grundidee: Das modulare Konzept „Jugend & Politik – Politik & Jugend. In: Knoblich u.a. (Hg.): Jugend & Politik – Politik & Jugend. Der konsequente Weg zur Beteiligung Jugendlicher – Eine Arbeitshilfe für Kommunen und politische Bildner. Polis 33. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. 2001. S.25 f.

<sup>390</sup> Vgl. Burdewick, Ingrid: Politische Partizipation – Jugend, Anerkennung und Pädagogik. In: Hafener u.a. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld zwischen Interessen und Akteuren. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005. S.95-120; Sturzenhecker, Benedikt: Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen. In: deutsche jugend, 53. Jg. 2005, H.6. S.255-262; oder auch: Abschnitt 3.6.2 – ‚Anerkennung und das Recht auf Partizipation‘

<sup>391</sup> Vgl. Hufer, Klaus-Peter: Für eine emanzipatorische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2001. S.15.

<sup>392</sup> Sauer 1994, S.99.

offenes Curriculum (1), Parteinahme – Parteilichkeit (2), Politische Mobilisierung und Aktivierung (3), Stadtteilarbeit (4) und Zielgruppenarbeit (5). Die Handlungsorientierung (6), eine weitere Leitidee politischer Bildung, welche die Umsetzung von theoretisch Erarbeitetem in politische Aktivität meint, führt Hufer gesondert an, da diese durch die gegenwärtige gesellschaftspolitische Diskussion um eine Bürgergesellschaft neue Attraktivität gewonnen hat.<sup>393</sup>

Emanzipation wird in der politischen Bildung mittlerweile, anders als in den 1970er Jahren, nicht mehr als selbstverständliche Zielkategorie verwendet, sondern als eine von mehreren normativen Zielen oder auch regulativen Ideen diskutiert. Problematisiert wird die Normativität politischer Bildung seitens AutorInnen wie Wolfgang Beer oder Heidi Behrens, von denen letztere betont: „Allerdings kommt mir das Beschwören von Zielen wie Aufklärung und Emanzipation ritualhaft vor“<sup>394</sup>. Beide fordern eine Überprüfung und wiederkehrende Re-Definition von normativen Zielen, die stets offen zu legen und in der Interaktion mit den Teilnehmenden zu definieren sind.<sup>395</sup> Der sich aufdrängende Vergleich zu der Emanzipationsdiskussion in dieser Arbeit verrät allerdings, dass der durch Beer und Behrens eingeforderte Prozesscharakter integraler Bestandteil des hier entwickelten Emanzipationsansatzes ist und in Folge dessen ihrer Argumentation eine durchaus größere emanzipatorische Absicht unterstellt werden kann, als ihre postulierte Abkehr von Emanzipationskriterien suggeriert.

Von Pohl und Scheurich werden gegenüber Beer und Behrens die AutorInnen Klaus Ahlheim, Peter Faulstich, Martha Friedenthal-Haase, Benno Hafenegger, Klaus-Peter Hufer, Oskar Negt, Albert Scherr, Bodo Zeuner und Christine Zeuner als „unumwundene Befürworter einer normativen Orientierung der außerschulischen politischen Bildung“<sup>396</sup> aufgelistet. Eine solche normative Orientierung ist bei Faulstich beispielsweise Marx' kategorischer Imperativ, „*alle Verhältnisse umzuwerfen in denen der Mensch ein geknechtetes, ein entrechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist (...)*“<sup>397</sup>.

Mit dieser Gegenüberstellung belegen Pohl / Scheurich, dass von einer Ablehnung jeglicher Normativität im Allgemeinen auf keinen Fall gesprochen werden kann. Allerdings bleibe strittig, wie weit die Normativität reichen solle. In diesem Zusammenhang führen sie drei Kontroversen an. Die erste ist die Frage, in welchem Verhältnis in der politischen Bildungspraxis die Werbung für demokratische Werte und Normen auf der einen

---

<sup>393</sup> Vgl. Hufer 2001, S.15-17.

<sup>394</sup> Behrens zit.n.: Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke: Die zentralen Fachkontroversen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung. In: Hufer / Pohl / Scheurich (Hg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.384.

<sup>395</sup> Vgl. Pohl / Scheurich 2004, S.384.

<sup>396</sup> Ebd.

<sup>397</sup> Marx 1988b, S.385.

Seite und die Kritik an der Verfassungswirklichkeit und den politischen und sozialen Verhältnissen auf der anderen Seite stehen soll. Die zweite Kontroverse ist die Frage, „ob die Kritik sich darauf beschränken soll, die ‚Versprechen‘ der Verfassungsnorm mit der politischen und gesellschaftlichen Verfassungswirklichkeit zu konfrontieren, oder ob darüber hinaus ggf. auch Verfassungsnormen selbst in Frage zu stellen sind.“<sup>398</sup> Etwas anders formuliert ist es die Frage, ob nach Marx alle Verhältnisse umzuwerfen und zu kritisieren sind oder nur alle Verhältnisse im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Der dritte strittige Punkt ist ähnlich gelagert und umfasst die Frage, ob politische Bildungsarbeit sich auf die Reflexion der bestehenden Verhältnisse beschränken soll, oder anstreben soll, so unmittelbar wie irgend möglich gesellschaftsverändernd zu wirken.<sup>399</sup> Abzuwarten bleibt, ob aus diesen festgestellten Kontroversen eine breite – aus Emanzipationsgesichtspunkten durchaus interessante – Diskussion in der politischen Bildung entsteht. Zu diesem Zeitpunkt lässt sich feststellen, dass der Emanzipationsanspruch in der politischen Bildung zumindest theoretisch nicht verloren gegangen ist und sich nach wie vor und erneut einige AutorInnen auf ihn berufen.

### **3.3. Partizipationsfelder und –formen**

Eine Typologisierung der verschiedenen Arten, Formen und Ausprägungen politischer Partizipation kann aufgrund unterschiedlicher Herangehensweisen vielfältig erfolgen. Eine Möglichkeit hiervon stellt Schultzes Schema der Formen politischer Beteiligung<sup>400</sup> dar. An diesem Schema wird von manchen AutorInnen dahingehend herumgefeilt, dass beispielsweise Beteiligungsformen statt in konventionelle und unkonventionelle, in legale und illegale unterschieden werden. Darüber hinaus hat sich in der Kinder- und Jugendpartizipation die Unterscheidung in repräsentative und direkte Beteiligungsformen zu einer Einteilung in repräsentative, offene und projektorientierte Beteiligungsprogramme transformiert.<sup>401</sup> Lars Naumann fügt dieser Reihe noch den verwaltungszentrierten Typ politischer Beteiligung hinzu.<sup>402</sup>

---

<sup>398</sup> Pohl / Scheurich 2004, S.385.

<sup>399</sup> Vgl. Ebd. S.385 f.

<sup>400</sup> siehe: Abschnitt 3.1, Tabelle 2.

<sup>401</sup> Vgl. Friedrich, Bianca u.a.: Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Wiesbaden: VS Verlag. 2004. S.33 f.

<sup>402</sup> Vgl. Naumann, Lars: Jugendbeteiligung im Blickpunkt – Die hessische Situation. In: Knoblich u.a. (Hg.): Jugend & Politik – Politik & Jugend. Der konsequente Weg zur Beteiligung Jugendlicher – Eine Arbeitshilfe für Kommunen und politische Bildner. Polis 33. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. 2001. 2001, S.98 f.

Weitere Vorschläge zur Strukturierung politischer Partizipation gehen auf u. a. Uehlinger zurück. Er unterscheidet fünf Dimensionen: Wählen (1), parteiorientierte Partizipation (2), problemorientierte Partizipation (3), ziviler Ungehorsam (4), politische Gewalt (5).<sup>403</sup> In dieser Systematisierung scheinen zwei Aspekte von Partizipation vermischt zu werden, die beispielsweise Hermann Trinkle getrennt betrachtet<sup>404</sup>. Zum einen ist das die *Form* der Partizipation, woraus die Auflistung von zivilem Ungehorsam und politischer Gewalt resultiert, und zum anderen das *Feld* oder der Gegenstandsbereich, auf den sich die politische Partizipation bezieht, woraus die Unterscheidung in parteiorientierte und problemorientierte Partizipation erwächst.

Konträr zu Uehlinger ist dieses Kapitel der Versuch, explizit das Spektrum politischer Partizipationsfelder aufzuzeigen. Hierzu werden verschiedene Bereiche oder Felder politischer Partizipation bestimmt. Keineswegs ersetzt werden soll hiermit Schultzes Typologie der Partizipationsformen. Mit ihr ließe sich vielmehr jedes einzelne Partizipationsfeld erneut in die jeweiligen Formtypen untergliedern.

Als nicht genau abgrenzbare Felder, die trotz ihrer Überlappung im Sinne einer Systematisierung nützlich sind, werden folgende erachtet: *Wahlen und parteiorientierte Partizipation* als Feld konventioneller Beteiligung (1); die *Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen*, die sich unterschiedlichsten Themen und Gebieten – von lokal bis global – annehmen (2); das Feld der *Direkten Demokratie*, was stark auf Referenden fokussiert ist (3); die *Kinder- und Jugendpartizipation* als zielgruppenorientierte Partizipation (4); die *Geschlechterpartizipation, die alle Felder streift* (5); die *innerverbandliche Mitbestimmung*, die ebenso jedes Feldes betrifft (6); die *MigrantInnenpartizipation*, als weitere zielgruppenorientierte Partizipation (7); die *Behindertenpartizipation*, welche ebenfalls zu den zielgruppenorientierten Feldern gehört (8); die *Stadtteilpartizipation*, als territorial begrenzte Partizipation (9); die *betriebliche Mitbestimmung* (10); das *bürgerchaftliche Engagement*, was über Ehrenamtlichkeit hinaus geht (11); und die *öffentlichkeitsorientierte Partizipation*, inklusive Medienmitgestaltung und öffentlicher politischer Kommunikation (12). Diese zwölf Felder sollen das Spektrum der aktuellen Partizipationspraxis abdecken, was nicht heißt, dass allen hier aufgeführten Feldern gleich viel öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt wird, sondern sich durchaus erhebliche Unterschiede in ihrer theoretischen wie praktischen Präsenz feststellen lassen.

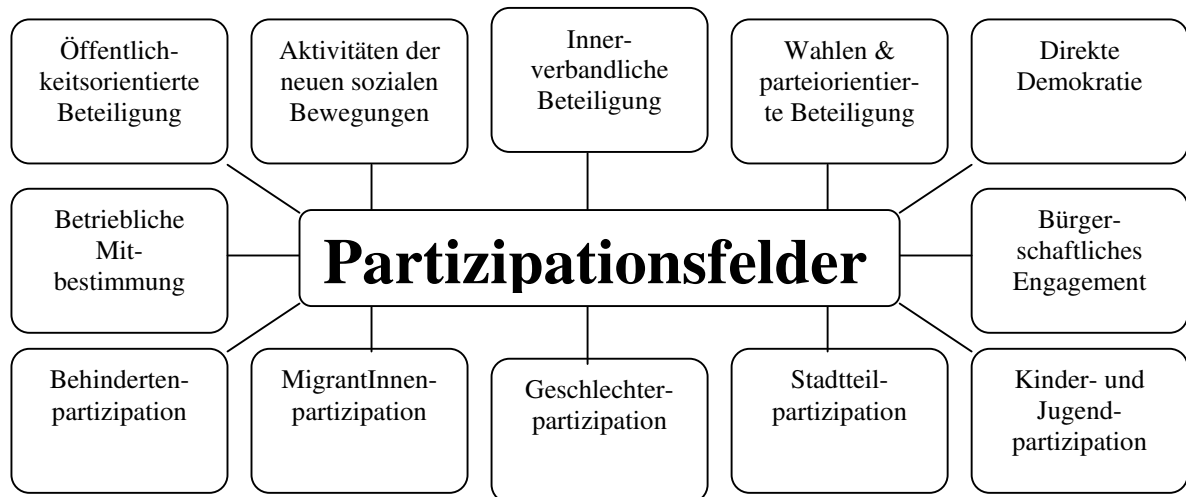
---

<sup>403</sup> Vgl. Trinkle 1997, S.46 f.; Waschkuhn 1998, S.75.

<sup>404</sup> Vgl. Trinkle 1997, S.21.



Abbildung 1: Spektrum politischer Partizipationsfelder. (Eigene Darstellung)



Manche Autoren, wie Buse / Nelles, verfolgen in ihrer Betrachtung der Beteiligungsformen das Ziel, so gut wie alle einzelnen Partizipationsformen zu beschreiben. Sicherlich wäre eine solche Untersuchung der einzelnen Partizipationsmöglichkeiten auf emanzipatorische Aspekte hin eine sinnvolle und nötige Vertiefung dieser Arbeit, welche jedoch – dem geringen Umfang dieser Arbeit geschuldet – hier unterbleiben muss. Im Rahmen des Möglichen ist zumindest eine namentliche Nennung einiger Partizipationsmethoden: Jugendforen, -parlamente, -gemeinderäte sowie Projekt- und Themengruppen können beispielsweise dem Feld der Kinder- und Jugendpartizipation zugeordnet werden. Planungszellen, Stadtteilbeiräte, Stadtteilbüros, Verfügungsfonds oder die Methode ‚Planning for Real‘ kommen vermehrt im Feld der Stadtteilpartizipation zum Einsatz. Als weitere Beispielmethode können Öffentlichkeitsarbeit, öffentliche Aktionen, Nutzung von Alternativpresse oder Internetforen und -projekte als öffentlichkeitsorientierte Beteiligungsformen genannt werden.<sup>405</sup>

Im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation wird oft die Frage nach der besten Beteiligungsart, ob repräsentativ, offen, projektorientiert oder verwaltungszentriert, gestellt. Nach Richard Schröders Auffassung kann sich in einer dezentralen, offenen Formel der Beteiligung die persönliche Betroffenheit am besten widerspiegeln, wodurch eine weitreichende Beteiligung ermöglicht wird. Dabei sind die zentralen Themen jene, die den unmittelbaren Lebensbereich der Kinder und Jugendlichen betreffen. Verbindlichkeit ist ein entscheidender Faktor, vor dem nicht halt gemacht werden darf.<sup>406</sup>

<sup>405</sup> Zwar könnten für die anderen Felder ebenfalls Partizipationsmethoden angeführt werden, doch diese Auswahl soll hier genügen. Die Fokussierung auf öffentlichkeitsorientierte Beteiligung und Jugend- und Stadtteilpartizipation kann als Spiegelbild der theoretischen wie praktischen Schwerpunktsetzung der Partizipationskonzepte betrachtet werden.

<sup>406</sup> Vgl. Schröder, Richard: Kinder reden mit! Weinheim: Beltz Verlag, 1995., S.133 f.

Berger verfolgt im Feld der Kinder- und Jugendpartizipation eine gegenseitige Stärkung der einzelnen Partizipationsformen durch einen Partizipationsmix. So sollen beispielsweise die Schwächen der Jugendräte und –parlamente, als repräsentative Beteiligungsformen, durch die offene Partizipationsform der Jugendforen kompensiert werden, vice versa.<sup>407</sup>

### **3.4. Zu den Bedingungen politischer Partizipation – Drei Betrachtungsebenen**

#### **3.4.1. Hinweise zur Unterteilung der Ebenen**

Die Fragestellung nach einer besseren oder einer schlechteren Partizipationsform und den hierfür nötigen Kriterien kann nicht ohne die Berücksichtigung von strukturellen und individuellen Bedingungen der Partizipation formuliert werden. Waschkuhn stellt hierzu fest: „Die Bedingungen der Partizipation haben auch Auswirkungen auf die möglichen Formen politischer Partizipation.“<sup>408</sup> Dazu gehört auch „die verfassungsrechtliche Festlegung hinsichtlich einer repräsentativen Demokratie.“<sup>409</sup> Nicht alle AutorInnen des weiten Feldes der Partizipationsforschung beleuchten die grundlegenden Hindernisse der betrachteten Partizipationsmodelle. In der verwendeten Literatur lassen sich dennoch Bedingungen und Hindernisse von Partizipation finden, die an dieser Stelle auf drei Ebenen, der Makro-, der Meso- und der Mikroebene, herausgearbeitet werden sollen. Bei einer solchen analytischen Trennung in verschiedene Ebenen können allerdings auch Probleme auftauchen, die benannt werden müssen. Die Schwierigkeit der Betrachtung auf diesen drei Ebenen wird beispielsweise durch die Auswirkungen der sozialstrukturellen Rahmenbedingungen auf die individuellen, akteursbezogenen Faktoren deutlich. So können individuelle Kompetenzen auf der Mikroebene als Defizit mancher BürgerInnen betrachtet werden, und gleichfalls kann auf der gesellschaftlichen Ebene festgestellt werden, dass die ungleiche Kompetenzverteilung mit sozialstrukturellen Merkmalen korrespondiert. Buse / Nelles geben dazu ein Beispiel:

„Wenn festgestellt wurde, dass Partizipationsbereitschaft sehr stark von der sozialen Schicht abhängt, der der Einzelne angehört, von seinem Einkommen, seiner Bildung etc., so ist klar, dass dies keine rein individuellen, keine naturgegebenen

---

<sup>407</sup> Berger, Wolfgang: Jugendforen und Jugendgemeinderäte – Empfehlungen aus der Praxis. In: Eith / Rosenzweig (Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.96 f.

<sup>408</sup> Waschkuhn 1998, S.74.

<sup>409</sup> Ebd.

Bedingungen sind. Der Bildungsstand und das Einkommen, das man erreichen kann, hängen entscheidend von den Möglichkeiten ab, die dem Einzelnen in einer bestimmten Gesellschaft gegeben sind.“<sup>410</sup>

Aufgrund dieser Erkenntnis dürfen die drei Ebenen nicht als abgeschlossene Bereiche betrachtet werden, sondern müssen als Ganzes und in ihrer gegenseitigen Bedingtheit erfasst werden, was jedoch nicht ihre separate Betrachtung in analytischer Absicht verbietet. Zumal viele AutorInnen selber eine Trennung in zumindest individuelle und strukturelle Faktoren vornehmen, oder ausschließlich die individuelle Ebene beleuchten. Auf der Mikroebene sollen nun die individuellen Faktoren – oder zumindest das, was in der Literatur dafür gehalten wird – beleuchtet werden. Auf der Makroebene sollen die sozialstrukturellen Faktoren angeführt werden. Auf die rechtlichen Rahmenbedingungen soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da sie in Abschnitt 3.6.2 näher beleuchtet werden. Und letztendlich sollen auf der Mesoebene jene Organisationen, Gruppen und Verbände im Allgemeinen und die Parteien im Speziellen näher beleuchtet werden, die am politischen Willensbildungsprozess vorrangig beteiligt sind.

### **3.4.2. Partizipation und individuelle Faktoren (Mikroebene)**

Angesichts der häufigen Benennung individueller Determinanten politischer Partizipation in der verwendeten Literatur und des starken Fokus' auf die individuellen Einstellungen und die jeweiligen politischen Kompetenzen sollen in dieser Arbeit die individuellen Faktoren, wie sie von den jeweiligen AutorInnen ausgemacht wurden, dargestellt werden.

Waschkuhn gliedert die individuellen Determinanten von Partizipation in sechs Faktoren. Hierzu zählen die Wahrnehmung / Betroffenheit von gesellschaftlichen Problemlagen aufgrund der Unterschiedlichkeit nach Informiertheit, Handlungskompetenz und Regelverständnis (1), die Artikulationsfähigkeit (2), die Einstellungsfelder des Politischen und die politische Kultur (3), die politische Sozialisation (4), die Motivation für partizipatives Verhalten (5) sowie das Zeitbudget und die individuelle Kosten-Nutzen-Rechnung (6).<sup>411</sup>

Die Zusammenstellung Waschkuhns scheint im Vergleich mit anderen AutorInnen die umfassendste zu sein, weil sie alle Aspekte umfasst, die in anderen Kategorisierungen Platz gefunden haben. Eine Ausnahme bilden Buse / Nelles, die den sozio-

---

<sup>410</sup> Buse / Nelles 1973, S.58.

<sup>411</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.73.

ökonomischen Status und soziodemographische Faktoren sowohl als akteursbezogene als auch als strukturbezogene Determinanten begreifen. Hier wird erneut deutlich, wie ungenau die Trennung in Individuum und Struktur ist. Buse / Nelles verweisen dementsprechend darauf, dass die scheinbar individuellen Faktoren gesellschaftlich vermittelt und bedingt sind, sich allerdings niemals oder nur in den seltensten Fällen einfache Kausalbeziehungen zwischen sozio-ökonomischem Status und persönlichen Merkmalen – im Sinne von Ursache und Wirkung – herstellen lassen.<sup>412</sup>

### **3.4.3. Partizipation und sozialstrukturelle Rahmenbedingungen (Makroebene)**

In Abschnitt 3.5 zur empirischen Betrachtungsweise von Partizipation wird – in differenzierterer Art und Weise als hier – beleuchtet, inwiefern auch in der empirischen Partizipationsforschung inzwischen strukturelle Faktoren verstärkt berücksichtigt werden, da „individuelle Merkmale (...) zur Erklärung politischer Partizipation nicht ausreichen“<sup>413</sup>. Bestimmender Faktor für die Intensität der Beteiligung ist nach Waschkuhn der sozio-ökonomische Status,<sup>414</sup> was die Ergebnisse diverser Studien, wie des European Social Survey, der Shell-Jugendstudie oder des DJI-Jugendsurvey, bestätigten.<sup>415</sup> Darüber hinaus werden jedoch noch weitere gesellschaftliche Bedingungen als strukturelle Faktoren betrachtet, die sich zum einen – wie im DJI-Jugendsurvey berücksichtigt – aus horizontalen Ungleichheiten ergeben und zum anderen abhängig von der betrachteten Ebene – ob lokal oder auf Bundes- / EU-Ebene – variieren können.

Trinkle versucht mit folgenden Fragen die strukturellen Bedingungen politischer Partizipation zu erfassen, womit er gleichzeitig die Brücke schlägt zu den – quasi strukturell – notwendigen Kompetenzen: „Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit politische Partizipation zustande kommen kann? Welche Kompetenzen müssen dafür notwendigerweise erworben werden?“<sup>416</sup> Aus der Wahlbeteiligungs- und Parteienforschung entnimmt er ein Schaubild, das die verschiedenen Einflüsse auf die Wahlbeteiligung darstellt. Anzunehmen ist, dass es in ähnlicher Weise auf den erweiterten politischen Partizipationsbereich zutrifft.

---

<sup>412</sup> Vgl. Buse / Nelles 1973, S.48 f.

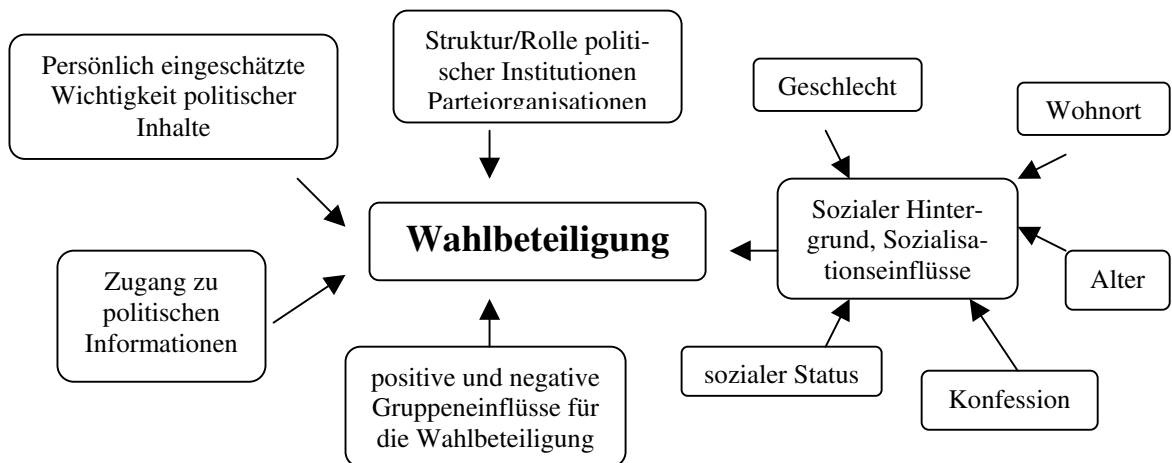
<sup>413</sup> Westle zit. n.: Sauer 1994, S.110.

<sup>414</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.73. – Bei der Betrachtung der Kategorie Geschlecht wird häufig ein verzerrtes Partizipationskonzept zugrunde gelegt, wie es unter „3.2.3.8. – Feministische Demokratietheorie“ beschrieben wurde. Siehe hierzu auch: Sauer 1994, S.102.

<sup>415</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.5 – Empirische Betrachtungsweisen der Partizipationskultur und ihren Bedingungen

<sup>416</sup> Trinkle 1997, S.21.

Abbildung 2: Einflüsse auf die Wahlbeteiligung respektive politische Partizipation im Allgemeinen <sup>417</sup>



Was aus diesem Schaubild nicht deutlich hervorgeht, sind die für politische Partizipation wichtigen Ressourcen wie Zeit, Wissen oder materielle Sicherheit. Für Hafenegger und auch Raingard Knauer / Benedikt Sturzenhecker sind die verschiedenen Ressourcen, wie die materielle Sicherheit, wichtige Voraussetzungen für politische Partizipation:

„Ist sie (soziale Sicherheit, Anm. v. M.K.) nicht mehr gegeben, konzentrieren sich die Energien auf den täglichen Kampf um die Daseinsvorsorge, und bürgerschaftliches Engagement wird zu einem Privileg derer, die durch Bildung, Beruf und soziale Bindungen dazu befähigt sind: zum Privileg einer neuen Klasse von Bürgern, denen eine Klasse von Ausgeschlossenen gegenübersteht.“<sup>418</sup>

Knauer / Sturzenhecker betonen, neben der materiellen Absicherung der Zielgruppe, zudem die nötige Sicherung der Leistungsfähigkeit potentieller Unterstützungsorgane.<sup>419</sup> Unter Zuhilfenahme Bourdieus differenzierter Bestimmung verschiedener Kapitalien, betrachten sie neben dem ökonomischen Kapital auch das soziale und das kulturelle Kapital, die allesamt Einfluss auf die Partizipationschancen haben:

„Wer in all diesen Ressourcen schwach ist, dessen Chancen minimieren sich, wenn nicht bewusst mit der Ressourcendifferenz umgegangen wird. Eine pädagogische Analyse der unterschiedlichen Ressourcen kann helfen, vorhandene Ressourcen zu nutzen, aber auch Benachteiligungen abzuschwächen und neuen

<sup>417</sup> Ebd. S.36 - ‚Schaubild Wahlbeteiligung‘; Bei diesem Schaubild ist anzumerken, dass die Struktur und Rolle politischer Institutionen und Parteiorganisationen auf der Mesoebene in Abschnitt 3.4.4 näher beleuchtet wird. Des Weiteren wurde die persönlich eingeschätzte Wichtigkeit politischer Inhalte bereits auf der Mikroebene in der Kategorie der ‚individuellen Kosten-Nutzen-Rechnung‘ miteinbezogen, was angesichts der mehrfach erwähnten ungenauen Trennlinien nicht verwundern darf.

<sup>418</sup> Hafenegger 2004, S.60; vgl. auch: Knauer / Sturzenhecker: Partizipation im Jugendalter. In: Hafenegger u.a. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005. S.69.

<sup>419</sup> Vgl. Knauer / Sturzenhecker 2005, S.69.

Ressourcen zu vermitteln, die für ein gleichberechtigtes Einbringen und Aushandeln eigener Positionen hilfreich sein können.<sup>420</sup>

Kraus betont ebenfalls mit seiner Trennung in ‚Gelegenheit zur Partizipation‘ und ‚Befähigung zur Partizipation‘, dass bei unzureichender Berücksichtigung der unterschiedlichen Ressourcenverteilung die Gefahr einer sozialen Schieflage dahingehend besteht, „dass in Stadtteilen mit höherem Bildungs- und Finanzniveau die zumeist schon gute Ausstattung weiter verbessert wird“<sup>421</sup>. Hierbei bezieht er sich vorwiegend auf unterschiedlich zur Verfügung stehendes kulturelles Kapital in Form von Kompetenzen und fordert dementsprechend, dass für eine ernstgemeinte Chancengleichheit als Zielsetzung „in besonderem Maße ungleiche partizipative Kompetenzen zu berücksichtigen (sind), welche sich aus der sozialen Herkunft ergeben.“<sup>422</sup>

Die ungleichen Möglichkeiten politischer Partizipation ergeben sich, wie es schon bei Kraus anklingt, nicht nur aus den aktuell verfügbaren Ressourcen, sondern sind zudem bedingt durch die soziale Herkunft und die damit verbundene Ausbildung.<sup>423</sup> Mit der Selektion in unterschiedliche Bildungswege und damit Bildungsniveaus korrespondieren die zur Verfügung stehenden Experimentierräume in der Jugendphase, die in erheblichem Maße die Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung und damit die Möglichkeiten zur politischen Partizipation beeinflussen.<sup>424</sup>

Mit einem Blick auf das Schaubild Trinkles muss festgestellt werden, dass die Kategorie ‚Bildungsniveau‘ nicht explizit eingeführt wird. Möglicherweise wird diese dort als konstituierende Bedingung des ‚sozialen Status‘ erfasst, dessen Einfluss auf die politische Beteiligung als „sog. Standardmodell politischer Partizipation“<sup>425</sup> für konventionelle wie für unkonventionelle Partizipationsformen gilt. Trinkle fasst ferner unter sozialen Hinderungsgründen und Sozialisationseinflüssen das Geschlecht, den Wohnort, das Alter und die Konfession.<sup>426</sup> Knauer / Sturzenhecker benennen mit leichten Abweichungen ähnliche Determinanten politischer Partizipation. Sie führen eine Differenzierung der Einflussfaktoren anhand Geschlecht, sozialer Herkunft, Ressourcen, Jugendkulturen, ethnischen Hintergrund und Kompetenzen durch.<sup>427</sup>

Neben den Struktur determinanten, die die politische Partizipation der Bevölkerung beeinflussen, gibt es auch in der Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Politik / der

---

<sup>420</sup> Ebd. S.75.

<sup>421</sup> Kraus 2005, S.266.

<sup>422</sup> Ebd. S.267.

<sup>423</sup> Vgl. Knauer / Sturzenhecker 2005, S.73.

<sup>424</sup> Vgl. Achatz, Julia u.a.: Jugendliche und junge Erwachsene 1992 und 1997: Eine kritische Bilanz. In: Gille / Krüger (Hg.) Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2000b. S.427-429; zu Experimentierräumen in der Jugendphase, siehe auch: Scherr, Albert (Hg.): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorie. Wiesbaden: VS-Verlag. 2005. S.20.

<sup>425</sup> Schultze 1995, S.403.

<sup>426</sup> Siehe: Abb.2: ‚Einflüsse auf die Wahlbeteiligung respektive politische Partizipation im Allgemeinen‘

<sup>427</sup> Vgl. Knauer / Sturzenhecker 2005, S.73-77.

Verwaltung strukturelle Bedingungen und Hindernisse auf dem Weg zur politischen Partizipation. Ein wesentlicher Aspekt, der die Beziehung zwischen EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen prägt, ist Macht. Für die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stellen Friedrich u. a. fest, dass Partizipation nur möglich ist, wenn auch sie über Macht verfügen. Daraus erwächst die Forderung nach einer Umverteilung der Macht in Partizipationsprojekten hin zu „symmetrischer Kommunikation“<sup>428</sup>. Zu diesem Zwecke müssen PolitikerInnen, Verwaltungsangestellte, StädteplanerInnen, ArchitektInnen und PädagogInnen von ihrer jeweiligen Macht abgeben.<sup>429</sup> Machtverteilung heißt bei Biedermann ergo, dass Machtmonopole möglichst eingeschränkt werden.

„Dies gelingt, indem die Potenz der Bestimmung gleichmässig auf alle Beteiligten verteilt wird. In Berufung auf diese Formel basiert die Machtverteilung nach demokratischem Ideal und damit verbunden nach partizipativem Gedanken auf dem Prinzip der (möglichst) gleichmässigen Machtverteilung auf alle am Entscheidungsprozess Teilnehmenden.“<sup>430</sup>

Das von Biedermann zusammengefasste Ergebnis einer Untersuchung zu Kinder- und Jugendpartizipation von Fatke & Niklowitz zeigt deutlich, dass die angestrebte Machtverteilung bei weitem nicht realisiert ist. Zusammenfassend halten Fatke & Niklowitz fest:

„Je relevanter für das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenlebens und letztlich für die Demokratie das Lebensfeld der Kinder und Jugendlichen wird (von der Familie über die Schule bis zur Öffentlichkeit/Gemeinde)’, desto weniger werden ‚ihr Partizipationsengagement bzw. ihre Möglichkeiten, mitzureden, mitzugestalten und mitzuentcheiden‘.“<sup>431</sup>

Zudem kann mit Claudia Herbstritt die Forderung von klaren Spielregeln, Transparenz und einfacheren bürokratischen Strukturen erhoben werden, mit dem Hinweis, dass das Fehlen dieser Voraussetzungen ein strukturelles Hindernis für die Beziehung zwischen Jugend und Politik, oder auch Bevölkerung und Politik, darstellt.<sup>432</sup>

Auf der Seite der Politik und der EntscheidungsträgerInnen existieren nach Buse / Nelles gleichfalls strukturelle Zwänge. Zum einen existiert eine ökonomische Abhängigkeit von Steuereinnahmen, vor allem aus der Privatwirtschaft. Zum anderen existiert eine normative Abhängigkeit: „Produktionsbezogene Investitionen können nur soweit vorgenommen werden, wie sie als nutzbringend für die Bevölkerung (...) deklariert werden kön-

---

<sup>428</sup> Friedrich u.a. 2004, S.68.

<sup>429</sup> Vgl. Ebd. S.67 f.

<sup>430</sup> Biedermann 2006, S.113.

<sup>431</sup> Ebd. S.196.

<sup>432</sup> Vgl. Herbstritt, Claudia: Jugendliche in der Politik – Ein Erfahrungsbericht. In: Eith / Rosenzweig (Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.83-87.

nen.“<sup>433</sup> Hieraus resultiere die Handlungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems. Trotzdem sei ein Übergewicht an verwirklichten ökonomischen Interessen in den kommunalpolitischen Entscheidungen festzustellen, was eine strukturelle Barriere für die politische Partizipation der Bevölkerung darstelle.<sup>434</sup>

#### **3.4.4. Partizipation und die Rolle der Parteien, Verbände und Vereine (Mesoebene)**

Verbände, Vereine, Organisationen und vor allem Parteien bilden durch ihre jeweilige interne Strukturierung einen Handlungsrahmen für die politische Aktivität der BürgerInnen. Hieraus ergeben sich Determinanten politischer Partizipation, die weder ausschließlich der strukturellen, noch der individuellen Ebene zugerechnet werden können. Zentraler Fokus in dieser Mesoebene soll nun die innerverbandliche Mitbestimmung sein, da Parteien oder sonstige Verbände Katalysator oder Hemmschuh politischer Partizipation sein können und deshalb ihre interne Verfasstheit in starkem Maße die Partizipationsmöglichkeiten der Individuen bestimmt.

Eine etwas ältere, aber präzise Kritik an der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie liefert Wolfgang Abendroth mit einem 1964 in der Politischen Vierteljahrszeitschrift veröffentlichten Aufsatz. Er kritisiert vor allem die fehlende Verbindung zwischen dem verfassungsmäßigen Parteienprivileg und einer wirklichen Verpflichtung zur innerparteilichen Demokratie. Ohne diese verkehre sich das Parteienprivileg von einer Demokratie fördernden Vorgabe in sein Gegenteil.<sup>435</sup> Ganz entscheidend für die innerparteiliche Demokratie sei eine kritische Publizität, durch welche die Parteiführung einer ständigen innerparteilichen und öffentlich-rationalen Diskussion unterworfen werde. Fehle dies, könne sich die Parteispitze nur noch Meinungsforschungsinstituten unterwerfen „und diese manipulierten Meinungen als gegebenen Tatbestand“<sup>436</sup> hinnehmen. Eine kritische Publizität und die Existenz einer kritischen öffentlichen Meinung sei nicht nur für die innerparteiliche Demokratie, sondern auch für den politischen Willensbildungsprozess der BürgerInnen von zentraler Bedeutung. Nur dadurch, dass die in den Massenmedien erzeugte manipulative, quasi-öffentliche Meinung „mit dem informellen Bereich der nicht-öffentlichen Meinungen durch eine in organisationsinternen Öffent-

---

<sup>433</sup> Buse / Nelles 1973, S.65.

<sup>434</sup> Vgl. Ebd. S.64-66.

<sup>435</sup> Vgl. Abendroth, Wolfgang: Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie. In: Politische Vierteljahrschrift. 5.Jg., H.3. 1964. S.311.

<sup>436</sup> Ebd. S.322.



lichkeiten entfachte kritische Publizität vermittelt wird<sup>437</sup>, könne sich – in Anlehnung an Habermas – der Kommunikationszusammenhang eines Publikums in einer Massendemokratie herstellen. Wenn gar keine Möglichkeit der kritischen Meinungsbildung innerhalb der Parteien bestünde, würden die Manager der Parteien in einem Oligopol zusammenfinden, „das den jeweiligen Status quo der Herrschaft in Gesellschaft und Staat stabilisiert.“<sup>438</sup>

Die Finanzierung der Parteien und ihre Arbeitsweise, besonders bei Wahlen, sind weitere Kritikpunkte Abendroths. So gehe es in Wahlkämpfen ausschließlich um die Konkurrenz von Wahlkampftechniken unter der Verwendung von Manipulationsmitteln, um die Anpassung an das niedrigstmögliche geistige und politische Niveau und um den Aufbau der politischen Wortführer als Stars. Inhaltlich-interne Gegenstandsdiskussionen und Kämpfe dürfe es nicht geben, da die Partei nach außen hin anstrebe, das Bild einer festen und geschlossenen Kampfgemeinschaft aufrecht zu erhalten.<sup>439</sup> Nach Abendroth „hat sich also die oligarchische Entartung des Parteiensystems in der Bundesrepublik zweifellos schon stark gefestigt“<sup>440</sup>. In den Parteien existiere zudem eine geringe soziale Mobilität, sodass nur Wenigen aus der sozialen Unterschicht ein Aufstieg in politische Führungsrollen gelinge.<sup>441</sup> Durch eine personenzentrierte Politik – der Auswahl von Führungskadern, anstatt der Auseinandersetzung um inhaltliche Fragen – werde der Politik- und Parteienverdrossenheit Vorschub geleistet, und der politisch interessierte Teil der Bevölkerung engagiere sich nicht mehr so stark in einer Partei. Viel eher fördere eine solche Politik eine Parteianhängerschaft, welche die Partei als Stellenvermittlung betrachte.<sup>442</sup> Die Parteienfinanzierung stärke als ein weiterer Faktor die Parteiführung, da sie über die Parteikasse verfüge.<sup>443</sup> Parteien, vor allem neue und mitgliederarme, könnten zudem durch ihre fehlende finanzielle Absicherung durch die Parteienfinanzierung in Abhängigkeiten geraten, beispielsweise durch Wirtschaftszuwendungen.<sup>444</sup> Aus diesem Grund sei zu fordern, dass alle Parteien – unabhängig von ihrer Größe und ihrem Besitz an Mandaten – die gleichen Beiträge erhalten.<sup>445</sup> Abendroth sieht durch die real existierende Parteiendemokratie den Artikel 21 GG verletzt. Sowohl die Chancengleichheit der Parteien sei durch die fehlende Parteienfinanzierung für neue Parteien nicht gegeben und dadurch mit dem Satz, „Ihre Gründung ist

---

<sup>437</sup> Ebd. S.314.

<sup>438</sup> Ebd. S.313.

<sup>439</sup> Vgl. Ebd. S.331.

<sup>440</sup> Ebd. S.334.

<sup>441</sup> Vgl. Ebd. S.332.

<sup>442</sup> Vgl. Ebd. S.330.

<sup>443</sup> Vgl. Ebd. S.334 f.

<sup>444</sup> Vgl. Ebd. S.318.

<sup>445</sup> Vgl. Ebd. S.337 f.

frei“<sup>446</sup>, nicht vereinbar, als auch die innerparteiliche Demokratie, entsprechend dem Satz, „Die innere Ordnung der Parteien muss demokratischen Grundsätzen entsprechen“<sup>447</sup>, aufgrund der angeführten Kritik nicht gewährleistet sei. Als Fazit stellt Abendroth fest, dass die innerparteiliche Demokratie radikal ausgeschaltet wurde.<sup>448</sup>

Während Abendroth die zentrale Rolle der Parteien in der Demokratie, wie es in Art. 21 GG festgeschrieben ist, nicht – oder nur aufgrund ihrer mangelnden inneren demokratischen Organisation – in Frage stellt, kritisiert beispielsweise Sauer prinzipiell die Privilegierung der Parteien: „Die beiden grundsätzlichen Prinzipien Repräsentation und Privilegierung von Parteien befördern nun diese ‚Männerträchtigkeit‘ im besonderen.“<sup>449</sup> Zum einen rührt ihre Kritik aus der immer noch vorherrschenden männlichen Dominanz im Parteienspektrum und zum anderen aus einer festgestellten Ausgrenzung – beispielsweise von Frauen – durch den Repräsentationsakt.<sup>450</sup>

Ohne an dieser Stelle auf die Auswirkungen oder Barrieren einzugehen, die aus einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie erwachsen, kann dennoch für die innerparteiliche und innerverbandliche Organisation festgestellt werden, dass das Prinzip der Repräsentation sowohl gängige Praxis als auch rechtliche Vorgabe ist.<sup>451</sup> Selbst in kleinen Gruppen, die nicht als Verein organisiert sind und damit nicht rechtlich zur Repräsentation verpflichtet sind, scheint die Stellvertretung, und damit die Etablierung von Hierarchien in der Gruppe, die Organisationsform der Wahl zu sein. Hieran übt die Projektgruppe ‚HierarchNie!‘ in ihrem Reader zu Entscheidungsfindung von unten und kreativen Gruppenprozessen Kritik und versucht Auswege und alternative, hierarchieärmere Organisationsformen aufzuzeigen. Formal-zentralistische Konzepte der Organisation werden als ein Teil Hierarchie fördernder und die Mitbestimmung Aller verhin- dernder Strukturen kritisiert. Hierzu zählen Vorstände, VertreterInnenversammlungen, Kommissionen oder auch Geschäftsstellen, da sie über besondere Befugnisse in der Gruppe verfügen. Selbst wenn sie formal-demokratisch durch eine Mitgliederversammlung oder Vollversammlung eingesetzt und im besten Fall kontrolliert würden, haben sie – so die Argumentation – aufgrund besserer Vorbereitung und des leichteren Zugangs zu Daten und Ressourcen einen Wissensvorsprung und mehr Einflussmöglichkeiten als einfache VersammlungsteilnehmerInnen.<sup>452</sup>

---

<sup>446</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) i.d.F. Nov. 1995. Art. 21, Abs. 1, S.2.

<sup>447</sup> Ebd. Art.21, Abs. 1, S.3.

<sup>448</sup> Vgl. Abendroth 1964, S.338.

<sup>449</sup> Sauer 1994, S.118.

<sup>450</sup> Vgl. Sauer 1994, S.119.

<sup>451</sup> Siehe hierzu: § 26 BGB

<sup>452</sup> Vgl. Projektgruppe ‚HierarchNie!‘: Reader HierarchNie! Entscheidungsfindung von unten & kreative Gruppenprozesse. 2003. S.7.

### **3.5. Empirisch-quantitative Betrachtungsweisen politischer Partizipation**

Sowohl in der öffentlichen als auch in der wissenschaftlichen Diskussion wird der Bevölkerung und insbesondere der Jugend Politikverdrossenheit unterstellt. In der empirischen Politikforschung wird im Zuge dieses Diskurses zum einen geschaut, ob der vermeintliche Rückgang an politischer Aktivität systemzersetzende Einstellungen zur Folge hat. Zum anderen werden mitunter auch Untersuchungen durchgeführt, an welchen politischen Institutionen Verdruss geübt wird und ob von einer generellen Politikverdrossenheit überhaupt die Rede sein kann.<sup>453</sup>

Die empirische Partizipationsforschung konzentriert sich fast ausschließlich auf die Überprüfung der politischen Einstellung und der Lebenslage, was vor allem Aussagen zur sogenannten Partizipationsbereitschaft liefern soll. Zentrales Mittel hierzu ist das Instrument der Selbsteinschätzung, woraus das subjektive politische Interesse ermittelt werden soll.<sup>454</sup> Untersuchungen zur Qualität der Partizipationsmodelle, welche die real vorhandenen Möglichkeiten zur Partizipation überprüfen, nach den tatsächlichen Auswirkungen fragen und neben individuellen auch strukturelle Barrieren benennen, scheinen in der Minderheit, oder zumindest auf weniger Resonanz zu stoßen.<sup>455</sup>

Bei der Betrachtung der empirischen Untersuchungen zu politischer Partizipation ist auffällig, dass – wie es bereits vermutet wurde – der Schwerpunkt auf der Partizipation junger Menschen liegt. Das zieht natürlich eine Schiefelage nach sich, die benannt werden muss, wenn man ganz allgemein von politischer Partizipation sprechen möchte. Dennoch lohnt ein Blick in Studien zu politischer Partizipation junger Menschen. Zunächst jedoch sollen drei allgemeine Studien zu politischer Partizipation betrachtet werden.

Politische Partizipation in der gesamten Breite des Gegenstandes hat die Bertelsmann Stiftung mit ihrer Studie von 2003 zur politischen Partizipation in Deutschland zu erfassen versucht. Auf europäischer Ebene wurde dieses Ziel mit dem European Social Survey von 2002/03 und 2004 verknüpft. Vom BMFSFJ wurde 2004 in Deutschland zudem eine Studie zu freiwilligem Engagement, der Freiwilligensurvey, durchgeführt.

---

<sup>453</sup> Siehe hierzu: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Politische Partizipation in Deutschland. 2004; Deutsche Shell (Hg.): Jugend 1997. 12. Shell Jugendstudie. 1997; Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie. 2002; Deth / Neller: Politisches Engagement in Europa. (Zum European Social Survey 2002/03 und 2004). 2006; Gille / Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. (Zum DJI-Jugendsurvey 1997). 2000.

<sup>454</sup> Vgl. Deth / Neller 2006, S.31.

<sup>455</sup> Einige Beispiele, die über das Erfassen der Partizipationsbereitschaft hinaus blicken, sind: Alemann (Hg.) 1975; Friedrich u.a. 2004; Hafener u.a. (Hg.) 2005; Wendland 2002.

Die Bertelsmann Stiftung verfolgt – wie es im Vorwort ihrer Veröffentlichung dargelegt wird – mit der Studie das Ziel, „die Qualität der politischen Steuerung zu stärken.“<sup>456</sup> Zudem möchten die Autoren Kornelius / Roth dem kausalen Schnellschuss von einer Kritik am politischen Output zum Konstatieren einer generellen Politikverdrossenheit entgegenwirken und die Kritik differenzierter darstellen. Allerdings erschöpft sich diese Differenzierung in einem Aufzeigen der weit verbreiteten Kritik des abnehmenden Vertrauens an PolitikerInnen und Parteien und gleichzeitigem Abfragen der System- oder Demokratieakzeptanz, die nach wie vor hoch ist. Auf die Frage „Halten Sie die Demokratie für die beste Staatsform in Deutschland?“<sup>457</sup> antworteten 77% der Befragten mit ‚ja‘, wohingegen dem Satz, „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.“<sup>458</sup>, zugleich 68% der Befragten zustimmten und das Vertrauen in die Politiker auf einer –5/+5 Skala bei –1 und das Vertrauen in Parteien bei –0,8 liegt.<sup>459</sup> Hieraus schließen die Autoren:

„Kritik bedeutet aber keinesfalls automatisch Distanz, denn trotz der momentan hohen Unzufriedenheit mit der Demokratie stellen die allermeisten Bundesbürger die Verfassungsordnung der Republik als solche grundsätzlich nicht in Frage: (...) Es findet sich in der Bevölkerung keine Gruppe, die auch nur annähernd mehrheitlich an der Demokratie zweifelt.“<sup>460</sup>

Neben dem Abfragen der Systemakzeptanz, womit ein zentrierter Blick auf die Gefahren für die Verfassungsordnung gerichtet wird, steht die Bereitschaft zu politischem sowie zu freiwilligem Engagement der BürgerInnen und das Verhältnis dieser beiden Kategorien im Mittelpunkt. 53% der Befragten gaben an Mitglied in einem Verein zu sein, von diesen verrichten 52% eine freiwillige Tätigkeit bzw. ein Ehrenamt. Auf den Bereich Sport verteilen sich die meisten Vereinsmitgliedschaften mit 57%, gefolgt von Politik – im Sinne von Interessenvertretung, Bildungsarbeit, bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort, Umwelt- und Tierschutz, sowie Justiz und Kriminalität – mit 23%.<sup>461</sup> Bei selbstorganisierten bürgerschaftlichen Gruppen und Initiativen liegt die Beteiligung bei 11%.<sup>462</sup> „Innerhalb der bürgerschaftlichen Gruppen bilden solche mit politischer Zielsetzung (41 Prozent) das Schwergewicht.“<sup>463</sup> Obwohl anders dargestellt nur etwa 5%<sup>464</sup> der

---

<sup>456</sup> Bertelsmann Stiftung (Hg.) 2004, S.8.

<sup>457</sup> Ebd. S.52, Abb. 10.

<sup>458</sup> Ebd. S.73, Abb. 34.

<sup>459</sup> Vgl. Ebd. S.68, Abb.28.

<sup>460</sup> Ebd. S.52 f.

<sup>461</sup> Vgl. Ebd. S.106 f., Abb. 64 u. 65.

<sup>462</sup> Vgl. Ebd. S.109, Abb. 67.

<sup>463</sup> Ebd. S.109.

<sup>464</sup> Der Prozentsatz für eine aktive Mitgliedschaft in einem politisch orientierten Verein ist 6,34%. Das ergibt sich aus 23% (politischer Bereich) von 52% (aktive Mitglieder) von 53% (Mitglieder in Vereinen). Der Prozentsatz für politisch orientierte bürgerschaftliche Gruppen ist 4,51%. Das ergibt sich aus 41% (politischer Zielsetzung) von 11% (Beteiligung in bürgerschaftlichen Gruppen).

Befragten in explizit politisch orientierten Vereinen und politischen Gruppen aktiv sind, kommt Andreas Osner in der Bertelsmann-Studie zu dem Ergebnis, dass ein großer Teil der Bevölkerung beispielsweise in Vereinen und Bürgerinitiativen aktiv ist und dass es einen Zusammenhang zwischen freiwilligem unpolitischem und politischem Engagement gibt:

„Und diese Menschen interessieren sich tendenziell mehr für Politik, ihre Institutionen und ihre Akteure als Nicht-Aktive. Freiwillige engagierte Personen beteiligen sich intensiver an Wahlen und zeigen eine grundsätzlich positivere Haltung zur Demokratie. Soziales Engagement, wenn auch zunächst unpolitisch, bildet einen förderlichen Kontext für politisches Engagement. Es gibt einen nachgewiesenen Zusammenhang zwischen Bürgergesellschaft und demokratischer Teilhabe.“<sup>465</sup>

Als eine weitere Schlussfolgerung, nun aus der Kritik an Politikern und Parteien, schlägt er vor, die Parteienidentifikation und die „Identifikation mit demokratischen Institutionen zu stärken.“<sup>466</sup>

Nach dem Freiwilligensurvey des BMFSFJ von 1999 und 2004 engagierten sich zum ersten Zeitpunkt 34% und zum zweiten 36% der Befragten. Hafener zieht aus dem Survey den Schluss: „Wer sozial integriert ist, engagiert sich; und Partizipation ist eher ein Mittelschichtphänomen; das organisatorische Zentrum sind nach wie vor Vereine und Verbände.“<sup>467</sup> In dem Survey wird auf den neuen Typ sich ehrenamtlich engagierender Personen eingegangen. Dieser neue Typ beteiligt sich lieber „an selbst initiierten Projekten, die häufig zweckgebunden, zeitlich überschaubar und konkret sind.“<sup>468</sup> Frauen sagt dieser neue Typ des ehrenamtlichen Engagements am meisten zu.<sup>469</sup>

Deth und Neller konzentrieren sich bei den Daten des European Social Survey von 2002/03 und 2004 auf den Zusammenhang von politischem Interesse und politischem Engagement. Hierzu bilden sie vier Typen, die sich aus der Kombination der Intensität des politischen Interesses und des Partizipationsverhaltens ergeben. ‚Die Apathischen‘ (1) sind diejenigen, die sich nicht oder kaum für Politik interessieren und nicht oder nur in Form des Wählens politisch partizipieren. ‚Die Mitmacher‘ (2) interessieren sich ebenfalls kaum oder gar nicht für Politik, aber nutzen weitere Formen der Beteiligung über das Wählen hinaus. ‚Die Zuschauer‘ (3) sind zwar politisch interessiert, partizipieren allerdings gar nicht oder nur bei Wahlen. ‚Die Engagierten‘ (4) sind sowohl politisch interessiert, als auch über die Wahlbeteiligung hinaus politisch aktiv. Beobachtet wurde,

---

<sup>465</sup> Ebd. S.131.

<sup>466</sup> Ebd. S.131 f.

<sup>467</sup> Hafener, Benno: Beteiligung in Jugendverbänden. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 53.Jg., H.5. 2006. S.213.

<sup>468</sup> Ebd.

<sup>469</sup> Vgl. Ebd. S.212 f.

dass die Apathischen und die Engagierten die größten Gruppen in den europäischen Staaten stellen. Hiermit sehen die AutorInnen ihre These bestätigt, dass es einen Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischem Engagement gibt, und dass es ohne Interesse an der Politik keine Beteiligung gibt und ohne Beteiligung keine Mitbestimmung. In den skandinavischen Ländern bildeten die Engagierten die größte Gruppe, in allen anderen untersuchten europäischen Ländern war das Verhältnis ausgeglichen oder es überwog die Gruppe der Apathischen.

„Diese für moderne Gesellschaften charakteristischen Apathischen sind dabei eher weiblich als männlich, eher jünger als älter, haben ein geringeres Bildungsniveau und Einkommen, sind weniger zufrieden mit der Demokratie, fühlen sich politisch weniger kompetent, haben ein ausgeprägtes Gefühl, dass Politiker sich nicht an ihren Interessen orientieren, und ein geringeres politisches Vertrauen.“<sup>470</sup>

Die AutorInnen stellen weiter fest, dass die Ausweitungen des Partizipationsrepertoires der letzten Jahrzehnte nicht zu einer generellen Zunahme der politischen Beteiligung geführt hat. Für künftige Forschungen sei die Beobachtung der Gruppe der Apathischen, ihres Anteils und ihrer demokratischen Orientierung geboten.<sup>471</sup>

Bei der empirischen Betrachtung politischer Partizipation junger Menschen nehmen die Shell-Jugendstudien einen zentralen Stellenwert ein. In der 14. Shell-Jugendstudie liegt, obwohl Faktoren sozialer Ungleichheit in die Studie miteinbezogen werden und einzelnen Gruppen von Jugendlichen daraufhin ein strukturell wahrscheinliches Bildungsrisiko zugeordnet wird, der Schwerpunkt der gesamten Untersuchung auf der Erhebung der persönlichen Zukunftserwartung, dem Interesse an Politik, der politischen Einstellung, der Wertorientierung und der Akzeptanz der Demokratie. Dazu werden unter anderem „die Themenfelder Familie, Schule und Freizeit betrachtet. Sie stellen die wichtigsten Entwicklungsbereiche der Jugendphase dar und prägen auch das Politik- und Werteverständnis junger Menschen.“<sup>472</sup> Insgesamt wird das Interesse an Politik als weiter rückläufig bezeichnet. 1991 gaben noch 57% der befragten Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren an politisch interessiert zu sein, was bis zur Studie im Jahre 2002 stetig bis auf 34% abnahm.<sup>473</sup> Hafenegger bemerkt hierzu, dass in der 12. Shell-Jugendstudie aus dem Jahre 1997, im Gegensatz zu der aus dem Jahre 2002, differenzierter festgestellt wurde,

„(...) dass weniger von einer politikverdrossenen Jugend, sondern eher von einer politikerverdrossenen Jugend bzw. Jugendverdrossenheit der Politik zu sprechen

---

<sup>470</sup> Deth / Neller 2006, S.38.

<sup>471</sup> Vgl. Ebd. S.31-38.

<sup>472</sup> Hurrelmann, Klaus u.a.: Wachsende Ungleichheit der Zukunftschancen? Familie, Schule und Freizeit als jugendliche Lebenswelten. In: Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 2002. S.53.

<sup>473</sup> Vgl. Deutsche Shell (Hg.) 2002, S.21.

sei. (...) Nicht inhaltliches Desinteresse an Politik und Gesellschaft (und auch an gesellschaftlichem Engagement), sondern Distanz, Abwendung und zunehmende ‚Beteiligungsmüdigkeit‘ gegenüber den politischen Parteien, Institutionen und Organisationen und deren Angeboten ist in der jungen Generation anzutreffen.“<sup>474</sup>

Der DJI-Jugendsurvey betont stärker als die Shell-Jugendstudie die Bedeutsamkeit sozialer Ungleichheit für politisches Engagement: „Denn die durch die Verortung im System sozialer Ungleichheit bestimmte soziale Lage der jungen Menschen hat großen Einfluß auf die Herausbildung politischer Orientierungen und auf das politische Partizipationsverhalten.“<sup>475</sup> Da es eine Jugendstudie ist, wird für die vertikale Dimension sozialer Ungleichheit, aufgrund mangelnder Berufstätigkeit, nicht der Beruf, sondern die Kategorie Bildung / Ausbildung als zentraler Indikator verwendet. Zusätzlich werden in der horizontalen Dimension sozialer Ungleichheit die Geschlechtszugehörigkeit, die ethnische Zugehörigkeit, sowie die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländer als weitere Differenzierungskategorien einbezogen.<sup>476</sup> Im DJI-Jugendsurvey wurden zwar nur deutsche Jugendliche befragt, allerdings hat das DJI zeitgleich mit einem großen Teil der Fragen aus dem Jugendsurvey eine separate Untersuchung zur „politischen Orientierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien“<sup>477</sup> durchgeführt. Ähnlich dem European Social Survey konstatiert der DJI-Jugendsurvey bei den jungen Erwachsenen zwischen 16 und 29 Jahren einen Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischem Engagement, sodass mit höherem politischen Interesse eine größere Bereitschaft für politische Partizipation einhergeht. Zudem kann ein deutlicher Rückgang bei den Mitgliedschaften in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden verzeichnet werden, während dem entgegen eine stabil hohe Aufgeschlossenheit gegenüber informellen politischen Gruppierungen und neuen sozialen Bewegungen besteht.<sup>478</sup> Abschließend werden die Ergebnisse in Bezug auf die sozial-strukturellen Faktoren diskutiert. Als zentrales soziales Merkmal, das die Lebenssituation, die politische Haltung und die Beteiligungschancen systematisch prägt, wird das Bildungsniveau genannt. Hierbei ist das Bildungssystem in entscheidendem Maße an der Herstellung sozialer und politischer Ungleichheit beteiligt.

„Die formalen Bildungsabschlüsse haben neben den genannten Aspekten der Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung auch weitreichende Auswirkungen

---

<sup>474</sup> Hafenegger 2006, S.212.

<sup>475</sup> Achatz, Julia u.a.: Forschungsleitende Perspektiven und Konzept des Jugendsurveys. In: Gille / Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich. 2000a. S.16.

<sup>476</sup> Vgl. Ebd. S.17.

<sup>477</sup> Ebd. S.18.

<sup>478</sup> Vgl. Gaiser, Wolfgang / Rijke, Johann de: Partizipation und politisches Engagement. In: Gille / Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2000. S.317 f.

auf spätere Berufs- und Lebenschancen und die dadurch objektiv oder subjektiv bedingten Möglichkeiten der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.“<sup>479</sup>

Durch das Bildungssystem wird den gering Gebildeten ein geringer sozialer Status zugewiesen. Gesellschaftliche Anerkennung bleibt ihnen versagt oder fällt knapp aus, was sich oft in der Wahrnehmung und Bewertung der eigenen Lebenssituation widerspiegelt.<sup>480</sup> Im Resümee zum DJI-Jugendsurvey wird zudem explizit der Faktor Geschlecht einbezogen. Hierzu wird festgehalten, dass die Positionierungen junger Frauen im Ausbildungs- und Berufsbereich geschlechtstypische Merkmale aufweisen, die häufig eine gesellschaftliche Schlechterstellung im Sinne erschwerter Zugänge zu Erwerbsarbeit und zu attraktiven Berufskarrieren bedeuten. „Das Einkommensniveau junger Frauen liegt generell unter dem der Männer. Mädchen und junge Frauen sind auch häufiger abhängig von staatlichen Transferleistungen.“<sup>481</sup> Insbesondere in den neuen Bundesländern stellt sich die Lebenssituation der weiblichen Befragten, aufgrund einer höheren Arbeitslosenquote, als sozial ungünstiger dar. Zudem gibt es „offensichtlich starke gesellschaftliche und institutionelle Barrieren, die Frauen daran hindern, in die politische Arena, erst recht aber in die Machtzentren vorzudringen.“<sup>482</sup> Ein spezifisches Verhältnis von Frauen zur Politik lässt sich im Hinblick auf ein geringeres politisches Interesse und eine nach Selbsteinschätzung geringere politische Kompetenz erkennen. Die Partizipationsbereitschaft von Frauen ist in traditionell strukturierten Vereinen und Organisationen geringer und in Gruppen der neuen sozialen Bewegungen stärker ausgeprägt als bei Männern.<sup>483</sup> Bianca Friedrich u. a. haben keine quantitative Jugendstudie durchgeführt, sondern anhand von sechs Portraits von kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekten Rückmeldungen eingeholt, Schwierigkeiten aufgezeigt, Hinweise gegeben und zentrale Aspekte der Projektarbeit beleuchtet. Die einzelnen Projekte wurden zudem mit den anderen in Beziehung gesetzt, woraus Vergleiche und die Formulierung prinzipieller Fragestellungen – wie nach der Rolle der Moderation, der pädagogischen Planung oder dem Verhältnis von Politik, Verwaltung und Jugend – entstanden. Hierbei zeigt sich, dass es den AutorInnen weniger um die Bestimmung der Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen geht, sondern vielmehr um die konkreten Herausforderungen von Beteiligungsprojekten im Spannungsfeld verschiedenster Akteure. Als ein Ergebnis der Vergleiche kann konstatiert werden, dass die Unterstützung der Beteiligungsprojekte durch die Politik von dem Projekttyp – ob die Initiative von der Politik, der Jugend oder von Dritten kam – abhängt. Die „Bottom-up Projekte (Initiative geht von der Jugend aus,

---

<sup>479</sup> Achatz 2000b. S.428.

<sup>480</sup> Vgl. Ebd. S.426-429.

<sup>481</sup> Ebd. S.430.

<sup>482</sup> Ebd. S.431.

<sup>483</sup> Vgl. S.430-432.



Anm. v. M.K.) mussten die meiste Überzeugungsarbeit leisten.“<sup>484</sup> Des Weiteren standen die Jugendlichen – ganz im Gegensatz zu den erwachsenen Projektbeteiligten – dem Satz ‚Beteiligung in der Kommune lohnt sich‘ kritisch gegenüber.<sup>485</sup>

„Sie wehrten sich gegen eine Kolonialisierung ihres Lebensalltags durch professionelle Beteiligung und forderten insbesondere: Beteiligung darf nicht nur dann stattfinden, wenn sie sich rechnet! (...) Es darf keine Aufteilung in ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Beteiligungsthemen geben! (...) Auch Bottom-up-Projekte müssen gefördert werden!“<sup>486</sup>

Das Spannungsfeld zwischen den Akteuren wird in dem Band zu Kinder- und Jugendpartizipation von Hafener u. a. ebenfalls tiefergehend beleuchtet. So werden die Sichtweisen zweier engagierter Jugendlicher, pädagogischer Fachkräfte der Jugendarbeit, Entscheidungsträger aus der Politik, sowie die Sicht der Verwaltung und der Bürgermeister als Grundlage für die Untersuchungen genommen. Hinzu kommt die Evaluationsstudie eines kommunalen Partizipationsangebotes. Hierdurch ergeben sich Einblicke in die Zusammenarbeit von Akteuren, deren Absprachen, Konflikte und Unstimmigkeiten, woraus Rückschlüsse auf die Konzeptionen der Partizipationsprojekte und konkrete Ratschläge abgeleitet werden.<sup>487</sup>

### **3.6. Qualitative Betrachtung politischer Partizipation**

#### **3.6.1. Partizipationsquote und Partizipationsgrad**

In den bisherigen Teilen der Arbeit spielten die quantitativen Aspekte politischer Partizipation eine übergeordnete Rolle. An dieser Stelle soll explizit nun zwischen quantitativen Aspekten, wie der Partizipationsquote, und qualitativen Aspekten, wie dem Partizipationsgrad, differenziert werden. Hierbei sollen in der Literatur angeführte Qualitätskriterien herausgearbeitet werden, die in Kapitel 4 Gegenstand einer Betrachtung aus emanzipatorischer Perspektive sein werden.

Der Partizipationsgrad ist nach Schwiderowski von zweierlei abhängig. Zum einen davon, auf welcher Stufe eines Partizipationsprozesses die BürgerInnen beteiligt werden und zum anderen davon, wie weit gehend oder intensiv die Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen sind.

---

<sup>484</sup> Friedrich u.a. 2004, S.158.

<sup>485</sup> Vgl. Ebd. S.171.

<sup>486</sup> Ebd. S.171 f.

<sup>487</sup> Vgl. Hafener u.a. (Hg.) 2005.

Schwiderowski benennt nach Britsch für den Partizipationsgrad fünf mögliche Stufen eines policy-Zyklus und eines möglichen Partizipationsprozesses:

Tabelle 3: 5 Stufen eines möglichen Partizipationsprozesses nach Britsch<sup>488</sup>

1. Entstehung
2. Zielformulierung
3. Planung
4. Entscheidung
5. Implementation

Diese Stufen oder Phasen eines Partizipationsprozesses beschreibt Waschkuhn noch etwas ausführlicher in sieben Phasen:

Tabelle 4: 7 Phasen eines Partizipationsprozesses nach Waschkuhn<sup>489</sup>

1. Problemdefinition
2. Agenda-Setting (Aufnahme des Themas auf die Tagesordnung der Politik)
3. Politik-Formulierung
4. Phase der Produktion von politischen Entscheidungen (Policy-Output)
5. Politikimplementierung (Durchführung)
6. Politikergebnis (Policy-Outcome)
7. ggf. Novellierung (Neuformulierung der Politik)

Im Unterschied zu Britschs Modell differenziert Waschkuhn die erste Phase der ‚Entstehung‘ aus. Zudem fügt er mit dem ‚Policy-Outcome‘ und der ‚Novellierung‘ zwei Phasen im Anschluss an die Implementation hinzu. Die Planungsphase fällt in Waschkuhns Modell heraus. Beide Modelle scheinen allerdings die Phasen eines policy-Zyklus bzw. möglichen Partizipationsprozesses unvollständig darzustellen, da die *Beratung*, der *öffentliche Diskurs* oder – ganz im Sinne der deliberativen Theorie – der *kommunikative Aushandlungsprozess* fehlt oder mit dem Begriff der Politik-Formulierung unglücklich benannt ist.

Doch viel entscheidender für die Qualität politischer Partizipation ist nicht die Genauigkeit dieser policy-Zyklus-Modelle, sondern die hieraus resultierenden Aussagen zum Partizipationsgrad. Schwiderowski hält anhand seines Modells fest, dass der Partizipati-

<sup>488</sup> Vgl. Schwiderowski 1989, S.46.

<sup>489</sup> Vgl. Waschkuhn 1998, S.15.

onsgrad und damit die Qualität der Partizipation umso mehr steigt, je mehr Stufen des Prozesses in ein Partizipationsprojekt miteinbezogen werden: „Bürgerschaftliche Partizipation verändert ihre Qualität dort, wo sie nicht erst bei Phase vier oder fünf ansetzt, sondern bereits bei der Problemdefinition vorgesehen ist.“<sup>490</sup>

Die zweite Qualitätskomponente, die Reichweite oder Intensität der Beteiligung, wird von Biedermann – mit Bezug auf Schröder – zunächst in neun Stufen, von *Fremdbestimmung* bis *Selbstverwaltung*, veranschaulicht:

Tabelle 5: Stufen der Beteiligung nach Schröder<sup>491</sup>

Selbstverwaltung
Selbstbestimmung
Mitbestimmung
Mitwirkung
Zugewiesen, informiert
Teilnahme
Alibi-Teilnahme
Dekoration
Fremdbestimmung

Der für Biedermann interessante Punkt der *Mitbestimmung* ist bei Schröder nicht weiter ausdifferenziert, weshalb er zusätzlich diese Stufe nach Oser u. a. nach sieben Intensitäten unterteilt:

Tabelle 6: Unterschiedlich intensive Partizipationsarten nach Oser u. a.<sup>492</sup>

Vollkommene Partizipation (vollständig geteilte Verantwortung)
Bereichsspezifische Partizipation (Partizipationsinsel)
Teilpartizipation in Handlungsinself (Eingebundene Verantwortung)
Indirekte Partizipation I: Auftragsverantwortung
Indirekte Partizipation II: Freundlichkeitsverantwortung
Indirekte Partizipation III: Zugehörigkeit
Pseudo-Partizipation

<sup>490</sup> Schwiderowski 1989, S.46.

<sup>491</sup> Vgl. Biedermann 2006, S.118, Abb. 5.1.

<sup>492</sup> Vgl. Ebd. S.123, Abb. 5.3.

Da für Biedermann Partizipation immer aus sieben Elementen – Entscheidungsfindung, Diskursivität, Öffnung, Gemeinschaftlichkeit, Verantwortungsübernahme, Machtverteilung und Freiwilligkeit<sup>493</sup> – bestehen muss, kommen für ihn nur die obersten drei Intensitätsstufen als wirkliche Partizipationsprozesse in Frage, da bei allen anderen die *Entscheidungsfindung*, die *Diskursivität* und die *Machtverteilung* fehlen.<sup>494</sup>

### 3.6.2. Anerkennung und das Recht auf Partizipation

Der Begriff der Anerkennung orientiert sich an der dreigliedrigen Definition ‚Recht, Liebe und Solidarität‘ von Honneth und ist, obwohl sich der Vergleich lohnen könnte, nicht mit dem Terminus *Anerkennung* bei Bourdieu zu verwechseln. Burdewick stellt fest, dass die Distanzierung der Jugendlichen vom politischen Bereich aus mangelnder Anerkennung seitens der konventionellen Politik resultiere. Sie weist gleichfalls darauf hin, dass dies sicher auch in großem Maße auf Erwachsene zutreffe. Sie leitet aus der Studie zwei Befunde ab. Zum einen sollen junge Leute durch pädagogische Flankierungen zu einem selbstbewussten und selbstsicheren Eintreten für ihre Interessen gelangen, wobei die Vermittlung von Wertvorstellungen nicht vorrangig der Integration in vorgegebene soziale und politische Muster dienen soll, sondern die Aufgabe hat, den Heranwachsenden „zu eigenen tragfähigen Orientierungsmustern zu verhelfen, mit denen sie sich identifizieren, die sie aber auch (in altersgemäßer Form) reflektieren bzw. hinterfragen können (...)“<sup>495</sup>. Zum anderen

„(...) sollte für Heranwachsende eine politische Kultur der Beteiligung geschaffen werden, die sie als Experten und Expertinnen in eigener Sache anerkennt und es ihnen viel stärker ermöglicht, sich als wertvoll für die Gemeinschaft zu erfahren, als dies bisher der Fall ist. Dazu gehört auch eine Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung für Jugendliche.“<sup>496</sup>

Rechtliche Regelungen für eine Kinder- und Jugendpartizipation finden sich jetzt schon beispielsweise im Sozialgesetzbuch zur Kinder- und Jugendhilfe in den Paragraphen 8 und 11. So sollen Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe“<sup>497</sup> beteiligt werden. Des Weiteren sollen die Angebote der Jugendarbeit von den Jugendlichen „mitbestimmt und

---

<sup>493</sup> Vgl. Ebd. S.102 f.

<sup>494</sup> Vgl. Ebd. S.123 f.

<sup>495</sup> Leu zit. n.: Burdewick 2005, S.117.

<sup>496</sup> Burdewick 2005, S.117.

<sup>497</sup> Sozialgesetzbuch zur Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) i.d.F. vom 29.05.1998. § 8, Abs.1.

mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“<sup>498</sup>

Doch ungeachtet dieser Gesetze existieren aktuelle Partizipationsbegründungen, in denen Kinder und Jugendliche zu Objekten gemacht werden. Sturzenhecker führt als Beispiel hierzu eine Begründung von Jugendpartizipation durch die EU-Kommission aus dem Jahre 2003 an. Nach ihr verbessern sich durch eine politische Partizipation der Jugendlichen auf der einen Seite „die Methoden der Entscheidungsfindung“<sup>499</sup> und auf der anderen Seite geht damit der „Erwerb und Ausbau von Fähigkeiten, die den Jugendlichen in ihrem beruflichen und sozialen Leben von Nutzen sind, aber auch positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben, indem sie zur ‚Bildung intelligenter Staatsbürgerschaften‘ beitragen“<sup>500</sup>, einher. Hiernach ist die Partizipation vor allem Voraussetzung für ein besseres Regieren, was Sturzenhecker zu einer längeren Kritik ausholen lässt:

„Jugendliche sind hier nicht Subjekte demokratischer Entscheidungen, sie sollen lediglich ihre Bedürfnisse und Interessen vortragen, weil auf dieser Grundlage andere besser für sie entscheiden können. Partizipation wird als lehrreich für andere Lebensfelder verstanden, nicht aber für das Politik-Machen. Sie wird als Teil einer allgemeinen pädagogischen Strategie der Staaten gegenüber ihren Bürgern konzipiert: Es geht darum ‚intelligente Staatsbürgerschaften‘ herzustellen. Der Souverän des demokratischen Staates wird zum Objekt von Staatspädagogik degradiert. Trotz der zu fördernden Intelligenz dieser Bürger werden sie nicht als Träger von Rechten und als Subjekte des Staates entworfen, sondern sie sollen reibungsloser und besser regiert werden. Partizipation wird hier für gutes Regieren funktionalisiert. Kinder und Jugendliche sind damit Objekte eines wohlmeinenden Staates, der gerne besser auf ihre Bedürfnisse und Interessen eingehen, aber auf keinen Fall die Macht teilen will. Im Gegenteil: Der Staat will sich die Bürger erziehen, die er braucht (...)“<sup>501</sup>.

Nach Sturzenhecker muss Partizipation ein Recht sein und die Beteiligten an einem Partizipationsprojekt als Subjekte wahrgenommen werden. Dementsprechend werde Partizipation nicht gewährt und die Kinder und Jugendliche, oder auch BürgerInnen, sind nicht auf die Gnade der PädagogInnen angewiesen. Vielmehr ist die Partizipation ihr Recht als Gesellschaftsmitglieder. Wobei für Sturzenhecker nicht so sehr das Ausmaß der Rechte wichtig ist, „sondern die öffentliche, begründete (und auch kritisierbare) Klärung der Rechtsverhältnisse zwischen Erwachsenen und jugendlichen Adressaten.“<sup>502</sup> Als Motivationen für eine Partizipation, die die Jugendlichen funktionalisiert, führt er drei

---

<sup>498</sup> Ebd. § 11, Abs.1.

<sup>499</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2003 zit. n.: Sturzenhecker, Benedikt: Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen. In: deutsche jugend, 53. Jg., H.6. 2005. S.255.

<sup>500</sup> Ebd.

<sup>501</sup> Sturzenhecker 2005, S.256.

<sup>502</sup> Ebd. S.261.

Punkte an: 1. Die Gewinnung der Jugendlichen für die Mitarbeit in Organisationen und Parteien; 2. Negative Einstellungen abbauen; 3. Grundlagen schaffen für eine optimierte kommunale Politik. Sturzenhecker fasst diese Motivation folgendermaßen zusammen: „Durch Partizipation sollen Kinder und Jugendliche bei herkömmlicher Politik mitmachen, weniger mosern und besser regiert werden.“<sup>503</sup> Das ist nach ihm Scheinmitbestimmung und nicht Emanzipation.

„Solche Partizipation, die die Bürger befriedet statt emanzipiert, nennt Gronemeyer ‚apathische Partizipation‘: ‚Partizipation wirkt konflikthemmend durch Integration in den Horizont gegebener institutioneller Möglichkeiten. Ihrer kritischen Inhalte beraubt, degeneriert Partizipation so zu einer besonders subtilen Form politischer Apathie (als widerspruchslose Fügung in institutionelle Gegebenheiten)‘.<sup>504</sup>

Sturzenhecker führt weiter aus, dass durch diese Art von integrativer und apathischer Partizipation keine politische Praxis verändert, sondern nur die bestehende legitimiert wird, womit die Ursachen der Politikverdrossenheit nicht angetastet werden, sondern nur das Gefühl der Verdrossenheit verändert werden soll.<sup>505</sup>

Knauer / Sturzenhecker sehen in der Verankerung von Rechten einen zentralen Aspekt der Strukturqualität politischer Partizipation. Dadurch sollen die Beteiligungsstrukturen den Jugendlichen durchgängig und nicht nur für harmlose Probierprojekte zur Verfügung stehen.<sup>506</sup> Auch Friedrich u. a. stellen in ihrem Schlusswort heraus, dass die Jugendlichen ihre Beteiligung als ihr Recht einfordern und nicht als Gnade: „Kinder und Jugendliche wollen Rechte in der Kommune – nicht, weil es sich für andere rechnet, sondern weil es ihr Recht ist!“<sup>507</sup>

### **3.6.3. Wirksamkeit politischer Partizipation**

Ein weiterer Aspekt politischer Partizipation kann nach Knauer / Sturzenhecker mit der Ergebnisqualität oder nach Buse / Nelles mit der Wirksamkeit von Partizipation betitelt werden. Letztere betrachten es als Kriterium der Wirksamkeit politischer Partizipation, ob durch den Partizipationsprozess sich nur die Form des Politikprozesses geändert hat, oder sich auch inhaltliche Konsequenzen ergeben haben. Wenn nur eine Formveränderung ohne inhaltliche Konsequenzen feststellbar sei, sei dies nur eine „symbolische Gra-

---

<sup>503</sup> Ebd. S.256.

<sup>504</sup> Ebd.

<sup>505</sup> Vgl. Ebd. S.255-261.

<sup>506</sup> Vgl. Knauer / Sturzenhecker 2005, S.78 f.

<sup>507</sup> Friedrich u.a. 2004, S.172.

tifikation, als Beschäftigungstherapie oder als Instrument zur Erzeugung von Legitimation und Loyalität“<sup>508</sup>. Buse / Nelles stellen – zumindest für die damalige Situation – mit Blick auf die Berliner Senatsvorlage ‚Berliner Bericht über die Beteiligung von Betroffenen an Planungsentscheidungen‘ des Jahres 1973 fest, dass eine Wirksamkeit, im Sinne einer tatsächlichen Umsetzung von Interessen, nicht erwünscht ist. Im Berliner Bericht ist hierzu zu lesen, dass durch Partizipationserfahrungen, bei denen Interessen erfolgreich umgesetzt werden konnten, ein grenzüberschreitender Zuwachs an Forderungen gegenüber der Administration zu befürchten sei.<sup>509</sup> Auch Buse / Nelles gehen durch positive Partizipationserfahrungen von einer Steigerung des Anspruchsniveaus der Bevölkerung aus. Doch als Konsequenz hieraus kommen für sie zwei Umgangsweisen in Betracht: „Die Folge wäre dann eine Eindämmung und Abwehr der Partizipationsforderungen und damit Frustration auf der einen Seite *oder* der Konflikt mit bisher dominanten Interessen und damit möglicherweise Dysfunktionalität von Partizipation auf der anderen Seite.“<sup>510</sup> Somit bedeutet Partizipation für sie auch immer Macht- und Privilegieneinbußen der politischen Klasse.

#### **3.6.4. Visionen und Forderungen für politische Partizipation**

Für die Darstellung der Partizipationskonzepte lohnt ein Blick über die Betrachtung unterschiedlicher Qualitätsmerkmale hinaus. Hierbei erscheint die Frage, welche Forderungen für eine Verbesserung politischer Partizipation erhoben werden, besonders interessant. Die große Bandbreite an Forderungen unterschiedlicher AutorInnen zu berücksichtigen stellt eine Herausforderung dar, die nur durch eine selektive Auswahl charakteristischer Beispiele gemeistert werden kann. Diese Auswahl kann mit Sicherheit keine Repräsentativität für sich beanspruchen, obgleich die Forderungen aufgrund ihrer beobachteten Relevanz in der verwendeten Literatur ausgesucht wurden. Zwar beziehen sich die AutorInnen teilweise speziell auf das Feld der Jugendpartizipation oder der Stadtteilpartizipation, wodurch allerdings der inhaltliche Gehalt ihre Forderungen zumeist nicht in dem Maße beeinträchtigt ist, dass ihre Erkenntnisse für die allgemeine Betrachtung politischer Partizipation nicht verwendet werden dürften.

Über die bereits angesprochenen Aspekte der Anerkennung der BürgerInnen als Subjekt und der Notwendigkeit einer praktischen Wirksamkeit politischer Partizipation hinaus, wird im Besonderen eine neue Machtverteilung eingefordert. Die präzisere Ausformulie-

---

<sup>508</sup> Buse / Nelles 1973, S.45.

<sup>509</sup> Vgl. Ebd. S.60 f.

<sup>510</sup> Ebd. S.61.

zung dieser Forderung reicht von einem erhofften Grundverständnis seitens der Politiker gegenüber der Jugend<sup>511</sup>, über eine angestrebte Bereitschaft Macht abzugeben<sup>512</sup>, zu dem Postulat, dass politische Partizipation in gewisser Weise auch weh tun müsse und somit auch gegen die Interessen der PolitikerInnen oder VerwaltungsmitarbeiterInnen Bestand haben müsse<sup>513</sup>. Nach Wendland muss bei jedem Partizipationsprojekt nach den politischen Interessen seiner InitiatorInnen gefragt werden, um einer Funktionalisierung vorzubeugen.<sup>514</sup> Ebenso betonen sowohl Knauer / Sturzenhecker als auch Wendland die Notwendigkeit eines ergebnisoffenen Lernprozesses, womit der Forderung nach einem nicht funktionalen, sondern selbstbestimmten Ziel Nachdruck verliehen wird.<sup>515</sup> Einer der Kernpunkte des Forderungskatalogs für eine wirksame Jugendpartizipation der Forschungsgruppe Jugend und Europa ist die Bildung von Lobbygruppen und die Verstärkung der *Lobbyarbeit*.<sup>516</sup> Für Norbert Kersting ist die Weiterbildung der VerwaltungsmitarbeiterInnen eine Möglichkeit zur Intensivierung politischer Partizipation. Des Weiteren spricht er die Frage der Legitimation politischer Partizipationsmethoden an und empfiehlt eine Kopplung mit repräsentativen Elementen oder einer letztendlichen Legitimierung durch Entscheidungen repräsentativer VertreterInnen.<sup>517</sup> Monika Alisch stellt hierzu die Frage, inwiefern die bisherigen repräsentativen Strukturen auf der Höhe der Zeit sind.<sup>518</sup>

Der Überblick über einzelne Forderungen für politische Partizipation soll auf diesen Rahmen der angeführten Beispiele begrenzt bleiben, da andernfalls die Übersichtlichkeit zu leiden hätte. Zumindest konnte im gesamten Abschnitt 3.6 der ‚qualitativen Betrachtung politischer Partizipation‘ ansatzweise das Spektrum der Partizipationsansätze und deren Forderungen für eine wirklich gelingende Partizipation aufgespannt werden. Für die in Kapitel 4 zu leistende Auswertung auf mögliche emanzipatorische Effekte hin soll dieses Spektrum die Grundlage bilden.

---

<sup>511</sup> Vgl. Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hg.): Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation. Schriftenreihe Bd.8. München: Eigenverlag. 2004. S.81-86.

<sup>512</sup> Vgl. Bayer 2005, S.94.

<sup>513</sup> Vgl. Ebd. S.93 f.; oder auch: Wendland 2002, S.58 f.

<sup>514</sup> Vgl. Wendland 2002, S.112 f.

<sup>515</sup> Vgl. Knauer / Sturzenhecker 2005, S.81-85.; oder auch: Wendland 2002, S.58.

<sup>516</sup> Vgl. Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hg.) 2004, S.81-86.

<sup>517</sup> Vgl. Kersting 2004, S.227-248.

<sup>518</sup> Vgl. Alisch, Monika: Vorwort. In: Wendland, Anja: Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in sozialer Stadtteilentwicklung. Bielefeld: Kleine Verlag. 2002. S.9-11.



### **3.7. Zwischenfazit – Emanzipation durch Partizipation zu befördern ist prinzipiell möglich**

In diesem Zwischenfazit soll kurz darauf eingegangen werden, ob die These, dass es möglich ist, Emanzipation durch Partizipation zu erreichen, falsifiziert werden muss, oder ob sich emanzipatorische Aspekte in den dargestellten Partizipationskonzeptionen finden lassen. Anhand eines rudimentären Abgleichs des bisher zu beiden Bereichen jeweils Dargelegten mit den dabei festgestellten normativen und konzeptionellen Überschneidungen, kann von einer prinzipiellen Falsifizierung der These abgesehen werden. Mit diesem Teilergebnis können jedoch noch keine weiteren Aussagen über ihre höchstwahrscheinlich eingeschränkte Verifikation der These getroffen werden. Hierzu ist eine Analyse der Partizipationsansätze aus emanzipatorischer Perspektive nötig, was im folgenden vierten Kapitel vorgenommen werden soll.

Ein großes Manko ist hierbei die Beschränkung auf die Theorie politischer Partizipation. Interessant wäre eine Analyse eines Partizipationsprojektes gewesen, bei welchem die Verwirklichung politischer Partizipation als geglückt erachtet wird. Hierbei hätte man nicht nur Aussagen über theoretische Konzeptionen treffen können, sondern ein sogenanntes best-practice-Projekt aus der Realität der Partizipationspraxis auf seinen emanzipatorischen Gehalt hin testen können. Leider hätte eine solche Untersuchung den Rahmen dieser Arbeit gesprengt und muss somit als unerledigter Forschungsauftrag stehen bleiben.

Die Nähe der Zielsetzungen einiger politischer Partizipationsansätze zu Emanzipationskonzeptionen – wie es am Stellenwert politischer Partizipation beispielsweise in der gesamtgesellschaftlichen, oder der feministischen Demokratietheorie, oder auch in der Tatsache der Existenz und aktuellen Revitalisierung des Emanzipationsanspruchs politischer Partizipation beobachtet werden kann – kommt nicht von ungefähr. Die partizipatorische Revolution der 1970er Jahre steht in enger Verbindung mit der damaligen Ausweitung des Emanzipationsdiskurses. Hieraus resultiert allerdings für die heutigen Konzeptionen und die heutige Praxis politischer Partizipation noch nicht zwangsläufig ein emanzipatorischer Effekt. Jenen gilt es vielmehr im anschließenden Kapitel – zumindest in der Theorie – zu überprüfen. Hiervon sind wiederum Kriterien emanzipatorischer Theorie und Praxis sowie kritische Fragen zu erhoffen, die eine Art Bewertungsmaßstab für konkrete Partizipationsprojekte bilden können.

## 4. Eine emanzipatorische Perspektive auf Partizipation

### 4.1. Systematisierung der Auswertung

Als Grundlage für die Bewertung der diversen – in Kapitel 3 vorgestellten – Partizipationsansätze und –aspekte dient das zweite Kapitel und insbesondere die daraus resultierende tabellarische Darstellung<sup>519</sup> der Dimensionen des Emanzipationsbegriffs. Die Schwierigkeit der Systematisierung einer solchen Auswertung liegt in der Vielzahl und Unterschiedlichkeit der angesprochenen Partizipationsprojekte und in der notwendigen gegenseitigen Ergänzung der acht Emanzipationsdimensionen, sodass einzelne Dimensionen und deren Erfüllung noch kein zwingendes Kriterium für Emanzipation darstellen. Um Pauschalaussagen oder einer schlichten Aufzählung unzähliger bedingt als emanzipatorisch zu bezeichnender Partizipationsaspekte zu entkommen, soll im Folgenden trotzdem eine Fokussierung auf die jeweiligen Dimensionen vorgenommen werden, möglichst unter Berücksichtigung des Zusammenspiels aller acht. Dadurch wird angestrebt, Kriterien der Emanzipation in Hinsicht auf politische Partizipation zu gewinnen. Durchgängig praktikabel ist dieser Ansatz dennoch nicht, weshalb ein separater Abschnitt zu den verschiedenen Demokratietheorien und der Systemstabilitätsfunktion vorangestellt wird. Erkenntnisleitendes Interesse ist hierbei nicht vorrangig die Aufstellung und Besprechung mehrerer emanzipatorischer Kriterien für eine emanzipatorische Demokratietheorie, sondern vielmehr eine Bewertung der einzelnen Theorien im Vergleich zu den anderen aus emanzipatorischer Sicht. Da die agonistisch-radikale Demokratietheorie – wie in Kapitel 2 dargestellt – in der Tradition verschiedener Emanzipationskonzeptionen steht, wird ihre Bewertung aus emanzipatorischer Perspektive keine Neuerungen zu Tage fördern. Viel interessanter wird die Besprechung der übrigen Theorien sein, insbesondere die für Partizipationsansätze oft verwendete deliberative Demokratietheorie. Die Systemstabilitätsfunktion wird in diesem Abschnitt mitbehandelt, da sich alle Demokratietheorien zu ihr verhalten müssen und die Legitimation und Stabilität eine zentrale demokratietheoretische Frage darstellt.

Die Konzeption dieser Auswertung sieht ferner vor, zentrale qualitative Aspekte unter Zuhilfenahme verschiedener Emanzipationsdimensionen zu beleuchten. Hierzu werden die acht Emanzipationsdimensionen in fünf folgende Abschnitte strukturiert: Die Frage der *Verbindung von individueller und struktureller Emanzipation* (1)<sup>520</sup> wird mit einer Betrachtung der empirischen Partizipationsforschung und den besprochenen Ebenen politischer Partizipation verknüpft. Als weiteres wird der besondere Aspekt der Macht-

---

<sup>519</sup> Siehe: Abschnitt 2.4 - Tabelle 1.

<sup>520</sup> Kennzeichnung der acht Emanzipationsdimensionen zur Übersichtlichkeit der Zuordnung.

verteilung mit den Dimensionen des *Konflikts* (2) und der *Enthierarchisierung* (3) beleuchtet. Die Grenzlinie zwischen Funktionalisierung und tatsächlicher Veränderung wird mit den Dimensionen der *Radikalität* (4) und der *Praxis* (5) betrachtet. Die Frage nach Recht und Anerkennung in der politischen Partizipation wird mit der *subjektorientierten Dimension* (6) in Beziehung gesetzt. Und schließlich werden mit der Dimension der *Politisierung*, der *scharfen Analyse und Kritik* (7) und der *prozess- und reflexionsorientierten Dimension* (8) die zahlreichen qualitativen Aspekte von Partizipation angesprochen.

Durch diese Strukturierung soll zunächst gewährleistet werden, dass zentrale Ansätze und Forderungen politischer Partizipation mit der ihr nahestehenden Emanzipationsdimension erfasst werden. Gleichzeitig sollen ferner in den jeweiligen Abschnitten die übrigen Dimensionen herangezogen werden, um präzisere Aussagen über den emanzipatorischen Gehalt treffen zu können. Hierdurch wird nicht der Anspruch erhoben, alle einzelnen Forderungen der verschiedenen Partizipationsansätze überprüfen zu können, sondern charakteristische Merkmale politischer Partizipation anzusprechen. Für die konkrete Überprüfung aller Einzelaspekte wäre eine vertiefende Studie notwendig. Als Ergebnisse der jeweiligen Abschnitte sollen schließlich anhand von Beispielaspekten, emanzipatorische Kriterien entwickelt werden.

#### **4.2. *Demokratietheorien und die Systemstabilitätsfunktion aus einer emanzipatorischen Perspektive***

Betrachtet man den Stellenwert politischer Partizipation in den behandelten Demokratietheorien, kann zuallererst festgestellt werden, dass der realistische Demokratieansatz wenig mit Emanzipation zu tun hat, weder mit einem tendenziell kritischen, noch mit einem tendenziell affirmativen Emanzipationsbegriff, wie sie in Tabelle 1 veranschaulicht sind. Dreh- und Angelpunkt realistischer und auch einiger partizipatorischer Theorien ist die Systemstabilität. Für die Anhänger realistischer Theorien bedeutet das, die zentrale Stellung des repräsentativen Systems zu bewahren, es als die beste und am weitestgehend Gleichberechtigung garantierende Legitimationsquelle und als effizienteste Regierungsform anzupreisen. Doch auch innerhalb der partizipatorischen Ansätze spielen Stabilität und auch die Unantastbarkeit der repräsentativen Institutionen eine große Rolle. Zwar wird sich hier die Stabilität von einer Ausweitung der partizipativen Möglichkeiten versprochen, doch hierdurch soll das repräsentative System nicht angetastet werden. Somit sollen direktere politische Partizipationsinstrumente vielmehr als Ergän-

zung dienen und von klassisch repräsentativen Instrumenten legitimiert werden.<sup>521</sup> Unklar bleibt an dieser Stelle, inwiefern der ergänzende Charakter als zu erreichendes Ziel oder als vorübergehender Schritt zu einer letztendlichen Höherbewertung angesehen wird.

Zu kritisieren ist jedenfalls – mit Bezug auf die Repräsentations- und Parteienkritik von Agnoli oder Sauer – die Dominanz gewählter VertreterInnen. Sie sollen als letzte Legitimationsinstanz dienen, womit sie mit einem Universalvetorecht gegenüber direkteren Partizipationsinstrumenten ausgestattet werden. Ferner ist die jeweilige Prioritätensetzung zu kritisieren. Legitimation als wichtigste Kategorie zu begreifen, kann ebenso dazu führen, dass Partizipationsprojekte nur unter Gesichtspunkten des politischen Kalküls, und dessen, was zur *Legitimation* bereits vorhandener politischer Programme dienlich ist, ausgewählt oder initiiert werden. Zudem vernachlässigt die Fokussierung auf *Systemstabilität* die Notwendigkeit, dass gewisse Stabilitäten, wenn man den Blick auf soziale Ungleichheiten und sonstige strukturelle Hindernisse erweitert, für einen emanzipatorischen Prozess aufgebrochen werden müssen. Für einen differenzierten Blick bedarf es allerdings genauso einer Thematisierung der Risiken, die mit einer Krise oder dem Verlust an Systemstabilität verbunden sind. So könnte eben dies einen Rückfall in autoritärere Zustände bedeuten, was im Konkreten die Stärkung populistischer Kräfte, rechter Tendenzen oder auch die Ausweitung zentraler staatlicher Kompetenzen bedeuten kann. Doch wenn man sich vergegenwärtigt, dass vor allem Risiken aus einem Stabilitätsverlust oder einer Krise erwachsen, wenn keine emanzipatorische Perspektive wenigstens annähernd vorhanden ist, stellt sich die Forderung nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten in emanzipatorischer Absicht umso dringlicher. Die Chance einer Krise – verbunden mit einer emanzipatorischen Perspektive – liegt hingegen in der Überwindung der Stellvertretung, in der Delegitimation bestehender Herrschaftsverhältnisse und in der Stärkung des Einflusses von Emanzipationsbestrebungen. Bei der Effektivitätskategorie kommt es, durch die verglichen mit der Systemstabilität noch größeren Bedeutungsvariabilität, sehr stark auf den Kontext an. So kann *Effektivität* sowohl eine effektive Planung – im Sinne einer instrumentellen Beteiligung mit vorgefertigten Ergebnissen – meinen als auch eine effektive Partizipation, welche die Wirksamkeitskomponente bei Partizipationsprojekten berücksichtigt.

Dennoch kann – in negativer Abgrenzung zu den häufig gebrauchten Interpretationen dieser Begriffe – für eine an Emanzipation orientierte Demokratietheorie formuliert werden, dass der Fokus auf Partizipation liegen muss und nicht auf Systemstabilität –

---

<sup>521</sup> Siehe hierzu die Ansätze von Bogumil / Holtkamp / Kißler: Abschnitt 3.2.3.4 - Kooperative Demokratie; oder von Kersting: Abschnitt 3.6.4 - Visionen und Forderungen für politische Partizipation

genauso wenig wie er auf dem output, der effizienten Planung oder der effektiven Kosteneinsparung liegen darf.

Die deliberative Demokratietheorie ist die Theorie, auf die sich viele Partizipationsansätze beziehen. Doch gerade an ihr gibt es viel zu kritisieren. Sie tendiert in der Dimension des Widerspruchs zwischen Stabilität / Harmonisierung und Konflikt bei der Suche nach Emanzipationskonzepten – ähnlich der kooperativen Demokratietheorie – zu einer Harmonisierung und der Vermeidung grundsätzlicher Konflikte. Des Weiteren bezieht sie sich auf einen Idealtypus politischer Öffentlichkeit, wodurch sie sich auf einen öffentlichen Raum bezieht, der von der Privatheit bereinigt ist. Ebenso wird der – ihr zugrunde gelegte – männliche Aktivbürger nicht expliziert, sie gestaltet sich als genderblind und keineswegs regierungs- und institutionenkritisch. Kurzum, sie lässt die vermachteten Kanäle zwischen politischer Öffentlichkeit und staatlichen Institutionen unangetastet und vollzieht neben ihrer Analyse der Mediendiskurse keine Herrschaftsanalyse. Des Weiteren wird durch die deliberative Konzeption der Kampf um die Beseitigung von sozialer Ungleichheit auf einen deliberativen Prozess verlagert und Handeln nur noch als kommunikatives Handeln und Rasonieren begriffen. Der Abbau sozialer Ungleichheit wird somit als eine Voraussetzung für politische Gleichheit außer Acht gelassen. Mit der deliberativen Demokratie geht auch eine konzeptionelle Beschränkung auf indirekte, über Medien vermittelte Partizipation einher. Diese Beschränkung kann zu einer Legitimation und Stabilisierung des Status quo führen.<sup>522</sup> Nicht nur am deliberativen Ansatz, sondern auch an der gesamtgesellschaftlichen Demokratietheorie wird die fehlende Berücksichtigung von Geschlecht als Strukturkategorie kritisiert.<sup>523</sup> Vermehrt strukturelle Faktoren in ihre Ansätze mit einzubeziehen, würde die Demokratietheorien dazu herausfordern, verstärkt nachzufragen, *wo* und *durch was* das jetzige Demokratiemodell die Menschen beschränkt. Stattdessen sind viele Demokratietheorien vielmehr ein Plädoyer für ein passiv-harmonisches Arrangieren mit den strukturellen, gesetzlichen und verwaltungsbedingten Gegebenheiten. Mit dem Entwurf von positiven Utopien oder einem gewissen Bruch mit bürgerlicher Herrschaft haben Ansätze wie die kooperative Demokratie von Bogumil / Holtkamp / Kißler oder die lokale Demokratie von Kersting nichts zu tun.

Bem Blick auf den Stellenwert von Partizipation in den demokratietheoretischen Ansätzen kommen allerdings auch Aspekte zum Vorschein, die den Dimensionen eines tendenziell kritischen Emanzipationsbegriffs sehr nahe kommen. So stehen bei der gesamtgesellschaftlichen Demokratietheorie durch eine Betroffenenorientierung die Menschen im Mittelpunkt. Ebenso versteht die Strategie der gesamtgesellschaftlichen Demokrati-

---

<sup>522</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.3 - Deliberative Demokratie – Jürgen Habermas

<sup>523</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.8 – Feministische Demokratie – Holland-Cunz / Phillips / Sauer

sierung und die radikale Demokratietheorie den gesellschaftlichen Fortschritt als prozesshaft. Und Vilmar betont zudem die Notwendigkeit von Reflexion, Skepsis und Kritik, sogar gegen seine Strategie der Demokratisierung, da ein naiver Glaube an gute Rezepte fehl am Platz sei.<sup>524</sup>

Doch vor allem die feministische Theorie strebt einen Bruch mit der bürgerlich-männlichen Herrschaft an. Das wird bereits in der Kritik an der deliberativen Demokratie deutlich. Es wird die Wichtigkeit der Analyse der vermachteten Kanäle und der Regierungs- und Institutionenkritik betont. Zudem wird mit der Konzeption einer kritischen Öffentlichkeit gefordert, „die verborgene Logik der Macht, der Hierarchie und der Dominanzverhältnisse aufzudecken“<sup>525</sup>. Genauso ist ein Blick auf die Bedingungen von Öffentlichkeit zu richten. Politische Partizipation soll zudem nicht nur indirekt über die Medien stattfinden, sondern direkten und tatsächlichen Einfluss geltend machen, um den Status quo zu verändern. Durch einen erweiterten Öffentlichkeitsbegriff soll die klassische Trennung in öffentlich und privat aufgebrochen werden. Ebenso wird die Forderung erhoben, nicht-zweckrationales Handeln als gleichfalls politische Determinante mit einzubeziehen, sowie den Fokus auf strukturelle Exklusionen und Verhinderungsstrukturen zu richten. Als solche werden ökonomische Strukturen, Normierungs-, Schließungs-, Segregations- und Hierarchisierungsprozesse genannt. Partizipation stellt in der feministischen Theorie erst recht einen Kampf um die Beseitigung von sozialer Ungleichheit, wie der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sozialer Schicht, dar.<sup>526</sup>

In der agonistisch-radikalen und der gesamtgesellschaftlichen Demokratietheorie wird besonders die Notwendigkeit von radikalen Reformen und Transformationen betont. Auch Barber mit seiner starken Demokratie könnte als radikal bezeichnet werden trotz seines Plädoyers für die Vereinbarkeit neuer Partizipationsinstrumente mit dem klassisch repräsentativen System. Als Bedingung, die recht unkonkret bleibt, führt er hierzu an, dass die Vereinbarkeit keine Integration bedeuten darf.<sup>527</sup> In der feministischen Theorie wird hingegen klarer von einer Reduktion des repräsentativen Überbaus gesprochen, die mit neuen Partizipationsinstrumenten kombiniert werden soll.

In Abgrenzung zur deliberativen Theorie betont Mouffe mit ihrem agonistisch-radikalen Ansatz den Konflikt und die Konfrontation. Damit einher geht die Forderung nach Transparenz politischer Positionierungen und Grenzziehungen, um den Konflikt und den Kampf austragen und verhandeln zu können. Ähnlich betont Vilmar eine konfliktorientierte Machtveränderung. Bei Mouffe und auch in der feministischen Theorie führt das

---

<sup>524</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.5 - Gesamtgesellschaftliche Demokratie – Fritz Vilmar

<sup>525</sup> Benhabib 1997, S.38.

<sup>526</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.8 - Feministische Demokratie – Holland-Cunz / Phillips / Sauer

<sup>527</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.6 - Starke Demokratie – Benjamin Barber

zu einer Revitalisierung des Politischen. Angestrebt wird – wie bei Vilmar – eine Ver-  
vielfachung der demokratischen Orte und eine Ausweitung des Politischen.<sup>528</sup> Hiermit  
verknüpft ist die Forderung nach einer Dezentralisierung von Entscheidungen und de-  
zentralen Partizipationsformen. Vilmar betont darüber hinaus die Notwendigkeit der  
Ämterrotation, der Kooperation und der freien Selbstbestimmung. Der feministischen  
Theorie lässt sich zu guter Letzt noch ein explizites Plädoyer für die politische Praxis  
und gegen bloßes Räsonieren entnehmen.

### **4.3. Die Frage nach individueller oder auch struktureller Emanzipation**

Klärungsbedarf wirft bei der Formulierung eines Emanzipationsbegriffs die Frage nach  
einer rein individuellen Emanzipation oder der Verbindung aus individueller und struk-  
tureller Emanzipation auf. Dies richtet den Blick auf das Zusammenwirken von Indivi-  
duum und Gesellschaft, sowie von Handlung und Struktur. Der Frage der jeweiligen  
Gewichtung kann besonders im Feld der empirischen Partizipationsforschung nachge-  
gangen werden. Zu kritisieren ist hierbei, dass der Fokus zahlreicher Studien auf der  
Erhebung der Partizipationsbereitschaft liegt. Dadurch sind sie durch eine vernachlässig-  
te Erfassung der strukturellen Bedingungen geprägt. Falls die Makroebene dennoch in  
den Blick genommen wird, ist ein zentrierter Blick auf die Gefahren für die Verfas-  
sungsordnung zu beobachten. Deth / Nelles betonen in diesem Fahrwasser die Notwen-  
digkeit der Fokussierung zukünftiger Untersuchungen auf die ‚Apathischen‘, welche  
eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung darstellen würden. Bei der Bertelsmann  
Studie lässt sich zusätzlich die explizite Zielsetzung einer Qualitätsverbesserung der  
politischen Steuerung finden. So wird aus der empirisch erhobenen Kritik an Parteien  
und Politikern der Schluss gezogen, dass schlichtweg die Identifikation mit den Parteien  
gestärkt werden müsse. Ein weiterer Kritikpunkt aus emanzipatorischer Sicht liegt darin,  
dass sozialstrukturelle Merkmale – wie das Geschlecht – zwar abgefragt, sie aber nicht  
als Variable begriffen werden, für deren Signifikanz Ursachen und Rahmenbedingungen  
existieren, die es zu ergründen gilt. Weder Ansätze für eine individuelle noch für eine  
strukturelle Emanzipation lassen sich hier erkennen. Das schlichte Aufzeigen von Diffe-  
renzen aufgrund sozialstruktureller Merkmale erklärt nichts, diese müssen selbst erklärt  
werden. Hier sollte sich stets die Feststellung Kreckels vergegenwärtigt werden: „Sozia-

---

<sup>528</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.3.7 - Agonistische und radikale Demokratie – Chantal Mouffe

le Ungleichheit ist eine von Menschen gemachte und somit auch von Menschen veränderbare Grundtatsache heutigen gesellschaftlichen Lebens.“<sup>529</sup>

Für präzisere Aussagen zur Partizipationsbereitschaft oder zum politischen Interesse der BürgerInnen dürften – in Anlehnung an Hannah Arendt – nahezu ausschließlich die konkreten Partizipationsprojekte als Referenzpunkte dienen, da der Mensch kein ‚zoon politikon‘ ist und damit nicht *an sich* politisch sein kann. Für Arendt ist „(...) der Mensch (...) a-politisch. Politik entsteht in dem *Zwischen-den-Menschen* (...). Es gibt daher keine eigentlich politische Substanz. Politik entsteht im Zwischen und etabliert sich aus dem Bezug.“<sup>530</sup> Nach ihr entsteht somit das Politische, und davon abgeleitet auch die politische Einstellung und die jeweils situativ bestimmte politische Identität, erst im Konkreten. Mit dieser Sichtweise erscheint es problematisch, pauschal – wie es in vielen empirischen Studien praktiziert wird – die individuelle politische Identität der BürgerInnen abzufragen.

Relevant für ein umfassend empirisches Bild der (emanzipatorischen) Chancen politischer Partizipation ist demnach nicht nur die Betrachtung des individuellen Potentials für politisches Engagement, sondern auch die Untersuchung struktureller Bedingungen, die politische Partizipation verhindern: sei es die unterschiedliche finanzielle Absicherung, die unterschiedlichen Bildungsmöglichkeiten, die etablierten Verfahrensweisen mit ihren hierarchischen Strukturen oder aber auch die Privilegiensicherung der zur Zeit herrschenden politischen Klasse. Hierfür nötig wäre eine verstärkte Kombination der quantitativen Untersuchungen zu den politischen Einstellungen und der Partizipationsbereitschaft mit qualitativen Untersuchungen, die in konkreten Partizipationsprojekten nicht wiederum nur die Einstellungen der Jugendlichen abfragen, sondern gezielt nach den Hürden und Barrieren für eine emanzipatorische Partizipation suchen. Aus der verwendeten Literatur als Beispiel erwähnenswert hierfür ist die Thematisierung des Verhältnisses von Politik, Verwaltung und Jugend bei Friedrich u.a. sowie der Umstand, dass die Forderungen der befragten und untersuchten Zielgruppe selbst das Fazit der Untersuchung bilden.<sup>531</sup>

Für die Verflechtung von Handlung und Struktur ist ein weitergehender – über die empirische Partizipationsforschung hinausreichender – Blick hilfreich. Interessant ist es, hierbei ein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis von Information, Kompetenz, politischem Bewusstsein, Interesse an Mitbestimmung sowie auf den Übergang zu politischem Engagement und zu politisch-sozialer Praxis zu richten. Das bedeutet, auf individueller Ebene nach den Zugangsmöglichkeiten und den erwarteten Vorbedingungen

---

<sup>529</sup> Kreckel, Reinhardt: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1992. .13.

<sup>530</sup> Arendt, Hannah: Was ist Politik. Fragmente aus dem Nachlaß. München: R. Piper Verlag. 1993. S.11.

<sup>531</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.6.2 – Anerkennung und das Recht auf Partizipation



zu fragen, sowie die Möglichkeiten des Einflusses, sowohl auf die politische Öffentlichkeit als auch auf politische Entscheidungsprozesse, zu überprüfen. Dabei muss zum einen die Konstitution der Medienlandschaft und ihr Zugang beachtet werden. Für die Handlungsmöglichkeiten der Individuen ist zudem der gegenseitige Austausch und Kontakt wichtig und somit zu fragen, wie die Interaktionsmöglichkeiten beschaffen sind. Zum anderen sind, worauf noch detaillierter eingegangen wird, die Makroebene und die demokratische Verfassungsrealität zu berücksichtigen.

Für die Mikroebene jedoch stellt sich eine weitere Frage als relevant heraus, die in aktuellen Diskursen höchstens im Rahmen eines Umgangs mit Motivationslosigkeit, Apathie, Resignation und Zukunftsangst angesprochen wird oder völlig unter den Tisch fällt. Es ist die Frage nach der emanzipatorischen Zielvorstellung von Marx, die eigenen Kräfte wiederzuentdecken und die Gesellschaft als eigens entworfene wahrzunehmen. Sicherlich wäre es in letzter Konsequenz absurd, die ganze Gesellschaft als eine solche selbst entworfene wahrzunehmen, selbst in einer simpleren Variante einer vorkapitalistischen Gesellschaft. Vielmehr kann der inhaltliche Kern, der Marxschen Formulierung, das Aufzeigen und Erfahrbarmachen konkreter Handlungsmöglichkeiten als eine Gegenstrategie zur weiteren Entfremdung der Subjekte von der Gesellschaft und von dem Wissen um ihre Veränderbarkeit betrachtet werden. Obwohl sie diesen Ansatz in keiner Weise thematisieren, können die Konzepte eines partizipativen Erfahrungslernens und einer Partizipationskultur in ihrer Zielwirkung daran anknüpfen. Hierin liegt die Chance einer Vielzahl von Partizipationsprojekten eine – zumindest individuelle – emanzipatorische Komponente vorweisen zu können, nicht nur wegen des geringen Anspruchs an Partizipation, sondern auch durch die Möglichkeit, sich durch Partizipationsprojekte praktische Erfahrungen und Kompetenzen anzueignen, woraus die Entdeckung eigener Kräfte resultieren kann. Doch auch bei diesem Verständnis von Partizipationsprojekten muss der Übergang zu einem tendenziell kritischen Emanzipationsverständnis bei der Frage angesiedelt sein, ob *Veränderungen* aus der individuellen Partizipation hervorgehen oder nicht.

Einer, der besonders die Relevanz der Makroebene betont, ist Paffrath:

„Die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft hängt jedoch nicht nur von Mentalitäten und Einstellungen, dem politischen Bewusstsein der Bevölkerung ab, sondern ebenso von den objektiven Bedingungen, die eine Beteiligung am politischen Prozess ermöglichen oder verhindern.“<sup>532</sup>

Zu jenen Bedingungen, die in einzelnen Partizipationsansätzen auch thematisiert werden, gehört beispielsweise die verfassungsrechtliche Festlegung hinsichtlich einer reprä-

---

<sup>532</sup> Paffrath 2001, S.268.

sentativen Demokratie. Die materielle Absicherung, die soziale Herkunft oder die unterschiedliche Verfügung über Ressourcen, wie Wissen, Kenntnisse, aber auch soziale und ökonomische Kapitalien sind weitere Aspekte. Etliche Barrieren lassen sich mit dem Begriff der sozialen Ungleichheit zusammenfassen. Zudem existieren bürokratische Hürden und Schwierigkeiten, die sich aus einer schlechten Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und BürgerInnen ergeben. Und letztendlich resultieren strukturelle Hürden aus asymmetrischen Machtkonstellationen und Hierarchien, die den beteiligten Personen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Die Thematisierung jener strukturellen Hindernisse durch einige wenige Partizipationstheorien ist als vereinzelt vorhandene emanzipatorische Perspektive zu bewerten, allerdings wirft es gleichzeitig ein schlechtes Licht auf die existierende Praxis politischer Partizipation, da sämtliche Forderungen aus der Theorie in Abgrenzung zur herrschenden Praxis formuliert sind. So musste beispielsweise bei der Analyse der Partizipationspraxis von Biedermann festgestellt werden, dass je relevanter der Gegenstand eines Partizipationsprojektes war, umso weniger Möglichkeiten und auch Engagement – in diesem Fall von Jugendlichen – beobachtet werden konnten. Die Feststellung von Buse / Nelles, dass bei kommunalen Entscheidungsprozessen ein Übergewicht an verwirklichten ökonomischen Interessen zu verzeichnen war, ist ein weiteres Beispiel.

Die Mesoebene<sup>533</sup> verweist an dieser Stelle auf die weiteren Emanzipationsdimensionen, da Parteien und sonstige politische Gruppierungen nicht nur aus der Dimension der strukturellen Emanzipation heraus betrachtet werden können und dürfen. In Kapitel 3 wurde bereits die umfangreiche Parteienkritik von Abendroth und Sauer dargestellt, die mehrere Dimensionen anspricht. Diese Kritik soll hier nicht wiederholt werden. Dennoch können aufgrund der für den politischen Willensbildungsprozess zentralen Rolle der Parteien einige emanzipationsrelevante Punkte zusammengefasst werden.

„Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“.<sup>534</sup> Bereits qua Gesetz nehmen die Parteien jene Sonderrolle im Willensbildungsprozess ein. Hierbei sind sie selten nur Transporteur gesellschaftlicher Positionen und Interessen, sondern generieren des Öfteren einen politischen Willen und sind Produzentinnen begrenzter politischer Alternativen.

„Denn die politischen Parteien sammeln und leiten die auf die politische Macht und ihre Ausübung in Wahlen und Staatsorganen gerichteten Meinungen, Interessen und Bestrebungen, gleichen sie in sich aus und formen sie zu Alternativen, unter denen die Bürger auswählen können“.<sup>535</sup>

---

<sup>533</sup> Betrachtungsebene zwischen der Mikro- und Makroebene.

<sup>534</sup> Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) i.d.F. Nov. 1995. Art. 21, Abs. 1, S.1.

<sup>535</sup> Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 44, S. 145 ff.); zit. n.: Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung. 2003. S.85.

Ihrer vermeintlichen Rolle als Sprachrohr scheinen sie hierdurch nicht gerecht zu werden. Nimmt man die Kritik Abendroths und Sauers bezüglich der Männerdominanz, der Unterrepräsentanz der sozialen Unterschicht, der internen Hierarchisierung und Konfliktunterdrückung hinzu, schwindet zunehmend das Bild der alle repräsentierenden Volkspartei. Selbst dieser Anspruch, eine Repräsentationsinstanz des ganzen Volkes zu sein und stellvertretend für die BürgerInnen die politischen Entscheidungen einzuleiten und zu entscheiden, stellt – aus einer emanzipatorischen Kritik an Stellvertretung heraus – eher ein Instrument zur Hierarchisierung der Gesellschaft und der Bildung einer Elite in Abgrenzung zur Masse dar, und ist kein Instrument der Aushandlung politischer Vereinbarungen, Entscheidungen und Programme zwischen den BürgerInnen. Die Bezeichnung der Parteifunktionäre als Elite erscheint umso gerechtfertigter, wenn man den Umfang des Einflusses der Parteien in der Gesellschaft betrachtet.

„Politikwissenschaftler haben verwundert beobachtet, dass die Aufgabenfülle, die die Parteien aus diesem simplen Satz des Grundgesetzes abgeleitet haben, ‚geradezu unendlich‘ sei. Sie nominieren die Kandidaten für die Parlamente, beschließen die Wahlprogramme, bilden die Fraktionen im Parlament, wählen die Regierungen und stellen die Minister, beschließen Gesetze und den Haushalt, kontrollieren die Verwaltung, bestimmen die Rechtspolitik, kontrollieren die öffentlich-rechtlichen Medien und mischen selbst bei der Wahl von Bundesligaprääsidenten, Karnevalsprinzen und Kreiskrankenhausdirektoren mit“.<sup>536</sup>

Aufgrund der großen Selbstreferenzialität und der zentralen Stellung von Parteien können so gut wie keine politischen Forderungen oder Bestrebungen der BürgerInnen an ihnen vorbei gehen, weshalb sie gegenüber jeglichem Protest integrativ wirken. So erfolgt, ein „(...) Sich-Einspielen und Einpendeln der beteiligten Parteien auf eine pragmatische mittlere Linie, die höchstens gegenseitige Korrekturen am Machtgebrauch zuläßt, programmatisch aber auf die Erhaltung des gesellschaftlichen status quo hinzielt“.<sup>537</sup> Für eine in diesem Ausmaße existierende strukturelle Verhinderung von Emanzipation wird in der Partizipationstheorie ungewöhnlich wenig Kritik an Parteien geübt. Andererseits wird – zumindest in der verwendeten Literatur – auch keine explizite Werbung für Parteien betrieben. Dennoch kann anhand dieser Kritikpunkte formuliert werden, dass politisch engagierte Akteure im politischen Willensbildungsprozess und in Parteien selber auf Hindernisse stoßen, die ihre Möglichkeiten der politischen Partizipation beeinträchtigen.

---

<sup>536</sup> Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich Verlag, 2003. S. 82.

<sup>537</sup> Agnoli 1968, S.76.

#### **4.4. Der Aspekt der Machtverteilung nach emanzipatorischen Gesichtspunkten**

Der Aspekt der Machtverteilung wird von vielen AutorInnen als ein zentrales Qualitätsmerkmal politischer Partizipation erachtet. Eine emanzipatorische Perspektive hierauf kann mit Hilfe der Dimensionen des *Konfliktes* und der *Enthierarchisierung* eingenommen werden. Sowohl Biedermann, als auch Knauer / Sturzenhecker, Bayer und Wendland heben den Aspekt der Machtverteilung hervor.<sup>538</sup> Allein die Thematisierung unterschiedlicher Machtressourcen und Handlungsmöglichkeiten ist ein emanzipatorischer Moment. Dennoch lohnt ein präziserer Blick auf die jeweils angestrebte Ausgestaltung der Macht(neu)verteilung.

Zunächst ist zu fragen, ob die die Machtverteilung auch Konflikte in Kauf nimmt oder nur mit Zustimmung der jeweils Privilegierten angestrebt wird. Ebenso ist die Frage zu stellen, ob die Machtverteilung eine allgemeine Enthierarchisierung zur Folge hat oder ob das jeweilige Machtmonopol nur umstrukturiert, aber nicht abgebaut wird. So ist generell festzuhalten, dass eine Machtverteilung nur dann emanzipatorischen Gesichtspunkten genügt, wenn sie nicht vor dem Konflikt zurückschreckt. Hiernach muss mit politischer Partizipation eine Aushebelung politischer Privilegien einhergehen. Bayer und Wendland lassen sich beispielsweise – in Bezug auf diese Frage – nicht klar einordnen. Auf der einen Seite sprechen beide von der notwendigen ‚Bereitschaft‘ der jeweils Privilegierten die Macht zu teilen. Doch auf der anderen Seite spricht zum Beispiel Bayer sogleich davon, dass eine Machtverteilung in gewisser Weise auch weh tun muss, indem sie in das Machtgefüge realer Politik eingreift.<sup>539</sup>

Der Dimension der Enthierarchisierung wird im Besonderen durch Biedermann entsprochen, da er die Beseitigung aller Machtmonopole betont und eine gleiche Verteilung der Machtmittel auf alle an einem Partizipationsprojekt Beteiligten fordert. In der Forderung der Forschungsgruppe Jugend und Europa nach Bildung von Lobbygruppen und einer Verstärkung der Lobbyarbeit wird hingegen die Enthierarchisierungsdimension weniger berücksichtigt. So liegt in ihrem Konzept die Gefahr, dass beispielsweise in einem Jugendpartizipationsprojekt eine Hierarchie zwischen eigentlicher Zielgruppe und Lobbygruppe aufgebaut wird, anstatt die Hierarchien zwischen allen Beteiligten abzubauen.

Durch die Überprüfung des Aspekts der Machtverteilung anhand der Emanzipationsdimensionen des Konflikts und der Enthierarchisierung können somit folgende Kriterien abgeleitet werden: Eine emanzipatorische politische Partizipation muss die Privilegien

---

<sup>538</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.6.1 – Partizipationsquote und Partizipationsgrad, als auch: Abschnitt 3.6.4 – Visionen und Forderungen für politische Partizipation.

<sup>539</sup> Siehe zu den Forderungen von Bayer und Wendland: Abschnitt 3.6.4 – Visionen und Forderungen für politische Partizipation

aushebeln und die Machtmittel unter allen Beteiligten gleich verteilen. Das bedeutet auch ein vollständiges Fehlen von Sanktionsmitteln, wodurch zumindest eine als Erziehungsprojekt verstandene politische Partizipation in Frage gestellt wird, da zu erzieherischen Maßnahmen meistens Sanktionsmittel gehören.

#### **4.5. Die Frage nach Funktionalisierung oder tatsächlicher Veränderung**

Die Frage nach den tatsächlichen Auswirkungen und deren Möglichkeit, inhaltlich politische Veränderungen zu bewirken, kann – wie zu Beginn der Arbeit eingeräumt – nicht in der Theorie beantwortet werden, sondern nur in der praktischen Überprüfung. Allerdings darf für eine emanzipatorische Praxis die Wichtigkeit der praktischen Umsetzung nicht bereits in den theoretischen Konzeptionen vernachlässigt werden. Insofern soll an dieser Stelle der konzeptionellen Verankerung der Absicht nach tatsächlicher, und damit *praktischer* sowie *radikaler* Veränderung nachgegangen werden, damit Partizipation nicht unreflektiert in der Gestalt einer leeren Worthülse als Integrationsmittel einsetzbar wird.

Wenn keine praktischen Konsequenzen aus Partizipationsprojekten resultieren, und das im Projekt auch gar nicht angelegt ist, besteht Grund zur Annahme, dass das Projekt aus anderen Motiven und Interessen ins Leben gerufen wurde. Wendland hat diverse mögliche Interessen benannt, die seitens der Parteien oder der jeweiligen EntscheidungsträgerInnen eine Rolle spielen können.<sup>540</sup> Als Beispiel kann hier das Motiv, den Legitimationsverlust der Parteien zu stoppen oder das Interesse nach einer optimierten – mit weniger Widerständen konfrontierten – politischen Planung, angeführt werden. Politische Partizipation ist in so einem Fall Mittel zum Zweck für die Legitimation bestehender politischer Projekte oder für die Imageaufbesserung und wird dadurch funktionalisiert. Knauer / Sturzenhecker setzen dem entgegen die Forderung nach dem Recht auf Partizipation, damit politische Beteiligung nicht mehr oder nicht nur Mittel, sondern vor allem Zweck an sich ist. Auf diese Forderung wird im folgenden Abschnitt näher eingegangen. Hier soll zunächst unter Einbeziehung der Praxis- und der Radikalitätsdimension von Emanzipation auf die Notwendigkeit einer tatsächlichen Veränderung verwiesen werden.

---

<sup>540</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.4.1 – Funktionen von Partizipation – Ein Überblick; Sturzenhecker benennt auch Motivationen für eine Scheinmitbestimmung. Siehe hierzu: Abschnitt 3.6.2 – Anerkennung und das Recht auf Partizipation.

Buse / Nelles stellen hierzu das Kriterium der inhaltlichen Konsequenzen, anstatt bloßer Formveränderungen auf. Agnoli betont weiter, dass politische Partizipation nicht in einer Teilgewährung von Mitbestimmung münden darf, wie der Gewährung eines Anhörrechts ohne Entscheidungsbefugnis. Mit diesen beiden Forderungen werden beide Emanzipationsdimensionen berücksichtigt. So kann nach emanzipatorischen Gesichtspunkten festgehalten werden, dass politische Partizipation praktische Konsequenzen nach sich ziehen muss und eine alleinige Veränderung der Partizipationsform oder die schlichte Protestartikulation nicht ausreicht. Und ferner müssen politische Partizipationsprojekte eine radikale - sprich weitestgehende - Beteiligung ermöglichen. Das bedeutet - unter Berücksichtigung der in Abschnitt 3.6.1 betrachteten Partizipationsgradskalen - eine Beteiligung an allen Phasen des policy-Zyklus und eine umfassend intensive Beteiligung, die eine vollständige Partizipation mit eigener Entscheidungskompetenz anstrebt.

#### **4.6. Die Frage nach Recht und Subjekt nach emanzipatorischen Gesichtspunkten**

Die Forderung nach einem Recht auf Partizipation steht vor allem der subjektorientierten Emanzipationsdimension nahe. Aber auch in weiteren Partizipationsansätzen lässt sich die aktive, an den Menschen orientierte Komponente der Emanzipation erkennen. Bei jenen wird die Wahrnehmung der Personen als Subjekte sehr deutlich betont, beispielsweise in Ansätzen wie der politischen Subjektentwicklung oder dem Verständnis von politischer Partizipation als der Selbstverwirklichung des Menschen. Ebenso kann die Hervorhebung der Notwendigkeit von Anwendungsräumen und der vollwertigen Anerkennung der BürgerInnen in einigen Ansätzen gefunden werden.<sup>541</sup> Mit der Forderung nach einem Recht auf Partizipation geht die Hoffnung einher, dass Partizipationsprojekte die jeweilige Zielgruppe nicht mehr als Objekte begreifen und keine Funktionalisierung ihrer Beteiligung stattfindet. Aus der Perspektive der subjektorientierten Emanzipationsdimension ist dieser Forderung vorbehaltlos zuzustimmen. Zieht man allerdings die Radikalitätsdimension hinzu, im Sinne einer kritischen Betrachtung bürgerlicher Emanzipationsbestrebungen, muss die Frage nach der Wirksamkeit rechtlicher Regelungen gestellt werden. So kann aus der Emanzipationsgeschichte der Schluss gezogen werden, dass Rechte nicht einfach eingeräumt, sondern durch soziale und politische Bewegungen erkämpft werden. Des Weiteren bedarf es für die tatsächliche Umsetzung dieser Rechte eine fortwährende politische Praxis.

---

<sup>541</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.4.3 - Erziehungsfunktion

Wird eine weitere Emanzipationsdimension, die Verbindung aus individueller und struktureller Emanzipation, auf die Subjektorientierung – konkreter auf die Forderung nach einer politischen Subjektentwicklung – bezogen, so müssen weitere ambivalente Züge benannt werden. Die Gefahren der Vernachlässigung der strukturellen Dimension sind zwar bereits in der Betrachtung anderer Emanzipationsdimensionen angesprochen worden, sollen an dieser Stelle jedoch explizit auf die politische Subjektentwicklung angewendet werden. Denn wenn unklar bleibt, ob dem Ansatz nicht doch eine Beschränkung auf die individuelle Emanzipation innewohnt, so muss konstatiert werden, dass auch politische Subjektentwicklung in rein affirmative Kompetenzförderung und Anerkennungsräume in unkritische Systemakzeptanz umschlagen können.

#### **4.7. Weitere qualitative Aspekte aus emanzipatorischer Perspektive**

Die Auswertung aller herausgearbeiteten qualitativen Forderungen für politische Partizipation konnte und sollte in dieser Arbeit nicht stattfinden. Dennoch wird mit diesem Kapitel der Anspruch verbunden emanzipatorische Kriterien für politische Partizipationsprojekte zu entwickeln. Einige vorangestellte zentrale Fragestellungen politischer Partizipation bildeten hierfür die Grundlage. Im folgenden Abschnitt sollen nun emanzipatorische Kriterien an sämtliche Forderungen – ohne sie im Einzelnen anzuführen – mit Hilfe der Dimension der *Politisierung*, der *scharfen Analyse und Kritik* und der *prozess- und reflexionsorientierten Dimension* angelegt werden.

Dienlich im Sinne der Politisierung und der scharfen Analyse sind all jene Forderungen und Ansätze, die eine Differenzierung der Partizipationspraxis bewirken. So schafft Kraus mit seiner differenzierten Betrachtung der politischen, pädagogischen und Nutzen orientierten Variante politischer Partizipation die Möglichkeit einer re-politisierten politischen Partizipation.<sup>542</sup> Ferner kann eine politische Mobilisierung, das In-Gang-setzen eines Bewusstwerdungsprozesses oder die Parteinahme für bisher unterrepräsentierte Personengruppen in Verbindung mit Partizipation eine Politisierung bedeuten. Ebenso kann sie auch durch einer Steigerung der Transparenz im gesamten Partizipationsprozess oder auch durch Weiterbildung von Verwaltungspersonen erreicht werden. Die Palette der den politischen Aspekt betonenden Ansätze ist groß. Für die Spezifizierung ihres jeweiligen emanzipatorischen Gehalts müssen jedoch alle Emanzipationsdimensionen

---

<sup>542</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 3.2.4.1 – Die Funktionen von Partizipation - Ein Überblick

miteinbezogen werden und bedarf es einer separaten Untersuchung, wie die einzelnen Ansätze im konkreten Partizipationsprojekt wirken.

Eine weitere, in der bisherigen Auswertung noch nicht angesprochene Dimension ist das Verständnis von Emanzipation als Prozess, der ständig der Reflexion bedarf. Hierfür kann beispielsweise die Forderung nach Ergebnisoffenheit<sup>543</sup> ins Feld geführt werden, die den Prozesscharakter berücksichtigt und zugleich die Handlungsfreiheit der Subjekte sowie das Fehlen eines Machtmonopols betont. Die Prozess- und Reflexionsdimension nicht zu vernachlässigen bedeutet jedoch darüber hinaus, sowohl alle Aspekte der politischen Partizipation als auch alle hier aufgestellten emanzipatorischen Kriterien nicht als fertige Wahrheit zu präsentieren, sondern immer für Reflexion und Kritik freizugeben.

---

<sup>543</sup> Siehe hierzu: 3.6.1 – Partizipationsquote und Partizipationsgrad



## 5. Resümee

Ehrenamt, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement nehmen wie Jugendparlamente oder Stadtteilforen den Begriff Partizipation für sich in Anspruch. Unter diesem Schlagwort findet eine von Landes-, Bundesregierung und europäischer Kommission getragene Förderpolitik statt. In vielen – vor allem staatlichen – Publikationen wird Partizipation als ein zukunftsweisender Ansatz beschrieben. Durch partizipative Projekte soll beispielsweise Politikverdrossenheit abgebaut oder bürgerschaftliches Potential für die Kommune nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus ist mit neuen Beteiligungsverfahren vereinzelt die Perspektive verbunden, BürgerInnen mehr Freiheiten und größere Mitbestimmungsrechte zu ermöglichen. Historisch betrachtet könnte das als eine Revitalisierung des in den 1970er Jahren mit Emanzipation verknüpften Begriffes interpretiert werden. Doch wenn Partizipationsprojekten das einheitliche Gewand eines zukunftsweisenden – vielleicht zunächst emanzipatorisch anmutenden – Ansatzes übergestreift wird, stellt sich die Frage, inwiefern durch die existierenden Partizipationskonzeptionen *tatsächlich* Emanzipation befördert werden kann.

Für ein aussagekräftiges Resümee soll im Folgenden die gesamte Arbeit mit allen Teilen berücksichtigt werden. Um dabei den roten Faden der Arbeit aufnehmen zu können, muss noch einmal ihre Konzeptionalisierung und die Systematisierung der Auswertung nachvollzogen werden.

Die erkenntnisleitende Fragestellung dieser Arbeit ist, *ob* und *wie* der Emanzipation durch Partizipation näher gekommen werden kann. Die Frage nach dem *wie* zu beantworten und damit emanzipatorische Kriterien zu finden, gestaltet sich um einiges schwieriger als die prinzipielle Frage, *ob* die Möglichkeit emanzipatorischer Effekte in Partizipationskonzepten existiert. Die Bearbeitung beider Fragen bedeutet Klarheit in zwei diffuse Begriffe – Emanzipation und Partizipation – zu bringen. Die historische Perspektive ist hierzu nur bedingt hilfreich, da der inhaltliche Gehalt von Begriffen stetig umkämpft ist und einem diskursiven Wandel unterliegt. Unabdingbar für die Annäherung an die Begriffe ist eine relativ breite Darstellung unterschiedlicher Konzepte. Für den vorgenommenen Vergleich von Emanzipations- mit Partizipationskonzepten war allerdings eine Begrenzung der Fülle an Aspekten nötig, was Verkürzungen mit sich bringt.

Für die Konzeptionen von Emanzipation wurde diese Gratwanderung durch eine Systematisierung in acht Emanzipationsdimensionen vollzogen.<sup>544</sup> Einem tendenziell kritisch-transformativen Emanzipationsbegriff ist demnach eine *subjektorientierte Komponente*,

---

<sup>544</sup> Siehe hierzu: Abschnitt 2.4 – Zwischenfazit - Kriterien emanzipatorischer Ansätze, Tabelle 1.

welche die Menschen mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt, zu eigen (1)<sup>545</sup>. Emanzipation ist des Weiteren als *Prozess* zu denken, sodass sich jegliche als emanzipatorisch bezeichnenden Konzepte einer *fortwährenden Reflexion* unterziehen müssen (2). Ferner beinhaltet eine *allgemein-menschliche Emanzipation* einen Bruch mit bürgerlicher Herrschaft, sodass Emanzipationskonzeptionen – wollen sie nicht nur die Emanzipation des Bürgertums erzielen – als radikal und, im positiven Sinne, utopisch konzipiert werden müssen (3). Strukturelle Faktoren – sprich *gesellschaftliche Strukturen wie die Verfassungsrealität oder soziale Ungleichheit* – müssen für eine kritisch-transformatorische Emanzipation ebenso in den Blick genommen werden wie individuelle Abhängigkeiten. Nur in einem Erfassen ihres Zusammenspiels gelingt das Aufstellen Emanzipation fördernder Kriterien (4). Einer kritischen Konzeption von Emanzipation steht ein inflationärer Gebrauch des Begriffs entgegen, der entpolitisierende Effekte zeitigt. Dem entgegen muss *Emanzipation als politisches Konzept* begriffen werden und politisierend wirken. Damit verbunden ist die Notwendigkeit differenzierter Betrachtungen und scharfer Analysen, die gesellschaftliche Strukturen als politische, und damit vermachtete Strukturen begreifen (5). Weiter notwendig für Emanzipation ist der *Konflikt*. Harmonisierende Ansätze laufen Gefahr existierende Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren, anstatt sie abzubauen (6). Mit einer emanzipatorischen Strategie muss die *Perspektive einer Enthierarchisierung* verbunden sein. Dieses Credo der *Horizontalität* ist mit einer Strategie der Gegenhegemonie unvereinbar, da es nicht auf einer Umsetzung vermeintlich emanzipatorischer Ziele beruht, für deren Erreichung die Mittel zweitrangig sind, sondern eine Enthierarchisierung bereits bei der Suche nach Emanzipation beginnen muss (7). Das Mittel für diesen emanzipatorischen Fortschritt ist die *politische Praxis*. Theoretische Konzeptionen, kritisches Denken und Räsonieren sind vorgelagerte Bedingungen eines an Emanzipation orientierten Handelns. Sie sind zwar nötig für das emanzipatorische Potential der Praxis, doch ohne die politischen Bewegungen bleiben die Mittel der Theorie wirkungslos und tendieren dadurch zur Affirmation (8).

Diese acht Dimensionen bilden die Grundlage der Bewertung partizipativer Konzepte. Hierbei ist zu beachten, dass nur mit großer Vorsicht eine separate Betrachtung der einzelnen Dimensionen möglich ist. Die ausschließliche Berücksichtigung einer Komponente kann zwar die Erfüllung des spezifischen Kriteriums feststellen, aber dennoch im Gesamten keine emanzipatorische Ausrichtung belegen. So könnten Projekte rechtsextremer Gruppen beispielsweise durchaus an Konflikt und Praxis orientiert sein sowie einen Bruch mit bürgerlichen Herrschaftsformen anstreben, doch die zugrunde gelegte

---

<sup>545</sup> Aus Gründen der Übersicht werden die acht Dimensionen mit einer Ziffer gekennzeichnet.

Ideologie würde einer Enthierarchisierung, Subjektorientierung und dem Abbau jeglicher sozialer Ungleichheit diametral widersprechen. Insofern muss die gegenseitige Bedingtheit der acht Dimensionen bedacht und darf die Zielperspektive, Herrschaft und Unterdrückung abzubauen, nicht vernachlässigt werden.

Die Auswahl der in Kapitel 3 dargestellten und damit für eine Prüfung auf Emanzipationskriterien herangezogenen Partizipationskonzepte resultiert aus einer Fokussierung auf Ansätze, denen ein Mindestmaß an kritischer Ausrichtung unterstellt wurde. Die Deskription der Partizipationskonzepte wurde anhand der Stellung in Demokratietheorien, der Funktionen, der unterschiedlichen Betrachtungsebenen, der empirisch-quantitativen und der qualitativen Zugänge zu Partizipation gegliedert.

Die Auswertung aus der großen Fülle an dargelegten Aspekten partizipativer Konzeptionen vollzog sich in einer Reduktion auf charakteristische – oft erwähnte oder strittige – Aspekte. So kristallisierten sich als Auswertungsschwerpunkte in Kapitel 4 zunächst die unterschiedlichen demokratietheoretischen Zugänge – die Legitimations- und Stabilitätsfrage inbegriffen – heraus. Des Weiteren wurde die strukturelle Emanzipationsdimension bei der Analyse der Mikro-, Meso- und Makroebene berücksichtigt. Diese ermöglichte eine Kritik an den empirisch-quantitativen Zugängen sowie an der im politischen Willensbildungsprozess besonderen Rolle der Parteien. Die Auswertung zentraler qualitativer Aspekte ergab eine kritische Würdigung der Forderung nach Macht(um)verteilung sowie nach einem Recht auf Partizipation, der Frage von Funktionalisierung oder tatsächlicher Veränderung und einzelner weiterer Partizipationsforderungen. Hierzu dienten – neben der strukturellen Emanzipationsdimension – die restlichen sieben Dimensionen als Orientierungsmaßstab zur Entwicklung emanzipatorischer Kriterien.

*Ob* nun Emanzipation durch Partizipation befördert werden kann, war die eine Fragestellung dieser Arbeit, die durch Nicht-Falsifizierung der These ‚Emanzipation kann durch Partizipation befördert werden‘ mit dem Prädikat ‚prinzipiell möglich‘ beantwortet werden konnte. Hieraus resultierten jedoch keine weiteren Aussagen über den möglichen emanzipatorischen Effekt. Für diesen zweiten Teil der Fragestellung – *wie* es möglich ist, Emanzipation durch Partizipation zu fördern – wurden die – anhand der in Kapitel 4 vollzogenen Auswertung – entwickelten emanzipatorischen Kriterien betrachtet. Der präzisen Beantwortung dieses Teils der Fragestellung waren allerdings Grenzen gesetzt. Sie resultierten aus der Beschränkung auf die Theorie politischer Partizipation, wodurch die praktische Umsetzung nicht mit Hilfe der Emanzipationsdimensionen betrachtet werden konnte. Des Weiteren können, durch die fokussierte Betrachtung charakteristischer Aspekte, die daraus resultierenden Kriterien höchstens als Emanzipationsmaßstab an konkrete Partizipationsprojekte angelegt werden, sie bilden jedoch kein umfassendes Konzept emanzipatorischer Partizipation.

In der Analyse der partizipativen Demokratietheorien wird deren Unterschiedlichkeit deutlich. Mit Rekurs auf Löschs Einteilung lässt sich bei den kontextbezogenen Demokratietheorien ein größeres emanzipatorisches Potential als bei den prozeduralen Theorien erkennen. Im Einzelnen kann der gesamtgesellschaftlichen, der feministischen und der agonistisch-radikalen Demokratietheorie die stärkste emanzipatorische Ausrichtung attestiert werden. Nicht so eindeutig kann, aufgrund der unklaren Positionierung, die starke Demokratietheorie eingeordnet werden. An der deliberativen und der kooperativen Demokratietheorie muss die größte Kritik geübt werden. So wird bei der deliberativen Theorie Politik größtenteils auf kommunikatives Handeln beschränkt und ein Idealtypus politischer Öffentlichkeit gezeichnet, der sowohl die unterschiedlich zur Verfügung stehenden Ressourcen als auch die Geschlechterdimension verkennt. Die Kooperative Demokratie will einen realitätsnäheren Ansatz als die deliberative Theorie verfolgen. Die Konsequenz von Bogumil / Holtkamp / Kißler ist allerdings eine Reduktion der Qualitätsansprüche an politische Partizipation, die mit einem – aus emanzipatorischer Sicht – problematischen Arrangieren mit strukturellen Hindernissen einhergeht. Die hauptsächlichen Kritikpunkte richten sich an eine hieraus resultierende Teilgewährung politischer Partizipation, wie dem Sich-Begnügen mit einem Anhörrecht. Ebenso muss die Nichtinfragestellung struktureller Hindernisse, wie unterschiedliche Machtverteilungen, kritisiert werden, weshalb mit diesen Theorieansätzen kein gesellschaftlicher Prozess der Enthierarchisierung angestoßen werden kann.

Anhand der weiteren Auswertung kann konstatiert werden, dass der Fokus der Projekte auf Partizipation liegen muss und nicht auf Systemstabilität, dem Output oder einer effizienten Kosteneinsparung.

Aufgrund der zentralen Stellung der Parteien und ihrem Unvermögen, Beteiligung in emanzipatorischer Hinsicht zu fördern, muss an ihnen Kritik geübt werden. Durch entsprechende Umkehrung eines Plädoyers des verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau, der die Parteien als Ausweg aus der vermeintlichen Politikverdrossenheit anpries, soll es parteienkritisch heißen: *Man müsste vielfältigere und hierarchieärmere Partizipationsformen als die Parteien erfinden, wenn es sie nicht bereits gäbe.* Nicht die Parteien sind der Schlüssel für mehr politisches Engagement, sondern die qualitative Verbesserung und Ermöglichung politischer Partizipation, die sich in der Praxis immer von Neuem einer emanzipatorischen Kritik zu stellen hat.

Informationsbeschaffung, Kommunikation, Aufklärung, Medien, Öffentlichkeit sowie politische Bildung sind einer emanzipatorischen politischen Partizipation vorgelagert. Das bedeutet gleichfalls, dass Kompetenzförderung durchaus emanzipatorische Züge tragen kann, denn mit einer angestrebten individuellen Emanzipation wachsen auch die Möglichkeiten zur Infragestellung diverser Normen und Rollenvorstellungen. Eine ex-

plizit emanzipatorische Strategie auf der Mikroebene stellt das Aufzeigen und Erfahrbarbarmachen konkreter Handlungsmöglichkeiten dar. Doch den Fokus auf die individuelle Emanzipation zu richten, trägt ambivalente Züge, da individuelle Kompetenzen zur besseren Interessenartikulation nicht zwangsläufig in einer strukturellen Emanzipation münden. So bleibt die Gefahr der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme. Nur unter Beachtung struktureller Hindernisse ist eine gesellschaftliche Emanzipation möglich, die strukturelle Veränderungen erlaubt, soziale Ungleichheiten verringert und wirkliche politische Mitbestimmung intensiviert.

In der empirischen Partizipationsforschung und der Evaluation von Projekten sollten quantitative und qualitative Methoden kombiniert werden. Des Weiteren darf nicht nur nach der Partizipationsbereitschaft gefragt werden, sondern müssen die strukturellen Verhinderungsmechanismen ebenso Gegenstand der Untersuchung sein. Nach Möglichkeit sollte die Zielgruppe selbst über das konkrete Projekt oder die politische Beteiligung im Allgemeinen urteilen können, damit sie nicht nur Objekt wissenschaftlicher Forschungen bleibt. Zudem sollte das Zustandekommen der Kriterien für die sogenannte Partizipationsfähigkeit des Individuums in Augenschein genommen werden. Im Konkreten würde daraus die Frage resultieren, wer eigentlich die Kriterien festlegt.

Partizipationsmodelle in denen der Machtunterschied zwischen Partizipierenden und InitiatorInnen, EntscheidungsträgerInnen oder Verwaltungsangestellten nicht mitgedacht wird, läuft Gefahr diese Machtverhältnisse zu reproduzieren und somit die Partizipation nur als Legitimierung bestehender Verhältnisse zu benutzen, anstatt eine Veränderung in eine emanzipatorische Richtung zu erwirken. Das kann auch bei pädagogischer Betreuung der Fall sein. Die Personen der jeweiligen Zielgruppe werden dann als Objekte wahrgenommen, an denen Methoden ausprobiert werden. Dem entgegen ist an Machtasymmetrien und Subordinationen Kritik zu üben sowie dafür Sorge zu tragen, dass die aktive Teilhabe gefördert wird und zwar nicht nur in der Endphase von Partizipationsprojekten, sondern auch in der Vorbereitung und weiteren vorgelagerten Prozessen. Eine Vermeidung von Konflikten steht einer Machtverteilung entgegen. Hier müsste der mehr Partizipation einfordernden Gruppe größere Solidarität – auch intellektuelle Solidarität – entgegengebracht werden, dass es als legitimer Schritt angesehen wird, sich die Partizipationsmöglichkeiten zu erkämpfen und zu nehmen, auch wenn die EntscheidungsträgerInnen keine *Bereitschaft* zeigen. Jegliche vorhandenen Machtmittel müssen unter allen Beteiligten eines Partizipationsprojektes gleich verteilt sein. Somit korrespondiert wirkliche politische Partizipation mit der Aushebelung politischer Privilegien. Kristallisationspunkt hierfür wäre eine politische Beteiligung, die den traditionell verankerten Interessen zuwiderläuft.

Aus politischen Partizipationsprojekten müssen inhaltliche Konsequenzen folgen. Ansonsten führen diese nur zu einer Formveränderung ohne wirkliche Einflussmöglichkeiten. Ebenso darf politische Partizipation nicht bei der Protestartikulation stehen bleiben. Wenn es sich um einen emanzipatorischen Partizipationsansatz handeln soll, muss der Partizipationsprozess bis zur Interessenverwirklichung oder dem kooperativen Aushandeln von Alternativlösungen fortgesetzt werden. Die Motivation und Interessen der InitiatorInnen eines Partizipationsprojektes müssen offengelegt werden. Durch eine Funktionalisierung politischer Partizipation für andere Interessen, wie die Kostenminimierung, die Prestigesteigerung oder die Integration von Protest, verkommt politische Beteiligung zu einem Schein, zur Pseudo-Partizipation.

Der Aspekt des Politischen darf bei Partizipationsprojekten nicht vernachlässigt werden. Im Zuge dessen sind politische Positionierungen offen zu legen und differenzierte Analysen der beteiligten Akteure, ihrer Rollen und der weiteren Rahmenbedingungen vorzunehmen. Der Kampf für ein tatsächliches Recht auf eine umfassende politische Partizipation ist aufrecht zu erhalten, damit die Forderung nach einem Recht nicht durch eine minimale Gesetzesänderung integriert wird.

Reflexion muss – ganz im Sinne der Kritischen Theorie – fester Bestandteil jeglichen Partizipationsprojektes sein. Nur ein durch Selbstreflexion erlangtes emanzipatorisches Bewusstsein, das gegenwärtige Zustände zu erkennen vermag, kann sich von ungerechtfertigten Zwängen befreien. Ein wesentlicher Bestandteil dieses kritisch-emanzipatorischen Bewusstseins ist die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, die in ihrer eigenen Ideologie – sie hätte die Versprechen der Freiheit, der Gleichheit und Gerechtigkeit bereits eingelöst – befangen ist. Diese geforderte reflexive Betrachtung darf genauso wenig vor den in dieser Arbeit aufgestellten emanzipatorischen Kriterien halt machen.

Mit dieser Kurzübersicht der entwickelten Kriterien für emanzipatorische Kritik und Praxis ist die Hoffnung auf mehr Emanzipation befördernde, politische Partizipationsprojekte verbunden. Die damit einhergehende Kritik an etlichen Partizipationsansätzen dient – im Sinne von Wolf-Dieter Narr – dazu, den schönen Schein verschiedener Partizipationsbehauptungen zu zerstören, weil sie Partizipation eher verstellen als befördern.<sup>546</sup>

Hieran anschließende Forschungsvorhaben könnten eine Schließung der Lücken und eine differenzierte Betrachtung der Verkürzungen dieser Arbeit zum Ziel haben. So wäre eine Analyse eines oder mehrerer, als gelungen eingestufte Partizipationsprojekte nach den herausgearbeiteten emanzipatorischen Gesichtspunkten spannend und könnte rück-

---

<sup>546</sup> Vgl. Narr 1973, S.208 f.

wirkend zu einer Ausdifferenzierung der Kriterien beitragen. Des Weiteren könnte sich den Partizipationsfeldern zugewandt und beispielsweise erörtert werden, warum ein Übergewicht an Jugendpartizipationsprojekten oder – besser ausgedrückt – eine Unterrepräsentanz an sonstigen Partizipationsfeldern beobachtet werden kann. Die Ausnahme zu diesem Trend scheint das Feld des bürgerschaftlichen Engagements darzustellen. Hier wäre es interessant zu fragen, welche Interessen und welche Ziele mit den zugrunde gelegten Konzepten verknüpft werden.

## Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1:	Spektrum politischer Partizipationsfelder.....	81
Abbildung 2:	Einflüsse auf die Wahlbeteiligung respektive politische Partizipation im Allgemeinen nach Trinkle.....	85
Tabelle 1:	Widersprüche der Suche nach Emanzipation; in unterschiedliche Dimensionen differenziert und einer affirmativen oder kritischen Tendenz zugeordnet.....	41
Tabelle 2:	Formen politischer Partizipation nach Schultze .....	45
Tabelle 3:	5 Stufen eines möglichen Partizipationsprozesses nach Britsch.	98
Tabelle 4:	7 Phasen eines Partizipationsprozesses nach Waschkuhn.....	98
Tabelle 5:	Stufen der Beteiligung nach Schröder.....	99
Tabelle 6:	Unterschiedlich intensive Partizipationsarten nach Oser u. a.....	99



## Literatur

- **Abendroth**, Wolfgang: Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie. In: Politische Vierteljahresschrift. 5.Jg., H.3. 1964.
- **Achatz**, Julia u.a.: Forschungsleitende Perspektiven und Konzept des Jugendsurveys. In: Gille / Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen. Leske+Budrich Verlag. 2000a. S.11-32.
- **Achatz**, Julia u.a.: Jugendliche und junge Erwachsene 1992 und 1997: Eine kritische Bilanz. In: Gille / Krüger (Hg.) Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2000b. S.423-436.
- **Adorno**, Theodor W.: Negative Dialektik. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1966.
- **Adorno**, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1970.
- **Adorno**, Theodor W.: Spätkapitalismus und Industriegesellschaft, in: Schriften 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1972a.
- **Adorno**, Theodor W.: Zur Logik der Sozialwissenschaften, in: Schriften 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1972b.
- **Adorno**, Theodor W.: Resümé über Kulturindustrie, in: Schriften 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1977.
- **Adorno**, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. In: Adorno, Theodor W.: Gesammelte Schriften 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1981.
- **Adorno**, Theodor W. / Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1988.
- **Adorno**, Theodor W.: Kants ‚Kritik der reinen Vernunft‘. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1995. (1959).
- **Agnoli**, Johannes: Transformation der Demokratie. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt. 1968.
- **Alemann**, Ulrich von (Hg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1975.
- **Alemann**, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2003.
- **Arendt**, Hannah: Was ist Politik. Fragmente aus dem Nachlaß. München: R. Piper Verlag. 1993. S.9-12.
- **Arnold**, Bernd: Politische Parteien, Volksbegehren und Volksabstimmungen. URN: urn:nbn:de:bub:29-opus-539 ; URL: <http://www.opus.ub.uni-erlangen.de/opus/volltexte/2004/53/> Stand: 13.3.2006

- **Barber**, Benjamin: Starke Demokratie. Hamburg: Rotbuch Verlag. 1994.
- **Bayer**, Christoph: Modell-Insel oder Alltagsgeschäft? Beobachtungen und Forderungen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen als politische Gestaltungsaufgabe. In: Eith, Ulrich / Rosenzweig, Beate (Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.88-95.
- **Behr**, Hartmut: Moderne Theorien der Demokratie und Konzeptionen politischer Partizipation. In: Lauth, Hans-Ulrich / Liebert, Ulrike (Hg.): Im Schatten demokratischer Legitimität. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1999.
- **Benhabib**, Seyla: Die gefährdete Öffentlichkeit. In: Transit. Heft 13. 1997.
- **Benner**, Dietrich: Erziehung, Bildung, Normativität. In: Dietrich, Cornelia; Müller, Hans-Rüdiger (Hg.): Bildung und Emanzipation. Klaus Mollenhauer weiterdenken. München: Juventa. 1999a.
- **Benner**, Dietrich: Reflexive versus affirmative Emanzipation. In: Dietrich, Cornelia / Müller, Hans-Rüdiger (Hg.): Bildung und Emanzipation. Klaus Mollenhauer weiterdenken. München: Juventa. 1999b.
- **Berger**, Wolfgang: Jugendforen und Jugendgemeinderäte – Empfehlungen aus der Praxis. In: Eith / Rosenzweig (Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005.
- **Bergstedt**, Jörg: Grundlagen von Herrschaft. In: Gruppe Gegenbilder (Hg.): Autonomie und Kooperation. Saasen: Projektwerkstatt. 2005. S.23-68.
- **Bertelsmann Stiftung** (Hg.): Politische Partizipation in Deutschland. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politischen Bildung. 2004.
- **Bevan / Probst / Scarrow**: Anti-party discourses in Germany. Institut für Höhere Studien Wien. 1994.
- **Biedermann**, Horst: Junge Menschen an der Schwelle politischer Mündigkeit. Partizipation: Patentrezept politischer Identitätsfindung? Münster: Waxmann Verlag. 2006.
- **Bogumil / Holtkamp / Kibler**: Kooperative Demokratie. Frankfurt am Main: Campus. 2006.
- **Breit**, Gotthard: Interesse, Skepsis, Anteilnahme – Zur Entwicklung einer demokratischen Verhaltensdisposition. In: Breit / Schiele (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. 2004. S.196-212.
- **Buden**, Boris: Forever young. Negris Multitude als postemanzipatorisches Emanzipationskonzept. 4/2003. <http://www.republicart.net> Stand: 13.3.2006

- **Burdewick**, Ingrid: Politische Partizipation – Jugend, Anerkennung und Pädagogik. In: Hafener u.a. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld zwischen Interessen und Akteuren. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005. S.95-120.
- **Buse**, Michael J.: Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (Hg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen: Westdeutscher Verlag. 1975. S.41-56.
- **Butler**, Judith / **Laclau**, Ernesto / **Zizek**, Slavoj: Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left. Verso Publishers. 2000.
- **Demirovic**, Alex (Hg.): Komplexität und Emanzipation. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2001.
- **Demirovic**, Alex: Der Zeitkern der Wahrheit. Zur Forschungslogik kritischer Gesellschaftstheorie. In: Beerhorst u.a. (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 2004. S.475-499.
- **Deth**, Jan W. van / **Neller**, Katja: Politisches Engagement in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 30-31/2006.
- **Deutsche Shell** (Hg.): Jugend 2002. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 2002. S.53-138.
- **Dietrich**, Cornelia / Müller, Hans-Rüdiger (Hg.): Bildung und Emanzipation. Klaus Mollenhauer weiterdenken. Weinheim: Juventa. 1999.
- **Downs**, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: Mohr. 1968, S.21-34.
- **Eisenstadt**, Shmuel N.: Paradoxien der Demokratie. Frankfurt am Main: Humanities Online. 2005.
- **Eith**, Ulrich / **Rosenzweig**, Beate (Hg.): Jugend und Politik. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005.
- **Engels**, Friedrich / **Marx**, Karl: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. MEW 2. Berlin: Dietz Verlag. 1958.
- **Forschungsgruppe Jugend und Europa** (Hg.): Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation. Schriftenreihe Bd.8. München: Eigenverlag. 2004. S.80-86.
- **Frevert**, Ute: Frauen-Geschichte. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1986.
- **Friedrich**, Bianca u.a.: Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Wiesbaden: VS Verlag. 2004.
- **Fuhrmann**, Max / **Zennig**, Karin: Christoph Spehr: „Gleicher als Andere“. In: Kappler, Marc / Lessing, Thorsten (Hg.): Theoriereader zum Hauptseminar

- „Moderne Herrschaftsanalysen und herrschaftskritische Praxis“ an der Universität Marburg. Unveröffentlichtes Manuskript. 2005. S.61-75.
- **Gaiser, Wolfgang / Rijke, Johann de:** Partizipation und politisches Engagement. In: Gille / Krüger (Hg.): Unzufriedene Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2000. S.267-323.
  - **Galic, Barbara:** Emanzipation in Erziehung und Bildung Hörgeschädigter. Dissertation. Pädagogische Hochschule Heidelberg. 2003.
  - **Gangl, Manfred:** Dialektische Vernunft und eindimensionale Gesellschaft, in: Flego, Gvozden / Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (Hg.): Herbert Marcuse – Eros und Emanzipation. Giessen: Germinal Verlag. 1989. S.171-189.
  - **Gille, Martina / Krüger, Winfried (Hg.):** Unzufriedene Demokraten. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske+Budrich Verlag. 2000.
  - **Grass, Karl Martin / Koselleck, Reinhardt:** Emanzipation. In: Brunner, Otto u.a. (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart: Ernst Klett Verlag. 1975. S.153-197
  - **Greiffenhagen, Martin (Hg.):** Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973.
  - **Groothoff, Hans-Hermann:** Über Theodor Adornos Beitrag zur Pädagogik. In: Oppolzer, Sigfried (Hg.): Erziehungswissenschaft 1971. Wuppertal: Alois Henn Verlag. 1971. S.73-82.
  - **Großer, Kai:** Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Politik und Pädagogik. Diplomarbeit. Philipps-Universität Marburg. Bd.1 2002.
  - **Großer, Kai:** Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Politik und Pädagogik. Diplomarbeit. Philipps-Universität Marburg. Interviews. Bd.2. 2002.
  - **Gruppe Gegenbilder (Hg.):** Autonomie und Kooperation. Saasen: Projektwerkstatt. 2006.
  - **Habermas:** Technik und Wissenschaft. 6.Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1973.
  - **Hafeneger, Benno:** Corporate Citizenship – Motive, Interessen, Nutzen. In: kursiv. Journal für politische Bildung. Heft 3/2004. S.58-64.
  - **Hafeneger, Benno u.a. (Hg.):** Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld zwischen Interessen und Akteuren. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005.
  - **Hafeneger, Benno:** Beteiligung in Jugendverbänden. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 53.Jg., H.5. 2006. S.210-217.
  - **Hardt, Michael / Negri, Antonio:** Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt am Main: Campus. 2004.

- **Haug**, Wolfgang Fritz: Das Ganze und das ganz Andere. Zur Kritik der reinen revolutionären Transzendenz. In: Habermas: Antworten auf Herbert Marcuse. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 4.Aufl. 1969. Org.Ausg.:1968.
- **Haug**, Wolfgang Fritz (Hg.): Berlin: Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd.2. Argument-Verlag. 1984. S.283-286.
- **Haug**, Wolfgang Fritz (Hg.): Hamburg: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd.3. Argument-Verlag. 1997. S.272-289.
- **Heil**, Reinhard: Die Kunst des Unmöglichen. Slavoj Zizeks Begriff des Politischen. In: Flügel u. a. (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2004. S.230-254.
- **Heitmeyer**, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 2002.
- **Heitmeyer**, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 2003.
- **Herbstritt**, Claudia: Jugendliche in der Politik – Ein Erfahrungsbericht. In: Eith / Rosenzweig (Hg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.79-87.
- **Hesse**, Hans Albrecht: Über den Gebrauch der Begriffs ‚Emanzipation‘ in der erziehungswissenschaftlichen Literatur der Gegenwart, In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973.
- **Hetzl**, Andreas: Demokratie ohne Grund, in: Flügel u. a. (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2004. S.185-210.
- **Holland-Cunz**, Barbara: Feministische Demokratietheorien. Thesen zu einem Projekt. In: Kurz-Scherf, Ingrid u. a. (Hg.): Reader Feministische Politik&Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart. Königstein im Taunus: Ulrike Helmer Verlag. 2006. S.239-241.
- **Horkheimer**, Max: Gesammelte Schriften 7. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1985.
- **Horkheimer**, Max: Vernunft und Selbsterhaltung, in: Gesammelte Schriften 5. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1987.
- **Horkheimer**, Max: Die Juden und Europa, in: Gesammelte Schriften 4. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1988a.
- **Horkheimer**, Max: Traditionelle und kritische Theorie, in: Gesammelte Schriften 4. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 1988b.

- **Huber**, Helga / **Kaschuba**, Gerrit / **Stauber**, Barbara: Jugend und verantwortungsvolle Mediennutzung – Medien und Persönlichkeitsentwicklung. Untersuchungsbericht des Tübinger Instituts für frauenpolitische Sozialforschung TIFS e.V. Stuttgart: Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg 10. 2005.
- **Hufer**, Hans-Peter: Für eine emanzipatorische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2001.
- **Hufer**, Hans-Peter u.a.: Außerschulische politische Bildung heute. Gemeinsamkeiten und Differenzen. Ein Überblick. In: Hufer, Hans-Peter / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (Hg.): Positionen der politischen Bildung. Teil 2. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.340-361.
- **Huguet**, Montserrat Galceran: Emanzipation. In: Sandkühler, Hans-Jörg (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg: Meiner Verlag. 1990. S.658-660
- **Hurrelmann**, Klaus u.a.: Wachsende Ungleichheit der Zukunftschancen? Familie, Schule und Freizeit als jugendliche Lebenswelten. In: 14. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag. 2002.
- **Incesu**, Metin: Politische und soziale Partizipation von MigrantInnen. Bonn: NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien e.V. 2003. S.5-9.
- **Jörke**, Dirk: Die Agonalität des Demokratischen: Chantal Mouffe. In: Flügel u. a. (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft. 2004. S.164-184.
- **Kant**, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Brandt Horst D. (Hg.): Immanuel Kant. Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften. Hamburg: Felix Meiner Verlag. 1999. (1784). S.20-27.
- **Kant**, Immanuel: Kritik der reinen Vernunft. Kritik der praktischen Vernunft. Kritik der Urteilskraft. Wiesbaden: Fourier Verlag. 2003.
- **Kappler**, Marc: Legitimitätskonzeption bei Pierre Bourdieu. Studienbegleitende Hausarbeit. Institut für Politikwissenschaft. Philipps-Universität Marburg. 2004.
- **Kersting**, Nobert: Die Zukunft der lokalen Demokratie. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 2004.
- **Knauer**, Raingard / **Sturzenhecker**, Benedikt: Partizipation im Jugendalter. In: Hafeneger u.a. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. Opladen: Barbara Budrich Verlag. 2005. S.63-94.
- **KOM(2004) – Mitteilung der EU-Kommission an den EU-Rat**: Folgemaßnahmen zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“: Bilanz der Maßnahmen im Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa. 694 endgültig. Brüssel. 22.10.2004.

- **Krahl**, Hans-Jürgen: Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik. 3.Aufl. 1977.
- **Kraus**, Björn: Partizipation und soziale Ungerechtigkeit. In: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit. 53.Jg., H.6. 2005.
- **Kreckel**, Reinhardt: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1992.
- **Laclau**, Ernesto / Mouffe, Chantal: Wien: Hegemonie und radikale Demokratie. Wien: Passagen Verlag. 1991.
- **Laclau**, Ernesto: Emancipation(s). Verso Publishers. 1996.
- **Laclau**, Ernesto: Emanzipation und Differenz. Wien: Turia und Kant. dt.Ausg. 2002.
- **Lang**, Sabine: Politische Öffentlichkeit und Demokratie. Überlegungen zur Verschränkung von Androzentrismus und öffentlicher Teilhabe. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1994. S.201-226.
- **Leggewie**, Claus: Netizens. In: Transit. H.13. 1997.
- **Lempert**, Wolfgang: Leistungsprinzip und Emanzipation. Studien zur Realität, Reform und Erforschung des beruflichen Bildungswesens. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 1971. S.312-335.
- **Lempert**, Wolfgang: Zum Begriff der Emanzipation. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.217.
- **Lenk**, Kurt: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Stuttgart u. a.: W. Kohlhammer Verlag. 1972.
- **Lim**, Kyungseok: Marx' emanzipatorische Kritik im Sinne einer Komplementarität von Theorie und Praxis. Dissertation. Eberhard-Karls-Universität Tübingen. 2003.
- **Lösch**, Bettina: Deliberative Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot. 2005.
- **Mair**, Gebi: Emanzipation, Integration, Lifestyle? Politiken der österreichischen Lesben- und Schwulenbewegung. 2005.  
[http://tirol.gruene.at/gruene\\_andersrum/Emanzipationspolitik.pdf](http://tirol.gruene.at/gruene_andersrum/Emanzipationspolitik.pdf)  
Stand: 10.2.2006.
- **Marchart**, Oliver: Die Jakobiner, der Mai und die Demokratie. Anmerkungen zum Phantasma und imaginären Horizont von Emanzipation. 2003. (gekürzte Fassung) [http://www.copyriot.com/diskus/2\\_03/text04.html](http://www.copyriot.com/diskus/2_03/text04.html) Stand: 6.2.2006
- **Marcuse**, Herbert: Emanzipation der Frau in der repressiven Gesellschaft. Ein Gespräch mit Herbert Marcuse. In: Argument. 2.Jg. 1964. S.2-11.

- **Marcuse**, Herbert: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Schriften Band 7. Springer: Zu Klampen Verlag. 2004.
- **Marx**, Karl: Kritik des Gothaer Programms. MEW 19. Berlin: Dietz Verlag. 1962.
- **Marx**, Karl: Zur Judenfrage. MEW 1. 15.Aufl. Berlin: Dietz Verlag. 1988a.
- **Marx**, Karl: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW 1. 15.Aufl. Berlin: Dietz Verlag. 1988b.
- **Massing**, Peter: Der Kern der politischen Bildung. In: Breit / Schiele (Hg.): Demokratie braucht politische Bildung. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. 2004a. S.81-98.
- **Massing**, Peter: Fritz Scharpf. In: Ders. (Hg.): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 5.Aufl. 2004b. S.269-279.
- **Massing**, Peter: Demokratiemodelle in der politischen Bildung. In: Massing / Roy (Hg.): Politik, Politische Bildung, Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005. S.288-299.
- **Mollenhauer**, Klaus: Erziehung und Emanzipation. Polemische Skizzen. München: Juventa. 2.Aufl. 1969. (1968).
- **Narr**, Wolf-Dieter: Ist Emanzipation strukturell möglich? Bemerkungen zur kostenlosen Inflation eines Wertes. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag. 1973. S.193-215.
- **Naumann**, Lars: Jugendbeteiligung im Blickpunkt – Die hessische Situation. In: Knoblich u.a. (Hg.): Jugend & Politik – Politik & Jugend. Der konsequente Weg zur Beteiligung Jugendlicher – Eine Arbeitshilfe für Kommunen und politische Bildner. Polis 33. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. 2001. S.98-103.
- **Paffrath**, Hartmut F.: Perspektiven kritischer Sozialforschung. In: Hug (Hg.): Wie kommt Wissenschaft zu Wissen. Einführung in die Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung. Bd.4. Baltmannsweiler: Schneider Verlag. 2001. S.262-276.
- **Phillips**, Anne: Geschlecht und Demokratie. Hamburg: Rotbuch. 1995. S.10.
- **Pohl**, Kerstin / **Scheurich**, Imke: Die zentralen Fachkontroversen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung. In: Hufer / Pohl / Scheurich (Hg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.362-392.



- **Projektgruppe ‚HierarchNie!‘**: Reader HierarchNie! Entscheidungsfindung von unten & kreative Gruppenprozesse. 2003. <http://www.hierarchnie.de.vu>
- **Rapaczynski**, Andrzej: Wie effizient ist die Demokratie? In: Transit. Heft 14. 1997.
- **Röhrich**, Wilfried: Herrschaft und Emanzipation. Prolegomena einer kritischen Politikwissenschaft. Berlin: Duncker & Humblot. 2001. S.25-32; S.79-120; S.161-182; S.241-254; S.339-456.
- **Rüdiger**, Anja: Dekonstruktion und Demokratisierung. Emanzipatorische Politiktheorie im Kontext der Postmoderne. Opladen: Leske+Budrich. 1996.
- **Rudolf**, Karsten: Die Grundidee: Das modulare Konzept „Jugend & Politik – Politik & Jugend. In: Knoblich u.a. (Hg.): Jugend & Politik – Politik & Jugend. Der konsequente Weg zur Beteiligung Jugendlicher – Eine Arbeitshilfe für Kommunen und politische Bildner. Polis 33. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. 2001. S.24-28.
- **Rudolf**, Karsten / Wicker, Alexander: Methoden- und Themenkiste. Institut Junge Bürgergesellschaft im Büdinger Kreis e.V. (IJBG). CD-ROM Vers. 1.0: 2003.
- **Sander**, Wolfgang: Demokratie in der politischen Bildung. In: Massing / Roy (Hg.): Politik, Politische Bildung, Demokratie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2005.
- **Sauer**, Birgit: Was heißt und zu welchem Zwecke partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke u.a. (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Frankfurt am Main: Campus Verlag. 1994. S.99-
- **Sauer**, Birgit: Die Asche des Souveräns. Frankfurt am Main: Campus Verlag. 2001. S.201-246.
- **Scharpf**, Fritz: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanz: Universitätsverlag. 1970.
- **Scharpf**, Fritz: Regieren in Europa. Frankfurt am Main: Campus. 1999. S.16-28.
- **Scherr**, Albert: Politische Bildung als subjektorientierte, dem Prinzip des Dialogs verpflichtete Praxis. In: Hufer / Pohl / Scheurich (Hg.): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur Außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. 2004. S.232-247.
- **Scherr**, Albert (Hg.): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorie. Wiesbaden: VS-Verlag. 2005.
- **Schlemm**, Annette: Vom Mars zur Erde. Ein Plädoyer für die Aktualisierung des Utopischen. In: Berliner Debatte Initial, Jg.16, Heft 1, 2005. S.20-28.
- **Schmidt**, Manfred G: Demokratietheorien. 2.Aufl. Opladen: Leske+Budrich. 1997.

- **Schmied-Kowarzik**, Wolfdietrich: Karl Marx als Philosoph der menschlichen Emanzipation. <http://www.uni-kassel.de/~schmiedk/Marx.htm> Stand: 13.2.2006
- **Schoppengerd**, Stefan: Vampire, Fleisch und Liebe. Rezension von Hardt/Negri – Multitude. Unveröffentlichtes Manuskript. 2005.
- **Schröder**, Richard: Kinder reden mit! Weinheim: Beltz Verlag. 1995.
- **Schröder**, Winfried: Aufklärung. In: Sandkühler, Hans-Jörg (Hg.): Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Hamburg: Meiner Verlag. 1990. S.276-284
- **Schulte**, Christian / **Warnke**, Ralph: Direkte Demokratie und repräsentative Demokratie. Berlin. Logos Verlag. 2004.
- **Schultze**, Rainer-Olaf: Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik. Politische Theorien. Bd.1. München: C.H.Beck-Verlag. 1995. S.396-406.
- **Schweppenhäuser**, Gerhardt: Emanzipationstheorie und Ideologiekritik. Zur praktischen Philosophie und Kritischen Theorie. Cuxhaven: Junghans-Verlag. 1990.
- **Schweppenhäuser**, Hermann: Zur Dialektik der Emanzipation. In: Greiffenhagen, Martin (Hg.): Emanzipation. Darmstadt: Hoffmann und Campe Verlag. 1973.
- **Schwiderowski**, Peter: Entscheidungsprozesse und Öffentlichkeit auf der kommunalen Ebene. München: Minerva-Publikation. 1989.
- **Spaemann**, Robert: Autonomie, Mündigkeit, Emanzipation. In: Oppolzer, Sigfried (Hg.): Erziehungswissenschaft 1971. Wuppertal: Alois Henn Verlag. 1972. S.317-324.
- **Spehr**, Christoph: Gleicher als andere. Eine Grundlegung der Freien Kooperation. Berlin: Karl-Dietz Verlag. 2003.
- **Sturzenhecker**, Benedikt: Partizipation als Recht von Kindern und Jugendlichen. In: deutsche jugend, 53. Jg. 2005, H.6. S.255-262
- **Trinkle**, Hermann: Veränderung politischer Partizipation. Europäische Hochschulschriften. Bern: Peter Lang Verlag. 1997.
- **Waschkuhn**, Arno: Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge. München: R. Oldenbourg Verlag. 1998.
- **Wendland**, Anja: Mitbestimmung oder Beteiligung im Laufstall? Zur Diskussion um Partizipation in sozialer Stadtteilentwicklung. Bielefeld: Kleine Verlag. 2002.